

10 Jahre Hartz-Reform

Literatur aus sozialwissenschaftlicher Perspektive

Wolfgang Mallock

10 Jahre Hartz-Reform

Wolfgang Mallock

ISSN: 1866-5810 (Print)
1866-5829 (Online)
Herausgeber: GESIS - Leibniz-Institut für Sozialwissenschaften
Abteilung Fachinformation für Sozialwissenschaften (FIS)
bearbeitet von: Wolfgang Mallock
Programmierung: Siegfried Schomisch
Druck u. Vertrieb: GESIS - Leibniz-Institut für Sozialwissenschaften
Unter Sachsenhausen 6-8, 50667 Köln, Tel.: (0221) 47694-0
Printed in Germany

Die Mittel für diese Veröffentlichung wurden im Rahmen der institutionellen Förderung von GESIS durch den Bund und die Länder gemeinsam bereitgestellt.

© 2012 GESIS. Alle Rechte vorbehalten. Insbesondere ist die Überführung in maschinenlesbare Form sowie das Speichern in Informationssystemen, auch auszugsweise, nur mit schriftlicher Einwilligung des Herausgebers gestattet.

Inhalt

Vorwort	7
---------------	---

Sachgebiete

1	Ziele.....	9
2	Organisation.....	19
3	Wirkungen / Ergebnisse.....	39
4	Rahmenbedingungen.....	54
5	Internationale Vergleiche.....	70
6	Situation einzelner Personengruppen.....	74

Register

Personenregister.....	89
Sachregister.....	93

Anhang

Hinweise zur Originalbeschaffung von Literatur.....	105
Zur Benutzung der Forschungsnachweise.....	105
Dienstleistungsangebot der GESIS-Abteilung „Fachinformation für Sozialwissenschaften“	107

Vorwort

Der vorliegende Recherche-Spezial beleuchtet die Diskussion zur Arbeitsmarktreform, wie sie von der durch die Bundesregierung einberufene Experten-Kommission unter Vorsitz von Dr. Peter Hartz im Jahr 2002 vorgeschlagen wurde. Die konkreten Vorschläge für eine umfassende Reform des Arbeitsmarktes und der Bundesagentur wurden zur Grundlage für die so genannten Hartz-Gesetze (Erstes bis Viertes Gesetz für moderne Dienstleistungen am Arbeitsmarkt).

Die Gesetzespakete Hartz I und II regelten vor allem Ich-AGs, Personal-Service-Agenturen und Mini-Jobs. Die praktische Umsetzung begann im Januar 2003. Das 3. Hartz- Gesetz beinhaltet die Umstrukturierung der Bundesagentur für Arbeit. Im Januar 2005 begann die praktische Zusammenlegung von Arbeitslosenhilfe und Sozialhilfe zum Arbeitslosengeld II (Hartz IV).

In der hier auf der Basis der GESIS-Literaturdatenbank SOLIS widergespiegelten wissenschaftlichen und vereinzelt politischen Diskussion zur Hartz-Reform hat Hartz IV als die folgenreichste Stufe der Gesamtreform ein besonderes Gewicht.

Die gewählte Gliederung dient in erster Linie der formalen Strukturierung der Gesamtmenge der Nachweise. Inhaltlich sind die Gliederungspunkte bestenfalls Schlaglichter für die Schwerpunktsetzung der einzelnen Publikationen, unter denen das Thema Hartz-Reform behandelt wird. Eine trennscharfe inhaltliche Abgrenzung der Inhalte der dokumentierten Diskussion zur Hartz-Reform kann und will die Gliederung nicht sein. Zudem werden in den Publikationen meist mehrere Aspekte der Hartz-Reform behandelt

Quelle der nachfolgenden Informationen ist die GESIS-Datenbank SOLIS. Die Datenbank SOLIS stützt sich vorwiegend auf deutschsprachige Veröffentlichungen, d.h. Zeitschriftenaufsätze, Monographien, Beiträge in Sammelwerken in den zentralen sozialwissenschaftlichen Disziplinen. Wesentliche Quelle zur Informationsgewinnung für SOFIS sind Erhebungen in den deutschsprachigen Ländern bei Institutionen, die sozialwissenschaftliche Forschung betreiben.

Die Nachweise sind alphabetisch nach Autoren sortiert. Nachweise aus der Literaturdatenbank SOLIS sind durch ein "-L" nach der laufenden Nummer gekennzeichnet.

Alle Zahlenangaben in den Registern beziehen sich auf die laufenden Nummern der Eintragungen, nicht auf Seitenzahlen.

Hinweise zu den Registern

Alle Zahlenangaben in den Registern beziehen sich auf die **laufenden Nummern** der Eintragungen. Die Einträge des **Sachregisters** werden auf Basis der Erschließung in den Datenbanken erstellt, das heißt sie beruhen auf kontrolliertem Vokabular. Für SOLIS und SOFIS ist das der von GESIS erstellte und gepflegte Thesaurus Sozialwissenschaften (TheSoz). Im **Personenregister** sind bei Literaturnachweisen alle aktiv an einer Publikation beteiligten Personen aufgeführt, bei Forschungsnachweisen alle als Leiter, Betreuer oder Mitarbeiter eines Projekts angegebenen Personen.

1 Ziele

[1-L] Aust, Judith; Baethge-Kinsky, Volker; Müller-Schoell, Till; Wagner, Alexandra (Hrsg.): **Über Hartz IV hinaus: stimmt die Richtung in der Arbeitsmarktpolitik?**, (Edition der Hans-Böckler-Stiftung, Bd. 214), Düsseldorf 2008, 232 S., ISBN: 978-3-86593-096-5 (Standort: IAB-43203.0101; Graue Literatur)

INHALT: "Seit die Hartz-Kommission ihren Bericht zur Lage am Arbeitsmarkt vorgelegt und Empfehlungen für eine grundlegende Umsteuerung in der Arbeitsmarktpolitik gegeben hat sind sechs Jahre vergangen. Die vier Gesetze zu den 'neuen Dienstleistungen am Arbeitsmarkt' beinhalteten ein umfangreiches Paket an Veränderungsmaßnahmen: Die Reorganisation der Bundesanstalt für Arbeit, den Umbau bestehender und die Einführung neuer arbeitsmarktpolitischer Instrumente sowie die Zusammenführung von Arbeitslosen- und Sozialhilfe zur neuen 'Grundsicherung für Arbeitsuchende'. Ihre Erfolge und Misserfolge bewertet eine umfangreiche Evaluationsforschung. Die parlamentarische Wirkungsforschung zum SGB III hat ihre Endberichte vorgelegt und erste Befunde zum Leistungssystem der neuen Grundsicherung (SGB II) liegen vor. Es liegt also nahe, eine in doppelter Hinsicht kritische Zwischenbilanz zu ziehen: Was haben die Reformen gebracht, und was nicht? Und wenn hierzu kein Urteil möglich ist: Welche Fragen müssen Forschung, Politik und Gesellschaft stellen, damit eine Antwort gegeben werden kann?" (Textauszug)

[2-L] Berlitz, Uwe:

Die Antwort der Sozialhilfe und der Grundsicherung auf Arbeitslosigkeit, in: Barbara Mutke (Hrsg.) ; Britta Tammen (Hrsg.) ; Johannes Münder (Adressat): Soziale Gerechtigkeit - Soziales Recht : interdisziplinäre Beiträge zu Problemlagen und Veränderungsbedarf ; Festkolloquium für Johannes Münder zum 60. Geburtstag, München: Juventa Verl., 2006, S. 113-140, ISBN: 3-7799-1878-1 (Standort: USB Köln(38)-33A3575)

INHALT: Vor dem Hintergrund der Verabschiedung des so genannten Hartz IV-Gesetzes zur Reform der sozialen Sicherungssysteme in der Bundesrepublik Deutschland geht der Beitrag der Frage nach, wie Sozialhilfe und Grundsicherung für Arbeitssuchende mit Armut und Arbeitslosigkeit umgehen. Die Beantwortung gliedert sich in zwei Schritte: In einer Bestandsaufnahme werden zunächst in einem Überblick die zentralen Regelungen beschrieben, mit denen die Grundsicherung für Arbeitssuchende (SGB II) und die als SGB XII nun auch in der Bezeichnung in das Sozialgesetzbuch integrierte Sozialhilfe auf das Problem von (Einkommens-)Armut und Arbeitslosigkeit reagieren. Dabei liegt der Schwerpunkt bei der materiellen Sozialhilfe auf der Problemlage 'Einkommensarmut' und der sozialstaatlich gebotenen Zielsetzung, durch Transferleistungen das soziokulturelle Existenzminimum zu sichern. Im zweiten Schritt werden einige (be)wertende Überlegungen zur Frage vorgestellt, wie realistisch die Hoffnungen bzw. Erwartungen sind, die mit der Systemumstellung in Bezug auf die Armutsverminderung und die Bewältigung des Phänomens der (Massen- und Langzeit-)Arbeitslosigkeit verbunden gewesen sind. Hier konzentriert sich die Betrachtung auf die Plausibilität von zwei maßgeblichen Zielen, (1) die Verbesserung der Integrationschancen und Möglichkeiten auf dem ersten Arbeitsmarkt für alle erwerbsfähigen Hilfebedürftigen sowie (2) die Erhöhung der administrativen Effizienz durch Beseitigung bzw. rationalere Bestimmung der Systemgrenzen und Schnittstellen zwischen den Leistungssystemen. Die Untersuchung macht deutlich, dass die Bemühungen um soziale Gerechtigkeit durch soziales Recht auf Grenzen stoßen. Bei der Anwendung des neuen Rechts ist der Versuchung entgegenzutreten, die repressiv-paternalistischen Elemente des konzeptionell-ideologischen Überbaues der Regelungen in den Vordergrund zu rücken und damit bestehende Spielräume eines sinnvollen Umganges mit dem neuen Recht zu verdecken. Die neuen Regelungen lassen Raum auch für einen sinnvollen, an den (Verfahrens-)Rechten und Integrationsinteressen der erwerbsfähigen Hilfebedürftigen orientierten Einsatz der Instrumente und Maßnahmen. Verfassungsrechtlichen Bedenken gegenüber einzelnen Regelungen ist vorrangig durch eine verfassungskonforme Auslegung zu begegnen - auch wenn damit im Ergebnis nicht alle Kollateralschäden verfassungsrechtlicher und struktureller Art vermieden werden können. (ICG2)

[3-L] Bundesministerium für Wirtschaft und Arbeit (Hrsg.):

Hartz IV: Menschen in Arbeit bringen, Berlin 2005, 162 S. (Graue Literatur;

www.bmas.de/coremedia/generator/3428/property=pdf/hartz_iv_menschen_in_arbeit_bringen.pdf)

INHALT: Die von der Bundesregierung einberufene Experten-Kommission unter Vorsitz von Dr. Peter Hartz hat im Jahr 2002 konkrete Vorschläge für eine umfassende Reform des Arbeitsmarktes und der Bundesagentur für Arbeit ausgearbeitet, die Grundlage für die so genannten Hartz-Gesetze (Erstes bis Viertes Gesetz für moderne Dienstleistungen am Arbeitsmarkt) sind. Wie ein roter Faden zieht sich der Grundsatz 'Fördern und Fordern' durch diese Gesetze: Arbeitslose haben mehr Möglichkeiten, und ihre Chancen auf Beschäftigung werden verbessert, die Pflicht, diese Chancen zu nutzen, wird jedoch konsequenter eingefordert. Außerdem wird die Bundesagentur für Arbeit zu einem modernen Dienstleister am Arbeitsmarkt umgebaut. Mit dem Gesetzespaket Hartz I und II wurde im Januar 2003 mit der Umsetzung begonnen. Vor allem Ich-AGs, Personal-Service-Agenturen und Mini-Jobs bieten seither neue Wege in die Beschäftigung. Gegenstand des Dritten Gesetzes war die Umstrukturierung der Bundesagentur für Arbeit. Mit dem Vierten Hartz-Gesetz wurde im Januar 2005 die neue Grundsicherung für Arbeitsuchende eingeführt (Sozialgesetzbuch II). Alle erwerbsfähigen Hilfebedürftigen, die keinen Anspruch auf Arbeitslosengeld haben, bekommen nun die gleichen Leistungen und werden nach denselben Regeln unterstützt. Die Druckschrift enthält eine umfassende Darstellung der vier Grundelemente von Hartz IV: Eigenleistung, Serviceleistung, Förderleistung und Geldleistung. Ein Abschnitt enthält Fragen und Antworten zur neuen Grundsicherung für Arbeitsuchende sowie Beispielrechnungen. (IAB)

[4-L] Bundesregierung; Deutscher Bundestag Fraktion der GRÜNEN (Urheber):

Fakten und Positionen der Bundesregierung zum Mittelabfluss der Bundesagentur für Arbeit:

Antwort der Bundesregierung auf die Kleine Anfrage der Fraktion DIE LINKE - Drucksache

16/305, in: Verhandlungen des Deutschen Bundestages / Drucksachen, 2006, Dr. 16/375, 8 S.; Kopie über den Literaturdienst erhältlich dip.bundestag.de/btd/16/003/1600375.pdf)

INHALT: Die Bundesregierung reagiert in ihrer Stellungnahme auf eine Kritik durch den Deutschen Gewerkschaftsbund (DGB) und die Sozialverbände, wonach im Jahr 2005 von dem rund 6 Mrd. Euro umfassenden Eingliederungsbudget für Arbeitslosengeld-II-Empfänger rund 3 Mrd. Euro zurück an den Bund fließen werden. Sie stellt fest, dass von den zur Verfügung stehenden Mitteln ca. 57 Prozent abgerufen worden sind. Eine Aufstellung der Mittelbindung nach Bundesländern befindet sich in der Anlage. Weiterhin werden Angaben zur Anzahl der Fördermaßnahmen zur beruflichen Weiterbildung sowie von Eignungsfeststellungs- oder Trainingsmaßnahmen für Arbeitslosengeld-II-Empfänger gemacht. Nicht in Anspruch genommene Mittel des Eingliederungs- und Verwaltungskostenbudgets verbleiben im Bundeshaushalt. Diese können zur Hälfte auf das Folgejahr übertragen werden. (IAB)

[5-L] Deeke, Axel; Dietrich, Hans; Eichhorst, Werner; Emmerich, Knut; Feil, Michael; Jaenichen, Ursula; Jahn, Elke; Koch, Susanne; Koller, Lena; Konle-Seidl, Regina; Kress, Ulrike; Popp, Sandra; Rauch, Angela; Wagner, Petra; Walwei, Ulrich; Windhövel, Kerstin:

Jüngere Entwicklungen in der Arbeitsmarkt- und Beschäftigungspolitik: eine kommentierte

Chronik, in: Jutta Allmendinger (Hrsg.) ; Werner Eichhorst (Hrsg.) ; Ulrich Walwei (Hrsg.): IAB

Handbuch Arbeitsmarkt : Analysen, Daten, Fakten, Frankfurt am Main: Campus Verl., 2005, S. 67-103, ISBN: 3-593-37936-8

INHALT: "Die kommentierte Chronik der Arbeitsmarkt- und Beschäftigungspolitik bietet einen nahezu vollständigen Überblick zu den zentralen im Jahr 2004 beschlossenen oder wirksam gewordenen arbeitsmarkt- und beschäftigungspolitischen Maßnahmen. Darunter fallen im Kern die Arbeitsmarktreformen im Gefolge der Hartz-Kommission - das 'Dritte und Vierte Gesetz für moderne Dienstleistungen am Arbeitsmarkt' - und die ergänzenden Maßnahmen der Agenda 2010. Als arbeitsmarktpolitische Maßnahmen werden solche mit unmittelbarer Wirkung auf den Arbeitsmarkt und mit gesetzlicher Verankerung im Sozialgesetzbuch (SGB) II und III bezeichnet. Beschäftigungspolitische Maßnahmen umfassen dagegen ein breiteres Politikspektrum. So fallen die Bildungs- und Tarifpolitik ge-

nauso darunter wie die Steuerpolitik und die allgemeinen Reformen der sozialen Sicherungssysteme. Die Beiträge sind chronologisch nach dem Datum der Verabschiedung sortiert und enthalten neben der Darstellung des wesentlichen Maßnahmeninhalts eine Kommentierung der möglichen oder zu erwartenden Wirkungen aus wissenschaftlicher Sicht." (Autorenreferat). Inhaltsverzeichnis: Ulrike Kress: Einleitung (69); Arbeitsmarktpolitik: Drittes Gesetz für moderne Dienstleistungen am Arbeitsmarkt ("Hartz III"): Regina Konle-Seidl: Umbau der Bundesanstalt für Arbeit (70-73); Ursula Jaenichen: Umgestaltung der Lohnkostenzuschüsse an Arbeitgeber (74-75); Lena Koller: Zusammenfassung von Arbeitsbeschaffungs- und Strukturanpassungsmaßnahmen (75-77); Axel Deeke: Transferleistungen (77-79); Knut Emmerich: Erstattungspflicht bei Kündigung älterer Arbeitnehmer (79-80); Knut Emmerich: Frühzeitige Meldepflicht nach Kündigung (80-81); Susanne Koch, Ulrich Walwei: Viertes Gesetz für moderne Dienstleistungen am Arbeitsmarkt ("Hartz IV") (81-87); Hans Dietrich, Sandra Popp: Sonderprogramm des Bundes zur Einstiegsqualifizierung Jugendlicher (87-89); Rahmenbedingungen für Beschäftigung: Kerstin Windhövel: Gesetz zur Modernisierung der gesetzlichen Krankenversicherung (89-90); Kerstin Windhövel: Änderungen in der gesetzlichen Rentenversicherung: Rentenversicherungs-Nachhaltigkeitsgesetz und Alterseinkünftegesetz (90-91); Werner Eichhorst, Michael Feil: Teilweises Vorziehen der dritten Stufe der Steuerreform auf 2004 (92-93); Ulrich Walwei: Novellierung der Handwerksordnung (93-95); Elke Jahn, Ulrich Walwei: Reform des Kündigungsschutzes (96-97); Angela Rauch: Gesetz zur Förderung der Ausbildung und Beschäftigung schwerbehinderter Menschen (98-99); Hans Dietrich, Sandra Popp: Nationaler Pakt für Ausbildung und Fachkräftenachwuchs in Deutschland (100-101); Petra Wagner: Tagesbetreuungsausbaugesetz und "Hartz IV" (102-103).

[6-L] Deutscher Bundestag Ausschuss für Wirtschaft und Arbeit (Urheber):

Materialien zur öffentlichen Anhörung von Sachverständigen in Berlin am 29. Mai 2006 zum Gesetzentwurf der Fraktionen CDU/CSU und SPD Entwurf eines Gesetzes zur Fortentwicklung der Grundsicherung für Arbeitsuchende - Drucksache 16/1410: Zusammenstellung der schriftlichen Stellungnahmen, in: Verhandlungen des Deutschen Bundestages / Drucksachen, 2006, Dr. 16(11)258, 85 S.; Kopie über den Literaturdienst
erhältlich www.bundestag.de/ausschuesse/a11/anhoeerungen/dSGB2Optimierung/e1611258materialien.pdf
)

INHALT: Bei der 20. Sitzung des Ausschusses für Arbeit und Soziales am 29. Mai 2006 geht es um die Weiterentwicklung der Hartz-Reform. Gegenstand der öffentlichen Anhörung von Sachverständigen ist der Gesetzentwurf der Fraktionen CDU/CSU und SPD zur Fortentwicklung der Grundsicherung für Arbeitsuchende. Ferner werden ein Antrag der Fraktion Die Linke 'für Selbstbestimmung und soziale Sicherheit -Strategie zur Überwindung von Hartz IV' diskutiert sowie ein Antrag verschiedener Abgeordneter und der Fraktion Bündnis 90/ Die Grünen zum Thema 'Hartz IV weiterentwickeln - Existenzsicherung, individuell, passgenau'. Die Sachverständigen neben Peter Beck, Dr. Elisabeth Preuß, Erika Biehn und Marlis Bredehorst gehören dem Deutschen Gewerkschaftsbund an, der Bundesvereinigung der deutschen Arbeitgeberverbände, der Bundesvereinigung der kommunalen Spitzenverbände, der Bundesagentur für Arbeit, dem Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung, dem Deutschen Verein für öffentliche und private Fürsorge e.V. und der Bundesarbeitsgemeinschaft der freien Wohlfahrtspflege. In seiner Stellungnahme äußert sich das IAB auf der Basis wissenschaftlicher Befunde zur Verbesserung der Eingliederung und Optimierung des Leistungsrechts, zu einzelnen Maßnahmen zur Bekämpfung des Leistungsmissbrauchs und zur Verbesserung der Verwaltungspraxis. Aus der Sicht des IAB sind die mit dem Fortentwicklungsgesetz verbundenen Einsparungsziele 'ehrgeizig und ihre Erreichung ist aus wissenschaftlicher Sicht unsicher'. Grundsätzlich wird eine Aktivierung der Leistungsbezieher begrüßt, es wird jedoch betont, dass für eine Verbesserung der bestehenden Gesetze bisher noch belastbare empirische Befunde aus der wissenschaftlichen Begleitforschung fehlen. (IAB)

[7-L] Deutscher Bundestag Bündnis 90 - Die Grünen (Urheber):

Hartz IV weiterentwickeln - existenzsichernd, individuell, passgenau: Antrag der Abgeordneten und der Fraktion Bündnis 90/ Die Grünen, in: Verhandlungen des Deutschen Bundestages / Drucksachen, 2006, Dr. 16/1124, 8 S.; Kopie über den Literaturdienst erhaeltlichdip.bundestag.de/btd/16/011/1601124.pdf)

INHALT: Der Beschlussantrag der Fraktion Bündnis 90/ Die Grünen bekräftigt die Zielsetzung der Arbeitsmarktrefor-men der 15. Wahlperiode und fordert die Bundesregierung auf, Hartz IV entsprechend weiterzuentwickeln. Das Ziel der Arbeitsmarktrefor-men und insbesondere von Hartz IV war es, die Zugangschancen von Langzeitarbeitslosen zum ersten Arbeitsmarkt durch umfangreiche Betreuung, passgenaue Hilfsangebote und eine effektive Vermittlung zu verbessern. Der Zweck der kurzfristigen Mittelseinsparung darf nicht das Ziel in den Hintergrund drängen, Langzeitarbeitslosigkeit zu reduzieren und Brücken in Erwerbstätigkeit zu bauen. Die Grundsicherung für Arbeitsuchende muss stattdessen zu einem verlässlichen Hilfesystem weiterentwickelt werden, das armutsfest ist, die Autonomie der Leistungsempfänger achtet und die Integration in den Arbeitsmarkt fördert. Die Einführung des Arbeitslosengeldes II zu Beginn des Jahres 2005 hat zu einer der umfassendsten Re-formen der Arbeitsverwaltung und der Sozialbehörden in der Geschichte der Bundesrepublik Deutschland geführt. Dieser Prozess ist noch nicht abgeschlossen. Das Arbeitslosengeld II (ALG II) muss die Existenzsicherung zuverlässig gewährleisten, schnell, unbürokratisch und diskriminierungs-frei bei Bedürftigkeit zur Verfügung stehen. Das Leistungsrecht und die arbeitsmarktpolitischen In-strumente müssen schrittweise weiterentwickelt werden, um das SGB II als Hilfesystem, das die Teilhabe am gesellschaftlichen Leben und an der Arbeitswelt unterstützt, dauerhaft in der Gesell-schaft zu verankern. Der Antrag formuliert 24 Punkte, in denen der Deutsche Bundestag die Bundes-regierung auffordert, diese Anforderungen und Zielsetzungen durch ihre Aufsichtspflicht und eine entsprechende Gesetzgebung zu erfüllen. (IAB)

[8-L] Deutscher Bundestag Fraktion der CDU-CSU; Deutscher Bundestag Fraktion der SPD (Urheber):

Entwurf eines Gesetzes zur Fortentwicklung der Grundsicherung für Arbeitsuchende: Gesetzentwurf der Fraktionen CDU/CSU und SPD, in: Verhandlungen des Deutschen Bundestages / Drucksachen, 2006, Dr. 16/1410, 98 S.; Kopie über den Literaturdienst erhaeltlichdip.bundestag.de/btd/16/014/1601410.pdf)

INHALT: Der Gesetzentwurf setzt den Koalitionsvertrag vom 11. November 2005 im Bereich der Grundsicherung für Arbeitsuchende um und soll dazu beitragen, den gesamten Hartz IV-Prozess zu optimieren. Der Gesetzentwurf enthält Regelungen zur Fortentwicklung des Leistungsrechts, zur Verbesserung der Verwaltungspraxis, zur Vermeidung von Leistungsmissbrauch sowie zur Einföhrung eines Wahlrechts zwischen befristetem Zuschlag und Kinderzuschlag. Er enthält außerdem rechtstechnische Änderungen sowie Änderungen zur Verbesserung des Zusammenwirkens mit anderen Rechts- und Leistungssystemen. Die genannten Maßnahmen sollen schrittweise im Laufe des Jahres 2006 umgesetzt werden. Für das Jahr 2006 wird eine Einsparung von rund 400 Mio. Euro für den Bund und von rund 100 Mio. Euro für die Gemeinden erwartet. (IAB)

[9-L] Deutscher Gewerkschaftsbund (Urheber):

Änderungsbedarf bei Hartz IV: Überlegungen zum SGB II - "Optimierungsgesetz" der Bundesregierung, in: Informationen zur Sozial- und Arbeitsmarktpolitik (ISA), 2006, Nr. 2, 15 S. (www.dgb.de/themen/themen_a_z/abisz_doks/a/aenderungsbedarf_hartzIV.pdf)

INHALT: 'Das SGB-II-Optimierungsgesetz darf sich nach Auffassung des DGB nicht in technischen Einzelregelungen verlieren. Völlig kontraproduktiv wäre eine neue Runde Leistungseinschnitte, die zu neuem Verwaltungsaufwand, noch mehr Rechtsschutzverfahren und zu einer Verlagerung der Kosten auf andere Träger (z.B. Kürzungen bei den Sozialversicherungsbeiträgen) führen.' Die Kritik des DGB bezieht sich vor allem auf Schnittstellenprobleme zwischen Versicherungssystem (SGB III) und Fürsorgesystem (SGB II) und zielt auf eine besserer Nutzung der Leistungen zur Eingliederung in Arbeit. Einzelne Vorschläge des DGB beziehen sich auf klare Regelungen bezüglich der Zuständigkeit für Alg-I-Aufstocker sowie bei der Zuständigkeit für Berufsberatung, Ausbildungsvermitt-

lung sowie Ausbildungsförderung, auf die Beseitigung der fiskalischen Fehlanreize durch den Aussteuerungsbetrag beim Übergang vom beitragsfinanzierten SGB III in das steuerfinanzierte SGB II sowie auf Eingliederungsleistungen. Der DGB fordert, dass Arbeitsgelegenheiten eine Ultima Ratio sein sollten sowie die Freiwilligkeit der Teilnahme. Außerdem wird die teilweise Deckungsfähigkeit zwischen Alg II und aktivem Eingliederungsbudget gefordert und die stärkere Förderung von Nichtleistungsempfängern. Soziale Eingliederungsleistungen wie Kinderbetreuung und Schuldnerberatung sollen nach Ansicht des DGB gestärkt werden, und bei Wegfall der Hilfebedürftigkeit sollten Eingliederungsmaßnahmen weiter finanziert werden. Die bisher in ARGEn und Optionskommunen fakultativ vorgesehenen Beiträge sollten obligatorisch werden. Nach Ansicht des DGB sollten vorgelagerte Leistungssysteme zur Vermeidung von Alg-II-Bedürftigkeit gestärkt werden. Hierzu wird für eine bessere Abstimmung mit Ausbildungsförderung über BaföG und Berufsausbildungsbeihilfe plädiert sowie für einen Ausbau des Kinderzuschlags. Die Forderungen bezüglich Leistungen zum Lebensunterhalt beziehen sich unter anderem auf die Notwendigkeit einer Öffnungsklausel für Härtefälle, auf eine Verbesserung der Anrechnung von Partnereinkommen, auf Unterkunftskosten, Probleme beim befristeten Zuschlag, Sanktionsregelungen für junge Erwachsene, auf die Klarstellung bei Beantragung von Renten mit Abschlägen, auf Pfändungsschutz sowie Selbständigkeit. (IAB)

[10-L] Eicher, Wolfgang; Spellbrink, Wolfgang (Hrsg.):

SGB II: Grundsicherung für Arbeitssuchende (Kommentar), München: Beck 2005, 879 S., ISBN: 3-406-52286-6

INHALT: "In dem Buch erläutern die Autoren das neue SGB II systematisch, fundiert und prägnant und geben mögliche Lösungen vor für die Probleme, die sich in der Praxis stellen. Dabei wird, soweit dies möglich ist, auf bisherige Rechtsprechung zurückgegriffen. Schwerpunkte der Kommentierung sind Instrumente der Arbeitsförderung ('Fördern und Fordern'); Anspruchsvoraussetzungen, insb. Berücksichtigung von Einkommen und Vermögen; Zumutbarkeit von Beschäftigungen und Absenkung von Leistungen; Leistungen zur Eingliederung in Arbeit; Leistungsarten, insb. Arbeitslosengeld II, Sozialgeld, Einstiegsgeld; Rechtsschutz. Ein umfassendes Sachregister hilft beim raschen Auffinden der gesuchten Information." (Autorenreferat)

[11-L] Knuth, Matthias:

"Hartz IV": die unbegriffene Reform, in: Sozialer Fortschritt : unabhängige Zeitschrift für Sozialpolitik, Jg. 55/2006, H. 7, S. 160-168

INHALT: "Die vierte Stufe der durch die Hartz-Kommission vorbereiteten Reformen ist die bei weitem folgenreichste. In der deutschen Debatte wird sie überwiegend rein technisch als 'Zusammenführung' zweier Leistungssysteme und Verwaltungsstrukturen mit dem Ziel wirksamerer Dienstleistungen für Arbeitslose abgehandelt. Zahlreiche Widersprüche erscheinen dann als Mängel der Umsetzung, die politischen Folgen der Reform als Überraschung. Der Beitrag unternimmt den Versuch, diese Reform als einen Regimewechsel vom Versicherungs- zum Fürsorge-Regime auf den Begriff zu bringen. Die Arbeitslosenhilfe wird dabei nicht als Fremdkörper, sondern als integraler Bestandteil des Versicherungsregimes Bismarck'scher Prägung interpretiert. Ihre Abschaffung hat Auswirkungen auf das deutsche 'Ernährermodell', die Arbeitsmarktordnung und die Rolle der Kommunen in der Arbeitsmarktpolitik." (Autorenreferat)

[12-L] Lohse, Tim:

Die sozial- und arbeitsmarktpolitischen Reformen im Zuge von "Hartz IV": Chancen auf mehr Beschäftigung?, Hamburg 2005, 15 S. (Graue Literatur)

INHALT: "In dem Beitrag werden zunächst die Mängel des deutschen Sozialstaats im Jahr 2004 skizziert und die politischen Leitlinien der Reformen dargelegt. Alsdann werden die Veränderungen der Sozialleistungsgesetze überblicksartig präsentiert, bevor speziell auf das Niveau des Arbeitslosengeldes II (ALG II) und der neuen Sozialhilfe eingegangen wird. Das Verhältnis dieser beiden staatlichen Alternativeinkommen zueinander wird vor dem Hintergrund des ihnen zukommenden Charakters ei-

ner beschäftigungshemmenden Lohnuntergrenze im Rahmen eines optimalsteuertheoretischen Modells analysiert. Es werden mögliche Beschäftigungseffekte der neuen Sozialleistungen erörtert, bevor mit einem Fazit geschlossen wird." (Autorenreferat)

[13-L] Lohse, Tim:

Die sozial- und arbeitsmarktpolitischen Reformen im Zuge von "Hartz IV": Chancen auf mehr Beschäftigung?, in: Mythos Markt? : die ökonomische, rechtliche und soziale Gestaltung der Arbeitswelt, Wiesbaden: VS Verl. für Sozialwiss., 2006, S. 71-88, ISBN: 3-531-14991-1

INHALT: "Angesichts einer stetig steigenden Arbeitslosenquote erließ die Bundesregierung im Jahr 2004 Hartz IV, die größte Reform des Sozialstaats in der Geschichte der Bundesrepublik. Diese Reform, die zu Beginn des Jahres 2005 in Kraft getreten ist, zielt vor allem auf die Erhöhung der Beschäftigung. Kern ist die Stärkung der Eigenverantwortlichkeit und die äußerst umstrittene Reduktion von Transferleistungen für hilfebedürftige, aber erwerbsfähige Arbeitslose. Der vorliegende Beitrag beschreibt die Anstrengungen der Regierung, das Problem der Arbeitslosigkeit zu lösen, und umreißt die wesentlichen Veränderungen der Sozialleistungsgesetze im Zuge von Hartz IV. Die Analyse des deutschen Sozialstaats offenbart einige wichtige Beschäftigungshemmnisse. Aus einem optimalsteuertheoretischen Modell wird das optimale Verhältnis von Arbeitslosengeld II und Sozialhilfe ermittelt und mit dem Status quo verglichen. Von besonderem Interesse sind dabei nicht nur die Transferniveaus, d.h. die Höhe der staatlichen Leistungen als solche, sondern auch die Regelungen über die Zumutbarkeit einer Arbeitsstelle. Diese spiegeln eine veränderte Wertschätzung der Arbeit wider. Abschließend werden mögliche Beschäftigungs- und Wohlfahrtseffekte der Reform skizziert sowie an einem Beispiel illustriert." (Autorenreferat)

[14-L] Münder, Johannes (Hrsg.):

Sozialgesetzbuch II: Grundsicherung für Arbeitsuchende ; Lehr- und Praxiskommentar, (Nomos Kommentar), Baden-Baden: Nomos Verl.-Ges. 2005, 618 S., ISBN: 3-8329-0611-8

INHALT: Mit der Einführung der Grundsicherung für Arbeitsuchende hat der Gesetzgeber eines der größten Reformwerke der neueren Sozialrechtsentwicklung auf den Weg gebracht. Das Regelwerk ist im Wesentlichen zum 1.1.2005 in Kraft getreten. Der neue Lehr- und Praxiskommentar SGB II stellt der Praxis eine vollständige Kommentierung der Neuregelungen in elf Kapiteln zur Verfügung. Der Kommentar geht kritisch auf die Zentralfragen der Arbeitsfähigkeit, Vermittelbarkeit bzw. Zumutbarkeit ein, behandelt die neuen Zuständigkeitsregelungen, einschließlich des Optionsgesetzes, erläutert ausführlich die Abgrenzungsfragen zu den an anderer Stelle geregelten Sozialleistungen (SGB III, SGB XII, SGB V, SGB XI, Pflegeund Krankenversicherungsrecht) und dokumentiert das neue Verfahrensrecht. Die Autoren, bekannt durch den Lehr- und Praxiskommentar zum Bundessozialhilfegesetz, bringen ihre umfassenden Erfahrungen aus Schulung, Beratung und wissenschaftlicher Analyse des Sozialrechts in die Kommentierung ein. (IAB)

[15-L] Ochel, Wolfgang:

Hartz IV - welfare to work in Germany, in: CESifo DICE report : journal for institutional comparisons ; the international platform of Ludwig-Maximilians University's Center for Economic Studies and the Ifo Institute for Econom, Vol. 3/2005, No. 2, S. 18-25
(www.cesifo-group.de/DocCIDL/dicereport205-forum4.pdf)

INHALT: Der Beitrag gibt einen zusammenfassenden Überblick über die Arbeitsmarktreformen in der Bundesrepublik Deutschland, die nach dem Namen des Vorsitzenden der Reformkommission benannt sind. Ziel der Reformen ist die Schaffung von mehr Beschäftigung und die Reduzierung von Langzeitarbeitslosigkeit. Die Arbeitsmarktreformen sollen die Empfänger von Sozialleistungen in Anwendung des Prinzips, dass Rechte auch Pflichten mit sich bringen, aktivieren. Der Beitrag listet zunächst die einzelnen Reformschritte (von den Personal-Service-Agenturen über Ich-AG, Mini- und Midijobs bis hin zu den Vermittlungs- und Beratungsleistungen von Hartz I-III) auf, fasst dann noch einmal das frühere System der Arbeitslosenversicherung und ihrer Leistungen zusammen und macht

dann detaillierte Ausführungen zu den Bestimmungen von Hartz IV (der Zusammenlegung von Arbeitslosen- und Sozialhilfe) und dem neu eingeführten Arbeitslosengeld II. Die Hartz IV Reformen sind wichtige Schritte in die richtige Richtung. Sie werden es für arbeitslose Sozialhilfeempfänger leichter machen, eine reguläre Beschäftigung zu finden und auch die Reintegration von Langzeitarbeitslosen in den ersten Arbeitsmarkt erleichtern. Kritikpunkte wie ungenügende Zuverdienstmöglichkeiten für die Empfänger von Arbeitslosengeld II, fehlende Anreize für Geringverdiener und die Unzulänglichkeiten der sog. Ein-Euro-Jobs werden aufgenommen und erläutert. Für eine endgültige Bewertung der Reformen insbesondere der Arbeitsmarkteffekte und der steuerlichen Auswirkungen ist es noch zu früh; es gilt zunächst die evaluierenden Begleituntersuchungen abzuwarten. (IAB)

[16-L] Sachverständigenrat zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung; Bundesministerium für Wirtschaft und Technologie (Hrsg.):

Arbeitslosengeld II reformieren: ein zielgerichtetes Kombilohnmodell ; Expertise, Wiesbaden 2006, VI, 151 S. (Graue Literatur; www.sachverstaendigenrat-wirtschaft.de/download/press/ges_kombi.pdf)

INHALT: Nach Auffassung der Bundesregierung muss ein Kombilohnmodell sicherstellen, dass mehr Menschen als bisher die Möglichkeit auch zur Beschäftigung zu niedrigem Einkommen geboten wird, ohne dass die Löhne in den Bereich der Sittenwidrigkeit gedrückt werden. Der Sachverständigenrat kommt mit der vorliegenden Analyse dem Auftrag nach, eine Expertise zu dieser Thematik zu erstellen. In Deutschland arbeitet etwa ein Fünftel aller abhängig Beschäftigten im Niedriglohnbereich. Ein auf die Probleme des deutschen Arbeitsmarkts zugeschnittener Kombilohn muss als doppelte Zielsetzung a) die Stimulierung der Beschäftigung von Geringqualifizierten und Langzeitarbeitslosen sowie b) eine Sicherung des Mindesteinkommens miteinander vereinbaren. Die Kriterien, an denen sich der Reformvorschlag des Sachverständigenrates orientiert, werden erläutert. Darauf aufbauend wird ein aus drei Modulen bestehender Reformvorschlag entwickelt. Modul 1: Einführung einer Geringfügigkeitsschwelle bei den Hinzuverdienstmöglichkeiten; Modul 2: Absenkung des Regelsatzes für erwerbsfähige Mitglieder einer Bedarfsgemeinschaft und gleichzeitig Verbesserung der Hinzuverdienstmöglichkeiten für am ersten Arbeitsmarkt erzielte Erwerbseinkommen; Modul 3: Reform von Minijobs und Midijobs. Die Berechnungen eines mikroökonomischen Simulationsmodells zur Ermittlung der Auswirkungen auf den Arbeitsmarkt und die öffentlichen Haushalte kommen zu dem Schluss, dass die Absenkung des Leistungsniveaus bei Nichterwerbstätigkeit zentrales und unverzichtbares Element einer Reform sein muss, wenn man mit einem Kombilohnmodell die Arbeitsmarktchancen insbesondere von Geringqualifizierten und Langzeitarbeitslosen spürbar verbessern will. (IAB)

[17-L] Sachverständigenrat zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung (Hrsg.):

Die Chance nutzen - Reformen mutig voranbringen: Jahresgutachten 2005/06, Wiesbaden 2005, 660 S. (Graue Literatur; www.sachverstaendigenrat-wirtschaft.de/gutacht/ga-content.php?gaid=45&node=a)

INHALT: "Der Sachverständigenrat hat ein Maßnahmenpaket entwickelt, in dessen Zentrum ein beschäftigungs- und wachstumsfreundlicher Umbau des Regelwerks auf dem Arbeitsmarkt und des staatlichen Abgabensystems steht. Die Instrumente auf den einzelnen Handlungsfeldern sind aufeinander abgestimmt, sie ergänzen sich und berücksichtigen die Wirkungen auf die Gesamtnachfrage und die Angebotsbedingungen. Diese Paketlösung umfasst: Vorschläge zur Reform der föderalen Struktur, welche die Befugnisse, die Finanzbeziehungen und die Aufgaben von Bund und Ländern entflechten, um wieder Spielräume für einen Gestaltungsföderalismus zu eröffnen und Blockaden im Entscheidungsprozess vorzubeugen; für den Arbeitsmarkt Maßnahmen bei Lohnersatzleistungen, aktiver Arbeitsmarktpolitik, Lohnfindung und Kündigungsschutz, mit denen die Verfestigung der Arbeitslosigkeit aufgebrochen und insbesondere die Beschäftigungschancen der Langzeitarbeitslosen sowie der Geringqualifizierten verbessert werden können; in den Sozialversicherungen Vorschläge für neue Finanzierungsformen, die die Beitragszahler von der Finanzierung versicherungsfremder Elemente entlasten und so den beschäftigungsfeindlichen Abgabenkeil reduzieren; im Steuersystem mit der Dualen Einkommensteuer einen Vorschlag zu einer Unternehmenssteuerreform, welche die beträchtlichen investitionshemmenden Verwerfungen des Status quo beseitigt, die Standortattraktivität erhöht und damit einer Erosion der Steuerbasis entgegenwirkt; Anregungen zur Modernisierung

der Finanzmärkte, um deren wachstumsfördernde Effizienz zu erhöhen; und nicht zuletzt konkrete Schritte zur kurz-, mittel- und langfristigen Haushaltskonsolidierung vor allem auf der Ausgabenseite und bei Steuervergünstigungen, sowohl um den Anforderungen des Stabilitäts- und Wachstumspakts gerecht werden zu können, als auch um den absehbaren Anstieg der Belastungen in den kommenden Jahren und Jahrzehnten zu begrenzen." (Autorenreferat)

[18-L] Schäfer, Holger:

Arbeitsmarktreformen - Noch nicht am Ziel, Köln: Dt. Inst.-Verl. 2005, 36 S., ISBN: 3-602-14661-8

INHALT: Die Broschüre setzt sich kritisch mit den Hartz-Reformen auseinander. "Ist das Konzept nicht richtig umgesetzt worden? War es von Beginn an untauglich? Welche Reformen müssen nachgebessert werden, welche müssen hinzukommen, um die Arbeitslosigkeit nachhaltig zu senken?" Auf die weitere Reformagenda werden die folgenden Forderungen gesetzt: Kürzung der Bezugsdauer des Arbeitslosengeldes auf einheitlich zwölf Monate; Abschaffung des befristeten Zuschlags zum Arbeitslosengeld II; Wegfall des Arbeitslosengeldes für De-facto-Rentner; Abschaffung des Aussteuerungsbetrages; Beschränkung der 1-Euro-Jobs; Lohnpolitik und Verringerung des Abgabenkeils; Konkretisierung des Günstigkeitsprinzips; Erschließung von Beschäftigungspotenzialen; Schaffung eines Niedriglohnsektors. (IAB2)

[19-L] Staiger, Martin:

Hartz-IV-Kombilohn, in: Blätter für deutsche und internationale Politik, Jg. 53/2008, H. 4, S. 14-16 (www.blaetter.de/archiv/jahrgaenge/2008/april/hartz-iv-kombilohn)

INHALT: Im August 2007 bezogen knapp 1,2 Millionen abhängig Beschäftigte und 80.000 Selbstständige aufstockendes Arbeitslosengeld II. Dies bedeutet faktisch, dass fast 1,3 Millionen Erwerbstätige ihren Lebensunterhalt mit einem Kombilohn bestreiten. Ein Ziel der Hartz-IV-Reformen war es, Anreize für die Aufnahme einer Erwerbstätigkeit zu schaffen und Berufstätige besser zu stellen als nicht-erwerbstätige Hartz-IV-Empfänger. Der Beitrag setzt sich kritisch mit den zu diesem Zweck von der Bundesregierung erlassenen Freibetragsregelungen auseinander und plädiert für eine Reform der Freibetragsregelung im Sinne der Einführung eines flächendeckenden Mindestlohns. Dieser bedürfte zudem eines flankierenden Kombilohnmodells, da auch der Mindestlohn einer Vollzeitstelle nicht ausreichen wird, eine Familie zu ernähren. Der Autor fordert darüber hinaus die Aufstockung der Hartz-IV-Regelsätze an die Teuerungsrate, um eine Spaltung zwischen Hartz-IV-Empfängern, die Arbeit haben und denjenigen, die vergeblich nach Arbeit suchen, zu vermeiden. (IAB)

[20-L] Steiner, Viktor:

Beschäftigungsförderung und Einkommenssicherung im Niedriglohnbereich: Wege und Irrwege, (DIW Diskussionspapiere, 747), Bonn 2007, 29 S. (Graue Literatur; www.diw.de/documents/publikationen/73/76538/dp747.pdf)

INHALT: "Staatliche Instrumente zur Beschäftigungsförderung und Einkommenssicherung im Niedriglohnbereich durch 'Kombilohn-Modelle' existieren auch in Deutschland schon seit längerem und wurden im Zuge der jüngsten Arbeitsmarktreformen ausgeweitet. Diese haben das Ziel, durch eine einkommensabhängige Lohnsubvention geringe Erwerbseinkommen zu ergänzen und die finanziellen Anreize zur Aufnahme einer gering entlohnten Tätigkeit zu verbessern. Eine spezielle Form dieser Lohnsubventionen ist die vollkommene oder teilweise Freistellung der Sozialbeiträge bei geringfügiger Beschäftigung ('Mini Jobs'). Aktuelle Vorschläge aus Politik und Wissenschaft, die vom Kombilohn-Modell des Sachverständigenrats bis zur Einführung eines gesetzlichen Mindestlohns reichen, haben die weiterführende Reform des Niedriglohnsektors in Deutschland zum Ziel. In diesem Beitrag werden die theoretisch zu erwartenden Arbeitsmarkteffekte von Lohnsubventionen im Niedriglohnbereich dargestellt, empirische Evaluationsergebnisse zu den Effekten der wichtigsten im Zuge der 'Hartz-Gesetze' umgesetzten Arbeitsmarktreformen präsentiert und aktuelle Reformvorschläge zur Förderung sozialversicherungspflichtiger Beschäftigung im Niedriglohnbereich bewertet." (Autorenreferat)

[21-L] Steinmeyer, Horst:

Die Sperrzeitregelung nach Hartz III, in: Informationen zum Arbeitslosenrecht und Sozialhilferecht, Jg. 23/2005, H. 3, S. 105-108

INHALT: "Die Debatten der jüngsten Zeit standen ganz im Zeichen von 'Hartz IV', also der zum 1.1.2005 erfolgten Zusammenlegung von Arbeitslosenhilfe und Sozialhilfe und der damit verbundenen Einführung des Arbeitslosengeldes II durch das Vierte Gesetz für moderne Dienstleistungen am Arbeitsmarkt v. 24.12.2003 (BGBl. I S. 2954). Dabei ist weitgehend in den Hintergrund gerückt, dass bereits durch das Dritte Gesetz für moderne Dienstleistungen am Arbeitsmarkt v. 23.12.2003 (BGBl. I S 2848) - 'Hartz III' - weit reichende Änderungen des Arbeitsförderungsrechts geschaffen wurden, die mittlerweile ebenfalls in Kraft getreten sind. Mit diesem Gesetz sollten - wie mit Hartz IV - die Vorschläge der Kommission Moderne Dienstleistungen am Arbeitsmarkt ('Hartz-Kommission') weiter umgesetzt werden. Die Kommission hatte nämlich nicht nur vorgeschlagen, die bisherige Bundesanstalt für Arbeit in einen leistungsfähigen und 'kundenorientierten' Dienstleister umzubauen und auf die Arbeitsvermittlung als prägendem Kerngeschäft auszurichten, sie hatte auch Änderungen für das Sperrzeitrecht befürwortet." (Autorenreferat)

[22-L] Wenner, Ulrich:

Die neue freiwillige Arbeitslosenversicherung für Selbstständige: Modernisierungsschub im Arbeitsförderungsrecht oder Einladung zur Rosinenpickerei?, in: Soziale Sicherheit : Zeitschrift für Arbeit und Soziales, Jg. 55/2006, H. 1, S. 9-14 (Standort: USB Köln(38)-Haa1083; Kopie über den Literaturdienst erhältlich)

INHALT: "Mit dem Ende 2003 verabschiedeten Dritten Gesetz für moderne Dienstleistungen am Arbeitsmarkt ('Hartz III') wird zum 1. Februar 2006 bestimmten Personengruppen die Möglichkeit eingeräumt, sich auf Antrag freiwillig bei der Bundesagentur für Arbeit (BA) zu versichern. Begünstigt davon sind vor allem Selbstständige. Dieser Systembruch mit der Pflichtversicherungstradition der Arbeitslosenversicherung ist bislang wenig bemerkt worden. Er wirft wichtige ordnungspolitische Fragen auf: Dürfen Leistungen der BA an Selbstständige aus den Beiträgen der Pflichtversicherten subventioniert werden? Und: Wie steht es um die Gleichbehandlung von Arbeitnehmern und Selbstständigen im Versicherungsfall Arbeitslosigkeit?" (Textauszug)

[23-L] Wenner, Ulrich:

Verfassungsrechtlich problematische Regelungen für eheähnliche Gemeinschaften und Stiefeltern, in: Soziale Sicherheit : Zeitschrift für Arbeit und Soziales, Jg. 55/2006, H. 5, S. 146-152 (Standort: USB Köln(38)-Haa1083; Kopie über den Literaturdienst erhältlich)

INHALT: "Am 9. Mai 2006 haben die Regierungsfractionen von CDU/ CSU und SPD den Entwurf eines 'Gesetzes zur Fortentwicklung der Grundsicherung für Arbeitsuchende' vorgestellt. Dieses Regelwerk, das ursprünglich als 'Gesetz zur Optimierung der Grundsicherung für Arbeitsuchende' von der Bundesregierung eingebracht worden war, trägt Vorgaben aus dem Koalitionsvertrag Rechnung und enthält zahlreiche wichtige Änderungen zu Hartz IV, die am 1. August in Kraft treten sollen. So sollen etwa die Sanktionen gegenüber Empfängern von Arbeitslosengeld II, die wiederholt 'Pflichtverletzungen' begehen, verschärft und die Kontrollen ausgeweitet werden. Außerdem sollen die Vermögensfreibeträge geändert werden. Zwei geplante Neuregelungen sind - rechtlich gesehen - besonders problematisch: Zum einen soll es für die Behörden leichter werden, die Beziehung zwischen einem Hilfebedürftigen und dessen Partner als eheähnlich zu qualifizieren und so auch dessen Einkommen und Vermögen anzurechnen. Zum anderen soll auf den Bedarf eines hilfebedürftigen Kindes uneingeschränkt das Einkommen des Stiefelternteils bzw. des eheähnlichen (Stief-)Partners eines hilfebedürftigen leiblichen Elternteils angerechnet werden, wenn dieser mit dem Kind zusammenlebt." (Autorenreferat)

[24-L] Wilde, Joachim:

Ein Konzept der Anreizethik zur Weiterentwicklung der sozialen Grundsicherung nach Hartz IV,
(Diskussionspapiere / Institut für Wirtschaftsforschung Halle, 01/2006), Halle 2006, 18 S. (Graue
Literatur; doku.iab.de/externe/2006/k060220f06.pdf)

INHALT: "Die Reformdiskussion für die soziale Grundsicherung für Erwerbsfähige konzentriert sich in der Regel auf eine Verbesserung der finanziellen Anreize zur Aufnahme einer Erwerbstätigkeit und auf Maßnahmen des 'workfare'. Das Papier verbreitert die Diskussion mit Hilfe eines Konzepts der Anreizethik. Dabei wird gezeigt, wie durch die Allokation sogenannter moralischer Güter durch die Mitarbeiter der Grundsicherungsbehörden zur Überwindung der Abhängigkeit von sozialer Grundsicherung angereizt werden kann. Das Konzept wird zunächst zur Bewertung der Hartz IV Reform genutzt. Es zeigt sich, dass diese teilweise zu einer Verschlechterung der Anreizstrukturen beiträgt. Der Artikel schließt mit Anregungen zur Beseitigung der aufgedeckten Mängel und mit einem Reformvorschlag im Sinne des anreizethischen Konzepts." (Autorenreferat)

2 Organisation

[25-L] Arntz, Melanie; Clauss, Markus; Kraus, Margit; Schnabel, Reinhold; Spermann, Alexander; Wiemers, Jürgen:

Arbeitsangebotseffekte und Verteilungswirkungen der Hartz-IV-Reform, (IAB Forschungsbericht : Aktuelle Ergebnisse aus der Projektarbeit des Instituts für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung, 10/2007), Nürnberg 2007, 98 S. (Graue Literatur; nbn-resolving.de/urn:nbn:de:0168-ssoar-319339)

INHALT: "Das Hartz-IV-Gesetz führte zu einer weit reichenden Reform der sozialen Sicherung in Deutschland. Neben den erwarteten Einkommensverlusten bei Arbeitslosenhilfeempfängern führt diese Reform aber auch zu weit weniger beachteten Ausweitungen von Transfers, denn neben ehemaligen Empfängern von Sozialhilfe erhalten auch zahlreiche Neufälle eine Unterstützung. Die Studie bestimmt die Verteilungswirkungen der Reform mit Hilfe eines Mikrosimulationsmodells. Es handelt sich um eine ex ante Analyse, weil die Effekte mit mikroökonomischen Befragungsdaten ermittelt werden, die vor der Einführung der Reform erhoben wurden. Dabei wird berücksichtigt, dass die Hartz-IV-Reglungen zu einem geänderten Arbeitsangebotsverhalten führen, was wiederum Rückwirkungen auf die Einkommensverteilung haben kann. Die Arbeitsangebotseffekte werden mit einem mikroökonomischen Arbeitsangebotsmodell geschätzt. Insgesamt zeigt die empirische Analyse der Verteilungseffekte der Arbeitslosengeld-II-Reform, dass gemessen an den summarischen Verteilungs- und Armutsmaßen nur geringfügige Auswirkungen auf die Einkommensungleichheit und Einkommensarmut zu erwarten sind. Nennenswerte Effekte treten lediglich bei einer Betrachtung der von der Reform direkt betroffenen Haushalte auf. Zahlgewinnanalysen zeigen, dass die wesentlichen Verteilungswirkungen der Reform struktureller Natur sind. Bezogen auf die Gesamtbevölkerung sind die beiden unteren Einkommensdezile die klaren Reformgewinner. Bezogen auf die Gruppe der direkt betroffenen Transferempfänger sind sogar die acht unteren Einkommensdezile als Gewinner anzusehen. Eine Aufgliederung nach Kinderzahl macht deutlich, dass vor allem Haushalte mit zwei oder mehr Kindern von den Neuregelungen profitieren. Von der Reform negativ betroffen sind entsprechend die obersten beiden Einkommensdezile der Gruppe der von der Reform direkt Betroffenen bzw. das dritte und vierte Einkommensdezil der Einkommensverteilung der Gesamtbevölkerung. Nach ihren Charakteristika sind dies insbesondere Haushalte, die vor der Reform einen vergleichsweise hohen Anspruch auf Arbeitslosenhilfe hatten, sowie kinderlose Haushalte und Haushalte mit nur einem Kind." (Autorenreferat)

[26-L] Bach, Heinz W.:

Ziele, Wirkungen, Risiken und Nebenwirkungen bei der Privatisierung von Arbeitsmarkt-Dienstleistungen: ist der Public Employment Service notwendig die schlechtere Lösung?, in: Arbeit und Beruf : Fachzeitschrift für die Aufgaben der Bundesagentur für Arbeit, Jg. 57/2006, H. 5, S. 131-133 (Standort: USB Köln(38)-MHaa01386; Kopie über den Literaturdienst erhältlich)

INHALT: Der Beitrag untersucht Probleme der Privatisierung von Arbeitsmarkt-Dienstleistungen wie die öffentliche gemeinnützige Arbeitsvermittlung, die Berufsberatung oder die berufliche Rehabilitation. Am Beispiel Australiens wird das Problem von 'Creaming- und Parking-Effekten' bei der Betreuung von Langzeitarbeitslosen erörtert, um Anstöße zu Überlegungen zu liefern, wie die australischen Erfahrungen umgesetzt werden können. Die umfassendste Arbeitsmarktreform in Deutschland basiert auf den 13 Modulen des Hartz-Berichtes. Die folgenden Reformen werden einer näheren Betrachtung unterzogen: Die Zusammenlegung von Arbeitslosen- und Sozialhilfe durch das SGB II (Hartz IV) wird befürwortet. Jobcenter sollen für alle Klienten einen einheitlichen one-stop-shop mit möglichst vielen Dienstleistungen rund um den Arbeitsmarkt 'unter einem Dach' gestalten. Als Priorität wird die berufliche Integration Jugendlicher angesehen. Personal-Service-Agenturen (PSA) bilden das Herzstück der Hartz-Vorschläge, ihre Erwartungen hinsichtlich der Arbeitsmarkt-Entlastungen wurden nicht erfüllt. Auch dem Vermittlungsgutschein kann keine positive Wirkung auf dem Arbeitsmarkt nachgewiesen werden. Der Existenzgründungszuschuss (Ich-AG) stellt sich als erfolgreiches Integrationselement heraus. Die organisatorische Umgestaltung der Bundesanstalt für Arbeit wird als richtig und wichtig angesehen. Deutlich gemacht wird, dass so lange in Deutschland kein Beschäftigungsaufbau stattfindet, die Möglichkeiten jedes Arbeitsmarktservices, sei er staatlich, ge-

meinnützig oder privat organisiert, begrenzt sind. 'Ohne die Impulse einer aktiven Beschäftigungspolitik steht jede Arbeitsmarktverwaltung auf ziemlich verlorenen Posten bei der nachhaltigen Bekämpfung von hoher Arbeitslosigkeit.' Im zweiten Teil des Beitrags geht der Autor vor allem auf den Public Employment Service ein. (IAB)

[27-L] Bäcker, Gerhard (Projektleiter); Neubauer, Jennifer (Projektleiter):

Einführung des Alg II in Essen: Ergebnisse eines Lehrforschungsprojektes der Universität

Duisburg-Essen, Duisburg 2006, 42 S. (Graue Literatur;

www.sozialpolitik-aktuell.de/tl_files/sozialpolitik-aktuell/_Kontrovers/HartzIV/LFP%20I

[%20Abschlussbericht.pdf](#))

INHALT: Die Befragung von Arbeitslosengeld II-EmpfängerInnen in Essen zielt primär darauf zu erfahren, "welche Auswirkungen die Einführung des Alg II für die BezieherInnen dieser neuen Leistung hat und wie diese ihre veränderte Situation persönlich einschätzen. Neben den Erfahrungen mit der Umstrukturierung der Sozialverwaltung lag das Hauptinteresse demnach auf leistungsrechtlichen Konsequenzen sowie dem Einsatz von Eingliederungsleistungen." (IAB2)

[28-L] Berchem, Sascha von:

Reform der Arbeitslosenversicherung und Sozialhilfe: Markt, Staat und Föderalismus,

(Volkswirtschaftliche Forschungsergebnisse, Bd. 106), Hamburg: Kovac 2005, 455 S., ISBN: 3-8300-1842-8

INHALT: "Seit mittlerweile rund 30 Jahren steigt hierzulande die Arbeitslosigkeit schubweise an; gerade Geringqualifizierte scheinen mehr und mehr zu Opfern der Globalisierung zu werden. Da andere Länder jedoch eine wesentlich erfreulichere Performance diesbezüglich aufweisen, beeinflussen offenkundig die spezifischen rechtlich-institutionelle Rahmenbedingungen in Deutschland die Funktionsfähigkeit der Arbeitsmärkte maßgeblich negativ. Aus dem Spektrum rechtlich-institutioneller Regelungen, die sich als potentielle Verursacher der sukzessive gestiegenen und verfestigten Arbeitslosigkeit hierzulande ausmachen lassen, werden die Bereiche der Arbeitslosenversicherung (inkl. Arbeitslosenhilfe) und Sozialhilfe herausgegriffen. (...) Der Diskussion möglichen Staatsversagens vorangestellt wird die ordnungspolitisch bedeutsame Frage, ob die Absicherung der Risiken Arbeitslosigkeit und Armut überhaupt zwingend eine staatliche Aufgabe sein muss, oder ob nicht auch marktliche Lösungen imstande wären, auf diesen Feldern zufriedenstellende Ergebnisse zu generieren (...). Daran anschließend erfolgt eine ausführliche Untersuchung der rechtlich-institutionellen Regelungen der Arbeitslosenversicherung und Sozialhilfe in Deutschland. Für ein systematisches Freilegen beschäftigungsschädigender inhärenter Mängel der betrachteten Systeme sind dabei die Lohnersatzleistungen im engeren Sinne, d.h. die Höhe, Dauer und Bezugskriterien der finanziellen Unterstützungen im Falle individueller Arbeitslosigkeit, Maßnahmen, die aktiv auf die Reintegration der arbeitsfähigen Transferempfänger in reguläre Beschäftigung abzielen, die institutionelle Organisation und Aufgabenerfüllung sowie die zugrundeliegenden Finanzierungsmodalitäten in gleichem Maße von Interesse. (...) Regelungsänderungen der jüngsten Vergangenheit im Rahmen des Job-AQTIV-Gesetzes, der Hartz-Gesetze bzw. der Agenda 2010 erfahren dabei eine gesonderte Bewertung. (...) Auf Basis der umfassenden Mängelanalyse ist dann ein Entwurf eines zielführenden und integrativen Gesamtreformkonzeptes möglich." (Textauszug)

[29-L] Büchner, Christiane; Gründel, Olaf (Hrsg.):

Hartz IV und die Kommunen: Konzepte, Umsetzungsstrategien und erste Ergebnisse, (KWI-

Arbeitshefte, 8), Potsdam: Univ.-Verl. Potsdam 2005, 87 S., ISBN: 3-937786-70-8 (Graue Literatur;

nbn-resolving.de/urn:nbn:de:kobv:517-opus-15270)

INHALT: "Seit Januar 2005 ist das 'Hartz IV Gesetz' in Kraft und wird in den Bundesländern und Kommunen umgesetzt. Mit der Zusammenführung von Arbeitslosen- und Sozialhilfe ist es die bisher grundlegendste und größte Arbeitsmarktreform in der Bundesrepublik. Liegen bereits erste Erfahrungen der Umsetzung von Hartz IV vor, so ist es dennoch zu früh, diese Reform umfassend zu bilanzieren."

ren und zu werten. Sowohl in der Wissenschaft als auch in der politischen Praxis werden die Konzepte und Umsetzungsstrategien mit ihrem Erfolgsaussichten konträr diskutiert. In dem vorliegenden KWI-Arbeitsheft werden unterschiedliche Positionen zum Reformwerk aus wissenschaftlicher und gesellschaftspolitischer Perspektive eingefangen. In den Beiträgen von Werner Jann und Günther Schmid sowie Dagmar Ziegler werden die Hartz-Reformen am Arbeitsmarkt in ihrem grundlegenden Strukturen und Zielstellungen sowie Strategien für Brandenburg vorgestellt. Rolf Seutemann diskutiert diese Fragen aus der Sicht der Bundesagentur für Arbeit. Hartmut Bauer und Hans-Günter Henneke untersuchen in ihren Beiträgen die verfassungsrechtlichen Fragestellungen von Hartz IV. Rolf Lindemann und Annett Fritz sowie Claudia Schiefelbein stellen erste Erfahrungen bei der Umsetzung von Hartz IV durch den Landkreis Elbe-Elster (Brandenburg) und die Stadt Potsdam mit der Potsdamer Arbeitsgemeinschaft zur Grundsicherung für Arbeitssuchende (PAGA) vor. Passend zur Thematik werden Ergebnisse einer Studie der Europäischen Union zu den Beziehungen zwischen Sozialsystemen und aktiven Arbeitsmarktpolitiken wiedergegeben." (Autorenreferat)

[30-L] Bundesagentur für Arbeit (Hrsg.):

SGB II - Sozialgesetzbuch Zweites Buch: Zahlen, Daten, Fakten ; Halbjahresbericht 2005, Nürnberg 2005, 41 S. (Graue Literatur; doku.iab.de/externe/2005/k051201f04.pdf)

INHALT: Etwas mehr als ein halbes Jahr nach Inkrafttreten des Gesetzes "Grundsicherung für Arbeitssuchende" (SGB II) soll dieser Bericht über den Umsetzungsstand der wesentlichen Bereiche Organisation, Personal, Leistungsgewährung sowie Integration und Integrationsfortschritte informieren. (IAB2)

[31-L] Bundesministerium für Arbeit und Soziales (Hrsg.):

Aufgabenwahrnehmung in getrennter Trägerschaft: das Modell Arbeitsagentur und Kommune unter einem Dach, Berlin 2007, 10 S. (Graue Literatur; doku.iab.de/externe/2008/k080213f08.pdf)

INHALT: "Die 'Aufgabenwahrnehmung in getrennter Trägerschaft' ist neben den ARGEN und den Optionskommunen ein bewährtes Modell der Betreuung und Vermittlung von erwerbsfähigen Hilfebedürftigen (Arbeitslosengeld II-Empfänger), das mit sehr guten Ergebnissen aufwarten kann. Gemäß Paragraph 6 Abs. 1 SGB II sind Träger der Grundsicherung für Arbeitssuchende die Bundesagentur für Arbeit für Arbeitslosengeld II und Eingliederungsleistungen und die kreisfreien Städte und Kreise für Kosten der Unterkunft und sozialintegrative Leistungen. Merkmale der getrennten Aufgabenwahrnehmung sind: 1. durch die Agentur für Arbeit: Betreuung und Vermittlung in Arbeit, Regelleistungen der Grundsicherung durch Arbeitslosengeld II; 2. durch die Kommune: Begleitende Hilfen(Paragraph 16 Abs. 2 SGB II), wie z.B. die Betreuung minderjähriger oder behinderter Kinder oder die häusliche Pflege von Angehörigen, die Schuldnerberatung oder die psychosoziale Betreuung sowie die Kosten für Unterkunft und Heizung. Die Regionaldirektionen, in deren Bezirk es Agenturen für Arbeit mit getrennter Aufgabenwahrnehmung gibt, berichten positiv über Abläufe und Ergebnisse dieser Organisationsform." (Autorenreferat)

[32-L] Caliendo, Marco; Steiner, Viktor:

Aktive Arbeitsmarktpolitik in Deutschland: Bestandsaufnahme und Bewertung der mikroökonomischen Evaluationsergebnisse, in: Zeitschrift für ArbeitsmarktForschung, Jg. 38/2005, H. 2/3, S. 396-418 (doku.iab.de/zaf/2005/2005_2-3_zaf_caliendo_steiner.pdf)

INHALT: "Aktive Arbeitsmarktpolitik (AAMP) umfasst eine Vielzahl staatlicher Maßnahmen zur Verhinderung von Arbeitslosigkeit und Förderung von Beschäftigung. Die quantitativ wichtigsten Programme der AAMP in Deutschland waren traditionell die Förderung der beruflichen Weiterbildung sowie Arbeitsbeschaffungs- und Strukturanpassungsmaßnahmen. In letzter Zeit haben aber auch neuere Instrumente der AAMP wie z.B. Eingliederungszuschüsse an Unternehmen und Existenzgründungszuschüsse für ehemals Arbeitslose zunehmende Bedeutung erlangt. Eine umfassende Evaluation der Effektivität dieser Programme ist erst seit relativ kurzer Zeit durch die Bereitstellung administrativer Daten für die wissenschaftliche Evaluationsforschung möglich. In diesem Beitrag wird

auf Grundlage einer Bestandsaufnahme der vorliegenden empirischen Evaluationsstudien die Effektivität der AAMP in Deutschland bewertet. Die Darstellung wird ergänzt durch die Einbeziehung der Ergebnisse einiger internationaler Evaluationsstudien zu Instrumenten der AAMP, die zunehmend auch in Deutschland Bedeutung erlangen, für die aber hierzulande derzeit noch kaum empirische Evaluationsstudien vorliegen. Der Beitrag schließt mit einer kritischen Würdigung der vorliegenden Forschungsergebnisse und einem Ausblick auf zukünftige Forschungserfordernisse." (Autorenreferat)

[33-L] Czommer, Lars; Knuth, Matthias; Schweer, Oliver:

Ein Jahr "Arbeitsgemeinschaft" aufgrund von "Hartz IV": das Beispiel ARGE Ost ; Abschlussbericht des von der Hans-Böckler-Stiftung geförderten Projekts "Nachfolge-Untersuchung der Fallstudie Ost aus der Pilotstudie zur Entwicklung von JobCentern", Gelsenkirchen 2006, 35 S. (Graue Literatur; www.boeckler.de/pdf_fof/S-2006-804-5-1.pdf)

INHALT: "Ziel der in der Zeit von Januar bis April 2006 durchgeführten Nachfolge-Untersuchung zur Fallstudie Ost war es, den Prozess der Aufbau- und Stabilisierungsphase einer ARGE der Rechtsform 'sui generis' ein Jahr nach ihrer Gründung zu skizzieren und hinsichtlich der daraus resultierenden Konsequenzen für die gewerkschafts- und gesellschaftspolitische Diskussion zu veranschaulichen. Aufbauend auf den Ergebnissen der Vorläufer-Studie ist der Projektbericht folgendermaßen aufgebaut: in Kapitel 2 befassen wir uns mit der Rechtsform der ARGE Ost und beschreiben ihre organisatorische Entwicklung in der Aufbau- und Stabilisierungsphase. In Kapitel 3 widmen wir uns dem zentralen Thema 'Personal'. Dieses Kapitel enthält neben Angaben zur Struktur der Beschäftigten und zum Personalschlüssel, Informationen über Transfer-, Entwicklungs- und Rückführungsmöglichkeiten. Schwerpunkt ist jedoch die gegenwärtige tarifliche Situation der Beschäftigten. In Kapitel 4 geht es explizit um die erbrachten Dienstleistungs- und Beratungsangebote der ARGE Ost, wobei insbesondere der Frage nach der Bedeutung des Fallmanagements und der Implementation der so genannten Persönlichen Ansprechpartner nachgegangen wird. Abschließend wird in Kapitel 5 der Versuch unternommen, die Ergebnisse der Nacherhebung hinsichtlich ihrer Reichweite und Bedeutung aus gewerkschaftlicher Sicht einzuordnen." (Autorenreferat)

[34-L] Czommer, Lars; Knuth, Matthias; Schweer, Oliver:

ARGE - Moderne Dienstleistungen am Arbeitsmarkt: eine Baustelle der Bundesrepublik Deutschland, (Arbeitspapier / Hans-Böckler-Stiftung, 104), Düsseldorf 2005, 67 S. (Graue Literatur; www.boeckler.de/pdf/p_arbp_104.pdf)

INHALT: "Der Projektbericht ist wie folgt aufgebaut: Das Kapitel 2 stellt das Thema 'Job-Center' in den größeren Zusammenhang des Diskussions- und Gesetzgebungsprozesses, aus dem die Arbeitsgemeinschaften nur einen kleinen, wenn auch zentralen Ausschnitt darstellen. Kapitel 3 erinnert daran, dass die Zusammenarbeit von Arbeitsagenturen und Kommunen nicht mit der Bildung von Arbeitsgemeinschaften beginnt. Im Kern enthält das Kapitel ausgewählte Ergebnisse eines deutsch-britischen Projektes, das dem im Zentrum dieses Berichtes stehenden Projekt unmittelbar vorausging. Das Kapitel 4 fasst die Ergebnisse einer telefonischen Bestandsaufnahme bei Arbeitsagenturen zusammen. Kapitel 5 enthält mit drei Fallstudien zum Gründungsprozess von Arbeitsgemeinschaften den empirischen Kern des Projektes. Kapitel 6 stellt den Versuch dar, das Potenzial der zum 1.1.2005 geschaffenen Strukturen für weitere Entwicklungen auszuloten. In vier Szenarien wird das Wagnis unternommen, mögliche Entwicklungspfade der Dienstleistungen am Arbeitsmarkt und des deutschen Arbeitsmarktregimes zu projizieren." (Autorenreferat)

[35-L] Czommer, Lars; Schweer, Oliver:

Moderne Dienstleistungen am Arbeitsmarkt in ARGen - oder im Argen?, in: Institut Arbeit und Technik : Jahrbuch 2005, 2005, S. 117-132 (Graue Literatur; www.iatge.de/aktuell/veroeff/jahrbuch/jahrb05/10-czommer-schweer.pdf)

INHALT: Seit dem Bericht der Hartz-Kommission wurde der Begriff der 'Job-Center' in einem Atemzug mit dem Umbau der Bundesagentur für Arbeit zu einem 'Arbeitsamt der Zukunft' genannt. Das Konstrukt der Job-Center stand in diesem Kontext synonym für die Überwindung der institutionellen Trennung zwischen Arbeits- und Sozialämtern zu einer modernen, kundenorientierten Organisation von Dienstleistungen am Arbeitsmarkt für alle Arbeitsuchenden. Diese ursprüngliche Zielsetzung wurde im Laufe des folgenden Gesetzgebungsverfahrens aufgeweicht. Im Vordergrund der Aktivitäten des Jahres 2004 stand vielmehr die zeitgerechte Umsetzung und Auszahlung der neuen Grundsicherung für Arbeitsuchende zum Stichtag 1. Januar 2005. Mit Einführung dieser neuen Leistung kam der Gesetzgeber den Forderungen der Hartz-Kommission nach Zusammenfassung von Arbeitslosen- und Sozialhilfe zu einer einheitlichen Leistung nach. Der Artikel zeigt den Verlauf eines arbeitsmarktpolitisch bedeutsamen 'Reformjahres' am Beispiel der Implementation von ARGEn auf. In diesem Zusammenhang werden die wesentlichen Trends, die sich aus einer Telefonbefragung ergeben haben skizziert, um daran anknüpfend unter Einbeziehung der Ergebnisse von drei Fallstudien unterschiedliche Vorgehensweisen bei der Umsetzung und Ausgestaltung der ARGEn unter den Gesichtspunkten Rechtsform, Organisation und Dienstleistungsangebote aufzuzeigen. Fazit: Die drei dargestellten ARGEn sind in mehrfacher Hinsicht Provisorien. Einerseits müssen sie mit Rechtsunsicherheiten arbeitsrechtlicher und personalvertretungsrechtlicher Natur leben, die der Gesetzgeber kaum wird ausräumen können. Andererseits befindet sich eine der Fallstudien-ARGEn noch in einer Übergangs-Rechtsform, wobei zu erwarten ist, dass es beim Wechsel zur Zielrechtsform (Anstalt öffentlichen Rechts) aufgrund der organisations- und personalrechtlichen Problematik zu Konflikten zwischen den Vertragspartnern kommen wird. Es wurde auch deutlich, dass die Zukunft der 'neuen BA' eng mit dem Schicksal der ARGEn verknüpft ist. Der Erwartungsdruck auf die Beschäftigten der Agenturen steigt, Vermittlungserfolge für ALG-I-BezieherInnen auf hohem Niveau zu erzielen. (IAB)

[36-L] Deutscher Städtetag (Urheber):

Hartz IV in der Praxis, in: Der Städtetag : Zeitschrift für kommunale Praxis und Wissenschaft, Jg. 57/2004, H. 2, 50 S. (Standort: DZI Berlin(B249)-0137; USB Köln(38)-Vaa140; Kopie über den Literaturdienst erhältlich)

INHALT: Mit dem Inkrafttreten der Hartz-IV Reformen werden ab 1. Januar 2005 die bisherigen getrennten Systeme Arbeitslosenhilfe und Sozialhilfe für Langzeitarbeitslose in ein einheitliches Leistungssystem überführt. Hauptakteure in diesem Leistungssystem sind die Bundesagentur für Arbeit, die Kommunen, die Beschäftigungsgesellschaften und die Träger der freien Wohlfahrtspflege. Konflikte zwischen dem zentralistischen System der Bundesagentur und der dezentralen, praxisnahen und flexiblen Arbeitsweise der Kommunen sind vorprogrammiert. Hinzu kommt, dass 69 Kommunen die gesamten Aufgaben der Bundesagentur für Arbeit in Eigenregie übernommen haben, was wiederum eine neue eigenständige Organisationsform erfordert. Die Beiträge schildern die Vorbereitungs- und Umsetzungsschritte von Hartz IV aus der Sicht der Kommunen und geben eine Bestandsaufnahme zu den wichtigsten Problembereichen zum Jahresende 2004. Dabei stehen Erfahrungen einzelner Kommunen mit Arbeitsgemeinschaft bzw. Optionsmodell im Mittelpunkt. (IAB) Inhaltsverzeichnis: Städtetag: Vorbereitungen zu Hartz IV kommen voran (5); Heinrich Alt: Die Zusammenarbeit zwischen Agenturen und Kommunen (6-9); Friedrich Graffe; Herausforderung Hartz IV in München (10-13); Beate Bröcker: Umsetzung von Hartz IV in Magdeburg (13-15); Siegfried Balleis, Elisabeth Preuß: Das Optionsmodell am Beispiel Erlangen (15-17); Gesine Kort-Weiher: Hartz IV und die Konsequenzen für die Wohnraumversorgung (17-19).

[37-L] Eichhorst, Werner:

Die Agenda 2010 und die Grundsicherung für Arbeitssuchende, in: Vierteljahrshefte zur Wirtschaftsforschung / Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung, Jg. 77/2008, H. 1, S. 38-50 (Standort: USB Köln(38)-FHM Haa 00374; Kopie über den Literaturdienst erhältlich; www.diw.de/documents/publikationen/73/diw_01.c.82402.de/diw_vjh_08-1.pdf)

INHALT: "Die Fusion von Arbeitslosenhilfe und Sozialhilfe zur Grundsicherung für Arbeitsuchende, die mit dem Vierten Hartz-Gesetz zum 1. Januar 2005 vollzogen wurde, hat eine längere Vorgeschichte.

Der Handlungsbedarf war bereits einige Zeit diskutiert worden. Im Zentrum stand dabei die Kritik an der Doppelstruktur der Sozialleistungen und an den 'Verschiebebahnhöfen' zwischen den beiden Systemen. Auf der einen Seite hatten Arbeitslose bei Vorliegen einer früheren sozialversicherungspflichtigen Beschäftigung nach Ausschöpfung des Anspruchs auf das verdienstabhängige und befristete Arbeitslosengeld Zugang zur steuerfinanzierten, von der Bundesanstalt für Arbeit administrierten Arbeitslosenhilfe, die zwar bedürftigkeitsgeprüft war, aber noch an den früheren Verdienst anknüpfte. Auf der anderen Seite bestand für Menschen ohne Phasen sozialversicherungspflichtiger Beschäftigung Anspruch auf die von den Kommunen finanzierte und verwaltete Sozialhilfe, die Regelleistungen zur Sicherung des Lebensunterhaltes, besondere Leistungen für spezielle Bedarfe sowie Einmalleistungen und Unterkunft umfasste. Für Bezieher der Arbeitslosenhilfe wurden kaum effektive Bemühungen um Wiedereingliederung unternommen, während von Kommune zu Kommune unterschiedliche Ansatzpunkte zur Beschäftigungsförderung bestanden. Problematisch waren jedoch kommunale Beschäftigungsprojekte, die primär dazu dienten, Ansprüche auf Leistungen der Arbeitslosenversicherung beziehungsweise auf die vom Bund finanzierte Arbeitslosenhilfe zu erwerben und so die kommunalen Haushalte zu entlasten. Zur Überwindung dieser Steuerungsdefizite wurden bereits Ende der 1990er Jahre neue Kooperationsformen im Rahmen der sogenannten 'Mozart-Projekte' erprobt." (Autorenreferat)

[38-L] Eilfort, Michael; Strotmann, Harald; Scholz, Olaf; Becker, Raimund; Henneke, Hans-Günter: **Jobcenter föderal - in wessen Händen soll die Grundsicherung für Arbeitssuchende liegen?: Tagungsbericht**, Berlin 2008, 12 S. (Standort: IAB-43209.0103; Graue Literatur; www.stiftung-marktwirtschaft.de/module/Tagungsbericht_Jobcenter_22-04-2008.pdf)

INHALT: Zum 1. Januar 2005 erfolgte die Zusammenlegung der beiden steuerfinanzierten Grundsicherungssysteme Arbeitslosenhilfe und Sozialhilfe zu einer einheitlichen Grundsicherung für Arbeitssuchende. Von Anfang an umstritten war die konkrete organisatorische Ausgestaltung und insbesondere die Frage, wer, d.h. insbesondere auch welche föderale Ebene für die Betreuung der Arbeitssuchenden vor Ort zuständig sein soll. Als Regelfall einigte man sich schließlich auf das Konstrukt der Arbeitsgemeinschaften (ARGen), die gemeinsam von kommunalen Trägern und der Bundesagentur für Arbeit gebildet werden. Mit dem Urteil des Bundesverfassungsgerichts vom 20. Dezember 2007 wurde jedoch das Ende der Arbeitsgemeinschaften in der bisherigen Form eingeleitet und dem Gesetzgeber eine Frist bis spätestens Ende 2010 vorgegeben, um eine verfassungskonforme Neuregelung für die Organisation der Grundsicherung für Arbeitssuchende zu finden. Die Stiftung Marktwirtschaft hat am 22. April 2008 mit Experten, Politikern und Vertretern der Träger der Grundsicherung für Arbeitssuchende diskutiert, wie die Organisation der Grundsicherung für Arbeitssuchende zu modifizieren ist, damit erwerbslose Hilfebedürftige gut betreut und möglichst schnell wieder in Beschäftigung gebracht werden und wie sich Fehlanreize bei der Aufgabenerfüllung und Reibungsverluste zwischen staatlichen Ebenen wirksam vermeiden lassen. (IAB) Inhaltsverzeichnis: Harald Strotmann: Reform der Arbeitsgemeinschaften: erste Schlussfolgerungen aus der bisherigen Evaluation von 'Hartz IV' (3-4); Olaf Scholz: Das kooperative Jobcenter: Perspektiven für die Betreuung und Vermittlung von ALG II-Empfängern (4-5); Raimund Becker: Optionen für eine effiziente Betreuung von ALG II-Empfängern: die Sicht der Bundesagentur für Arbeit (6-7); Hans-Günter Henneke: Optionen für eine effiziente Betreuung von ALG II-Empfängern: die Sicht der Landkreise (7-8); Laurenz Meyer, Andrea Nahles, Brigitte Pothmer, Heinrich Kolb: Politische Diskussion (9-12).

[39-L] Freytag, Andreas; Renaud, Simon: **Langfristorientierung in der Arbeitsmarktpolitik**, in: Ordo : Jahrbuch für die Ordnung von Wirtschaft und Gesellschaft, Bd. 56/2005, S. 217-235

INHALT: "Seit mehr als 30 Jahren ist in Deutschland ein treppenförmiges Anwachsen der Arbeitslosigkeit zu verzeichnen. Ein erheblicher Teil der Arbeitslosigkeit wird durch den Lohnbildungsprozess durch Tarifvereinbarungen hervorgerufen. Reformen und Reformvorschläge setzen zumeist nur indirekt an diesem Problem an und ändern nicht prinzipiell die Anreizstrukturen am Arbeitsmarkt. In diesem Artikel entwickeln wir einen weitergehenden Reformvorschlag, der direkter an den Ursachen

der Arbeitslosigkeit ansetzt. Kern des Vorschlags ist es, die Arbeitslosenversicherung vollständig in die Hände der Tarifpartner zu geben und wettbewerbliche Elemente einzuführen." (Autorenreferat)

[40-L] Grell, Britta:

Kommunale Fürsorgepolitik, in: Heinz-Jürgen Dahme ; Norbert Wohlfahrt: Handbuch kommunale Sozialpolitik, Wiesbaden: VS Verl. für Sozialwiss., 2011, S. 162-174, ISBN: 978-3-531-17664-2

INHALT: Die Autorin skizziert zunächst die Veränderungen bei der Sozialhilfe und in der kommunalen Fürsorgepolitik. Sie geht anschließend näher auf folgende Leistungen im aktuellen Fürsorgesystem nach dem Sozialgesetzbuch XII ein: (1) Hilfe zum Lebensunterhalt, (2) Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung, (3) Eingliederungshilfe für behinderte Menschen. Die Autorin beschreibt außerdem die Kontroversen zum kommunalen Fürsorgesystem in Wissenschaft, Justiz und Politik und weist auf den Reformbedarf hin. Es spricht nach ihrer Einschätzung einiges dafür, dass das Fürsorgesystem in den kommenden Jahren weitere Umstrukturierungen erfahren wird, weil die gegenwärtige Aufgaben- und Lastenverteilung zwischen Bund, Ländern, Gemeinden sowie den Trägern der freien Wohlfahrtspflege immer häufiger als ein "schlechter Kompromiss" wahrgenommen wird. Ob sich der Trend zur Kommunalisierung - wie er bei der Behindertenhilfe oder in Vorschlägen zur Erweiterung lokaler Handlungsspielräume bei der Kostensteuerung zu beobachten ist - und die damit zusammenhängende regionale Ausdifferenzierung beim Umgang mit Armut, inklusive der Neukonfiguration des Verhältnisses von Lokalstaat und zivilgesellschaftlichen Akteuren, weiter fortsetzen wird, sollte kritisch verfolgt und auf die Auswirkungen für Hilfebedürftige hin untersucht werden. (ICI2)

[41-L] Hartmann, Michael (Redakteur):

Der Übergang von der Arbeitslosen- und Sozialhilfe zur Grundsicherung für Arbeitsuchende: Sonderbericht, Nürnberg 2005, 28 S. (Graue Literatur; doku.iab.de/externe/2005/k051102f20.pdf)

INHALT: "Am 1. Januar 2005 wurde die Arbeitslosen- und Sozialhilfe für Erwerbsfähige durch die neue Grundsicherung für Arbeitsuchende ersetzt. Vor der Reform Ende Dezember gab es 3,92 Mio Arbeitslosenhilfe- und Sozialhilfeempfänger im Alter zwischen 15 und 65 Jahren. Mitte Januar erhielten dann 4,50 Mio Personen das neue Arbeitslosengeld II für erwerbsfähige Hilfebedürftige. Von Januar bis März stieg die Zahl der Arbeitslosengeld II-Empfänger dann noch mal auf 4,79 Mio. Die Zunahme der Empfängerzahlen vom alten auf das neue System erklärt sich zu einem großen Teil mit dem Einbezug von Angehörigen ehemaliger Arbeitslosenhilfebezieher in die Grundsicherung. Im alten System wurden Ehepartner und erwerbsfähige Kinder von Arbeitslosenhilfeempfängern nicht statistisch erfasst, sofern sie keinen eigenen Anspruch auf Leistungen hatten. Darüber hinaus wird die neue Grundsicherung wohl stärker in Anspruch genommen als die alte Sozialhilfe. Die Zusammenlegung von Arbeitslosen- und Sozialhilfe hat auch die Arbeitslosenzahlen deutlich erhöht. Das beruht im Wesentlichen auf zwei Gründen: Ehemalige Sozialhilfeempfänger, die nun Arbeitslosengeld II beziehen, werden in stärkerem Maße als Arbeitslose erfasst - im alten System ist die Arbeitslosmeldung häufig unterblieben oder wurde nicht regelmäßig erneuert. Darüber hinaus müssen sich auch erwerbsfähige Angehörige von ehemaligen Arbeitslosenhilfeempfängern arbeitslos melden, wenn ihnen eine Arbeit zumutbar ist. Aufgrund dieser beiden Effekte ist die registrierte Arbeitslosigkeit bis zum März um bis zu 380.000 gestiegen. Von den Arbeitslosengeld II-Empfängern waren Ende März 57 Prozent arbeitslos. Im März wurden an 3,55 Mio Bedarfsgemeinschaften Leistungen zur Sicherung des Lebensunterhalts ausgezahlt. In diesen Bedarfsgemeinschaften lebten 4,79 Mio erwerbsfähige und 1,68 Mio nicht erwerbsfähige Hilfebedürftige, letztere fast alle jünger als 15 Jahre. Die Bedarfsgemeinschaften sind überwiegend klein, sie bestehen zu 57 Prozent aus einer Person und in 70 Prozent gibt es nur einen einzigen erwerbsfähigen Hilfebedürftigen. In lediglich 28 Prozent der Bedarfsgemeinschaften leben Kinder unter 15 Jahren. Von 1.000 Menschen im Alter zwischen 15 und 65 Jahren erhielten im März 87 Arbeitslosengeld II, ausländische Mitbürger deutlich häufiger als Deutsche (162 zu 78). Junge Menschen sind überdurchschnittlich auf Leistungen der Grundsicherung angewiesen. Von 1.000 Jüngeren zwischen 15 und 25 Jahren bekamen 99 Arbeitslosengeld II und von 1.000 Kindern unter 15 Jahren 137 Sozialgeld. Die Hilfebedürftigkeit ist auch nach Regionen sehr unterschiedlich. Der Anteil der Arbeitslosengeld II-Empfänger an der Bevölkerung im erwerbsfähigen Alter ist in Ostdeutschland mit 14,8 Prozent mehr als doppelt so groß wie in Westdeutschland

mit 7,0 Prozent. Die zehn Kreise mit den niedrigsten Quoten kommen ausschließlich aus Bayern, bei den zehn Kreisen mit den höchsten Quoten handelt es sich, mit Ausnahme von Bremerhaven, um ostdeutsche Kreise. Im Durchschnitt wurden für eine Bedarfsgemeinschaft im März insgesamt 848 Euro aufgewendet. Die Leistungen nehmen naturgemäß mit der Größe der Bedarfsgemeinschaft zu, und reichen von durchschnittlich 709 Euro für einen Alleinstehenden bis zu 1.402 Euro für eine Bedarfsgemeinschaft mit fünf und mehr Personen. Auch zwischen den Regionen gibt es deutliche Unterschiede, die sich vor allem mit dem regional unterschiedlichen Mietniveau erklären." (Autorenreferat)

[42-L] Institut für Angewandte Wirtschaftsforschung e.V. -IAW- (Hrsg.):

Evaluation der Experimentierklausel nach Paragraph 6c SGB II: vergleichende Evaluation des arbeitsmarktpolitischen Erfolgs der Modelle der Aufgabenwahrnehmung "zugelassene kommunale Träger" und "Arbeitsgemeinschaft". Untersuchungsfeld I: Deskriptive Analyse und Matching ; Jahresbericht 2007 an das BMAS, Tübingen 2007, 178 S. (Graue Literatur; nbn-resolving.de/urn:nbn:de:0168-ssoar-265490)

INHALT: "Der vorliegende Bericht ist der Jahresbericht 2007 des Instituts für Angewandte Wirtschaftsforschung e.V. (IAW) in Untersuchungsfeld 1 der Evaluation der Experimentierklausel des Paragraph 6c SGB II im Auftrag des BMAS. Er informiert über den Stand der Arbeiten und wesentliche Zwischenergebnisse aus Untersuchungsfeld 1. Aufbauend auf Ausführungen zur Konzeption und zur Durchführung der Welle 2007 der IAW-SGB II-Organisationserhebung, bilden die deskriptiven Auswertungen der im Rahmen der zweiten Welle erhobenen flächendeckenden Informationen zu wesentlichen Aspekten der organisatorischen Umsetzung des SGB II den Schwerpunkt des Jahresberichts 2007. Neben dem Vergleich zwischen den Grundformen der Aufgabenwahrnehmung stehen in diesem Bericht erstmals auch zeitliche Entwicklungen hinsichtlich der Umsetzung des SGB II im Mittelpunkt der Analysen. Da Untersuchungsfeld 1 im Rahmen der Paragraph 6c SGB II-Evaluation darüber hinaus als zentrale Datenschnittstelle zwischen dem Datenzentrum der Statistik Bundesagentur für Arbeit in Nürnberg und den anderen drei Untersuchungsfeldern zur Beschaffung und Aufbereitung aggregierter Regionaldaten auf SGB II-Trägerebene fungiert, wird eine kurze Übersicht über den aktuellen Bestand der relevanten Daten am IAW gegeben, der primär aus den Daten der amtlichen Statistik der Bundesagentur für Arbeit herrührt. Abschließend informiert der Jahresbericht über Gegenstand und ausgewählte Ergebnisse der regelmäßigen Quartalsberichterstattung des IAW im abgelaufenen Projektjahr." (Autorenreferat)

[43-L] ISG - Institut für Sozialforschung und Gesellschaftspolitik GmbH (Hrsg.):

Evaluation der Experimentierklausel nach Paragraph 6c SGB II - Vergleichende Evaluation des arbeitsmarktpolitischen Erfolgs der Modelle der Aufgabenwahrnehmung "zugelassene kommunale Träger" und "Arbeitsgemeinschaften": Dienstleistungsauftrag: Administrative Unterstützung und wissenschaftliche Beratung ; Jahresbericht 2007, Köln 2007, 157 S. (Graue Literatur; doku.iab.de/externe/2008/k080110f28.pdf)

INHALT: "Das SGB II, das die bisherigen Fürsorgesysteme Arbeitslosen und Sozialhilfe zusammenführt, ist am 01.01.2005 in Kraft getreten. Bund und Länder haben sich dabei darauf geeinigt, experimentell verschiedene Modelle der Betreuung der erwerbsfähigen Hilfebedürftigen und ihrer Bedarfsgemeinschaften zu erproben. Die im SGB II enthaltene Experimentierklausel nach Paragraph 6a stellt ein Novum in der deutschen Arbeitsmarkt- und Fürsorgepolitik dar. Zum ersten Mal werden bis 2010 Politikinnovationen nicht nur im Rahmen von singulären Modellversuchen, sondern in einem flächendeckenden Experiment erprobt, wobei zwei Grundmodelle - und zwar das der Arbeitsgemeinschaft von Arbeitsagenturen und Kommunen (ARGE) auf der einen Seite und das der alleinigen Trägerschaft durch die Kommunen auf der anderen Seite - im Wettbewerb stehen. Von den 439 Land- und Stadtkreisen erbringen 351 als ARGE und 69 als zugelassener kommunaler Träger (zKT) die Leistungen der Grundsicherung. In 19 Kreisen kam es nicht zur Bildung der vorgesehenen Arbeitsgemeinschaft, hier erbringen Arbeitsagenturen und Kommune die Leistungen in getrennter Aufgabenwahrnehmung (gAw)." (Autorenreferat)

[44-L] ISG - Institut für Sozialforschung und Gesellschaftspolitik GmbH (Hrsg.):
Evaluation der Experimentierklausel nach Paragraph 6c SGB II - Vergleichende Evaluation des arbeitsmarktpolitischen Erfolgs der Modelle der Aufgabenwahrnehmung "zugelassene kommunale Träger" und "Arbeitsgemeinschaften": Dienstleistungsauftrag: Administrative Unterstützung und wissenschaftliche Beratung, Projekt-Nr. 7/05, Stand: 31. August 2006 ; Jahresbericht 2006 an das Bundesministerium für Arbeit und Soziales, Köln 2006, 92 S. (Graue Literatur; nbn-resolving.de/urn:nbn:de:0168-ssoar-265220)

INHALT: "Der Bericht bietet einen ersten Sachstand zu den bis zum 31. August 2006 durch die Auftragnehmer der Paragraph 6c-Evaluation durchgeführten Untersuchungen und vorbereitenden Analysen zur Organisationsbefragung sämtlicher regionalen Einheiten in Bezug auf ihre Umsetzung des SGB II, zum Matching, das den optierenden Kommunen vergleichbare ARGEn zuordnet, zur Organisationstypologie der zugelassenen kommunalen Träger, der ARGEn und der Kommunen mit getrennter Aufgabenwahrnehmung, zur Messung von Beschäftigungsfähigkeit und sozialer Stabilisierung u.a. Das Projekt wird Ende 2008 abgeschlossen." (Autorenreferat)

[45-L] Kaltenborn, Bruno; Knerr, Petra; Schiwarov, Juliana:
Hartz IV: Leistungen von Arbeitsgemeinschaften und Optionskommunen, in: Bundesarbeitsblatt : Arbeitsschutz Bundesversorgungsblatt Arbeits- und Sozialstatistik, 2006, H. 6, S. 4-10 (Standort: USB Köln(38)-FHM Haa 00904/001; Kopie über den Literaturdienst erhältlich; doku.iab.de/externe/2006/k060421f13.pdf)

INHALT: "Seit der Zusammenlegung von Arbeitslosen und Sozialhilfe zur Grundsicherung für Arbeitsuchende Anfang 2005 werden Langzeitarbeitslose entweder von Arbeitsgemeinschaften aus Agenturen für Arbeit und Kommunen oder von einer der 69 optierenden Kommunen betreut. Im Beitrag wird dargestellt, wie sich Arbeitsgemeinschaften und Optionskommunen hinsichtlich Trägerschaft und Aufgabenwahrnehmung unterscheiden. Daran schließt sich ein Überblick über die Entwicklung der Zahl der Leistungsempfänger/innen und Bedarfsgemeinschaften seit Einführung der Grundsicherung für Arbeitsuchende an. Außerdem wird auf den Einsatz des arbeitsmarktpolitischen Instrumentariums in Arbeitsgemeinschaften eingegangen." (Autorenreferat)

[46-L] Kaltenborn, Bruno:
Hartz IV: Zentrale Steuerung und lokale Autonomie, (Blickpunkt Arbeit und Wirtschaft, 9/2006), Berlin 2006, 6 S. (Graue Literatur; www.wipol.de/download/blickpunkt200609.pdf;doku.iab.de/externe/2006/k060821f30.pdf)

INHALT: "Mit dem vierten Hartz-Gesetz ('Hartz IV') wurden Anfang 2005 Arbeitslosen- und Sozialhilfe für Erwerbsfähige zur Grundsicherung für Arbeitsuchende im neuen SGB II zusammengelegt. Damit verbunden war eine Neuordnung von Finanzströmen und Zuständigkeiten. In dem Beitrag wird zunächst die strukturelle Herausforderung einer zentralen Steuerung bei gleichzeitiger lokaler Autonomie dargestellt. Anschließend wird - als Bestandteil eines praktizierten Lösungsansatzes - auf Zielvereinbarungen näher eingegangen. Darüber hinaus wird ein bereits vorliegender Alternativvorschlag für ein Zielsystem weiterentwickelt. Wenn sie konsequent verfolgt werden, sind Zielvereinbarungen entscheidend für die Ausübung lokaler Handlungsspielräume und damit insbesondere für die Bemühungen um eine Arbeitsmarktintegration." (Autorenreferat)

[47-L] Kaps, Petra:
Konstitutionelles Experiment als Governanceform: zur Rolle der Experimentierklausel in der Grundsicherung für Arbeitsuchende, in: Sebastian Botzem (Hrsg.) ; Jeanette Hofmann (Hrsg.) ; Sigrid Quack (Hrsg.) ; Gunnar Folke Schuppert (Hrsg.) ; Holger Straßheim (Hrsg.): Governance als Prozess : Koordinationsformen im Wandel, Baden-Baden: Nomos Verl.-Ges., 2009, S. 607-633, ISBN: 978-3-8329-4147-5

INHALT: Die zentrale These des Beitrags lautet, dass in der Arbeitsmarktpolitik der rot-grünen Bundesregierung in den Jahren zwischen 2000 und 2004 durch die Experimentierklausel eine neue Governanceform eingeführt wurde, die sich mit dem Begriff des konstitutionellen Experiments umschreiben lässt. Es wird untersucht, welche Eigeninteressen kollektiver Akteure in die Entwicklung der gesetzlichen Regelungsstrukturen, speziell der Experimentierklausel eingeflossen sind. Ferner wird der Zusammenhang zwischen der Veränderung von Regelungsstrukturen auf übergeordneten Ebenen und den Prozessen der Institutionalisierung von Regelungsstrukturen und Governancemodi auf untergeordneten Ebenen diskutiert. Im Vergleich der Prozesse in den drei Modellen der Aufgabenwahrnehmung lässt sich, so die zweite These, zeigen, dass die neue Governanceform als dynamisierende Klammer dazu führt, dass sich die kollektiven Akteure nicht zuletzt angesichts ihrer Eigeninteressen reflexiv auf die jeweils anderen Modelle beziehen und dieses in eigene strategische Entscheidungen auf verschiedenen Ebenen einbeziehen. Damit führt diese Governanceform auch zu einer übergreifenden Dynamisierung und Politisierung der mit der Einführung des SGB II eingeleiteten Institutionstransformation. Insofern verzerrt - so die dritte These - die neue Governanceform zugleich die Wettbewerbsbedingungen und führt zu künstlichen Modi der Handlungskoordination. (IC12)

[48-L] Kirchmann, Andrea; Klee, Günther; Rosemann, Martin:

Entwicklung der Anzahl der SGB II-Bedarfsgemeinschaften und der SGB II-Arbeitslosigkeit im 1. Quartal 2006 nach Form der Aufgabenwahrnehmung und nach Typen der Organisation der Kundenbetreuung: Quartalsbericht Oktober 2006, Tübingen 2007, 45 S. (Graue Literatur; nbn-resolving.de/urn:nbn:de:0168-ssoar-265409)

INHALT: "Der Bericht ist der dritte Quartalsbericht im Rahmen der regelmäßigen Berichterstattung des IAW im Untersuchungsfeld 1 der Evaluation der Experimentierklausel des Paragraph 6c SGB II im Auftrag des BMAS. Schwerpunkte dieses Quartalsberichts sind einerseits die Analyse der zeitlichen Entwicklung zentraler Kenngrößen des SGB II im Vergleich der Regionen mit unterschiedlichen Formen der Aufgabenwahrnehmung im ersten Quartal 2006. Dabei werden unter anderem Quintilsanalysen durchgeführt, um das Ausmaß der Heterogenität in der Entwicklung zwischen den einzelnen Einheiten sichtbar zu machen. Eine zweite Besonderheit des Berichts besteht darin, dass erstmals eine Differenzierung der Ergebnisse nicht nur nach der Form der Aufgabenwahrnehmung, sondern auch nach Typen der Organisation der Kundenbetreuung vorgenommen wird. Diese Organisationstypen hat das IAW auf der Basis der Ergebnisse einer bundesweiten E-Mail-Befragung aller SGB II-Trägerdienststellen im ersten Halbjahr 2006 erarbeitet." (Autorenreferat)

[49-L] Kirchmann, Andrea; Klee, Günther:

SGB II-Hilfebedürftigkeit und SGB II-Arbeitslosigkeit im Jahr 2006 nach Formen der Aufgabenwahrnehmung: Quartalsbericht Juli 2007, Tübingen 2007, 53 S. (Graue Literatur; doku.iab.de/externe/2008/k080110f31.pdf)

INHALT: "Der Quartalsbericht erscheint im Rahmen der regelmäßigen Berichterstattung des IAW im Untersuchungsfeld 1 der Evaluation der Experimentierklausel des Paragraph 6c SGB II im Auftrag des BMAS. Die regelmäßige Quartalsberichterstattung verfolgt das Ziel, anhand ausgewählter Kennzahlen die Strukturen und Entwicklungen der regionalen Hilfebedürftigkeit sowie der regionalen Arbeitsmärkte auf der Ebene der 442 SGB II-Trägereinheiten zu beschreiben und zu vergleichen. Dies geschieht hauptsächlich auf der Grundlage der Statistiken der Bundesagentur für Arbeit (BA) nach Paragraph 53 SGB II sowie der Sonderauswertungen der BA aus diesen Statistiken, die dem IAW im Rahmen des Forschungsvorhabens unter der Bezeichnung 'BA-Statistik für Paragraph 6c SGB II - IAW' zur Verfügung gestellt werden." (Autorenreferat)

[50-L] Kirchmann, Andrea; Klee, Günther:

SGB II-Hilfebedürftigkeit und Arbeitsmarktsituation im 1. Halbjahr 2006 nach Formen der Aufgabenwahrnehmung: Quartalsbericht Januar 2007 ; Evaluation der Experimentierklausel nach Paragraph 6c SGB II - Vergleichende Evaluation des arbeitsmarktpolitischen Erfolgs der Modelle Aufgabenwahrnehmung "zugelassene kommunale Träger" und "Arbeitsgemeinschaft", Tübingen 2007, 36 S. (Graue Literatur; doku.iab.de/externe/2007/k070426p09.pdf)

INHALT: "Nach einer Einführung wird in Kapitel 2 dargestellt, wie sich das Ausmaß und die Struktur der Betroffenheit der Menschen von SGB II-Hilfebedürftigkeit in den Regionen mit unterschiedlichen Formen der Aufgabenwahrnehmung im ersten Halbjahr 2006 verändert haben. Als Indikatoren werden die Zahl der Bedarfsgemeinschaften, die Zahl der Personen in Bedarfsgemeinschaften sowie erstmals auch die Zahl der erwerbsfähigen Hilfebedürftigen herangezogen. Zuvor werden ausführlich die vorhandenen Datenprobleme thematisiert, die beim Vergleich intertemporaler Entwicklungen gerade für die zugelassenen kommunalen Träger berücksichtigt werden müssen. Für den vorliegenden Bericht wurden daher stets alternative Berechnungen durchgeführt, um die Sensitivität der gefundenen inhaltlichen Ergebnisse gegenüber Datenproblemen absichern zu können. Abschließend werden die Vor- und Nachteile dreier Indikatoren dargestellt und diskutiert, die sich für einen Vergleich der regionalen Betroffenheit durch das jeweilige Ausmaß der SGB II-Klientel grundsätzlich anbieten: der BG-Quote (SGB II-Bedarfsgemeinschaften-Quote), der SGB II-Quote (Personen in Bedarfsgemeinschaften je Einwohner unter 65 Jahren) sowie der eHb-Quote (Anzahl der erwerbsfähigen Hilfebedürftigen je Einwohner im erwerbsfähigen Alter). In Kapitel 3 erfolgt dann eine vergleichende Analyse des Ausmaßes und der Struktur der SGB II-Arbeitslosigkeit zum 30. Juni 2006 und ihrer zeitlichen Entwicklung seit Dezember 2005. Darüber hinaus werden erstmals die Entwicklung der SGB III-Arbeitslosigkeit auf SGB II-Trägerebene untersucht. Ein besonderes Augenmerk wird hier auf die Frage gelegt, ob und in welchem Maße regionale Einheiten, in denen sich die SGB II-Arbeitslosigkeit günstiger entwickelte, gleichzeitig auch eine günstigere Entwicklung der Zahl der SGB III-Arbeitslosen aufwiesen. Außerdem wird in Abschnitt 3.5 erstmals auch das Ausmaß und die Entwicklung der sozialversicherungspflichtigen Beschäftigung (am Wohnort) auf SGB II-Trägerebene analysiert. Kapitel 4 schließlich fasst die wichtigsten Ergebnisse dieses Berichts kurz zusammen." (Autorenreferat)

[51-L] Knabe, Andreas; Schöb, Ronnie; Weimann, Joachim:

Die Reform der Reform: Ist Hartz IV ein Kombilohnmodell?, in: Wirtschaftsdienst : Zeitschrift für Wirtschaftspolitik, Jg. 86/2006, H. 7, S. 438-440 (Standort: USB Köln(38)-FHM Haa288; Kopie über den Literaturdienst erhältlich)

INHALT: Der nach dem Bericht der Bundagentur für Arbeit im Juni 2006 verzeichnete Rückgang der saisonbereinigten Arbeitslosigkeit wurde nach Meinung der Autoren vorschnell als 'Wende am Arbeitsmarkt' interpretiert, da er nicht mit einem Ansteigen sozialversicherungspflichtiger Beschäftigungsverhältnisse verbunden war. 'Die angebliche Wende auf dem Arbeitsmarkt entpuppt sich als eine Mixtur aus statistischen Einmaleffekten und dem verstärkten Einsatz von Ein-Euro-Jobs, also vollständig staatlich subventionierter Arbeit.' Die Hoffnungen der Arbeitsmarktpolitiker, dass die Hinzuverdienstmöglichkeiten für ALG-II-Empfänger dazu führen würden, dass diese verstärkt auf den ersten Arbeitsmarkt drängen, was dann zu fallenden Löhnen und damit zu höherer Arbeitsnachfrage führen würde, haben sich nicht erfüllt. Der in den Hinzuverdienstmöglichkeiten angelegte Kombilohn effekt führt in eine Richtung, die der eigentlichen Intention entgegengesetzt ist. Anstatt Anreize zur Aufnahme einer Arbeit zu schaffen, mit der ALG-II-Bezieher substantielle Teile ihres Lebensunterhaltes selbst verdienen können, führt der praktizierte Weg 'geradewegs in die Teilzeitfalle'. Der Beitrag erläutert das Modell der 'Magdeburger Alternative', welches Sanktionsmöglichkeiten mit der Bindung von Lohnzuschüssen an Vollzeitstellen kombiniert, Mechanismen zur Verhinderung von Verdrängung nicht subventionierter Arbeit durch subventionierte Bruttolohnbezieher beinhaltet und die 'Teilzeitfalle', in die die Arbeitsmarktpolitik nach Meinung der Autoren gelaufen ist, vermeidet. (IAB2)

[52-L] Knuth, Matthias; Koch, Frank; Schweer, Oliver:

Kommunalisierte Grundsicherung für Arbeitsuchende: Abschlussbericht zum Projekt "Pilotstudie zur optionalen Alleinträgerschaft von hessischen Kommunen für die Leistungen nach dem Sozialgesetzbuch II", (IAQ-Forschungsbericht, 2007-01), Duisburg 2007, 85 S. (Graue Literatur; www.boeckler.de/pdf_fof/S-2005-714-5-1.pdf)

INHALT: "Scheinbar geht es bei der Option um die Frage, welches Modell die Aufgaben nach dem SGB II besser erfüllt: ARGEn oder Optionskommunen. Die drei Fallstudien zeigen, dass beide Organisationsformen in der Startphase mit ähnlichen Problemen zu kämpfen hatten: gleichzeitige Umsetzung eines neuen Leistungsrechts und Aufbau einer neuen Organisation; unterschiedliche, aber inadäquate EDV-Programme und -Infrastrukturen; hohe Anforderungen an die statistische Datenerfassung; unterschätzte Fallzahlen und daher unzureichende Personalausstattung; große Anteile von fachfremdem und nur befristet eingestelltem Personal; das 'Fördern' kam zu kurz - es fehlten Kapazitäten und Konzepte, um die Mittel des Eingliederungstitels 2005 sinnvoll auszuschöpfen. Derzeit ist noch nicht abzusehen, welche Vorteile oder Hemmnisse jeweils überwiegen werden. Die politisch im Vordergrund stehende Frage, ob zKT (zugelassener kommunaler Träger) oder ARGEn erfolgreicher vermitteln, lenkt ab von der Frage, welche Form der Ansprache von Zielgruppen, welche Instrumente der Arbeitsförderung und welche Art der Organisation der Leistungsprozesse in welcher Situation wirksam sind." (Autorenreferat)

[53-L] Koch, Susanne; Kupka, Peter:

Neues Arbeitsfeld: IAB forscht zum SGB II, in: IAB Forum : das Magazin des Instituts für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung der Bundesagentur für Arbeit, 2005, Nr. 2, S. 79-86

INHALT: "Von den neuen Arbeitsmarktgesetzen steht vor allem das Sozialgesetzbuch II für einen Paradigmenwechsel: Aus dem 'fürsorgenden' Wohlfahrtsstaat alter Prägung soll ein 'aktivierender' Sozialstaat werden. Dieser Prozess wird nun auch vom IAB forschend begleitet, indem es die komplexen Wirkungen des SGB II umfassend untersucht. Für eine feste Verbindung mit der traditionellen SGB III-Forschung ist gesorgt." (Autorenreferat)

[54-L] Krimmer, Pascal; Raffelhüschen, Bernd; Seiler, Stephan:

Grundsicherung der Zukunft "Die Freiburger Blaupause II", (Diskussionsbeiträge / Universität Freiburg, Institut für Finanzwissenschaft, 132/05), Freiburg im Breisgau 2005, 29 S. (Graue Literatur; www.vwl.uni-freiburg.de/fakultaet/fiwil/publikationen/125.pdf)

INHALT: "Die vorliegende Arbeit möchte einen Beitrag zur Betrachtung des Zusammenhangs zwischen sozialer Grundsicherung und Arbeitsmarkt und somit zur Analyse der Wirksamkeit der Reformen liefern. ... Nach einer Eingrenzung des Begriffs der sozialen Grundsicherung im zweiten Abschnitt wird in Abschnitt 3.1 die Zielgruppenorientierung, in Abschnitt 3.2 die Anreize für die Arbeitsuchenden und in 3.3 schließlich der Vermittlungsapparat behandelt. Dabei werden nach einigen theoretischen Grundüberlegungen jeweils die Vorzüge und Probleme der jüngsten Arbeitsmarktreformen betrachtet und dann vor diesem Hintergrund ein Reformvorschlag vorgestellt, der die verbleibenden Mängel der aktuellen Arbeitsmarktpolitik beheben kann. Eine stichwortartige Zusammenfassung dieses Reformvorschlages folgt anschließend in Abschnitt 3.4. Viele der dabei vorgestellten Veränderungen sind in ähnlicher Art und Weise schon in Raffelhüschen (2002) im Rahmen des Reformszenarios 'Freiburger Blaupause' gefordert worden. Da sich aber in der Zwischenzeit die Gesetzeslage erheblich verändert hat, führen die Erfahrungen bei der Umsetzung der neuen Regelungen zu teilweise neuen Schlussfolgerungen bezüglich notwendiger weiterer Schritte." (Autorenreferat)

[55-L] Lohr, Karin:

Soziale und berufliche Integration arbeitsloser Menschen durch Beschäftigung und Qualifizierung: ausgewählte Ergebnisse des Evaluierungsprojektes der Münchner Arbeitsgemeinschaft Arbeitsförderungsinitiativen (MAG AFI), in: Karl-Siegbert Rehberg (Hrsg.) ; Dana Giesecke (Mitarb.) ; Susanne Kappler (Mitarb.) ; Thomas Dumke (Mitarb.): Soziale Ungleichheit, kulturelle Unterschiede : Verhandlungen des 32. Kongresses der Deutschen Gesellschaft für Soziologie in München. Teilbd. 1 und 2, Frankfurt am Main: Campus Verl., 2006, S. 3860-3871, ISBN: 3-593-37887-6

INHALT: "Die Münchner Arbeitsgemeinschaft Arbeitsförderungsinitiativen (MAG AFI) ist ein Fachverband von 33 sozialen Betrieben und Projekten in München mit 1200 Beschäftigten. Ziel dieser gemeinnützigen Betriebe ist die berufliche und soziale Integration von am Arbeitsmarkt benachteiligten Menschen. Im Rahmen eines Pilotprojekts entwickelten acht MAG AFI-Betriebe ein Konzept zur Selbstevaluierung zu den integrativen Effekten von Beschäftigung und Qualifizierung. Entgegen der im Bereich der aktiven Arbeitsmarktpolitik verbreiteten Herangehensweise, den Erfolg von Maßnahmen anhand von Daten auf der Makroebene zu beurteilen, steht im Mittelpunkt des MAG AFI-Evaluationskonzeptes die Wahrnehmung der Beschäftigten selbst, die so von 'Betroffenen' (wieder) zu Experten ihrer eigenen Lebens- und Arbeitsituation werden. Im Vortrag werden auf der Grundlage empirischer Daten zu folgenden Aspekten von Evaluation ausgewählte Ergebnisse und Thesen diskutiert: Dimensionen von beruflicher und sozialer Integration aus der Sicht der unterschiedlichen Akteure: Beschäftigte, Betriebe und Zuschussgeber; typische Abstimmungsprobleme bei Evaluationen in Projekten und Betrieben der Arbeitsförderung; können Menschen in sozialen Schwierigkeiten (Brennpunkte: Arbeit, Wohnung, Sucht, Schulden) Experten ihrer eigenen Integration sein? Worin liegt der Nutzen des Evaluationsprozesses für die beteiligten Akteure? Eignen sich persönliche Interviews als Befragungsinstrument? Intendierte und nicht intendierte Folgen von Arbeitsförderung: Nicht in den allgemeinen Arbeitsmarkt vermittelt und trotzdem erfolgreich integriert? 'Vermittlungshemmnisse': Und wenn sich die Person bewegt aber nicht der Arbeitsmarkt? Ausblick: Bewertung der Ergebnisse im Hinblick auf die anstehenden Veränderungen der Arbeitsförderung (Hartz, Arbeitslosengeld 2)." (Autorenreferat)

[56-L] Lohse, Tim; Lutz, Peter F.:

Virtuelle Eingliederungsmärkte - ein Weg aus der Arbeitslosigkeitsfalle, in: Wirtschaftsdienst : Zeitschrift für Wirtschaftspolitik, Jg. 85/2005, H. 12, S. 762-767 (Standort: USB Köln(38)-FHM Haa288; Kopie über den Literaturdienst erhältlich)

INHALT: Die neue Bundesregierung ist mit großen Herausforderungen auf dem Gebiet des Arbeitsmarktes und der Sozialpolitik konfrontiert. Entgegen allen Hoffnungen und Anstrengungen verharrt die Unterbeschäftigung weiter auf hohem Niveau. Der Beitrag geht den Fragen nach, inwiefern Arbeitslose in die Arbeitslosigkeitsfalle geraten und ob der Arbeitsmarkt für Geringqualifizierte besser organisiert werden kann. Es wird davon ausgegangen, dass die rasant steigenden Ausgaben für erwerbsfähige Hilfebedürftige beherrscht werden können, wenn virtuelle Eingliederungsarbeitsmärkte für Geringqualifizierte geschaffen werden. Hierfür kann die Minijob-Regelung nutzbar gemacht werden, die ohne die Bindung an diesen Sozialzweck 'nur ein ungerechtfertigtes Schlupfloch aus der Sozialversicherungspflicht' darstellt. Zusammen mit Internettechnologie und dem Eingliederungsinstrumentarium des SGB II kann sie zu virtuellen Eingliederungsarbeitsmärkten weiterentwickelt werden, die die Arbeitslosigkeitsfalle öffnen. Die Schaffung eines künstlichen und schwer zu kontrollierenden Ein-Euro-Arbeitsmarktes für 'zusätzliche' Arbeiten kann dann so zugunsten eines Marktes vermieden werden, der produktivitätsgerecht entlohnte geringqualifizierte Arbeit für die gesamte Volkswirtschaft zur Verfügung stellt. (IAB)

[57-L] Mempel, Markus:

Hartz IV - Organisation auf dem verfassungsrechtlichen Prüfstand: Zulässigkeit der Mischverwaltung zwischen Bund und Kommunen im SGB II, (Veröffentlichungen des Vereins für Geschichte der Deutschen Landkreise, 65), Meckenheim: MMM-Verl., Ed. Hambuch 2007, 197 S., ISBN: 978-3-938685-13-6

INHALT: Die Dissertation untersucht die kompetenz- und organisationsrechtlichen Gehalte des SGB II auf ihre Vereinbarkeit mit dem Grundgesetz unter dem Gesichtspunkt des 'Mischverwaltungsverbots.' Im Mittelpunkt der Untersuchung stehen die Arbeitsgemeinschaften als Form staatlich-kommunaler Mischverwaltung. Behandelt werden die Verflechtung der Verwaltungsebenen im SGB II, die verfassungsrechtliche Zulässigkeit von Mischverwaltungen sowie die verfassungsrechtliche Zulässigkeit des Trägersystems im SGB II. Die Arbeit kommt zu dem Schluss, dass der Gesetzgeber der Bundesrepublik Deutschland mit der Grundsicherung für Arbeitssuchende ein System dualer Trägerschaft von Bundesagentur für Arbeit einerseits und Landkreisen und kreisfreien Städten andererseits geschaffen hat, das mit der Verfassung nicht vereinbar ist, und dass es sich bei den Arbeitsgemeinschaften um eine zwischen den Verwaltungsebenen von Bund und Ländern angesiedelten Gemeinschaftseinrichtung handelt, 'die verfassungsrechtlich nicht vorgesehen und bisher ohne Vorbild ist.' Abschließend werden Vorschläge zur Lösung der verfassungsrechtlichen Problematik unterbreitet, deren Hauptbestandteil die Überführung der Gesamtverantwortung für die Alimentierung, Betreuung und Erwerbsintegration langzeitarbeitsloser Personen in den Verwaltungsbereich der Bundesländer ist. (IAB)

[58-L] Nickel, Thomas:

Arbeitslosengeld II in Niedersachsen: anspruchsberechtigte Personen Ende 2003, in: Statistische Monatshefte Niedersachsen, Jg. 58/2004, H. 9, S. 478-481 (Standort: UuStB (Köln)38-S143-E; Kopie über den Literaturdienst erhältlich;
www.nls.niedersachsen.de/Monatsheft/MH_09_2004_Gesamtausgabe.pdf)

INHALT: "Zum 01. Januar 2005 wird das Vierte Gesetz für moderne Dienstleistungen am Arbeitsmarkt (das sog. Hartz-IV-Gesetz) in Kraft treten. Leistungen der Arbeitslosenhilfe und der Sozialhilfe (Hilfe zum Lebensunterhalt) werden damit für alle hilfebedürftigen Erwerbsfähigen zusammengeführt und im neuen Arbeitslosengeld II (Alg-II) gebündelt. Wie hoch die Anzahl der Personen in Deutschland ist, die unabhängig von der zurzeit stattfindenden Bedürftigkeitsprüfung unter den Arbeitslosenhilfeempfängern einen Anspruch auf das Arbeitslosengeld II haben könnten, wurde auf Basis der Zahlen von 2003 untersucht. Danach gab es in Deutschland rund 3,325 Mio. potenzielle Empfänger von Arbeitslosengeld II, wovon ca. 300.000 ihren Wohnsitz in Niedersachsen hatten." (Autorenreferat)

[59-L] Noe, Torsten:

Dezentrale Arbeitsmarktpolitik: die Implementierung der Zusammenlegung von Arbeitslosen- und Sozialhilfe, Wiesbaden: VS Verl. für Sozialwiss. 2010, 274 S., ISBN: 978-3-531-17588-1

INHALT: "Die Implementationsforschung zu dezentraler Arbeitsmarktpolitik zeigt, ob und wie das nationale Reformprojekt Hartz IV lokal unterschiedlich aufgenommen wurde. Im Rahmen der SGB II-Aufgabenwahrnehmung konkretisiert die Untersuchung anhand vergleichender Fallstudien zur Main-Work GmbH (Arbeitsgemeinschaft zwischen Stadt Offenbach und Agentur für Arbeit Offenbach) einerseits und zur Optionskommune Kreis Offenbach andererseits Gemeinsamkeiten und Unterschiede in der dezentralen Arbeitsmarktpolitik. Dabei berücksichtigt die Analyse gezielt den Einfluss der beiden alternativen Organisationsmodelle der Aufgabenträgerschaft (Arbeitsgemeinschaft versus optierende Kommune)." (Autorenreferat)

[60-L] Noll, Susanne; Wolff, Joachim; Nivorozhkin, Anton:

Förderung mit dem Einstiegsgeld nach Paragraph 29 SGB II: erste Befunde zur Implementation und Deskription, (IAB Forschungsbericht : Aktuelle Ergebnisse aus der Projektarbeit des Instituts für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung, No. 23/2006), Nürnberg 2006, 39 S. (Standort: IAB; Graue Literatur; nbn-resolving.de/urn:nbn:de:0168-ssoar-315866)

INHALT: "Mit der Einführung des Sozialgesetzbuches (SGB) II wurde das Einstiegsgeld (Paragraph 29 SGB II) geschaffen. Durch dieses Instrument können arbeitslose erwerbsfähige Hilfebedürftige bei der Aufnahme einer sozialversicherungspflichtigen Beschäftigung oder selbständigen Tätigkeit zum

Vollerwerb finanziell unterstützt werden. Der Bericht befasst sich mit der institutionellen Ausgestaltung und Umsetzung der Förderung sowie den Teilnehmerstrukturen. Durch Einstiegs geld werden im Vergleich zu anderen aktiven arbeitsmarktpolitischen Instrumenten bislang nur wenige bedürftige Personen gefördert (rund 20.000 Eintritte in 2005). In Westdeutschland überwiegt dabei die Gründungsförderung. In Ostdeutschland spielt auch die 'Kombilohnvariante' eine Rolle. Es gibt viele mögliche Erklärungen für die geringe Zahl der Förderfälle: Arbeitslosengeld II-Empfänger müssen womöglich zum Teil erst durch andere Maßnahmen an den Arbeitsmarkt herangeführt werden, bevor eine Einstiegs geldförderung effektiv wäre. Die Förderbeträge könnten zu niedrig sein, damit sie das Risiko eines Start-Ups wagen. Ein geringes Angebot an Vollzeitstellen im Niedriglohnbereich mag die niedrige Anzahl der Kombilohnförderungen (weniger als 15 Prozent der Eintritte in 2005) erklären. Viele weitere Ursachen sind denkbar. Die Teilnehmerstrukturen zeigen, dass einige Gruppen mit besonderen Vermittlungshemmnissen (wie Ältere ab 50 Jahre und Geringqualifizierte) in beiden Fördervarianten unterproportional vertreten sind. Dies mag für die Gründungsförderung daran liegen, dass Gründungsvorhaben bei arbeitsmarktnahen Personen mehr Aussicht auf Erfolg haben. Dennoch hat beispielsweise die Hartz-Evaluation gezeigt, dass einige arbeitsmarktferne Gruppen durch die Gründungsförderung des SGB III ihre Arbeitsmarktchancen stärker verbessern als arbeitsmarktnahe Personen." (Autorenreferat)

[61-L] Ombudsrat - Grundsicherung für Arbeitsuchende (Hrsg.):

Zwischenbericht des Ombudsrates Grundsicherung für Arbeitssuchende, Berlin, den 29. Juni 2005, Berlin 2005, 30 S. (Graue Literatur;

www.berliner-arbeitslosenzentrum.de/download/zwischenbericht-ombudsrat%202005.pdf)

INHALT: Der Zwischenbericht gibt Auskunft über die dem Ombudsrat vorgetragenen Probleme im Zusammenhang mit der Einführung des Arbeitslosengeld II. In der Folge hat der Ombudsrat eine Reihe von Empfehlungen erarbeitet, die in diesem Zwischenbericht wiedergegeben werden. (IAB)

[62-L] Oschmiansky, Frank; Müller, Kai-Uwe:

Regional uneinheitlich: wie die Sanktionspolitik der Bundesagentur für Arbeit umgesetzt wird, in: WZB-Mitteilungen, 2006, H. 114, S. 25-28 (www.wz-berlin.de/publikation/pdf/wm114/25.pdf)

INHALT: "Das Hartz-I-Gesetz von 2003 sieht härtere Sanktionen für Arbeitslose vor, die eine angebotene Stelle ablehnen. Wird das Instrument der Sperrzeit tatsächlich rigider genutzt? Die empirische Untersuchung dieser Frage ergibt ein regional differenziertes Bild. Die Quote der Sperrzeiten ist in jenen Regionen höher, in denen die Arbeitslosigkeit niedriger ist. Im Zuge der allgemeinen Verschärfung ist es nicht zu einer Vereinheitlichung, sondern zu einer Ausdifferenzierung der Sperrzeitenpolitik zwischen den einzelnen Arbeitsagenturen gekommen." (Autorenreferat)

[63-L] Peschke, Robert:

Moderne Dienstleistungen am Arbeitsmarkt: eine Bestandsaufnahme und kritische Sichtung der Lösungsansätze der Hartz-Kommission, Berlin: Uni-Ed. 2005, 384 S., ISBN: 3-937151-41-9

INHALT: "Jeglicher Ansatz rot-grüner Arbeitsmarktrefor men seit dem Wahljahr 2002 ist zweifellos verbunden mit dem Namen 'Hartz'. Obwohl kaum noch jemand Notiz von den ursprünglichen Lösungsansätzen der Hartz-Kommission nimmt, da diese politisch stark verwaschen wurden, ist es durchaus sinnvoll, diese kritisch zu diskutieren. Dazu wird der Frage nachgegangen, ob die von der Kommission entwickelten Vorschläge für eine Arbeitsmarktreform überhaupt dazu geeignet waren bzw. wären, Arbeitslosigkeit zu bekämpfen. Es wird dabei unterstellt, dass sämtliche durch die Kommission erarbeiteten Module 'eins zu eins' umgesetzt werden würden. Schließlich zeigt sich, dass die Ansätze der Kommission höchstens ein erster Schritt für mehr Beschäftigung wären. Mit Bezug auf die hier vertretene argumentative Position lässt sich schlussendlich festhalten, dass nach der Hartzschen Arbeitsmarktreform weitere Teile der Sozialsysteme bis hin zum Lohnsetzungssystem, restrukturiert werden müssten. Selbst eine vollständige Umsetzung der ursprünglichen Kommissionsvorschläge hätte das deutsche Arbeitsmarktproblem nicht lösen können." (Autorenreferat)

[64-L] Regin, Burkhard:

Schlussbericht des Hartz-IV-Ombudsrats: Rat sieht zahlreiche Mängel bei der Grundsicherung und fordert neue Organisationsstruktur: auch DBG ist für "grundlegende Korrekturen", in: Soziale Sicherheit : Zeitschrift für Arbeit und Soziales, Jg. 55/2006, H. 7, S. 243-248 (Standort: USB Köln(38)-Haa1083; Kopie über den Literaturdienst erhältlich)

INHALT: "Der 'Ombudsrat - Grundsicherung für Arbeitsuchende' hat Bund und Ländern empfohlen, die drei verschiedenen Organisationsformen für die Grundsicherung (Arbeitsgemeinschaften zwischen Kommunen und Arbeitsagenturen/ eigenständige kommunale Zuständigkeit/ getrennte Aufgabewahrnehmung) aufzugeben und den 'großen öffentlich finanzierten Fürsorgekomplex' in einer Organisation mit weitgehendem Ermessensspielraum zu verselbstständigen. Zuständig für die Hilfen nach dem SGB II und die Vermittlung von Langzeitarbeitslosen sollten 'weitgehend selbstständige Organisationen der Bundesagentur für Arbeit' (BA) sein, die vor Ort die Verantwortung tragen. So heißt es in dem Schlussberichte des Ombudsrates, der am 30. Juni seine Tätigkeit beendet hat. Im Folgenden werden die Empfehlungen des Rates und Stellungnahmen dazu zusammengefasst." (Autorenreferat)

[65-L] Regin, Burkhard:

Ombudsrat für einheitliche ALG-II-Regelsätze in Ost und West, in: Soziale Sicherheit : Zeitschrift für Arbeit und Soziales, Jg. 54/2005, H. 7/8, S. 241-244 (Standort: USB Köln(38)-Haa1083; Kopie über den Literaturdienst erhältlich)

INHALT: "Der 'Ombudsrat - Grundsicherung für Arbeitsuchende' hat am 29. Juni seinen ersten Bericht über die Zusammenlegung von Arbeitslosen und Sozialhilfe vorgelegt. Er würdigt das am 1. Januar 2005 in Kraft getretene SGB II als einen bedeutenden Reformschritt, um Langzeitarbeitslose wieder in Arbeit zu bringen. In zehn Empfehlungen spricht sich der Rat für strukturelle Verbesserungen und die Lösung von konkreten Problemen aus. Vor allem tritt der Ombudsrat für die Angleichung der Regelsätze von Arbeitslosengeld (ALG) II und Sozialgeld in den alten und neuen Bundesländern ein. Kritisch setzt sich das von der Bundesregierung eingesetzte Gremium mit den drei verschiedenen Organisationsmodellen zur Grundsicherung für Arbeitsuchende auseinander. Den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Jobcenter der Kommunen und Arbeitsgemeinschaften bescheinigt der Rat viel Teamgeist und hohes Engagement - trotz aller Anlaufschwierigkeiten." (Autorenreferat)

[66-L] Schäfer, Holger:

Die soziale Grundsicherung in Deutschland: Status quo, Reformoptionen und Reformmodelle, (Positionen : Beiträge zur Ordnungspolitik aus dem Institut der deutschen Wirtschaft Köln, Nr. 37), Köln: Dt. Inst.-Verl. 2008, 64 S., ISBN: 978-3-602-45934-6

INHALT: "Die IW-Positionen präsentieren Forschungsergebnisse der Wissenschaftsbereiche 'Bildungspolitik und Arbeitsmarktpolitik' sowie 'Wirtschaftspolitik und Sozialpolitik' des Instituts der deutschen Wirtschaft Köln (IW). In dieser Schriftenreihe werden Fragen behandelt, die im Mittelpunkt sowohl des bildungs- und arbeitsmarktpolitischen als auch des wirtschafts- und sozialpolitischen Geschehens stehen. Die Beiträge stellen die ordnungspolitischen Positionen des IW auf wissenschaftlicher Grundlage dar. Knapp und präzise formuliert, dienen sie der Information und Meinungsbildung, als Hintergrundmaterial für Planungen und Entscheidungen sowie als Quellen für Vorträge und Diskussionen." (Autorenreferat)

[67-L] Schneider, Hilmar; Eichhorst, Werner; Zimmermann, Klaus F.:

Konzentration statt Verzettelung: die deutsche Arbeitsmarktpolitik am Scheideweg, (Discussion Paper / Forschungsinstitut zur Zukunft der Arbeit GmbH, No. 2055), Bonn 2006, 29 S. (Graue Literatur; doku.iab.de/externe/2006/k060413f26.pdf;ftp.iza.org/dp2055.pdf)

INHALT: Ziel des Beitrages ist es, eine selektive Bestandsanalyse der deutschen Arbeitsmarktpolitik vorzunehmen, um eine effektivere Politikgestaltung zu ermöglichen. Sektion 2 analysiert die organisatorischen Rahmenbedingungen und die institutionellen Regelungen der Arbeitsmarktpolitik, insbe-

sondere für die Bekämpfung der Dauerarbeitslosigkeit (Hartz IV). Sektion 3 präsentiert die drei Instrumente mit größter Durchschlagskraft, Weiterbildung, Eingliederungszuschüsse und Existenzgründungshilfen. Sektion 4 entwickelt eine Strategie für eine erfolgreiche Arbeitsmarktpolitik. (IAB2)

[68-L] Sesselmeier, Werner; Yollu-Tok, Aysel:

Pfadabweichungen und Akzeptanz von Arbeitsmarktreformen am Beispiel von Hartz IV, Düsseldorf 2007, 35 S. (Graue Literatur; www.boeckler.de/pdf_fof/S-2007-952-4-1.pdf)

INHALT: Das institutionenökonomische Forschungsprojekt untersucht die Auswirkungen der Einführung von Hartz IV auf das Verhalten der Leistungsempfänger am Beispiel der ARGE Landau-Südlichen Weinstraße. Basierend auf dem Verhaltensmodell des 'Homo Oeconomicus Institutionalisiert' wird dabei von der Annahme ausgegangen, dass durch Hartz IV Impulse freigesetzt wurden, die das Verhalten der Akteure der Arbeitsmarktpolitik so beeinflusst haben, dass es zu Akzeptanzproblemen kam. Das politisch vorgegebene normative Ziel von Hartz IV war es, eine Verschiebung hin zur Kommodifizierung durch Transfereinbußen, stärkerer Prüfung der Anspruchsvoraussetzung und einer strikteren Zumutbarkeitsregelung zu erreichen. Auf der Basis einer Anreiz- und Hemmnisanalyse wird analysiert, welcher Verhaltensbeitrag von den Leistungsempfängern der Hartz IV-Reform bei gegebenem institutionellen Rahmen geleistet wird. Analysiert wurde das situativ nutzenmaximierende Verhalten, kognitive Grenzen, habituelle Verhaltensmuster und emotionales bzw. instinktives Verhalten von Leistungsempfängern sowie deren soziale, nicht-eigennützige Präferenzen. Die Ergebnisse der Analyse zeigen, dass das normative Ziel von Hartz IV verfehlt wurde, und dass die Erwartungslöhne der untersuchten Leistungsempfänger, die materielle Einbußen durch die Hartz IV-Reform erlitten haben, wider Erwarten nicht gesunken sind. Die Erwerbsintegration von erwerbsfähigen Hilfebedürftigen in Form von Transfereinbußen wirkte weder bei den 'Gewinnern' noch bei den 'Verlierern' der Reform. Dass die 'Gewinner' der Reform den damit verbundenen Verhaltensannahmen eher entsprechen als die 'Verlierer' wird auf die Akzeptanzproblematik zurückgeführt. Neben dem 'Homo Oeconomicus' wirkende und verhaltensbeeinflussende soziale Faktoren wurden bei der Gestaltung des politischen Anreizsystems nicht berücksichtigt. (IAB)

[69-L] Staiger, Martin:

Hartz-IV-Unterkunft, in: Blätter für deutsche und internationale Politik, 2006, Nr. 5, S. 524-527 (www.blaetter.de/archiv/jahrgaenge/2006/mai/hartz-iv-unterkunft)

INHALT: Der Beitrag setzt sich kritisch mit den Bestimmungen der Reform des SGB II (Hartz IV) auseinander, die regeln, ob und in welcher Höhe für Empfänger des Arbeitslosengeldes II auch in Zukunft die Mietkosten übernommen werden. 16 Monate nach Inkrafttreten der Reform sind, trotz der Versicherung der Politik, 'niemand würde wegen Hartz IV umziehen müssen', deutlich mehr als doppelt so viele Menschen wie zur Geltungszeit des Bundessozialhilfegesetzes davon betroffen, dass die Kosten für ihre Wohnung nur bis zur 'Mietobergrenze' übernommen werden. Zwar gibt es bei einer nachweisbaren besonderen Bedarfslage nach Paragraph 22 Abs. 1, Satz 2 SGB II Ausnahmeregelungen, langfristig erwartet der Autor jedoch, dass sich Langzeitarbeitslose und ihre Familien in bestimmten Stadtteilen konzentrieren werden, 'in denen man schon allein der Adresse wegen weniger Chancen auf dem Arbeitsmarkt hat.' Eine Mehrheit der Bundesbürger sieht die Verhältnisse im Land als ungerecht an. 'In der sozialpolitischen Diskussion wird es entscheidend darauf ankommen, dieser deutlichen Mehrheit in den Medien und in der Politik Gehör zu verschaffen.' (IAB)

[70-L] Steinke, Joß:

KJC, gAW oder ZAG?: der politische Diskurs um die Neuorganisation der Betreuung der Empfänger von Hartz-IV-Leistungen, in: Gesellschaft Wirtschaft Politik : Sozialwissenschaften für politische Bildung, N. F., Jg. 57/2008, H. 4, S. 463-470

INHALT: "Wer soll zuständig sein für die rund 5,1 Millionen erwerbsfähigen Hilfebedürftigen, die nach dem Sozialgesetzbuch II Leistungen beziehen? Das Bundesverfassungsgericht hat Ende 2007 die Ar-

beitsgemeinschaften zwischen Arbeitsagenturen und Kommunen für verfassungswidrig erklärt und so einen politischen Prozess in Gang gesetzt, an dessen Ende eine Neuorganisation stehen muss." (Autorenreferat)

[71-L] Walwei, Ulrich:

Fördern und Fordern: aktive Arbeitsmarktpolitik für Menschen mit geringer Qualifikation, in: Strategien gegen Arbeitslosigkeit und Armut : Beschäftigungschancen für Geringqualifizierte ; Expertenworkshop der Konrad-Adenauer-Stiftung, 2006, S. 3-4 (Graue Literatur; www.kas.de/db_files/dokumente/arbeitspapiere/7_dokument_dok_pdf_7876_1.pdf)

INHALT: Die anhaltend hohe Arbeitslosigkeit hat zu einem Selektionsprozess geführt, von dem vor allem Menschen mit geringer Qualifizierung betroffen sind. Die wichtigsten Ergebnisse zur derzeitigen Situation der Geringqualifizierten auf dem Arbeitsmarkt werden wieder gegeben. Auf dieser Grundlage wird thesenartig dargelegt, welche Aspekte bei einer aktiven Arbeitsmarktpolitik für Geringqualifizierte zu berücksichtigen sind. Der Autor plädiert unter anderem für 'learning on the job' mit Praxisbezug für Geringqualifizierte, für höhere Transparenz und klare Verantwortlichkeiten in den Transfersystemen, für eine konsequente Politik des Förderns und Forderns, für eine Erhöhung der Arbeitsanreize durch welfare-to-work-Programme (gemeinnützige Arbeitsgelegenheiten), Kombi-lohnmodelle oder Modelle einer negativen Einkommensteuergutschrift, für eine Senkung der Anspruchslöhne sowie für Tarifverträge, die für Arbeitslose geringere Einstiegsgehälter zulassen. Skeptisch beurteilt werden unter anderem Qualifizierungsmaßnahmen, eine Ausdehnung öffentlicher/gemeinnütziger Beschäftigungsmöglichkeiten auf die gewerbliche Wirtschaft sowie eine Lockerung des Kündigungsschutzes. 'Alle Maßnahmen der aktiven Arbeitsmarktpolitik haben in der Vergangenheit negative Implikationen (Drehtüreffekte, Mitnahmeeffekte, sich widersprechende Förderziele, unklare Zielgruppen, fehlende Evaluierung).' Es wird betont, dass großzügige Transfersysteme und effektive Arbeitsanreize im Niedriglohnssektor sich prinzipiell ausschließen. Ziel ist es, die Botschaft zu verankern, dass staatliche Leistungen zur Gegenleistung für die Bereitschaft zu arbeiten sind, und nicht umgekehrt. (IAB)

[72-L] Walwei, Ulrich:

Employment services in Germany: developments, recent changes and possible impacts, in: Jaeho Keum (Hrsg.): Employment insurance and public employment services in selected countries, 2005, S. 486-521, ISBN: 89-7356-543-5 (Standort: IAB)

INHALT: Der Beitrag konzentriert sich auf den Wandel von Arbeitsmarktprogrammen und stellt in diesem Zusammenhang Deutschland als Beispiel für umfassende Arbeitsmarktreformen dar. Der erste Teil widmet sich dem Arbeitsmarkt in Deutschland und diskutiert sowohl aktuelle Probleme als auch Ursachen für jüngste Entwicklungen. Im nächsten Teil werden die Arbeitsmarktreformen seit 2003 vorgestellt. Nach diesem theoretischen Abschnitt wird die Rolle von Arbeitsvermittlern diskutiert und es werden verschiedene Formen der Arbeitsvermittlung kategorisiert. Der Autor gibt einen Überblick über öffentliche und private Arbeitsvermittlungsagenturen in Deutschland. Der Beitrag schließt mit einigen Erkenntnissen aus dem deutschen Beispiel. (IAB)

[73-L] Winkler, Daniela:

Die Umsetzung von "Hartz IV" als Herausforderung an das Organisationsrecht: eine Analyse der verfassungs- und sozialrechtlichen Diskussion unter Berücksichtigung der Entscheidung des BVerfG vom 20.12.2007, Az.2 BvR 2433/04 und 2 BvR 2434/04, in: Verwaltungsarchiv : Zeitschrift für Verwaltungslehre, Verwaltungsrecht und Verwaltungspolitik, Bd. 99/2008, H. 4, S. 509-537

INHALT: Die im Rahmen des Sozialhilferechts durch das sog. Hartz IV - Gesetz erfolgte Zusammenlegung von Arbeitslosenhilfe und Sozialhilfe verband den Wunsch nach einer bundeseinheitlichen Ausgestaltung mit der Notwendigkeit, den örtlichen Bezug zu wahren. Hierbei fehlte es mancherorts an der Reflektion des vorgegebenen Organisationsrechts, welches eine Zusammenarbeit von kommunaler und Bundesebene in dem gewählten Sinne nicht vorsieht. Der Beitrag beschäftigt sich mit orga-

nisationsrechtlichen Fragen des kommunalen Selbstverwaltungsrechts. Die neue Ausgestaltung des Rechts der sozialen Grundsicherung erweist sich als politischer Formelkompromiss. Die damit einhergehende Missachtung staatsorganisationsrechtlicher Vorgaben spiegelt sich in mehreren Verfassungswidrigkeiten wider. Rechtsfolge ist der gerichtliche Auftrag, die bisherige Regelung der Arbeitsgemeinschaften abzuändern. Dies erscheint ohne Grundgesetzänderung und Finanzverschiebungen nur durch die getrennte Aufgabenwahrnehmung durch Arbeitsagentur und Kommunen oder durch kooperative Jobcenter möglich. Dies ist ein Kooperationsmodell für die Zusammenarbeit der Träger vor Ort, welche in getrennter Trägerschaft, aber freiwilliger kooperativer Wahrnehmung die ihnen obliegenden Aufgaben erfüllen. (ICB2)

[74-L] Wissenschaftszentrum Berlin für Sozialforschung gGmbH; infas - Institut für Angewandte Sozialwissenschaft GmbH; Fachhochschule Frankfurt am Main (Hrsg.):

Evaluation der Experimentierklausel nach Paragraph 6c SGB II: vergleichende Evaluation des arbeitsmarktpolitischen Erfolgs der Modelle der Aufgabenwahrnehmung "Optierende Kommune" und "Arbeitsgemeinschaft". Untersuchungsfeld 2, Implementations- und Governanceanalyse ; Zwischenbericht Mai 2007 an das BMAS, Berlin 2007, 371 S. (Graue Literatur; doku.iab.de/externe/2008/k080110f32.pdf)

INHALT: "Die Implementations- und Governanceanalyse untersucht die Umsetzung der durch das SGB II definierten Leistungsprozesse anhand einer Stichprobe von 154 regionalen Einheiten aus allen Arbeitsgemeinschaften (ARGEn), zugelassenen kommunalen Trägern und Fällen getrennter Aufgabenwahrnehmung. Der Bericht analysiert im ersten Teil überregionale Governance-Strukturen (z.B. rechtliche und finanzielle Vorgaben, Zielvereinbarungen), die Auswirkungen auf die Leistungserbringung der SGB II-Einheiten haben. Im zweiten Teil werden die lokalen Steuerungs- und Organisationsstrukturen in den Formen der Aufgabenwahrnehmung untersucht und wird eine Typologie der Organisation des Leistungsprozesses entwickelt. Der dritte Teil beschäftigt sich mit der Ausgestaltung der Schnittstellen zwischen SGB II, SGB III und SGB VIII, insbesondere im Hinblick auf Eingliederungsleistungen für Jugendliche und junge Erwachsene sowie die Organisation der Arbeitsvermittlung." (Autorenreferat)

[75-L] Zentrum für Europäische Wirtschaftsforschung GmbH -ZEW-; Universität Duisburg-Essen Campus Duisburg, Fak. für Gesellschaftswissenschaften, Institut Arbeit und Qualifikation -IAQ-; TNS Emnid Medien- und Sozialforschung GmbH (Hrsg.):

Evaluation der Experimentierklausel nach Paragraph 6c SGB II: vergleichende Evaluation des arbeitsmarktpolitischen Erfolgs der Modelle der Aufgabenwahrnehmung "Optierende Kommune" und "Arbeitsgemeinschaft". Untersuchungsfeld 3, "Wirkungs- und Effizienzanalyse" ; erster Bericht, Mannheim 2007, 228 S. (Graue Literatur; doku.iab.de/externe/2008/k080117f03.pdf)

INHALT: "Wer macht es besser, die ARGEn oder die zugelassenen kommunalen Träger? Und warum ist dies so? Dies ist auf den Kern gebracht die Fragestellung des Untersuchungsfeldes 3 der Evaluation nach Paragraph 6c SGB II. Mit diesem Bericht legt das Untersuchungsfeld 3 seinen ersten Jahresbericht vor. Der Hauptteil besteht aus einer gründlichen Darstellung der Ergebnisse der bislang durchgeführten Erhebungen. Dies ist eine wichtige Vorarbeit zur im Untersuchungsfeld 3 zu leistenden Wirkungs- und Effizienzanalyse der Modelle der Aufgabenwahrnehmung und der unterschiedlichen Organisationsformen im SGB II. Die Auswertung weist auf Unterschiede in der soziodemographischen Ausgangslage, im Aktivierungsprozess und Einsatz von Maßnahmen hin. Schlüsse auf Wirkungen und Effizienz der Modelle und Organisationsformen sind jedoch derzeit noch nicht möglich. Die eigentliche Kernfrage kann also erst nach Abschluss des Gesamtprojektes im Jahr 2008 beantwortet werden. Insgesamt gilt für die 154 Untersuchungsregionen, dass keine ausgeprägten Unterschiede in den Eigenschaften der Hilfebedürftigen zwischen den Modellen der Aufgabenwahrnehmung festzustellen sind. Die betrachteten ARGEn, zugelassenen kommunalen Träger und getrennte Aufgabenwahrnehmungen haben es jeweils mit ähnlichen Personengruppen zu tun und stehen vor vergleichbaren Herausforderungen. Damit ist ein wichtiges Ziel bei der Auswahl der Untersuchungen erreicht, nämlich Grundsicherungsstellen zu untersuchen, die hinsichtlich der Ausgangsbedingungen vergleichbar sind." (Autorenreferat)

3 Wirkungen / Ergebnisse

[76-L] Achatz, Juliane; Wenzig, Claudia:

Mehr Bangen als Hoffen: die SGB II-Reform aus der Sicht von Arbeitslosengeld II-Empfängern, in: Informationsdienst Soziale Indikatoren : ISI ; Sozialberichterstattung, gesellschaftliche Trends, aktuelle Informationen ; eine ZUMA-Publikation, 2007, H. 38, S. 8-11
(nbn-resolving.de/urn:nbn:de:0168-ss0ar-216365)

INHALT: "Im Januar 2005 wurde mit der Einführung der Grundsicherung für Arbeitsuchende (SGB II) die vierte Stufe der Hartz-Reformen umgesetzt. An Stelle der zuvor getrennten Leistungssysteme Arbeitslosenhilfe und Sozialhilfe existiert seither Arbeitslosengeld II als einheitliche Leistung zur Sicherung des Lebensunterhalts für erwerbsfähige hilfebedürftige Personen von 15 bis unter 65 Jahren und ihre nicht erwerbsfähigen Angehörigen in der Bedarfsgemeinschaft. Die Reform markiert einen Paradigmenwechsel hinsichtlich staatlicher Hilfe: vom fürsorgenden hin zum aktivierenden Wohlfahrtsstaat. Dieser Beitrag geht nun der Frage nach, wie die Betroffenen die Wirkungen der Gesetzesreform auf ihre eigenen Lebensumstände einschätzen und durch welche Faktoren die Wahrnehmungen beeinflusst werden. Basis der Analysen bildet eine IAB-Befragung von ca. 21.000 Arbeitslosengeld II und ehemaligen Arbeitslosenhilfeempfängern, die zur Übergangssituation vom alten zum neuen System der Grundsicherung befragt wurden." (Autorenreferat)

[77-L] Adamy, Wilhelm:

Staat subventioniert Armutslöhne mit Milliardenbeträgen: über zwei Milliarden Euro pro Jahr für Aufstocker mit Vollzeit- und vollzeitnahe Job, in: Soziale Sicherheit : Zeitschrift für Arbeit und Soziales, Jg. 57/2008, H. 6/7, S. 219-226 (Standort: USB Köln(38)-Haa1083; Kopie über den Literaturdienst erhältlich)

INHALT: "In dem Beitrag wird aufgezeigt, wie sich das Verarmungsrisiko von Erwerbstätigen in den letzten drei Jahren entwickelt hat und wer davon hauptsächlich betroffen ist. Zum ersten Mal werden auch die finanziellen Lasten des Staates quantifiziert, die mit der Aufstockung nicht-existenzsichernder Löhne verbunden sind. Denn Hartz IV ist mittlerweile auch ein staatlich finanziertes Sicherungssystem für Erwerbstätige mit Niedriglöhnen. Über zwei Milliarden Euro pro Jahr schießt der Staat allein für Geringverdiener mit vollzeitnahen Erwerbstätigkeiten zu - und subventioniert so auch Arbeitgeber, die Arbeitnehmer zum Hungerlohn beschäftigen." (Textauszug)

[78-L] Bartelheimer, Peter; Baethge-Kinsky, Volker; Wagner, Alexandra:

Zu den Auswirkungen von Hartz IV auf den Arbeitsmarkt - Fakten und Fragen, in: Intervention : Zeitschrift für Ökonomie, Jg. 3/2006, H. 1, S. 16-33
(www.zeitschrift-intervention.de/seiten/deutsch/download/Bartelheimer_et_alii_Intervention_Jg_3_Nr_1-2006.pdf)

INHALT: "Mit Jahresbeginn 2005 ist mit dem SGB II auch das letzte der vier 'Hartz-Gesetze' zur Neuausrichtung der Arbeitsmarktpolitik des Bundes in Kraft getreten, mit denen die Bundesregierung im Rahmen der 'Agenda 2010' die Empfehlungen der Hartz-Kommission 'Moderne Dienstleistungen am Arbeitsmarkt' umsetzen will. Diese Gesetze betreffen nicht allein Erwerbslose. Mit ihnen sind Richtungsentscheidungen für die künftige soziale Absicherung von Arbeitsmarktrisiken im deutschen Sozialstaat gefallen, die als größtes sozialpolitisches Experiment seit der Herstellung der deutschen Einheit bezeichnet werden können. Abstimmungsprobleme zwischen bestimmten Formen der Flexibilität am Arbeitsmarkt und dem bundesdeutschen Modell sozialer Sicherung, also Probleme des 'Mismatch zwischen dem institutionellen System des Arbeitsmarktes einerseits und demjenigen des Sozialleistungssystems Andererseits', tragen seit Jahrzehnten zu beruflichsozialer Gefährdung, materieller Armut und sozialer Ausgrenzung bei. Im Folgenden soll kurz zusammengefasst werden, wie die 'Hartz-Gesetze' die Grundlage für solche Diskussionen verändern und warum sie die Möglichkeiten, Flexicurity-Lösungen für Risiken unsicherer Erwerbsbeteiligung weiter zu verfolgen, entscheidend einschränken." (Autorenreferat)

[79-L] Baumeister, Hella; Gransee, Ulrich; Zimmermann, Klaus-Dieter (Hrsg.):

Die Hartz-"Reformen": die Folgen von Hartz I-IV für ArbeitnehmerInnen ; ein Projekt der Arbeitnehmerkammer Bremen und des DGB-Bezirks Niedersachsen - Bremen - Sachsen-Anhalt, Hamburg: VSA-Verl. 2005, 223 S., ISBN: 3-89965-117-0

INHALT: "Mit dem Sammelband werden die einschneidenden Folgen der Hartz-Gesetze von ganz verschiedenen gesellschaftlichen Akteuren und somit auch aus unterschiedlichen Blickwinkeln bewertet. Ungeachtet der unterschiedlichen Positionen stehen die Auswirkungen auf die größte Gruppe der Erwerbstätigen, die abhängig beschäftigten Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer, im Mittelpunkt der Beiträge." (Textauszug). Inhaltsverzeichnis: Heinz Möller, Hans-L. Endl, Hartmut Tölle, Udo Gebhardt: Auswirkungen der Hartz-Reformen auf Arbeitnehmerinnen am Beispiel von Bremen, Niedersachsen und Sachsen-Anhalt (9-16). Die Fakten - Hella Baumeister: Hart(z) hinterm Deich - erste Bilanz Hartz I-IV aus Sicht der Bremer Arbeitnehmerinnen (17-41); Ulrich Gransee: Mehr 'Fordern' als 'Fördern' - die Folgen von Hartz I-IV für ArbeitnehmerInnen in Niedersachsen (42-53); Klaus-Dieter Zimmermann: Arbeitsmarktreformen - ein Beitrag zur Lösung der Misere? Die Lage in Sachsen-Anhalt (54-61). Die Sicht der Politik - Karin Röpke: Die Chancen sind deutlich größer als die Risiken - Reformen zur Weiterentwicklung der regionalen Arbeitsmarktpolitik in Bremen (62-71); Christian Wulff: Weder Wunderwaffe noch Erfolgsstory: es bleibt noch viel zu tun - regionale Arbeitsmarktpolitik in Niedersachsen (72-80); Wolfgang Böhmer: Mehr Arbeitsplätze durch die Hartz-Reformen? Die arbeitsmarktpolitische Situation in Sachsen-Anhalt (81-87). Die Sicht der Gewerkschaften - Ursula Engelen-Kefer: Wir brauchen eine politikfeldübergreifende Beschäftigungsstrategie - eine Zwischenbilanz des DGB (88-95); Klaus Wiesehügel: Wir müssen die Weichen in Richtung Solidarität stellen - die Folgen der Hartz-Gesetze für den Organisationsbereich der IG BAU (96-104); Jürgen Peters: Fortschritt auf dem Arbeitsmarkt? Rückblick und Zwischenbilanz (105-112); Frank Bsirske: Hartz-Kommission: Arbeitslosigkeit bis 2005 halbieren Hartz-Gesetze I-IV: 5 Millionen Arbeitslose - eine Bewertung (113-128). Die Sicht der Wissenschaft - Rudolf Hickel: Jobwunder im perspektivlosen Niedriglohnsektor - die makroökonomischen Folgen (129-144); Roland Roth: Warum Sachsen-Anhalt zu einem Zentrum der Anti-Hartz-Proteste wurde - eine erste 'Evaluation von unten' (145-156); Friedhelm Hengsbach: Eine Selbstdemontage der politischen Klasse - vorläufige Bilanz der Agenda 2010 (157-165). Die Sicht der Agenturen für Arbeit - Berndt Wozniak: Passgenaue Förderung zur Wiedereingliederung von Arbeitslosen - Umsetzungserfahrungen der Agentur für Arbeit Bremerhaven (166-177); Petra Bratzke: Konsequente Aktivierung: die Philosophie der neuen Arbeitsmarktpolitik - Umsetzungserfahrungen in der Krisenregion Sachsen-Anhalt (178-185); Harald Eitge: Uelzen - Krisenregion in Niedersachsen? Ergebnisse und Chancen des Agenturbezirks (186-195). Die Sicht der Betroffenen - Martin Lühr: Verwirrung und Unübersichtlichkeit - Fragen und Zweifelsfälle. Erste Erfahrungen der Erwerbslosenberatung (196-206); Ernst Taux: 'Arbeit wird billig wie Dreck' - gegen Ausgrenzung, Vereinzelung und Verschlechterung der Lebensverhältnisse (207-216); Landesarbeitsgemeinschaft der Arbeitslosenzentren und -projekte: 'Kann ich mir dieses Buch noch leisten oder kaufe ich bei Aldi lieber Winterschuhe?' Einblicke in die Grundstimmung von Betroffenen (217-223).

[80-L] Becker, Irene:

Verdeckte Armut in Deutschland: Ausmaß und Ursachen, (Fachforum: Analysen & Kommentare, No. 2), Berlin 2007, 19 S., ISBN: 978-3-89892-706-2 (Graue Literatur; library.fes.de/pdf-files/do/04656.pdf)

INHALT: "Es gehört zu den Mindestansprüchen des Sozialstaats, bedürftigen Personen ein soziokulturelles Existenzminimum zu sichern. In Deutschland sollen gegenwärtig insbesondere die Leistungen der Sozialhilfe und der Grundsicherung für Arbeitsuchende dafür sorgen, dass dieses Minimalziel erreicht wird. Ob dies gelingt, ist jedoch fraglich, da erhebliche Teile der Bedürftigen ihnen zustehende Leistungen nicht in Anspruch nehmen. Die Statistiken über Leistungsempfänger/innen geben also nur 'die halbe Wahrheit' über Bedürftigkeit in Deutschland wieder. Vor der Hartz-IV-Reform kamen auf drei Grundsicherungsempfänger/innen mindestens zwei, eher drei weitere Berechtigte, die von ihrem Anspruch keinen Gebrauch machten. Dabei waren einige gesellschaftliche Gruppen von verdeckter Armut besonders stark betroffen: alleinstehende Frauen, Paarhaushalte mit erwerbstätigem Haushaltsvorstand und Altenhaushalte. Die Einführung des Arbeitslosengeldes (Alg) II im Zuge der

Hartz-IV-Reform konnte zwar die verdeckte Armut von früheren Arbeitslosenhilfebeziehenden vermindern. Doch andere Bedürftige, insbesondere Erwerbstätigenhaushalte mit geringem Einkommen, nehmen offensichtlich ihnen zustehende Leistungen nach wie vor häufig nicht in Anspruch. Die Gründe für das Phänomen der verdeckten Armut sind vielfältig. Wesentliche Ursachen sind offenbar, dass viele Bedürftige die relevanten gesetzlichen Regelungen nicht kennen oder mit der Inanspruchnahme staatlicher Hilfeleistungen Stigmatisierungsängste verbinden. Dem könnte entgegengewirkt werden, indem offensiv über bestehende Ansprüche informiert und ein vorurteils- und diskriminierungsfreies Klima im Umgang mit Hilfebedürftigen gefördert wird." (Autorenreferat)

[81-L] Becker, Jens; Gulyas, Jennifer:

Armut und Scham: über die emotionale Verarbeitung sozialer Ungleichheit, in: Zeitschrift für Sozialreform, Jg. 58/2012, H. 1, S. 83-99 (Standort: USB Köln(38)-Haa1648; Kopie über den Literaturdienst erhältlich; www.z-sozialreform.de/ccm/cms-service/stream/asset/?asset_id=1081037)

INHALT: "Die Ursachen individueller Scham liegen in der gesellschaftlichen Ordnung und den dort vorherrschenden Normen. Schamgefühle sind kein rein individualpsychologischer Prozess, sondern in den Kontext sozialer Ungleichheit eingebettet. Es wird im Rahmen einer explorativen Studie davon ausgegangen, dass es einen Zusammenhang zwischen Armut und Scham gibt. Zum einen wird die Politik des Sozialstaats dargestellt, die verschiedene Beschämungsfaktoren für Leistungsempfänger und Niedriglohnverdiener enthält. Zum anderen wird die subjektive Perspektive der Betroffenen betrachtet. Was ist aus ihrer Sicht beschämend, und wie wirkt sich die Scham bei ihnen aus?" (Autorenreferat)

[82-L] Boss, Alfred; Christensen, Björn; Schrader, Klaus:

Anreizprobleme bei Hartz IV: lieber ALG II statt Arbeit?, (Kieler Diskussionsbeiträge, 421), Kiel 2005, 31 S.; 240 KB, ISBN: 3-89456-271-4 (Graue Literatur; doku.iab.de/externe/2005/k050719a05.pdf)

INHALT: "Nach dem Prinzip 'Fördern und Fordern' soll Hartz IV dazu beitragen, dass Arbeitslose ihren Lebensunterhalt möglichst rasch wieder aus eigener Kraft bestreiten. Das Arbeitslosengeld II soll nur als Überbrückung dienen, bis die Rückkehr in den ersten Arbeitsmarkt mit Hilfe von Eingliederungsmaßnahmen gelingt. Doch kann das Hartz IV-Instrumentarium überhaupt erfolgreich sein? Bietet das ALG II die notwendigen Anreize für Arbeitslose, eine reguläre Beschäftigung auf dem ersten Arbeitsmarkt anzustreben? Oder haben Arbeitslose vielmehr Anreize, möglichst lange in einer 'ALG II-Falle' zu verharren? Berechnungen der Lohnabstände zwischen potentiellen Erwerbseinkommen und ALG II-Zahlungen geben auf diese Fragen eine ernüchternde Antwort: Kritische Lohnabstände, die eine Vollzeitbeschäftigung auf dem ersten Arbeitsmarkt unattraktiv erscheinen lassen, bestehen insbesondere bei ALG II-Beziehern, die eine geringe Qualifikation aufweisen, Kinder haben und deren Partner nicht erwerbstätig ist. Verstärkt werden diese Anreizprobleme, wenn ein potentieller Arbeitsplatz im Dienstleistungssektor oder in der Arbeitsmarktregion Ost liegt. Für Hochqualifizierte und Haushalte mit einem erwerbstätigen Partner dagegen gibt es starke Anreize, ein Arbeitsplatzangebot anzunehmen. Die Lohnabstände werden kritischer und betreffen weitere Gruppen von ALG II-Beziehern, wenn Einkommen aus '1-Euro-Jobs' oder aus geringfügiger Beschäftigung berücksichtigt werden. Der Kern des Problems besteht darin, dass Anreize zum Verzicht auf eine reguläre Vollzeitarbeit entstehen, die vergleichsweise wenig attraktiv ist. Aus einer Brücke in den ersten Arbeitsmarkt droht eine Dauereinrichtung zu werden, die außer für Arbeitslose auch für Niedriglohnbezieher reizvoll ist. Langfristig führen '1-Euro-Jobs' und Formen einer geringfügigen Beschäftigung zu einer Verdrängung regulärer Vollzeitbeschäftigung. Was aber könnte die Lösung für die Anreizprobleme sein? Es erscheint zweckmäßig, Niedriglohnarbeit oder Erwerbstätigkeit für Haushalte mit Kindern durch eine Abgabentlastung attraktiver zu machen: Die Nettolöhne sollten steigen, während der ALG II-Bezug nur noch als Grundsicherung in einer Übergangszeit und nicht als Alternative zu einer regulären Beschäftigung auf dem ersten Arbeitsmarkt ausgestaltet werden sollte." (Autorenreferat)

[83-L] Boss, Alfred; Elendner, Thomas:

Verstärkte Arbeitsanreize durch das Arbeitslosengeld II?, in: Die Weltwirtschaft : Vierteljahresschrift des Instituts für Weltwirtschaft an der Universität Kiel, 2005, H. 2, S. 168-196

INHALT: Die Arbeitsanreize für verschiedene Gruppen der Beschäftigten werden analysiert. Besondere Aufmerksamkeit wird dabei auf die Auswirkungen der Hartz-Reform auf die Arbeitsanreize gerichtet. Der Beitrag zeigt auf, dass die Grenzsteuersätze (explizit und implizit) für die meisten Beschäftigten hoch bleiben. Es wird gefolgert, dass Beschäftigung durch den Teil der Reform, der die Arbeitsanreize stärken sollte, nur wenig angeregt wird. Andere Elemente der Hartz-Reform werden nur angeschnitten. (IAB)

[84-L] Bruckmeier, Kerstin; Schnitzlein, Daniel:

Was wurde aus den Arbeitslosenhilfeempfängern?: eine empirische Analyse des Übergangs und Verbleibs von Arbeitslosenhilfeempfängern nach der Hartz-IV-Reform, (IAB Discussion Paper: Beiträge zum wissenschaftlichen Dialog aus dem Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung, 24/2007), Nürnberg 2007, 37 S. (Graue Literatur; nbn-resolving.de/urn:nbn:de:0168-ssoar-318961)

INHALT: "Die Studie beschäftigt sich mit den Einkommenswirkungen, die die Umsetzung des vierten Gesetzes für moderne Dienstleistungen am Arbeitsmarkt auf die Bezieher von Arbeitslosenhilfe hatte. Datengrundlage ist die Querschnittsbefragung 'Lebenssituation und soziale Sicherung 2005', die vom Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung durchgeführt wurde. Anhand dieser Daten kann festgestellt werden, dass nach dem Systemwechsel ca. 15 Prozent aller Arbeitslosenhilfebezieher keinen Anspruch auf weitere Leistungen hatten. Bei 11 Prozent lässt sich dies mit hoher Wahrscheinlichkeit auf den Wechsel des Leistungssystems zurückführen. Anschließend wird die Zusammensetzung dieser Gruppe und die Wahrscheinlichkeit aus dem Leistungsbezug auszuschneiden anhand einer Logit-Schätzung untersucht. Die Befragungsdaten ermöglichen zusätzlich eine Gegenüberstellung der Haushaltseinkommenssituation: November 2005 zu Dezember 2004. Während sich die durchschnittlichen Haushaltseinkommen zwischen diesen beiden Zeitpunkten nur geringfügig ändern, zeigen differenziertere Auswertungen nach dem Verbleib in Bedürftigkeit und dem Erwerbsstatus des Arbeitslosenhilfeempfängers eine unterschiedliche Entwicklung. Erwartungsgemäß tritt eine positive Einkommensentwicklung bei den Haushalten auf, in denen der ehemalige Arbeitslosenhilfeempfänger eine Beschäftigung aufgenommen hat und der Haushalt nun keine Leistungen mehr bezieht. Es zeigt sich aber auch, dass Erwerbstätigkeit nicht zwingend zu einem Ausscheiden aus dem Leistungsbezug führt. So kann nachgewiesen werden, dass 28 Prozent aller teilzeit- bzw. vollzeiterwerbstätigen ehemaligen Arbeitslosenhilfeempfängern in Haushalten mit Leistungsbezug verbleiben." (Autorenreferat)

[85-L] Bruckmeier, Kerstin; Schnitzlein, Daniel D.:

Der Übergang von Arbeitslosenhilfeempfängern in das SGB II: eine empirische Analyse anhand von Befragungsdaten, in: Sozialer Fortschritt : unabhängige Zeitschrift für Sozialpolitik, Jg. 58/2009, H. 1, S. 1-9 (dx.doi.org/10.3790/sfo.58.1.1)

INHALT: "Die mit der Umsetzung des vierten Gesetzes für moderne Dienstleistungen am Arbeitsmarkt erfolgte Zusammenlegung von Arbeitslosen- und Sozialhilfe stellte eine grundlegende Änderung im System der deutschen Arbeitslosenunterstützung dar. Im vorliegenden Artikel wird anhand von Befragungsdaten aus einer Querschnittsbefragung des Instituts für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung untersucht, welche Effekte die neue Gesetzeslage auf die ehemaligen Bezieher von Arbeitslosenhilfe hatte. Für 11% dieser Gruppe kann davon ausgegangen werden, dass sie aufgrund des Systemwechsels keine Leistungsansprüche mehr haben. Des Weiteren kann gezeigt werden, dass insbesondere Paarhaushalte, ältere Personen und Personen mit Wohneigentum eine hohe Wahrscheinlichkeit zur Beendigung des Leistungsbezugs besitzen." (Autorenreferat)

[86-L] Buhr, Petra:

Ausgrenzung, Entgrenzung, Aktivierung: Armut und Armutspolitik in Deutschland, in: Roland Anhorn (Hrsg.) ; Frank Bettinger (Hrsg.): Sozialer Ausschluss und soziale Arbeit : Positionsbestimmungen einer kritischen Theorie sozialer Arbeit, Wiesbaden: VS Verl. für Sozialwiss., 2008, S. 199-218, ISBN: 978-3-531-15181-6 (Standort: UB Trier(385)-0Dln42020(2))

INHALT: Armut wird in der wissenschaftlichen und politischen Diskussion zunehmend mit sozialer Ausgrenzung verknüpft und beide Begriffe werden oft synonym verwendet. Ausgrenzung bezeichnet nach Meinung der Autorin jedoch mehr bzw. etwas qualitativ anderes als nur Arbeitslosigkeit, Armut oder Unterversorgung. Inwieweit Armut und Sozialhilfebezug tatsächlich mit Ausgrenzung verbunden sind, ist eine empirische Frage und verweist auf die Schwierigkeiten, angemessene Indikatoren für die soziale Ausgrenzung zu entwickeln bzw. Schwellenwerte für den Übergang von bloßer Benachteiligung in Ausgrenzung zu bestimmen. Vor diesem Hintergrund gibt die Autorin zunächst einen Überblick über Ausmaß, Entwicklung und Folgen von Armut in Deutschland, wobei sie einerseits auf Sozialhilfe bzw. sozialhilfeähnliche Leistungen und andererseits auf die Einkommensarmut Bezug nimmt. Sie geht hierzu auf die Kumulation von Unterversorgungslagen bzw. den Zusammenhang zwischen Einkommens- und Deprivationsarmut ein und diskutiert Ergebnisse der dynamischen bzw. lebenslauftheoretischen Armutsforschung, die auf eine Entgrenzung und Biographisierung von Armut hindeuten. Der zweite Teil ihres Beitrags widmet sich der Armuts politik in Deutschland, insbesondere den Konsequenzen der neueren aktivierenden Sozialhilfepolitik mit ihrem Fokus auf "Fördern und Fordern". Die Autorin zeigt, dass durch diese arbeitsmarktpolitischen Maßnahmen gleichzeitig neue Unsicherheiten und Einfallstore für Ausgrenzung geschaffen werden. (ICI2)

[87-L] Bundesagentur für Arbeit (Hrsg.):

SGB II - Sozialgesetzbuch Zweites Buch - Grundsicherung für Arbeitsuchende: Zahlen, Daten, Fakten ; Jahresbericht 2007, Nürnberg 2008, 83 S. (Graue Literatur; doku.iab.de/externe/2008/k080630f07.pdf)

INHALT: "Wo steht die Grundsicherung für Arbeitsuchende Ende 2007? Drei Jahre nach Inkrafttreten des Gesetzes ist es legitim, die Frage nach der Systemleistung zu stellen - auch wenn wir von unseren europäischen Nachbarn wissen, dass Reformen von dieser Dimension erst nach fünf Jahren solide bewertet werden können. Ende 2007 zeigt sich ein differenziertes Leistungsbild: Weniger Menschen sind von Grundsicherungsleistungen abhängig; hohe Aktivierung durch arbeitsmarktpolitische Maßnahmen; Förderangebot wurde ausgebaut und ausdifferenziert; Arbeitslosigkeit wurde abgebaut; Ausgaben der Grundsicherung im Finanzrahmen; aufgrund der hohen Anforderungen an die Integrationsplanung gilt es, die Qualität der Dienstleistungen weiter zu verbessern hinsichtlich der Beratungs- und Integrationsprozesse, des Mitteleinsatzes, der Stabilisierung und Qualifizierung des Personals sowie der nachhaltigen Integrationen." (Autorenreferat)

[88-L] Bundesministerium für Arbeit und Soziales; Deutscher Bundestag Fraktion der GRÜNEN (Urheber):

Auswirkungen der Ein-Euro-Jobs auf die Höhe der Renten: Antwort der Bundesregierung auf die Kleine Anfrage der Abgeordneten und der Fraktion Die Linke (Drucksache 16/787), in: Verhandlungen des Deutschen Bundestages / Drucksachen, 2006, Dr. 16/1119, 8 S.; Kopie über den Literaturdienst erhältlich dip.bundestag.de/btd/16/011/1601119.pdf

INHALT: Gegenstand der Kleinen Anfrage der Abgeordneten und Fraktion Die Linke ist die Einbeziehung der Ein-Euro-Jobs in die Bruttodurchschnittsverdienste, was negative Auswirkungen auf den Rentenanpassungssatz, dessen rechnerische Grundlage die Bruttolohn-Entwicklung ist, hat. Daran wird kritisiert, dass es sich bei den Ein-Euro-Jobs nicht um reguläre Arbeitsverhältnisse handelt, sondern diese lediglich nicht entlohnte Arbeitsgelegenheiten von Empfängern des Arbeitslosengeldes II sind, die für den geleisteten Mehraufwand eine Entschädigung erhalten. Dem hält die Bundesregierung entgegen, dass Personen, die im Rahmen von so genannten Ein-Euro-Jobs tätig sind, aufgrund von internationalen statistischen Vorschriften als Erwerbstätige zu zählen sind. Das Statistische Bundesamt (StBA) zählt daher gemäß dieser internationalen Vorschriften Ein-Euro-Jobber nach der Sys-

tematik der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung (VGR) als Erwerbstätige, da einer bezahlten Arbeit von mindestens einer Stunde pro Woche nachgegangen wird. Der Beitrag enthält weiterhin Aussagen zur Entwicklung der Bruttolöhne pro Arbeitnehmer im Jahr 2005 gegenüber 2004 und zur Höhe der Rentenanpassung 2006 mit und ohne Anrechnung der Ein-Euro-Jobs. Die Bundesregierung verweist abschließend auf ihren Beschluß vom 8. März 2006, dass von der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung erfasste Entwicklungen, die mit der Rentenversicherung in keinem systematischen Zusammenhang stehen, bei der Berechnung von Werten der Rentenversicherung unberücksichtigt bleiben. Es soll gesetzlich sichergestellt werden, dass eine Zunahme der Ein-Euro-Jobs sich nicht über eine Verringerung der Pro-Kopf-Entgelte nach VGR in einer verringerten Rentenanpassung niederschlägt. Im Jahr 2006 wird die Entwicklung der Ein-Euro-Jobs keine Auswirkung auf die Rentenhöhe haben. (IAB)

[89-L] Deutscher Gewerkschaftsbund Abt. Arbeitsmarktpolitik und Internationale Sozialpolitik (Urheber):

Gegen die pauschale Verunglimpfung Arbeitsloser, in: Soziale Sicherheit : Zeitschrift für Arbeit und Soziales, Jg. 54/2005, H. 11, S. 355-357 (Standort: USB Köln(38)-Haa1083; Kopie über den Literaturdienst erhältlich)

INHALT: Vor dem Hintergrund der vom Bundesminister für Wirtschaft und Arbeit Clement im Oktober 2005 ausgelösten Diskussion um angeblich massenhaften Missbrauch der Sozialsysteme diskutiert der Beitrag die Gründe der unerwarteten Mehrausgaben infolge der Hartz IV-Reformen. Neben einer Reihe von zu optimistischen Prognosen bei der Vorbereitung der Reform und von Problemen bei ihrer kurzfristigen Umsetzung wird vor allem geltend gemacht, dass die Zusammenlegung von Arbeitslosen und Sozialhilfe eine verdeckte Armut und das wahre Ausmaß der "Stillen Reserve" aufgedeckt habe. (IAB)

[90-L] Diener, Katharina; Feldhaus, Michael:

"Hartz" oder Herz?: Hartz IV und die Intention zum Zusammenziehen in Partnerschaften, in: Zeitschrift für Sozialreform, Jg. 57/2011, H. 2, S. 199-220 (Standort: USB Köln(38)-Haa1648; Kopie über den Literaturdienst erhältlich)

INHALT: "Der vorliegende Beitrag untersucht, ob die Vermutung, dass Arbeitslosengeld-II-Beziehende aufgrund der Anrechnung von Partnereinkommen eher nicht mit einem Partner oder einer Partnerin zusammenziehen, tatsächlich zutrifft oder nicht, und welche weiteren Faktoren hierbei mit in die Analysen einbezogen werden sollten. Anhand der Daten des Beziehungs- und Familienpanels (pairfam) findet sich ein negativer signifikanter Zusammenhang zwischen dem Bezug von Arbeitslosengeld II und der Intention zum Zusammenzug mit dem Partner/ der Partnerin. Allerdings zeigt sich auch, dass diese Effekte an Bedeutung verlieren, wenn weitere partnerschaftliche Indikatoren (Bildung, Partnerschaftsdauer, Partnerschaftszufriedenheit, Unabhängigkeit, traditionelle Werteinstellungen, Commitment, Intimität und Vertrautheit) berücksichtigt werden." (Autorenreferat)

[91-L] Eekhoff, Johann; Mackscheidt, Klaus:

Auswirkungen von Hartz IV auf die Mobilität und Wohnungsverorgung der Mieter, in: Wirtschaftsdienst : Zeitschrift für Wirtschaftspolitik, Jg. 86/2006, H. 4, S. 236-243 (Standort: USB Köln(38)-FHM Haa288; Kopie über den Literaturdienst erhältlich)

INHALT: "Im Hartz IV-Gesetz, das zum 1. Januar 2005 in Kraft trat, wurde unter anderem geregelt, welche Wohnraumstandards für Hartz IV-Empfänger angemessen seien. Schon vor Inkrafttreten des Gesetzes kam es zu einer kontroversen Diskussion darüber, ob und in welchem Umfang Zahlungsempfänger auf Druck der Behörden umziehen müssen. Wie hat sich die Haltung der Behörden im ersten Geltungsjahr entwickelt? Ist es in einem erheblichen Umfang zu erzwungenen Umzügen gekommen?" (Autorenreferat)

[92-L] Eichhorst, Werner; Grienberger-Zingerle, Maria; Konle-Seidl, Regina:

Activation policies in Germany: from status protection to basic income support, (Discussion Paper / Forschungsinstitut zur Zukunft der Arbeit GmbH, No. 2514), Bonn 2006, 66 S. (Graue Literatur; <ftp.iza.org/dp2514.pdf>)

INHALT: Der Beitrag bietet einen Überblick über die schrittweise Umsetzung einer aktivierenden Arbeitsmarkt- und Sozialpolitik in Deutschland. Dabei wird nicht nur auf die neuen Instrumente aktiver und passiver Arbeitsmarktpolitik eingegangen, sondern es werden auch die Auswirkungen dieses Wandels auf die politische Ökonomie, Verwaltung und Rechtsstruktur eines Wohlfahrtsstaates bismarckscher Prägung analysiert. Im Mittelpunkt der Studie stehen die Veränderungen des System der status- und beschäftigungsorientierten Arbeitslosenunterstützung, welches für einen Großteil der Bevölkerung aufgegeben wurde. Inzwischen wurde die Leistungsdauer der Arbeitslosenunterstützung verkürzt und die neu eingeführte Grundsicherung bei Alter und Erwerbsminderung ist nicht länger einkommensabhängig. Der Druck auf die Arbeitslosen, eine Arbeit aufzunehmen, ist erheblich gestiegen, gleichzeitig haben mehr Menschen als zuvor Anspruch auf Arbeitsförderung. Der Beitrag zieht eine vorläufige Bilanz der Auswirkungen aktivierender Arbeitsmarktpolitik auf den Arbeitsmarkt sowie ihrer sozialen Auswirkungen. Abschließend werden mutmaßliche Entwicklungen zukünftiger Anpassungen diskutiert. (IAB)

[93-L] Faik, Jürgen; Becker, Jens:

Subjektive und objektive Lebenslagen von Arbeitslosen, in: Sozialer Fortschritt : unabhängige Zeitschrift für Sozialpolitik, Jg. 59/2010, H. 10/11, S. 255-264 (dx.doi.org/10.3790/sfo.59.10-11.255)

INHALT: "Der Beitrag thematisiert in Übersichtsform die objektive und subjektive Lebenslage von Arbeitslosen in Deutschland im Vergleich zur Gesamtbevölkerung. Die Ergebnisse indizieren eine deutlich schlechtere materielle, d. h. objektive Lebenslage der Arbeitslosen. Dies reflektiert sich in den auf Wohlstandskategorien bezogenen subjektiven Indikatoren, weniger aber in den Bewertungen immaterieller Wohlfahrtskategorien. Hier scheint vor allem der Familienzusammenhang als sozialer Rückhalt von Relevanz zu sein. Gegenüber den aktuellen arbeitsmarktpolitischen Instrumenten scheint eine differenzierte Sichtweise zu existieren: Das Leistungsniveau des Arbeitslosengeldes II etwa wird in der Regel als (zu) niedrig eingestuft, die im Zuge von 'Hartz IV' gegebenen Sanktionsmöglichkeiten werden hingegen überwiegend - auch von den Betroffenen - positiv beurteilt." (Autorenreferat)

[94-L] Fehr, Sonja; Vobruba, Georg:

Die Arbeitslosigkeitsfalle vor und nach der Hartz-IV-Reform, in: WSI Mitteilungen : Monatszeitschrift des Wirtschafts- und Sozialwissenschaftlichen Instituts in der Hans-Böckler-Stiftung, Jg. 64/2011, H. 5, S. 211-217 (www.boeckler.de/wsimit_2011_05_fehr.pdf)

INHALT: "Die Verkürzung individueller Arbeitslosigkeitsphasen war ein zentrales Ziel der Hartz-IV-Reform. In dem Beitrag wird die Dauer der individuellen Arbeitslosigkeitsphasen vor und nach der Hartz-IV-Reform vergleichend untersucht. Datengrundlage ist das SOEP. In einem ersten Schritt geht es um die Frage nach der Existenz einer 'Arbeitslosigkeitsfalle' im Schnittbereich von Sozialtransfers und Arbeitsmarkt für die Zeit von 2002 bis 2004 und von 2005 bis 2007. Diese Analyse zeigt, dass das Problem überlanger Arbeitslosigkeitsphasen, auf das die Hartz-IV-Reform zielte, vor 2005 kaum bestand. In einem zweiten Analyseschritt kommt die Untersuchung zu dem Ergebnis, dass sich die Arbeitslosigkeitsphasen nach der Hartz-IV-Reform kaum verändert haben. Multivariate Analysen mithilfe des Piecewise-Constant-Exponential-Modells ergeben indes, dass Arbeitslosengeld-II-Bezieher bei Berücksichtigung soziodemografischer und konjunktureller Effekte sogar etwas länger in Arbeitslosigkeit verweilen als Sozial- und Arbeitslosenhilfebezieher vor Hartz IV, während der Übergang in Erwerbstätigkeit sich nicht signifikant verändert hat." (Autorenreferat)

[95-L] Geiger, Andreas; Martens, Rudolf; Tänzer, Jörg; Scheibe, Birgit:

Hartz IV ... und die Betroffenen?: sozialpolitische Bilanz 2005, Freiburg im Breisgau 2005, 40 S.
(Graue Literatur; www.nationale-armutskonferenz.de/publications/Bilanz-Hartz-05.pdf)

INHALT: "Mit dieser sozialpolitischen Bilanz nimmt die Nationale Armutskonferenz (nak) die Einführung der beiden Sozialgesetzbücher II und XII kritisch in den Blick. Die Lebenslagen von Menschen und deren Lebensvielfalt in einem Gesetz zu berücksichtigen, ist schwer und erfordert eine große Sorgfalt. Diese hat aber, das muss man vom Sozialgesetzbuch II leider sagen, mindestens angesichts des Zeitdrucks gelitten. Die Probleme, die sich aus den neuen gesetzlichen Bestimmungen und der noch fehlenden Praxis der Leistungsgewährung ergeben, sind jedoch strukturell im Gesetz angelegt. Die Wirkung ist klar: Die Situation der von Hartz IV betroffenen Menschen verschlechtert sich dauerhaft. Insgesamt werden Armut und Ausgrenzung in Deutschland eher befördert als eingegrenzt." (Autorenreferat). Inhaltsverzeichnis: Auswirkungen der 'neuen' Arbeitsmarktpolitik - Beobachtungen von vor Ort und erste Erkenntnisse (5-9); Eine erste Bilanz der Auswirkungen von Hartz IV - Erwachsene und Kinder auf Sozialhilfeniveau (10-16); Familien und Schwangere im Konflikt mit Hartz IV. Bericht aus der Praxis - Änderungsbedarf (17-21); Handwerkliche Mängel des SGB II und sozialrichterliche Reparaturversuche (22-29); Sozialmissbrauch und Kostenexplosion im Arbeitslosengeld II? Ein Vergleich mit empirischen Befunden (30-37); Pressemeldung der nak zu Sozialmissbrauchsvorwürfen durch das Bundesministerium für Wirtschaft und Arbeit (38).

[96-L] Gerhardt, Klaus-Uwe:

Hartz plus: Lohnsubventionen und Mindesteinkommen im Niedriglohnssektor, (Perspektiven der Sozialpolitik), Wiesbaden: VS Verl. für Sozialwiss. 2006, 247 S., ISBN: 3-531-14842-7

INHALT: "Mit Lohnsubventionen und sozialen Einschnitten neue Jobs zu schaffen, war das Reformziel des ehemaligen VW-Managers Peter Hartz. Der Reformersfolg bleibt jedoch bislang aus. Arbeitsanreize für Minijobs bewirken nur dann eine spürbare Verbesserung der Arbeitsnachfrage, wenn eine Lohnuntergrenze und neue Investitionsanreize für eine dynamische Binnennachfrage sorgen. Überdies ist das Ende der Vollbeschäftigung erreicht. Der Autor untersucht, ob und wie sich die Grundsicherung zu einem garantierten Grund- bzw. Mindesteinkommen weiterentwickeln lässt. Er zeigt Perspektiven zur Annäherung von Erwerbstätigkeit und nicht marktvermittelter Tätigkeiten (z.B. Familien- bzw. Eigen- und Gemeinwesenarbeit) auf." (Autorenreferat)

[97-L] Gießelmann, Marco:

Arbeitsmarktpolitischer Wandel in Deutschland seit 1991 und das Working Poor-Problem: Ein Einsteiger als Verlierer des Reformprozesses?, in: Zeitschrift für Soziologie, Jg. 38/2009, H. 3, S. 215-238 (Standort: USB Köln(38)-XG01232; Kopie über den Literaturdienst erhältlich; www.zfs-online.org/index.php/zfs/article/view/1301)

INHALT: "Legitimiert durch den Verweis auf Prozesse der Globalisierung wurden in Deutschland seit Beginn der 1990er Jahre sozial- und arbeitsmarktpolitische Reformen implementiert, die, direkt oder indirekt, auf den Ausbau des Niedriglohnssektors abzielen. Trotzdem konnte in vielen Studien zum 'Working Poor' - Problem kein tief greifender Wandel der materiellen Lebensbedingungen von Erwerbstätigen nachgewiesen werden. Dies ist darauf zurückzuführen, dass etablierte Erwerbstätige durch institutionelle Mechanismen weitestgehend vor den Auswirkungen der Reformen (bzw. vor einer Abwertung ihrer Arbeitsmarktposition) geschützt sind. Dieser Schutz besteht allerdings nicht für Personen, die nicht durch vorgelagerte Erwerbstätigkeit abgesichert sind. Dementsprechend zeigen empirische Analysen auf der Basis des Sozio-oekonomischen Panels (SOEP), dass sich niedrig entlohnte Beschäftigung und Armut insbesondere unter Einsteigern auf dem Arbeitsmarkt (aus dem Bildungssystem und bei Übergängen aus der Erwerbslosigkeit) ausgebreitet haben. Die Risiken dieser Gruppen sind in Relation zu allen Erwerbstätigen zwischen 1991 und 2006 überproportional angestiegen." (Autorenreferat)

[98-L] Hartmann, Michael (Redakteur):

Grundsicherung für Arbeitsuchende: Entwicklung bis Juli 2005, Nürnberg 2005, 46 S. (Graue Literatur; doku.iab.de/externe/2005/k051207f21.pdf)

INHALT: Der Übergang von Arbeitslosenhilfe und Sozialhilfe zur Grundsicherung für Arbeitsuchende wurde auf der Basis von revidierten Daten bis März 2005 in einem Sonderbericht vom August 2005 beschrieben. Der vorliegende Bericht schließt daran an und stellt die Entwicklung von Januar bis Juli dar. In diesem Zeitraum hat sich die Zahl der Bedarfsgemeinschaften deutlich erhöht, und zwar von Januar bis Juli um 450.000 oder 14 Prozent. Dabei haben alle Typen von Bedarfsgemeinschaften zugenommen, den relativ stärksten Anstieg verzeichneten Bedarfsgemeinschaften mit nur einer Person (16 Prozent). Mit den Bedarfsgemeinschaften ist auch die Zahl der hilfebedürftigen Personen gestiegen. Im Juli wurden an 3,78 Mio Bedarfsgemeinschaften Leistungen zur Sicherung des Lebensunterhalts ausgezahlt. In diesen Bedarfsgemeinschaften lebten 5,06 Mio erwerbsfähige und 1,80 Mio nicht erwerbsfähige Hilfebedürftige, letztere fast alle jünger als 15 Jahre. Von den erwerbsfähigen Hilfebedürftigen waren im Juli 56,7 Prozent arbeitslos gemeldet. Die Bedarfsgemeinschaften sind überwiegend klein, sie bestehen zu 57,1 Prozent aus einer Person und in 70,6 Prozent der Bedarfsgemeinschaften gibt es nur einen einzigen erwerbsfähigen Hilfebedürftigen. Die Hilfebedürftigkeit ist auch nach Regionen sehr unterschiedlich. Der Anteil der Arbeitslosengeld II-Empfänger an der Bevölkerung im erwerbsfähigen Alter ist in Ostdeutschland mit 15,6 Prozent mehr als doppelt so groß wie in Westdeutschland mit 7,4 Prozent. (IAB)

[99-L] Herrmann, Ulrike:

Falsch gerechnet, in: Die Mitbestimmung : Monatsschrift der Hans-Böckler-Stiftung, Jg. 51/2005, Nr. 12, S. 56-57 (Standort: UB Bonn(5)-4 Z60/2; USB Köln(38)-M XG00749; Kopie über den Literaturdienst erhältlich)

INHALT: Die Autorin fragt nach den Ausgaben für "Hartz IV" und nach den Unterschieden zum alten System der Arbeitslosenhilfe/ Sozialhilfe. Sie kommt zu dem Schluss, dass Hartz IV keine Ausgaben-Einsparungen gebracht hat. (IAB)

[100-L] Holzner, Christian:

Hartz IV fördert Minijobs und krankt an der ungenügenden Durchsetzbarkeit der Zumutbarkeitsregeln, in: ifo Dresden berichtet, Jg. 13/2006, H. 2, S. 5-9 (www.cesifo-group.de/link/ifodb_2006_2_05-09.pdf)

INHALT: "Ziel der Hartz-IV-Reform ist es, die Erwerbsfähigen durch eine bessere Betreuung und geeignete Anreize wieder in den Arbeitsmarkt zu integrieren. In diesem Beitrag werden die Neuerungen von Hartz vorgestellt und auf ihre Wirksamkeit hin geprüft. Hartz IV krankt vor allem an zwei Stellen. Zum einen können die vorgesehenen Sanktionsmechanismen unter Hartz IV die effektive Durchsetzbarkeit der Zumutbarkeitsregeln nicht sicherstellen. Zum anderen verhindern die finanziellen Anreize der Hartz-IV-Reform das Entstehen von Vollzeitarbeitsplätzen, während sie Minijobs über Gebühr fördern. Basierend auf dem ifo Reformvorschlag der Aktivierenden Sozialhilfe werden geeignete Lösungsvorschläge diskutiert." (Autorenreferat)

[101-L] Kaltenborn, Bruno; Schiwarov, Juliana:

Hartz IV - Gefühlte Kostenexplosion, in: Wirtschaftsdienst : Zeitschrift für Wirtschaftspolitik, Jg. 86/2006, H. 7, S. 430-434 (Standort: USB Köln(38)-FHM Haa288; Kopie über den Literaturdienst erhältlich)

INHALT: Entgegen den mit Einführung der Hartz-IV-Reformen verbundenen Erwartungen der Haushaltsentlastung mussten die ursprünglichen Ausgabenerwartungen ab 2005 sukzessive nach oben korrigiert werden. Hiermit korreliert eine steigende Zahl von Leistungsempfänger seit der Zusammenlegung von Arbeitslosen- und Sozialhilfe zur Grundsicherung für Arbeitssuchende im SGB II. Mit Hilfe zweier Gesetzesänderungen sollen die Ausgaben nach dem SGB II um etwa 4 Mrd. Euro

reduziert werden. Der Beitrag erläutert, dass nur ein geringer Teil des Ausgabenanstiegs auf die Neuregelung zurückzuführen ist. Dabei wird auf die Entwicklung der Zahl der Leistungsempfänger, die Ausgabenentwicklung seit der Reform und die voraussichtlichen Auswirkungen der Gesetzesänderungen auf die Ausgaben eingegangen. Die vorgelegten Berechnungen weisen aus, dass es sich bei den Mehrausgaben in erster Linie um Umschichtungen innerhalb der öffentlichen Haushalte einschließlich der Sozialversicherung handelt und die Reform 'je nach Betrachtung' zu Einsparungen in einer Höhe von bis zu 2,5 Mrd. Euro geführt hat. Die Einsparungen durch die beiden Gesetzesänderungen werden sich danach ab 2007 auf 3,8 bis 4 Mrd. Euro belaufen. (IAB)

[102-L] Kaltenborn, Bruno; Schiwarov, Juliana:

Hartz IV: Ausgaben deutlich unterschätzt, (Blickpunkt Arbeit und Wirtschaft, 6/2006), Berlin 2006, 8 S. (Standort: IAB-43209 BS 576; Graue Literatur; www.wipol.de/download/blickpunkt200606.pdf)

INHALT: "Im Jahr 2004 hatten die Ausgaben für erwerbsfähige Arbeitslosen- und Sozialhilfeempfänger/innen im Rahmen der Arbeitslosen- und Sozialhilfe sowie des Wohngeldes eine Größenordnung von 39 Mrd. EUR. 2005 werden die analogen Ausgaben im Rahmen der Grundsicherung für Arbeitsuchende nach derzeitigem Stand etwa 45,6 Mrd. EUR und damit 6,5 Mrd. EUR bzw. ein Sechstel mehr betragen. Dies werden etwa 10 Mrd. EUR mehr als ursprünglich erwartet sein. Dabei ist allerdings zu berücksichtigen, dass die Erwartungen in einem politischen Kompromiss im Vermittlungsausschuss gebildet wurden. Mit etwa 3,5 Mrd. EUR dürfte mehr als die Hälfte des Ausgabenanstiegs gegenüber dem Vorjahr auf zusätzliche Ausgaben im Rahmen der sozialen Sicherung für Empfänger/innen von Arbeitslosengeld II zurückzuführen sein. Dies sind jedoch zunächst nur Umschichtungen innerhalb der öffentlichen Haushalte einschließlich Sozialversicherung. Im Übrigen dürften die Ausgaben im Wesentlichen auf eine Zunahme der Zahl der Leistungsempfänger/innen zurückzuführen sein, die zumindest teilweise aufgrund der ungünstigen Arbeitsmarktentwicklung auch ohne die Reform erfolgt wäre." (Autorenreferat)

[103-L] Kaltenborn, Bruno; Schiwarov, Juliana:

Hartz IV: Deutlich mehr Fürsorgeempfänger/innen, (Blickpunkt Arbeit und Wirtschaft, 5/2006), Berlin 2006, 5 S. (Standort: IAB-43209 BS 575; Graue Literatur; www.wipol.de/download/blickpunkt200605.pdf)

INHALT: "Mit dem vierten Hartz-Gesetz ('Hartz IV') wurden ab Anfang 2005 Arbeitslosen- und Sozialhilfe für Erwerbsfähige zur Grundsicherung für Arbeitsuchende im neuen SGB II zusammengelegt. In dem Beitrag werden die Übergänge der Fürsorgeempfänger/innen in das neue System zur Jahreswende 2004/2005 dargestellt. Aufgrund der Zusammenlegung von Arbeitslosen- und Sozialhilfe zur Grundsicherung für Arbeitsuchende gab es Anfang 2005 1,24 Mio. zusätzliche Leistungsempfänger/innen bzw. 25 Prozent mehr Fürsorgeempfänger/innen als Ende 2004. Dabei handelt es sich hauptsächlich um Angehörige ehemaliger Empfänger/innen von Arbeitslosenhilfe. Außerdem gab es aufgrund einer besseren Erfassung ehemaliger Empfänger/innen von Sozialhilfe sowie von Angehörigen ehemaliger Empfänger/innen von Arbeitslosenhilfe zusätzliche Arbeitslose. Insgesamt wurden die Zahl der Leistungsempfänger/innen und damit die Ausgaben im Vorfeld der Reform deutlich unterschätzt. Auch daher dürfte die föderale Verteilung der Kosten im Rahmen des anstehenden Revisionsverfahrens umstritten sein." (Autorenreferat)

[104-L] Koch, Susanne; Walwei, Ulrich:

Hartz IV: geht die Reform zu weit oder noch nicht weit genug?, in: Wirtschaftsdienst : Zeitschrift für Wirtschaftspolitik, Jg. 85/2005, H. 7, S. 411-417 (Standort: USB Köln(38)-FHM Haa288; Kopie über den Literaturdienst erhältlich)

INHALT: Ein halbes Jahr nach Einführung der Hartz IV-Reformen werden angesichts von Umsetzungsproblemen und nicht erfüllten Beschäftigungserwartungen erste Änderungen diskutiert. Der Aufsatz geht den Fragen nach, wie Hartz IV reformiert werden soll und ob eine grundlegend andere Arbeitsmarktpolitik zum Abbau der Arbeitslosigkeit notwendig ist. Zunächst werden die Gründe dargelegt,

warum mehr Personen als geschätzt in den Geltungsbereich des SGB II geraten sind, um dann die Wirkungen der weniger großzügigen Transferleistungen zu analysieren. Es folgt eine Analyse der Möglichkeiten und Grenzen der verbesserten Hinzuverdienstmöglichkeiten sowie des Einsatzes befristeter Arbeitsgelegenheiten. Hier wird für Behutsamkeit und strikte Evaluation plädiert. Organisatorische Probleme vor allem bei der Implementierung der Arbeitsgemeinschaften werden erläutert. Fazit: Die vollzogene Zusammenlegung von Arbeitslosenhilfe und Sozialhilfe wird als Schritt in die richtige Richtung gewertet, im administrativen Bereich wird jedoch Nachsteuerungsbedarf eingeräumt. Gleichzeitig wird vor zu hohen Erwartungen an die Beschäftigungswirksamkeit einer aktivierenden Arbeitsmarktpolitik gewarnt. 'Generell ist zu erwarten, dass sich Veränderungen der Transfersysteme besonders im Verbund mit einem breiteren, sozialpolitischen Reformansatz positiv auf den Arbeitsmarkt auswirken'. (IAB)

[105-L] Lehnert, Katrin:

"Sozialschmarotzer" versus "Arbeitskraftunternehmer": aktuelle Hintergründe der Sozialmissbrauchsdebatte, in: Gerrit Herlyn (Hrsg.) ; Johannes Müske (Hrsg.) ; Klaus Schönberger (Hrsg.) ; Ove Sutter (Hrsg.): Arbeit und Nicht-Arbeit : Entgrenzungen und Begrenzungen von Lebensbereichen und Praxen, Mering: Hampp, 2009, S. 245-263, ISBN: 978-3-86618-308-7

INHALT: Angesichts der Diskussion um Sozialmissbrauch durch Hartz IV Empfänger wird untersucht, in welchem gesellschaftlichen Kontext sich diese jüngste Debatte eingefügt und welche Funktion sie darin erfüllt. Zu diesem Zweck werden populäre Diskurse über Arbeitswelt und Sozialstaat erörtert, die in Bezug zur Missbrauchsdebatte stehen. Dadurch wird ein Licht auf aktuelle Bedeutungen des historisch gewachsenen Bildes vom "Sozialschmarotzer" geworfen. Die betrachteten Momente sind die neuen Paradigmen des Sozialstaates, die Debatten um Niedriglohn und die Hartz IV-Falle, veränderte Anforderungen an die Arbeits(losen)subjekte, die dahinter stehende Gerechtigkeitskonzeption, der Glaube an Wohlstand durch Leistung und die Disziplinierung der Arbeitslosen. Dadurch dass die wirtschaftliche Lage der frühindustrialisierten Länder gegenwärtig Massenarbeitslosigkeit bewirkt, gilt Arbeit als Erwerbsarbeit weiterhin als Garant für Wohlstand. Der dominante Diskurs definiert Arbeitslosigkeit als persönliches und gesellschaftliches Wohlstandshemmnis, was zu einem grundsätzlichen Misstrauen gegenüber Arbeitslosen führt. Die Rede von Autonomie und Eigeninitiative und ein leistungsorientiertes Gerechtigkeitsbewusstsein fördert die Einstellung, soziale Ungleichheit sei als individuelles Versagen zu deuten. Demnach stehen die Hilfeempfänger mit ihrer Bedürftigkeit unter Missbrauchsverdacht; ihre vermeintliche Unproduktivität gilt als Argument für die Existenz des "Sozialschmarotzers", der gegenwärtig zum Antihelden eines übersteigerten Leistungsethos stilisiert wird. (ICH)

[106-L] Lorenz, Wilhelm:

Neue Dienstleistungen am Arbeitsmarkt: Arbeitsangebotseffekte durch Hartz IV, in: Lutz Bellmann (Hrsg.) ; Olaf Hübler (Hrsg.) ; Wolfgang Meyer (Hrsg.) ; Gesine Stephan (Hrsg.): Institutionen, Löhne und Beschäftigung, 2005, S. 117-135 (Standort: IAB; Graue Literatur)

INHALT: "Auf den Vorschlägen der Kommission zum Abbau der Arbeitslosigkeit und zur Umstrukturierung der Bundesanstalt für Arbeit, der so genannten Hartz-Kommission, setzt mit den vier Gesetzen für Moderne Dienstleistungen am Arbeitsmarkt ein umfangreiches Reformpaket auf. Als ein Kernstück der Reformen gilt die mit dem Vierten Gesetz für Moderne Dienstleistungen am Arbeitsmarkt umgesetzte Zusammenlegung von Arbeitslosen- und Sozialhilfe. Der Beitrag untersucht zunächst auf der Grundlage des einfachen Einkommen-Freizeit-Modells, wie sich eine Absenkung von Lohnersatzleistungen, eine Absenkung der Transferentzugsrate für zusätzliche Einkommen sowie die Verpflichtung zur Annahme von Beschäftigungsmöglichkeiten auf das Arbeitsangebot auswirken. Anschließend diskutiert er vor diesem Hintergrund ausgewählte Bestimmungen des Hartz IV-Gesetzes. Auch wenn die Maßnahmen in der partialanalytischen Betrachtung insofern gut abschneiden, dass sie über einen erhöhten Angebotsdruck auf dem Arbeitsmarkt tendenziell lohnsenkend und damit nach herrschender Auffassung beschäftigungsfördernd wirken, verbleiben bei der derzeitigen Ausgestaltung Zweifel an ihrer Wirksamkeit." (Autorenreferat)

[107-L] Marquardsen, Kai; Röbenack, Silke:

"... der Freundeskreis, der Bekanntenkreis hat sich total verändert": Rekonstruktionen von sozialen Beziehungskontexten bei Arbeitslosengeld-II-EmpfängerInnen, in: Christian Stegbauer (Hrsg.): Netzwerkanalyse und Netzwerktheorie : ein neues Paradigma in den Sozialwissenschaften, Wiesbaden: VS Verl. für Sozialwiss., 2010, S. 479-489, ISBN: 978-3-531-17327-6

INHALT: Der Beitrag zeigt, dass sich in der Arbeitslosigkeit soziale Netzwerke nur selten vollständig auflösen. Stattdessen - so These und Befund - findet ein Wandel in den Netzwerkkonstellationen der Betroffenen statt, der nicht nur quantitativer, sondern vor allem qualitativer Art ist. Durch die Erwerbslosigkeit kommt es zu einem Gestalt- und Funktionswandel sozialer Netzwerke, der Folge wie auch Bedingung des veränderten Zugriffs auf Ressourcen zur Bewältigung der Situation ist. Dabei geht es um die Frage, auf welche Formen der sozialen Unterstützung die Erwerbslosen zurückgreifen können und welche spezifischen Bewältigungsstrategien sie dabei entwickeln, die ihrerseits die Möglichkeiten sozialer Unterstützung beeinflussen. Auf der Grundlage von Interviewmaterial werden vier Bewältigungstypen vorgestellt. Einleitend wird skizziert, welche Bedeutung der Erwerbsarbeit für die soziale Integration zukommt und welche Folgen mit dem Verlust von Erwerbsarbeit verbunden sind. Danach wird die Frage erörtert, was soziale Netzwerke eigentlich leisten können und welche Art von Netzwerken typischerweise welche Leistungen erbringen. Abschließend wird die These vom Gestalt- und Funktionswandel sozialer Netzwerke in der Erwerbslosigkeit entwickelt und anhand der vier typischen Bewältigungsmustern evaluiert. (ICA2)

[108-L] Meyer, Wolfgang; Gerlach, Knut:

Zusammenlegung von Arbeitslosen- und Sozialhilfe: Wirkungen auf Löhne, Beschäftigung und gewerkschaftliche Tarifpolitik, in: Zeitschrift für ArbeitsmarktForschung, Jg. 38/2005, H. 2/3, S. 383-395 (doku.iab.de/zaf/2005/2005_2-3_zaf_meyer_gerlach.pdf)

INHALT: "Im Rahmen der so genannten Hartz-Reformen wurden die bisherige Arbeitslosenhilfe und die Sozialhilfe für erwerbsfähige Hilfebedürftige zu einer einheitlichen Grundsicherung für Arbeitssuchende zusammengelegt. Nach einer kurzen Schilderung der mit den alten Institutionen verbundenen Probleme werden die Regelungen des neuen Arbeitslosengeldes II in ihren Grundzügen dargestellt. Anschließend werden die Wirkungen der Reform analysiert. Da das neue System erst vor kurzem eingeführt wurde, ist eine empirische Überprüfung der tatsächlichen Wirkungen noch nicht möglich. Die Wirkungsanalyse kann nur auf theoretisch zu erwartende Effekte abgestellt werden. Dabei wird auf ein partialanalytisches Arbeitsmarktmodell zurückgegriffen. Es zeigt sich, dass die Anreize für Arbeitsanbieter nur wenig verstärkt wurden und eine Umsetzung der Angebotserhöhung in zusätzliche Beschäftigung unsicher ist. Mittelfristig sind positive Beschäftigungseffekte zu erwarten, wenn die Lohnspreizung im unteren Bereich erhöht wird und komplementäre Mittel der Beschäftigungsförderung eingesetzt werden." (Autorenreferat)

[109-L] Rudolph, Clarissa:

Ambivalenzen und Umdeutungen: feministische Perspektiven auf die aktuelle Arbeitsmarkt- und Sozialpolitik, in: Ursula Degener (Hrsg.) ; Beate Rosenzweig (Hrsg.): Die Neuverhandlung sozialer Gerechtigkeit : feministische Analysen und Perspektiven, Wiesbaden: VS Verl. für Sozialwiss., 2006, S. 239-258, ISBN: 3-531-15055-3 (Standort: USB Köln(38)-34A2102)

INHALT: Der Beitrag fragt nach den Leitbildern, Zielvorstellungen und politischen Entwürfen hinter der aktuellen Arbeitsmarkt- und Sozialpolitik. Hierzu werden zunächst einige ausgewählte Entwicklungen auf diesem Politikfeld skizziert; anschließend werden anhand des konkreten Beispiels der Zusammenlegung von Arbeitslosen- und Sozialhilfe zur Grundsicherung von Arbeitslosen die zugrunde liegenden Leitbilder herausgearbeitet. Im Mittelpunkt stehen die Auswirkungen der Hartz-Reformen aus der Perspektive sozialer Gerechtigkeit und Geschlechterdemokratie. Die Autorin setzt sich kritisch mit dem Leitbild des 'aktivierenden Staates' und seiner Doppelfunktion 'Fordern' und 'Fördern' auseinander und kommt zu dem Ergebnis, dass die Regelungen zum Arbeitslosengeld II mit der Unterhaltungspflicht in Bedarfsgemeinschaften Abhängigkeiten in Partnerschaften und Familien mit sich bringen, die eine Wiedereingliederung eher erschweren als vereinfachen: von zuvor erwerbslosen

Partnerinnen wird am meisten 'gefordert', während die 'Förderung' dieser Gruppe, in der Frauen deutlich überrepräsentiert sind, zu kurz kommt und teilweise gar nicht stattfindet. Auch die Flexibilisierung von Arbeitsverhältnissen in Form von Mini- oder Midijobs sowie Ich-AGs zementiert nach dem Urteil der Autorin die für Deutschland typische Form des Zweiverdienermodells, in der die Frauen als 'Zuverdienerinnen' die Hauptverantwortung für Haushalt und Familie behalten und vom Einkommen wie von der sozialen Sicherung des Ehemanns abhängig bleiben. Abschließend werden einige Forschungsfragen entworfen, die aus feministischer Sicht weiter zu verfolgen wären. Dazu gehören u.a. eine Umverteilung von Erwerbs-, Haus-, und Familienarbeit zwischen den Geschlechtern und eine Demokratisierung von Arbeitsgestaltung und -organisation. (IAB)

[110-L] Sammet, Kornelia; Weißmann, Marliese:

Individueller Anspruch versus erzwungene Gemeinschaft: Auswirkungen des Verwaltungshandelns auf Biographie und Lebensführung von ALG-II-Empfängern am Beispiel der "Bedarfsgemeinschaft", in: BIOS : Zeitschrift für Biographieforschung, Oral History und Lebensverlaufsanalysen, Jg. 23/2010, H. 1, S. 28-46

INHALT: Mit der "Hartz-IV"-Reform wurde die Rechtsfigur der Bedarfsgemeinschaft erstmalig explizit im "Sozialgesetzbuch Zweites Buch" (SGB II) gesetzlich verankert, durch die die Solidarität der Familienangehörigen bzw. Lebenspartner, die in einem gemeinsamen Haushalt mit dem ALG-II-Empfänger leben, stärker eingefordert wird. Im Beitrag werden die sozialen Folgen der aktuellen gesetzlichen Regelungen und des Verwaltungshandelns für ALG-II-Empfänger analysiert. Dabei fokussieren die Verfasser auf die Rechtsfigur der Bedarfsgemeinschaft, da sie Ausdruck gegensätzlicher Tendenzen der "Hartz"-Reformen ist: zum einen der Betonung der Eigenverantwortung, die vom Gedanken der Subsidiarität ausgehend nicht nur auf den einzelnen Leistungsempfänger, sondern auf eine Gemeinschaft, nämlich die in seinem Haushalt lebenden Personen, bezogen wird, zum anderen - von der Seite des Verwaltungshandelns ausgehend - einer verstärkten Kontrolle, verbunden mit Eingriffen in die individuelle Lebensführung und die Privatsphäre der Betroffenen. Auf der Grundlage von biografisch-narrativen Interviews sowie Gruppendiskussionen aus einem laufenden DFG-Forschungsprojekt werden die Auswirkungen des geltenden Rechts und seiner Umsetzung auf Lebensführung und biographische Entscheidungen von ALG-II-Empfängern beleuchtet. Nach der ausführlichen Darstellung des Falles einer ostdeutschen Langzeitarbeitslosen werden, weiteres Datenmaterial aufgreifend, biographische Problemstellungen und Lösungsstrategien von Arbeitslosengeld-II-Empfängern in einer vergleichenden Perspektive herausarbeitet. (ICF2)

[111-L] Scherschel, Karin; Booth, Melanie:

Aktivierung in die Prekarität: Folgen der Arbeitsmarktpolitik in Deutschland, in: Karin Scherschel (Hrsg.) ; Peter Streckeisen (Hrsg.) ; Manfred Krenn (Hrsg.): Neue Prekarität : die Folgen aktivierender Arbeitsmarktpolitik - europäische Länder im Vergleich, Frankfurt am Main: Campus Verl., 2012, S. 17-46, ISBN: 978-3-593-39656-9

INHALT: Zunächst werden die arbeitsmarktpolitischen Entwicklungen, die der Hartz-Reform vorangegangen sind, kurz skizziert. Durch die Gegenüberstellung von aktiver und aktivierender Arbeitsmarktpolitik werden die Unterschiede beider Programmatiken sichtbar. In einem zweiten Schritt gehen die Verfasser auf die zentralen Neuregelungen ein, die im Zuge der Hartz-Reformen unter der Formel "Fördern und Fordern" eingeführt wurden. Da der Rückgang der Erwerbslosenzahlen dem Erfolg der Hartz-Reformen Recht zu geben scheint, werden in einem dritten Schritt entlang der Diskussion ausgewählter Daten die Erwerbslosen- und Beschäftigungsentwicklung in Deutschland genauer analysiert. Dabei wird ein besonderes Augenmerk auf die Frage nach dem realen Beschäftigungserfolg der Hartz-Gesetzgebung gelegt. Eine eingehendere Betrachtung der Beschäftigungsentwicklung und der Entwicklung im Leistungsbezug zeigt, dass der Erfolg der Hartz-Reformen einem Pyrrhussieg gleichkommt. Der Beitrag schließt mit einer entsprechenden Bilanz. (ICE2)

[112-L] Segbers, Franz:

Hartz IV und die Menschenwürde: Fünf Jahre "Fördern und Fordern", in: Blätter für deutsche und internationale Politik, Jg. 54/2009, H. 2, S. 102-109
(www.blaetter.de/archiv/jahrgaenge/2009/februar/hartz-iv-und-die-menschenrechte)

INHALT: "Die Hartz-IV-Regelsätze sind nicht mit der Menschenwürde und dem sozialen Rechtsstaat vereinbar - so das jüngste Urteil des Landessozialgerichts Darmstadt. Der Autor zieht fünf Jahre nach der Einführung des Arbeitslosengeldes II ein erschütterndes Fazit: Da es das Existenzminimum nicht abdecke, sei Hartz IV staatlich verordnete Unterversorgung und daher verfassungs- und menschenrechtswidrig. Dieser unhaltbare Zustand indiziere auch ein eklatantes Versagen der Demokratie." (Autorenreferat)

[113-L] Staiger, Martin:

Hartz IV oder Sozialneid nach unten, in: Blätter für deutsche und internationale Politik, 2006, H. 7, S. 781-785 (www.blaetter.de/artikel.php?pr=2348)

INHALT: Im Zusammenhang mit der Diskussion um die Kostenentwicklung bei den Hartz-IV-Reformen konstatiert der Beitrag eine 'kaum mehr gehemmte Wut auf langzeitarbeitslose Menschen und ihre Familien', die zur Aufkündigung des gesellschaftlichen Konsenses, 'dass jedem Menschen unabhängig von dem, was er zu leisten imstande ist, eine unveräußerliche Würde zukommt', führen kann. Es formuliert sich ein Sozialneid nach unten, der den Eindruck erweckt, der Bezug von Arbeitslosengeld II (ALG II) führe zu einem Lebensstandard, 'von dem der einfache Malocher nur träumen kann'. Der Beitrag setzt sich kritisch mit den Zahlen und Fakten auseinander, die diese Behauptung belegen sollen und kommt zu dem Schluss, dass sie sich bei näherer Betrachtung als falsch erweisen. Da viele Menschen mit ihrer Arbeit nicht oder nur wenig mehr verdienen als das durch Hartz IV nicht einmal vollständig abgedeckte Existenzminimum, sei es wichtig, den Konsens wiederherzustellen, dass auch Niedrigverdiener und Langzeitarbeitslose ein Recht auf ein menschenwürdiges Leben besitzen und dass ihnen gesetzliche Leistungen zustehen. Der Beitrag plädiert für eine gänzliche andere Art der Überprüfung von Hartz IV, nämlich die der nicht ausreichenden Regelsätze und Mietobergrenzen. Ein Wandel des sozialen Leitbilds kann sich zudem positiv für alle auswirken: Ein Land, das 'frei genug ist, Kontrollen abzubauen statt zu verstärken, wird wieder attraktiver werden und Freude an Innovationen und die Neigung zu Investitionen auslösen.' (IAB)

[114-L] Suntum, Ulrich van:

Hartz IV: nur eine halbe Brücke in den regulären Arbeitsmarkt, in: Wirtschaftsdienst : Zeitschrift für Wirtschaftspolitik, Jg. 85/2005, H. 7, S. 423-425 (Standort: USB Köln(38)-FHM Haa288; Kopie über den Literaturdienst erhältlich)

INHALT: Der Beitrag analysiert Vor- und Nachteile der Hartz IV-Reformen. Während die Zweistufigkeit von beitragsfinanziertem Arbeitslosengeld und steuerfinanzierter Fürsorgeleistung (ALG II) als positiv befürwortet wird, wird es jedoch als Fehler erachtet, die Verantwortung für die ALG-II-Empfänger der Bundesagentur für Arbeit zu übertragen, die durch die neue Bürokratie sich ihrer eigentlichen Vermittlungsaufgabe nicht mehr widmen kann. Vor diesem Hintergrund werden weitere Reformen gefordert. Hierzu wird der Vorschlag einer Kombination von Leiharbeit und Kombilohn - selbsterarbeitetem Einkommen und staatlicher Zusatzunterstützung - skizziert. Dieser sieht vor, die Idee der Personal-Service-Agenturen mit dem Konzept der Ein-Euro-Jobs zusammenzuführen und den ALG II-Empfängern damit den direkten Weg in den ersten Arbeitsmarkt zu öffnen. Die Grundidee besteht darin, die Langzeitarbeitslosen jeweils an denjenigen Arbeitgeber auszuleihen, der den höchsten Lohn bietet, mit dem Zweck, unerwünschte Verdrängungseffekte zu vermeiden. Hierdurch sollen neue, rentable und dauerhafte Arbeitsplätze entstehen und die Arbeitslosenbeiträge und Sozialhilfekosten sinken, da die Langzeitarbeitslosen zumindest einen Teil ihres Lebensunterhalts selbst erwirtschaften. Allerdings muss diese Reform von anderen Reformen flankiert werden, insbesondere von einer weitgehenden Liberalisierung der Arbeitsmärkte, um wirklich zum Erfolg zu führen. (IAB)

[115-L] Wilde, Joachim:

Hartz IV: zu wenig aus der Sozialhilfe gelernt, in: Wirtschaft im Wandel, Jg. 12/2006, H. 2, S. 50-59
(Standort: USB Köln(38)-MXG 07758; Kopie über den Literaturdienst erhältlich;
www.iwh-halle.de/d/publik/wiwa/2-06.pdf)

INHALT: "Die Hartz IV-Reform beinhaltet wesentliche Verbesserungen im System der sozialen Grund-
sicherung für Langzeitarbeitslose. Deshalb war mit der Reform die Erwartung verbunden, dass Emp-
fängerzahlen und Ausgaben zurückgehen würden. Statt dessen kam es jedoch zu einem Anstieg.
Folglich ist zu vermuten, dass die Reform Mängel aufweist und Probleme, die für die bisherige Sozi-
alhilfe für Erwerbsfähige nachgewiesen wurden, nicht adäquat gelöst hat. Um diese Vermutung zu
überprüfen, wird zunächst das Arbeitslosengeld II systematisch mit der bisherigen Sozialhilfe für Er-
werbsfähige verglichen. Neben positiv zu bewertenden Veränderungen kann die Streichung des Un-
terhaltsrückgriffs auf die Eltern erwachsener Kinder ebenso zu einem Anstieg der Empfängerzahlen
beigetragen haben wie die Anhebung der allgemeinen Vermögensfreibeträge, die nicht für die Alters-
vorsorge bestimmt sind. Schließlich beinhaltet die Umsetzung der Reform den Verzicht auf eine
ganzheitliche Betreuung der Betroffenen, von dem ebenfalls negative Effekte auf die Empfängerzah-
len ausgehen. In einem zweiten Schritt werden Faktoren identifiziert, die sich in der Vergangenheit
als statistisch signifikant für die Überwindung des Sozialhilfebezugs erwiesen haben. Dabei zeigt
sich u.a., dass die Diskussion geeigneter Ausstiegsanreize für die Betroffenen nicht auf finanzielle
Aspekte beschränkt werden sollte. Vielmehr ist auch der Ausgestaltung der Beziehung zwischen Be-
hördenmitarbeitern und den ALG II Empfängern größere Beachtung zu schenken. In diesem Punkt
führt die Umsetzung der Reform zu einer Verschlechterung. Außerdem zeigen die empirischen Re-
sultate, dass von einer isolierten Anwendung der 1-Euro-Jobs keine positiven Effekte für die Über-
windung des ALG II Bezugs zu erwarten sind." (Autorenreferat)

4 Rahmenbedingungen

[116-L] Bach, Heinz W.:

Ziele, Wirkungen, Risiken und Nebenwirkungen bei der Privatisierung von Arbeitsmarkt-Dienstleistungen: das Problem von Creaming- und Parking-Effekten bei der Betreuung von Langzeitarbeitslosen, Optimierung der Vergabestrategien von Arbeitsmarkt-Dienstleistungen, ist der Public Employment Service notwendig die schlechtere Lösung?, in: Arbeit und Beruf :

Fachzeitschrift für die Aufgaben der Bundesagentur für Arbeit, Jg. 57/2006, H. 3, S. 65-66 (Standort: USB Köln(38)-MHaa01386; Kopie über den Literaturdienst erhältlich)

INHALT: Der Beitrag untersucht Probleme der Privatisierung von Arbeitsmarkt-Dienstleistungen wie die öffentliche gemeinnützige Arbeitsvermittlung, die Berufsberatung oder die berufliche Rehabilitation. Am Beispiel Australiens wird das Problem von 'Creaming- und Parking-Effekten' bei der Betreuung von Langzeitarbeitslosen erörtert, um Anstöße zu Überlegungen zu liefern, wie die australischen Erfahrungen umgesetzt werden können. Die umfassendste Arbeitsmarktreform in Deutschland basiert auf den 13 Modulen des Hartz-Berichtes. Die folgenden Reformen werden einer näheren Betrachtung unterzogen: Die Zusammenlegung von Arbeitslosen- und Sozialhilfe durch das SGB II (Hartz IV) wird befürwortet. Jobcenter sollen für alle Klienten einen einheitlichen one-stop-shop mit möglichst vielen Dienstleistungen rund um den Arbeitsmarkt 'unter einem Dach' gestalten. Als Priorität wird die berufliche Integration Jugendlicher angesehen. Personal-Service-Agenturen (PSA) bilden das Herzstück der Hartz-Vorschläge, ihre Erwartungen hinsichtlich der Arbeitsmarkt-Entlastungen wurden nicht erfüllt. Auch dem Vermittlungsgutschein kann keine positive Wirkung auf dem Arbeitsmarkt nachgewiesen werden. Der Existenzgründungszuschuss (Ich-AG) stellt sich als erfolgreiches Integrationsinstrument heraus. Die organisatorische Umgestaltung der Bundesanstalt für Arbeit wird als richtig und wichtig angesehen. Deutlich gemacht wird, dass so lange in Deutschland kein Beschäftigungsaufbau stattfindet, die Möglichkeiten jedes Arbeitsmarktservices, sei er staatlich, gemeinnützig oder privat organisiert, begrenzt sind. 'Ohne die Impulse einer aktiven Beschäftigungspolitik steht jede Arbeitsmarktverwaltung auf ziemlich verlorenen Posten bei der nachhaltigen Bekämpfung von hoher Arbeitslosigkeit.' (IAB)

[117-L] Bender, Stefan; Koch, Susanne; Meßmann, Susanne; Walwei, Ulrich:

Was muten sich Arbeitslose zu?: Lohnkonzessionen von ALG II-Empfängern, in: Sozialer Fortschritt : unabhängige Zeitschrift für Sozialpolitik, Jg. 57/2008, H. 3, S. 75-84 ([dx.doi.org/10.3790/sfo.57.3.75](https://doi.org/10.3790/sfo.57.3.75))

INHALT: "Der Beitrag beschäftigt sich mit den Lohnansprüchen von Empfängern des ALG II und knüpft dabei an frühere Arbeiten von Christensen an, der die Lohnansprüche von Arbeitslosen untersucht hat. Jedoch stützt er sich nicht auf Daten des Sozio-oekonomischen Panels (SOEP), sondern auf Angaben der Querschnitterhebung des IAB 'Lebenssituation und Soziale Sicherung', die ALG-II-Empfänger in der frühen Phase nach der Reform von Arbeitslosen- und Sozialhilfe in den Fokus nimmt. Die Frage ist dabei, ob sich die von Christensen auf Daten bis zum Jahr 2000 ermittelte Konzessionsbereitschaft von Arbeitslosen hinsichtlich ihrer Lohnerwartungen nach Einführung des SGB II merklich erhöht hat. Besonderes Augenmerk gilt dabei der Relation zwischen dem letzten Lohn vor Arbeitslosigkeit und dem Reservationslohn, der Abhängigkeit dieser Relation von der Dauer der Arbeitslosigkeit und den Bestimmungsfaktoren des Reservationslohns. Die auf der jüngsten IAB-Befragung von ALG-II-Empfängern basierenden Auswertungen und Analysen belegen, dass sich deren Lohnkonzessionsbereitschaft mit der Einführung des SGB II (noch) nicht wesentlich geändert hat. Die deskriptiven Ergebnisse zeigen, dass die Höhe des Reservationslohnes weitgehend unabhängig vom aktuellen Erwerbsstatus des Hilfeempfängers ist. Wichtiger für die Lohnansprüche ist jedoch, ob der Hilfeempfänger alleine oder in einem Haushalt mit anderen Personen lebt. Je mehr Kinder sich im Haushalt befinden, desto höher die Angaben zum Reservationslohn. Wird wie bei Christensen der Reservation Wage Ratio (RWR) zugrunde gelegt, ergibt sich, dass die Befragten im Durchschnitt erst bei einem um 13% höheren Nettostundenlohn im Vergleich zu dem vor Arbeitslosigkeit angeben, eine Beschäftigung aufnehmen zu wollen. Zudem sinkt der RWR nicht mit steigender Arbeitslosigkeitsdauer. Auch in den multivariaten Schätzmodellen dominieren persönliche Merkmale des Hilfeempfängers als Erklärungsgröße für den Reservationslohn. Dem letzten Lohn vor Arbeitslo-

sigkeit kommt dabei die größte Bedeutung zu. Die Ergebnisse sind in zweierlei Hinsicht als vorläufig zu betrachten. Zum einen können die multivariaten Analysen noch weiter vertieft werden. Zum anderen war wegen der an vielen Stellen beobachtbaren Anlaufschwierigkeiten der Bedarfsträger des SGB II möglicher Weise noch gar nicht zu erwarten, dass sich das neue Regime bereits ganz schnell in den Daten und hier insbesondere in den Angaben zu den Reservationslöhnen wieder findet. Mehr Klarheit über die Lohnkonzessionsbereitschaft von ALG II-Empfängern wird man aber letztendlich erst dann haben, wenn - wie vom IAB vorgesehen - für mehrere Jahre Daten zu den hier untersuchten Fragestellungen vorliegen." (Autorenreferat)

[118-L] Berghahn, Sabine:

Die neue Unübersichtlichkeit der Grenzüberschreitungen: aktuelle Entwicklungen in der rechtlichen Regulierung des Privaten, in: Karin Jurczyk (Hrsg.) ; Mechtild Oechsle (Hrsg.): Das Private neu denken : Erosionen, Ambivalenzen, Leistungen, Münster: Verl. Westfäl. Dampfboot, 2008, S. 192-223, ISBN: 978-3-89691-221-3

INHALT: Der Beitrag geht der Frage nach, wie sich die rechtlichen Regulierungen des Privaten im Hinblick auf den Schutz vor Unterdrückung und Gewalt im privaten Nahbereich sowie auf die Abwehr illegitimer staatlicher und privater Eingriffe in die Privatsphäre verändert haben. Dabei liegt der Schwerpunkt auf dem Geschlechterverhältnis sowie auf der Frage, wie der Wert der Privatheit und die Gefahr ihrer Beschneidung in den jeweiligen Öffentlichkeiten reflektiert werden. Zunächst wird skizziert, wie sich Debatten um Verrechtlichung und Deregulierung in den letzten Jahrzehnten entwickelt und verändert haben. Im Folgenden werden jüngere Rechtsentwicklungen in den Bereichen Strafrecht (Abtreibung und Reproduktionsmedizin, rechtlicher Schutz gegen private Gewalt), Familienrecht (Kindschaftsrechtsreform, Kriminalisierung heimlicher Vaterschaftstests, Reform des nachehelichen Unterhalts), Arbeitsmarkt- und Sozialpolitik sowie bei den Lebensformen analysiert. Die Untersuchung zeigt, dass es zum einen ein Mehr an staatlichen Eingriffen in die Privatsphäre zum Schutz individueller Freiheitsrechte gibt. Rechtliche Regulierungen des Privaten sind zunehmend mit dem Sachverhalt konkurrierender Privatheiten konfrontiert, deren Schutz gegeneinander abzuwägen ist. Während bestimmte Erscheinungsformen des Privaten geschützt werden, werden andere forciert der rechtlichen und administrativen Kontrolle unterworfen, wie die Verfasserin am Beispiel von ALG II zeigt. (ICE2)

[119-L] Boss, Alfred; Dovern, Jonas; Meier, Carsten-Patrick; Oskamp, Frank; Scheide, Joachim:
Verbessertes Arbeitsmarktumfeld stärkt Wachstum des Produktionspotentials in Deutschland, (Kieler Diskussionsbeiträge, 441/442), Kiel 2007, 40 S., ISBN: 3-89456-291-9 (Graue Literatur; www.uni-kiel.de/ifw/pub/kd/2007/kd441-442.pdf)

INHALT: "Das Wachstum des Produktionspotentials in Deutschland dürfte sich seit dem Jahr 2004 um rund einen halben Prozentpunkt beschleunigt haben. Maßgeblich hierfür ist ein Anstieg des Arbeitsvolumens infolge von Arbeitsmarktreformen, geringerer Steuer- und Abgabenbelastung sowie höherem internationalen Wettbewerbsdruck. In den kommenden Jahren dürfte das Potentialwachstum nur wenig unter 2 Prozent liegen." (Autorenreferat)

[120-L] Boss, Alfred:

Brauchen wir einen Kombilohn?, (Kieler Arbeitspapiere / Institut für Weltwirtschaft an der Universität Kiel, 1279), Kiel 2006, 50 S. (Graue Literatur; www.uni-kiel.de/IfW/pub/kap/2006/kap1279.pdf)

INHALT: "Die Bundesregierung beabsichtigt, ein so genanntes Kombilohnmodell einzuführen. So soll die Beschäftigung in Deutschland erhöht werden. Der Beitrag erläutert, was unter einem Kombilohnmodell zu verstehen ist, welche Modelle es bereits gibt, welche Reformvorschläge gemacht worden sind und was wirtschaftspolitisch getan werden könnte. Es wird dargelegt, dass es in Form des Arbeitslosengeldes II ein umfassendes Kombilohnmodell bereits gibt, neue Modelle also nicht nötig sind. Als Alternative zur Einführung neuer Kombilohnmodelle sollte eine zusätzliche Senkung des Beitragssatzes in der Arbeitslosenversicherung erwogen werden." (Autorenreferat)

[121-L] Bothfeld, Silke:

Labour market institutions in Germany: current status and ongoing reforms, (WSI-Diskussionspapier, No. 152), Düsseldorf 2007, 36 S. (Graue Literatur; www.boeckler.de/pdf/p_wsi_diskp_152.pdf)

INHALT: "Although all economists agree that a major precondition for employment creation is sustainable economic growth of at least 2% per annum, they disagree about the effects of the institutional framework on the labour market: Optimistic observers stress the high performance of external trade and the highly specialized small and medium-sized companies operating at high potential. These have a well-qualified workforce, which relies on the existence of a highly differentiated system of labour market institutions that provide a reliable basis for sustainable economic development. These analysts point to the fact that economic growth and the demand for labour is appropriately restrained by the extremely low domestic demand. Conversely, pessimistic observers blame the relatively high labour costs resulting from institutional regulation by labour and social law, collective bargaining and labour market policies as the main barrier to the creation of employment. As the German employment system can be generally characterised as highly protective and favourable to employees in respect to their labour rights, democratic participation in the economic sphere and the level of social protection, this article addresses the question of the consequences of these two diametrical strategies for the underlying principles of the German employment system. The main argument will show that intentional government reforms are a factor that only partly accounts for the ongoing basic changes. Other factors that influence the system are ongoing changes in social practices and initiatives or rulings by supra-national organisations." (author's abstract)

[122-L] Butterwegge, Christoph:

Mehr Freiheit durch weniger soziale Sicherheit, Gleichheit und Gerechtigkeit?: eine kritische "Halbzeitbilanz" der Regierungskoalition von CDU, CSU und FDP, in: Neue Praxis : Zeitschrift für Sozialarbeit, Sozialpädagogik und Sozialpolitik, Jg. 41/2011, H. 5, S. 545-551 (Standort: USB Köln(38)-XG2744; Kopie über den Literaturdienst erhältlich)

INHALT: Bei der Bundestagswahl am 27. September 2009 gewannen CDU, CSU und FDP eine klare Mehrheit. Im vorliegenden Beitrag wird diskutiert, ob die Regierung eine "Koalition der sozialen Zumutungen" gewesen ist oder ob sie den Um- bzw. Abbau des Wohlfahrtsstaates - wie im Bundestagswahlkampf und besonders vor der Landtagswahl in Nordrhein-Westfalen am 9. Mai 2010 versprochen - beendet hat. Dabei wird der schon im Titel des Koalitionsvertrages "Wachstum - Bildung - Zusammenhalt" formulierte Anspruch des christlich-liberalen Regierungsbündnisses, mehr für die Zukunftsperspektiven der jungen Generation zu tun und die gesellschaftliche Kohäsion zu stärken, mit den Folgen seiner Gesetzgebungstätigkeit konfrontiert. Die kritischen Kommentare beziehen sich insbesondere auf das am 3. Dezember 2010 in erster Fassung beschlossene "Gesetz zur Ermittlung von Regelbedarfen und zur Änderung des Zweiten und Zwölften Buches Sozialgesetzbuch" (EGRBEG), das auch in seiner am 25. Februar 2011 von Bundestag und Bundesrat endgültig verabschiedeten Fassung dem Urteil des Bundesverfassungsgerichts nach Ansicht des Autors kaum Rechnung trägt. Der zwischen CDU/CSU, FDP und SPD geschlossene Kompromiss war im Grunde nur ein parteipolitisches Übereinkommen auf Kosten der Ärmsten. (ICI2)

[123-L] Butterwegge, Christoph:

Reichtumsförderung statt Armutsbekämpfung: die unsoziale Politik der CDU/CSU/FDP-Koalition, in: Sozialmagazin : die Zeitschrift für Soziale Arbeit, Jg. 36/2011, H. 11, S. 28-35 (Standort: USB Köln(38)-XG3727; Kopie über den Literaturdienst erhältlich)

INHALT: Der Verfasser argumentiert, dass der im Titel des Koalitionsvertrages "Wachstum - Bildung - Zusammenhalt" erhobene Anspruch des schwarz-gelben Regierungsbündnisses, bei einem Wirtschaftsaufschwung mehr für die Zukunftsperspektiven der jungen Generation zu tun und die gesellschaftliche Kohäsion zu stärken, nicht eingelöst wurde. Über soziale Trostpflaster an Transferleistungsempfänger, denen es im Unterschied zu anderen (Langzeit-)Arbeitslosen noch relativ gut geht, kamen CDU, CSU und FDP nie hinaus. Neben den unmittelbar Begünstigten, die überwiegend aus

der Mittelschicht stammen dürften, weil sie vor einer länger währenden Arbeitslosigkeit noch am ehesten private Altersvorsorge betreiben konnten, profitierten hauptsächlich Versicherungskonzerne und Banken von den beschlossenen Maßnahmen, denn es handelt sich um ein schlagendes Verkaufsargument, wenn ein Finanzprodukt vor der Anrechnung bei Hartz IV geschützt ist. Begünstigt wurden auch die Bauindustrie und der Immobilienhandel. Noch weiteren Branchen kommen die höheren Zuverdienstmöglichkeiten zugute, lassen sich von deren Unternehmen doch mehr Hartz-IV-Bezieher im Sinne einer staatlichen Subventionierung von Niedriglöhnen als preiswerte Arbeitskräfte rekrutieren. (ICF2)

[124-L] Deutsche Bundesbank (Urheber):

Zur Entwicklung der arbeitsmarktbedingten Staatsausgaben, in: Monatsbericht / Deutsche Bundesbank, Jg. 58/2006, Nr. 9, S. 63-86
(www.bundesbank.de/download/volkswirtschaft/monatsberichte/2006/200609mb_bbk.pdf)

INHALT: "Die staatlichen Haushalte werden auf vielfältige Weise durch den Arbeitsmarkt beeinflusst. Betroffen sind Ausgaben für Lohnersatzleistungen, bedarfsorientierte Sozialtransfers und aktive Arbeitsmarktpolitik, aber auch Steuer- und Sozialbeitragseinnahmen. In den vergangenen zehn Jahren waren neben der konjunkturellen Entwicklung insbesondere die Zunahme der Langzeitarbeitslosigkeit und zuletzt der Abbau der als weitgehend erfolglos bewerteten aktiven Arbeitsmarktpolitik von Bedeutung. Mit der HartzIV-Reform sind zwar Mehrausgaben beim Bund verbunden. Sie sind aus gesamtstaatlicher Perspektive aber deutlich geringer. Das Transfersystem wurde mit der Reform grundsätzlich auf eine klarere und einheitlichere Grundlage gestellt. Künftig werden die beschlossenen Einschränkungen beim Arbeitslosengeld und die Rückführung der aktiven Arbeitsmarktpolitik entlastend wirken. Wichtig bleibt aber eine deutlichere Trennung von Versicherungsleistungen auf der einen und Transferleistungen auf der anderen Seite. Auch scheint eine Adjustierung und konsequente Umsetzung des bestehenden Instrumentariums in Verbindung mit einer weiteren Flexibilisierung des Arbeitsmarktes erfolversprechender als Experimente mit neuen Kombi- und Mindestlohnmodellen. Der Beitragssatz der Bundesagentur für Arbeit sollte so bemessen sein, dass auch konjunkturelle Schwächephasen verkraftet werden können." (Autorenreferat)

[125-L] Deutscher Gewerkschaftsbund (Urheber):

Arbeitsmarktpolitik als Teil einer offensiven Beschäftigungspolitik: Beschluss des DGB-Bundeskongresses, in: Soziale Sicherheit : Zeitschrift für Arbeit und Soziales, Jg. 55/2006, H. 8/9, S. 289-295 (Standort: USB Köln(38)-Haa1083; Kopie über den Literaturdienst erhältlich)

INHALT: Der 18. Ordentliche Bundeskongress hat Ende Mai 2006 die politischen Leitlinien des DGB für die nächsten vier Jahre festgelegt. In dem Beitrag wird der Leitbeschluss zur Arbeitsmarktpolitik aufgeführt. (IAB)

[126-L] Eggert, Rolf:

Kräftige Entlastung am Arbeitsmarkt - rein konjunkturell oder nachhaltig?, in: Wirtschaftsdienst : Zeitschrift für Wirtschaftspolitik, Jg. 87/2007, H. 8, S. 525-529 (Standort: USB Köln(38)-FHM Haa288; Kopie über den Literaturdienst erhältlich)

INHALT: Die Arbeitslosigkeit ist 2007 deutlich zurückgegangen, und die sozialversicherungspflichtige Beschäftigung nahm nach einem langjährigen Rückgang wieder zu. Der Autor erläutert die Ursachen dieser Entwicklung (Moderate Lohnabschlüsse, zunehmende Bedeutung der Leiharbeit, Reformen im Niedriglohnbereich, verbesserte Arbeitsanreize durch Änderungen bei Lohnersatzleistungen) und untersucht, ob diese Entlastung am Arbeitsmarkt nachhaltig ist. Er kommt zu der Feststellung, dass die spürbare Erholung am Arbeitsmarkt nicht nur konjunkturell bedingt ist, es aber weiterhin strukturelle Probleme am Arbeitsmarkt gibt. Dazu gehören der hohe Anteil der über 50-Jährigen an den Arbeitslosen und die hohe Arbeitslosenquote der ausländischen Mitbürger. Von zentraler Wichtigkeit ist die Verkleinerung des Anteils niedrig qualifizierter Arbeitnehmer. Nach Meinung des Autors liegt der

Schlüssel dazu in einem Mehr an Bildung und Qualifizierung und in der gezielten Förderung dieses Bereichs über Kombilöhne oder ähnliche Ansätze. (IAB)

[127-L] Eichhorst, Werner; Kaiser, Lutz:

The German labor market: still adjusting badly?, (Discussion Paper / Forschungsinstitut zur Zukunft der Arbeit GmbH, No. 2215), Bonn 2006, 40 S. (Graue Literatur; ftp.iza.org/dp2215.pdf)

INHALT: "In the late nineties, Germany was often seen as a laggard with respect to labor market and welfare state reforms with institutional inertia being reflected in notoriously sluggish employment growth and rising unemployment. Recent years, however, saw a complex sequence of reforms with regard to labor market-related institutions such as labor market regulation, social benefits, active and activating labor market policies and attempts to reduce the burden of payroll taxes and - last but not least - a series of changes in collective bargaining. The paper shows if and to what extent labor-market related reforms in Germany have in fact contributed to overcoming structural weaknesses of a Continental European 'welfare state without work' and creating an institutional setup more conducive to strong employment growth and lower unemployment. We provide a detailed institutional analysis of the most relevant reforms in both public policies and collective bargaining and evaluate their effects on labor market structures and dynamics that can be identified so far. In particular we focus on the development of different types of employment and raise the question whether these upcoming non-standard forms of employment may be sustainable with respect to the future of the German labor market." (author's abstract)

[128-L] Eichhorst, Werner:

Der Arbeitsmarkt in Deutschland: zwischen Strukturreformen und sozialpolitischem Reflex, (Discussion Paper / Forschungsinstitut zur Zukunft der Arbeit GmbH, No. 3194), Bonn 2007, 44 S. (Graue Literatur; ftp.iza.org/dp3194.pdf)

INHALT: "Die Arbeitsmarktreformen der letzten Jahre haben die strukturellen Anpassungsprobleme des deutschen Beschäftigungsmodells zum Teil gelindert - allerdings sind noch längst nicht alle Schwierigkeiten überwunden. Für die Zukunft besteht die zentrale Herausforderung darin, eine beschäftigungspolitisch sinnvolle Kombination von Flexibilität und Sicherheit zu finden und dabei der Prävention von Arbeitslosigkeit durch Aus- und Weiterbildung klare Priorität gegenüber der passiven Kompensation von Arbeitslosigkeit zu geben. Die aktuelle politische Diskussion vernachlässigt dies. Erfolg versprechender als eine Rückkehr zur sozialpolitischen Abfederung von Anpassungsprozessen ist eine klare Priorität auf eine ausreichende Grundqualifikation aller Erwerbspersonen sowie auf einen Umbau der Regulierung des Arbeitsmarktes und der Arbeitsmarktpolitik, um flexible und sichere Übergänge auf dem Arbeitsmarkt zu gewährleisten und über Weiterbildung die Anpassung an veränderte Anforderungen zu erleichtern." (Autorenreferat)

[129-L] Fitzenberger, Bernd:

Nach der Reform ist vor der Reform?: eine arbeitsökonomische Analyse ausgewählter Aspekte der Hartz-Reformen, (Discussion Paper / Zentrum für Europäische Wirtschaftsforschung GmbH, No. 08-011), Mannheim 2008, 34 S. (Graue Literatur; doku.iab.de/externe/2008/k080409p01.pdf)

INHALT: "Die sogenannten Hartz-Reformen beinhalten eine Umstrukturierung und Reorganisation der Tätigkeit der Bundesagentur für Arbeit und eine Reform von Instrumenten der Arbeitsmarktpolitik. Trotz der seinerzeitigen Skepsis führender Ökonomen stellen diese Reformen einen bedeutenden Fortschritt in der Arbeitsmarktpolitik dar. Dieser Beitrag beschreibt zunächst die Arbeitsmarktentwicklung und die Arbeitsmarktprobleme in Deutschland. Vor diesem Hintergrund erfolgt eine Analyse und Bewertung der Reform von Instrumenten der Arbeitsmarktpolitik im Rahmen der Hartz-Reformen. Abschließend diskutiert der Beitrag einige Politikempfehlungen und weist auf wichtige ungelöste Probleme hin. Hierbei ist die Wichtigkeit der empirischen Evaluation der Wirkungen der Hartz-Reformen zu betonen. Diese Evaluation sollte im Sinne eines dauerhaften Monitorings fortgeführt werden." (Autorenreferat)

[130-L] Franz, Wolfgang; Gürtzgen, Nicole; Schubert, Stefanie; Clauss, Markus:

Reformen im Niedriglohnsektor: eine integrierte CGE-Mikrosimulationsstudie der Arbeitsangebots- und Beschäftigungseffekte, (Discussion Paper / Zentrum für Europäische Wirtschaftsforschung GmbH, No. 07-085), Mannheim 2007, 36 S. (Graue Literatur; doku.iab.de/externe/2008/k080109n06.pdf)

INHALT: "Ziel dieses Beitrags ist die Quantifizierung der mit der Einführung des Arbeitslosengeldes II verbundenen Arbeitsangebots- und Beschäftigungseffekte. Zusätzlich wird ein Reformszenario simuliert, welches die Anreizstruktur im Niedriglohnbereich verbessern soll. Methodisch wird ein Mikrosimulationsmodell mit einem allgemeinen Gleichgewichtsmodell kombiniert. Dieses Vorgehen vereint die Vorteile der Mikrosimulation durch die detaillierte Berücksichtigung der Haushalte auf Basis der Daten des Sozioökonomischen Panels mit den Vorteilen eines allgemeinen Gleichgewichtsmodells. So werden neben den Erstrundeneffekten auch Rückkopplungseffekte aufgrund von Preisänderungen mit eingeschlossen. Für die Hartz IV-Reform lässt sich auf Basis der Simulationsergebnisse ein geringfügiger Beschäftigungsgewinn in Höhe von 45.000 Personen quantifizieren. Demgegenüber errechnet sich für das alternative Szenario, welches eine Absenkung der Regelsätze sowie der Transferenzugsquote vorsieht, ein Beschäftigungsgewinn von 190.000 Personen." (Autorenreferat)

[131-L] Franz, Wolfgang:

Bewertung Hartz IV und Ein-Euro-Jobs durch den Sachverständigenrat, in: Zeitschrift für Wirtschaftspolitik, Jg. 55/2006, H. 2, S. 177-181 (Standort: USB Köln(38)-FHM Haa 01110; Kopie über den Literaturdienst erhältlich)

INHALT: Der Autor geht von der Feststellung aus, dass zwei Problembereiche charakteristisch für die prekäre Situation auf dem deutschen Arbeitsmarkt sind: die besonders hohe Arbeitslosigkeit unter gering qualifizierten Arbeitnehmern und die Verfestigung der Arbeitslosigkeit. Eine Verringerung der Arbeitslosigkeit der geringqualifizierten Arbeitnehmer erfordert sowohl eine höhere Nachfrage nach Arbeit als auch eine höhere Bereitschaft auf der Seite der Arbeitnehmer, derartige Jobs zu marktorientierten Löhnen zu akzeptieren. In Bezug auf die letztgenannte Voraussetzung haben die Hartz-Reformen den Zug in Richtung eines weitreichenden und angemessenen Wandels in Bewegung gesetzt, aber es sind noch substantielle Korrekturen notwendig. Am wichtigsten ist, dass die Möglichkeiten, das Arbeitslosengeld II durch Zusatzverdienste aufzustocken, ausgeweitet werden und die Regelsätze für Bezieher von Unterstützungszahlungen in einem substantiellen Umfang abgesenkt werden sollten. Darüber hinaus muss darauf geachtet werden, dass sichergestellt ist, dass die Einkommen aus sogenannten 'Ein-Euro-Jobs' sich nicht zu einer solchen Einkommenshöhe addieren, die es unattraktiv machen würde, einen Job auf dem ersten Arbeitsmarkt anzunehmen. (IAB)

[132-L] Futter, Elena; Hönke, Jana:

Arbeitslosengeld II oder die Privatisierung sozialer Probleme, in: Zeitschrift für Politische Psychologie, Jg. 12/2004, H. 1/2, S. 149-165 (Standort: USB Köln(38)-Zs.A 5587; Kopie über den Literaturdienst erhältlich)

INHALT: "Der Artikel untersucht anhand einer Diskursanalyse politikwissenschaftlich, wie sich die politische Rationalität und die Techniken der Regierung der Arbeitslosigkeit in Deutschland insbesondere mit 'Hartz IV' verändern. Die Argumente werden der Analyse von alten und neuen Gesetzestexten sowie Karriere-Selbsthilfeliteratur entnommen. Im Zentrum steht eine Verschiebung von der Problematisierung der Arbeitslosigkeit als strukturelles Problem hin zur Problematisierung der Arbeitslosen und ihres Verhaltens selbst. Entsprechend verschieben sich die Lösungsansätze und Regierungstechniken hin zu einer 'Führung zur Selbstführung'. Der Staat wird zum 'Aktivierer' des unendlich flexiblen, mobilen und eigenverantwortlichen Menschen, der von den untersuchten Texten sowohl als gegeben vorausgesetzt als auch produziert wird. Die (normative) Anthropologie des Gesetzestextes findet ihre Entsprechung in einer neuen Strömung im Bereich der Beratungsliteratur: die klassische Karriere wird vom Bild des unternehmerischen Selbst als Grundlage der (Erwerbs-)Lebenserzählung abgelöst." (Autorenreferat)

[133-L] Grundig, Beate:

Hinzuverdienstmöglichkeiten beim Arbeitslosengeld II: was wird sich ändern?, in: ifo Dresden berichtet, Jg. 12/2005, H. 4, S. 26-29 (www.cesifo-group.de/link/ifodb_04_05_26_29.pdf)

INHALT: "In dem Beitrag werden die Hinzuverdienstmöglichkeiten beim Arbeitslosengeld II genauer vorgestellt. Da sich die derzeit geltenden Regeln zum Hinzuverdienst im Herbst dieses Jahres ändern, werden diese Änderungen und deren Auswirkungen in diesem Beitrag ebenfalls analysiert." (Autorenreferat)

[134-L] Hase, Friedhelm:

Der neue "Eingliederungsbeitrag": rechtlich umstrittene Beteiligung der BA an der Finanzierung der Grundsicherung für Arbeitssuchende, in: Soziale Sicherheit : Zeitschrift für Arbeit und Soziales, Jg. 57/2008, H. 1, S. 25-29 (Standort: USB Köln(38)-Haa1083; Kopie über den Literaturdienst erhältlich)

INHALT: "Den - auch rechtlich - problematischen 'Aussteuerungsbetrag' gibt es jetzt nicht mehr. Damit musste die Bundesagentur für Arbeit (BA) bis Ende 2007 eine Abgabe an den Staat für Arbeitslosengeld-Empfänger zahlen, die in das Hartz-IV-System rutschten. Seit Anfang 2008 existiert nun der neue 'Eingliederungsbeitrag'. Er ist nicht minder umstritten. Der Artikel zeigt, dass auch dieser Beitrag offensichtlich mit der Verfassung unvereinbar ist. Denn der Arbeitslosenversicherung werden dadurch Mittel für Aufgaben entzogen, für die allein der Staat einzustehen hat." (Autorenreferat)

[135-L] Haubner, Dominik:

Einige Überlegungen zum Zusammenspiel zwischen Umsetzung und Kommunikation arbeitsmarktpolitischer Reformprozesse, in: Dominik Haubner (Hrsg.) ; Erika Mezger (Hrsg.) ; Hermann Schwengel (Hrsg.): Agendasetting und Reformpolitik : strategische Kommunikation zwischen verschiedenen politischen Welten, Marburg: Metropolis-Verl., 2005, S. 309-341, ISBN: 3-89518-505-1

INHALT: Der vorliegende Aufsatz hat zum Ziel, anhand einer Analyse der Tiefen und Untiefen der rot-grünen Arbeitsmarktpolitik sowie der Umsetzung der Hartz-Gesetze zum einen die neuen strukturellen Mechanismen der Mediengesellschaft und zum anderen die daraus resultierenden Freiheitsgrade der politischen Gestaltung aufzuzeigen. Die kritischen Ausführungen des Autors beziehen sich unter anderem auf den Impuls Oskar Lafontaines in den Anfangstagen der rot-grünen Bundesregierung, auf einen Vergleich der Reformen 1998/1999 und 2002/2003, auf die Bedeutung der Mini- und Midijobs in Deutschland, auf die öffentlichen Debatten zur Agenda 2010 und auf die Gesetze zur Reform des Arbeitsmarktes im Anschluss an die Hartz-Kommission. Wesentliche Bestandteile der Hartz-Gesetze stellen nach Meinung des Autors eine Art arbeitsmarktpolitisches "roll back" dar, da durch viele Maßnahmen die anfänglichen Korrekturen der neuen rot-grünen Bundesregierung an den Entscheidungen der christlich-liberalen Vorgängerregierung wieder korrigiert wurden und teilweise weit darüber hinaus gehen. Während die Eingriffe der christlich-liberalen Bundesregierung entschieden inkrementaler Natur waren, zeigt die rot-grüne Bundesregierung ein vergleichsweise "scharfes" Vorgehen gegenüber dem Gesamtsystem, das insgesamt und unter Zeitdruck umgebaut werden soll. Die Zusammenlegung von Arbeitslosenhilfe und Sozialhilfe zum neuen Arbeitslosengeld II markiert eine tiefe Zäsur in der arbeitsmarktpolitischen Traditionslinie der SPD. (ICI2)

[136-L] Jozwiak, Eva; Wolff, Joachim:

Wirkungsanalyse: kurz und bündig - Trainingsmaßnahmen im SGB II, (IAB Kurzbericht, 24/2007), Nürnberg 2007, 8 S. (Graue Literatur; doku.iab.de/kurzber/2007/kb2407.pdf)

INHALT: "Die Arbeitsmarktreformen der letzten Jahre zielen auf eine stärkere Aktivierung von Arbeitslosen. Ein Instrument hierbei sind kurze Eignungsfeststellungs- und Trainingsmaßnahmen im Rechtskreis des SGB II. Aktuelle Wirkungsanalysen zeigen, dass insbesondere betriebliche Trainingsmaßnahmen zur Eingliederung in Beschäftigung beitragen. Die Wirkung nichtbetrieblicher Trainingsmaßnahmen ist ebenfalls positiv, aber weit schwächer. Bereits im Jahr 2005, als das SGB II in Kraft trat, begannen über 400.000 Arbeitslosengeld-II-Bezieher eine Trainingsmaßnahme. Etwa

40 Prozent der Maßnahmen fanden in Betrieben statt. Dort nehmen eher Personen mit größerer Arbeitsmarktnähe teil. Die Maßnahmedauer beträgt sehr oft weniger als einen Monat, so dass es danach rasch zu Eingliederungswirkungen kommen kann. Für Teilnehmer an Trainingsmaßnahmen zeigen sich im Vergleich zur Kontrollgruppe Eingliederungswirkungen. Bei betrieblichen Trainingsmaßnahmen treten sie sehr rasch auf und sind bei weitem stärker als bei den nichtbetrieblichen. Für unter 25-Jährige sind die Eingliederungswirkungen niedriger als für ältere Teilnehmer. Teilnehmer, deren letzte reguläre Beschäftigung zwei bis vier Jahre vor der Teilnahme endete, werden effektiver in den Arbeitsmarkt eingegliedert als andere Teilnehmer." (Autorenreferat)

[137-L] Kaltenborn, Bruno; Schiwarov, Juliana:

Hartz IV: Föderaler Finanzstreit vorerst beigelegt, (Blickpunkt Arbeit und Wirtschaft, 7/2006), Berlin 2006, 5 S. (Standort: IAB-43209 BS 574; Graue Literatur; www.wipol.de/download/blickpunkt200607.pdf)

INHALT: Während der Bund keinen Anteil mehr an den Kosten für Unterkunft und Heizung im Rahmen der Grundsicherung für Arbeitsuchende übernehmen möchte, fordern die kommunalen Spitzenverbände und die Bundesländer eine Erhöhung der Beteiligung des Bundes. Zwar haben beide Seiten Verhandlungsmacht, jedoch besteht auch ein großer Einigungsdruck: Die dauerhafte Entlastung der Kommunen um 2,5 Mrd. EUR durch Hartz IV ist nicht nur einvernehmliches politisches Ziel, sondern auch gesetzlich verankert. Die Volksparteien tragen nicht nur gemeinsam die neue Bundesregierung, sondern verfügen auch über die Bundesratsmehrheit. Der Koalitionsvertrag zwischen CDU, CSU und SPD (2005) auf Bundesebene für die 16. Legislaturperiode sieht anknüpfend an die vor Jahresfrist zunächst gescheiterten Verhandlungen eine Föderalismusreform vor. Die Kooperation könnte durch einen nachhaltigen Disput um die Verteilung der föderalen Lasten von Hartz IV beeinträchtigt werden. (IAB2)

[138-L] Kaltenborn, Bruno; Schiwarov, Juliana:

Hartz IV: Föderale Lastenverteilung umstritten, (Blickpunkt Arbeit und Wirtschaft, 03/2005), Berlin 2005, 4 S. (Standort: IAB-43209 BR 943; Graue Literatur; doku.iab.de/externe/2005/k051229f15.pdf)

INHALT: Während der Bund keinen Anteil mehr an den Kosten für Unterkunft und Heizung im Rahmen der Grundsicherung für Arbeitsuchende übernehmen möchte, fordern die kommunalen Spitzenverbände und die Bundesländer eine Erhöhung der Beteiligung des Bundes. Zwar haben beide Seiten Verhandlungsmacht, jedoch besteht auch ein großer Einigungsdruck: Die dauerhafte Entlastung der Kommunen um 2,5 Mrd. EUR durch Hartz IV ist nicht nur einvernehmliches politisches Ziel, sondern auch gesetzlich verankert. Die Volksparteien tragen nicht nur gemeinsam die neue Bundesregierung, sondern verfügen auch über die Bundesratsmehrheit. Der Koalitionsvertrag zwischen CDU, CSU und SPD (2005) auf Bundesebene für die 16. Legislaturperiode sieht anknüpfend an die vor Jahresfrist zunächst gescheiterten Verhandlungen eine Föderalismusreform vor. Die Kooperation könnte durch einen nachhaltigen Disput um die Verteilung der föderalen Lasten von Hartz IV beeinträchtigt werden. (IAB2)

[139-L] Kannengießer, Christoph; Bucerius, Angelika:

Die gegenwärtige Arbeitsmarktpolitik ist aus demographischer Sicht problematisch, in: Orientierungen zur Wirtschafts- und Gesellschaftspolitik, 2006, H. 2, S. 35-38 (Standort: USB Köln(38)-XG5963; Kopie über den Literaturdienst erhältlich)

INHALT: In den nächsten Jahrzehnten wird die Erwerbsbevölkerung aufgrund des demografischen Wandels deutlich schrumpfen; vor allem in Ostdeutschland wird ein dramatischer Rückgang erwartet. Im Jahr 2050 werden die 50- bis 64-Jährigen fast vierzig Prozent der Erwerbsbevölkerung stellen. Vor diesem Hintergrund wird kritisiert, dass diese Altersgruppe 'die Manövriermasse für einen vermeintlich sozialverträglichen Arbeitsplatzabbau ist'. Im internationalen Vergleich scheiden Erwerbstätige in Deutschland früher aus dem Erwerbsleben aus als in anderen europäischen Ländern. Arbeitsmarktpolitische Maßnahmen für Ältere zielen nicht immer auf eine Förderung der Beschäfti-

gung von über 50-Jährigen, sondern ein Großteil der Maßnahmen dient nach wie vor eher der Entlastung des Arbeitsmarktes und bietet älteren Arbeitskräften Anreiz zum Ausscheiden aus dem Arbeitsmarkt. Dies gilt zum Beispiel für die 58er-Regelung und die Altersteilzeit. Arbeitsbeschaffungs- und Strukturanpassungsmaßnahmen haben sich zur beruflichen Reintegration älterer Arbeitsloser als wenig geeignet erwiesen; der Eingliederungszuschuss war hier erfolgreicher. Entgeltsicherung und die Kostenerstattung für Weiterbildungsmaßnahmen für Ältere werden wenig genutzt. Die beschlossene Verkürzung der Bezugszeit des Arbeitslosengelds I auch für über 55-Jährige wird als wichtiger Schritt zur Verbesserung der Beschäftigungssituation älterer Arbeitsloser betrachtet. Es wird dafür plädiert, 'den Widerspruch der gleichzeitigen Förderung von frühem Erwerbsaustritt und längeren Erwerbsbiographien zu beseitigen' und 'alle direkt oder indirekt die Frühverrentung fördernden Instrumente zu streichen'. Diese Reformen sollten durch sozial-, gesundheits-, bildungs- und personalpolitische Maßnahmen flankiert werden. (IAB)

[140-L] Knuth, Matthias:

Zwischen Arbeitsmarktpolitik und Armenfürsorge: Spannungsverhältnisse und mögliche Entwicklungen der "Grundsicherung für Arbeitsuchende", in: Clarissa Rudolph (Hrsg.) ; Renate Niekant (Hrsg.): Hartz IV : Zwischenbilanz und Perspektiven, Münster: Verl. Westfäl. Dampfboot, 2007, S. 66-91, ISBN: 978-3-89691-663-1

INHALT: "Matthias Knuth charakterisiert in seinem Beitrag die Zusammenlegung von Sozialhilfe und Arbeitslosenhilfe im SGB II als eine Überleitung von der Arbeitsmarktpolitik zur Armutspolitik. Daraus ergeben sich für ihn weitreichende Konsequenzen in unterschiedlichen gesellschaftlichen Teilbereichen, die er an einzelnen Beispielen darlegt. Darin spiegeln sich eine Reihe von Zukunftsfragen wider, die durch Hartz IV eben nicht gelöst, sondern stellenweise eher verschärft worden sind, sei es die ambivalente Geschlechterordnung, sei es das System der sozialen Sicherung oder das Problem von Ausgrenzungen von nicht Erwerbstätigen. All dies kulminiert, so könnte man zusammenfassen, in einer Ausdifferenzierung sozialer Ungleichheitslagen und in einer Politik, die diesen Herausforderungen nicht gewachsen ist, die sich aber zunehmend vom Prinzip gesellschaftlicher Solidarität verabschiedet. Auch die aktuell diskutierten Kombilohn- oder Mindestlohnmodelle lösen diese Probleme nicht, wenngleich zumindest der Mindestlohn, so Knuth, dauerhafte Lohnsenkungsstrategien verhindern würde." (Autorenreferat)

[141-L] Koch, Susanne; Walwei, Ulrich:

Hinzuverdienstregelung im SGB II: Quo vadis?, in: Wirtschaftsdienst : Zeitschrift für Wirtschaftspolitik, Jg. 86/2006, H. 7, S. 423-427 (Standort: USB Köln(38)-FHM Haa288; Kopie über den Literaturdienst erhältlich)

INHALT: Mit Einführung der Leistungen des SGB II hat sich auch die Zahl derjenigen Personen, die ein niedriges Einkommen aus Erwerbstätigkeit durch SBG-II-Leistungen aufstocken, deutlich erhöht. Die in diesem Zusammenhang diskutierten Fragestellungen lauten: offenbart das SBG II die vormals verdeckte Armut unter Erwerbstätigen? Suchen sich vermehrt Bezieher von SGB-II-Leistungen eine kleine Nebenbeschäftigung, um nicht weiter mit Vermittlungs- und Aktivierungsversuchen behelligt zu werden? Führt das SBG II generell zu einem Absinken des Lohnniveaus mit der Folge, dass Personen mit Einkommen aus einer Niedriglohn-Erwerbstätigkeit aufgefangen werden müssen? Der Beitrag untersucht die Anreizwirkungen von Hinzuverdienstmöglichkeiten aufgrund vorliegender Strukturinformationen unter Berücksichtigung branchenspezifischer und regionaler Unterschiede. Auf dieser Basis werden Reformoptionen der Hinzuverdienstregelungen formuliert, die dazu helfen sollen, die Umsetzung der dem SGB II zugrunde liegenden Zielsetzung, nämlich es dem arbeitsmarktnahen Teil der Grundsicherungsempfänger zu erleichtern, schnell und dauerhaft die Hilfsbedürftigkeit zu überwinden, zu befördern. Zu diesen Optionen zählen: eine deutliche Verbesserung der unbefristeten Hinzuverdienstmöglichkeiten, die Optimierung befristeter Hinzuverdienstmöglichkeiten und eine Anwendung vorhandener Sanktionen im Sinne eines stärkeren Forderns. (IAB)

[142-L] Martens, Rudolf:

Hartz-IV-Regelsatz und Preisentwicklung: Vorschlag für einen spezifischen Preisindex zur Anpassung der Regelsätze, in: Soziale Sicherheit : Zeitschrift für Arbeit und Soziales, Jg. 57/2008, H. 2, S. 68-73 (Standort: USB Köln(38)-Haa1083; Kopie über den Literaturdienst erhältlich)

INHALT: "Die Verbraucherpreise steigen erheblich. Gegenüber 2006 nahmen sie im Jahresdurchschnitt 2007 allein um 2,2 Prozent zu. Das war die höchste Jahresteuerrate seit 1994. Besonders stark sind zwischen Dezember 2006 und Dezember 2007 die Preise für Strom (6,8 Prozent) und Nahrungsmittel (6,0 Prozent) gestiegen. Dabei kletterten die Preise für Butter sogar um 44,9 Prozent, für Mehl um 27,6 Prozent oder für Speisequark um 37,8 Prozent. Besonders betroffen von den Preissteigerungen beim Grundbedarf sind die Empfänger von Hartz IV und Sozialhilfe. Denn die Regelsätze für ihren Lebensunterhalt wurden de facto seit 2003 (im Westen) nur ein einziges Mal erhöht: um ganze zwei Euro (0,58 Prozent) im Juli 2007. Im Folgenden wird aufgezeigt, welche realen Verluste damit verbunden waren und wie das Absinken des Realwertes des Regelsatzes durch die Einführung eines spezifischen Preisindex weitgehend verhindert werden könnte." (Autorenreferat)

[143-L] Martens, Rudolf:

Regelsatz und Preisentwicklung: Vorschlag für eine sachgerechte Anpassung des Regelsatzes an die Preisentwicklung durch einen regelsatzspezifischen Preisindex ; Expertise, Berlin 2007, 24 S. (Graue Literatur; www.der-paritaetische.de/uploads/tx_pdforder/regelsatz-preis.pdf)

INHALT: "Die Höhe des Regelsatzes spielt eine wichtige Rolle im deutschen Sozialsystem: Der Regelsatz bestimmt das Niveau von Arbeitslosengeld II bzw. Sozialgeld sowie der Sozialhilfe. Darüber hinaus richten sich die Grund- und Kinderfreibeträge in der Einkommensteuer - das steuerlich zu verschonende Existenzminimum nach dem im Sozialhilferecht anerkannten Mindestbedarf. In dem Beitrag geht es darum, die ungenügende Regelsatzanpassung zu beschreiben und ein Rechenmodell vorzustellen, das ein Absinken des Realwertes des Regelsatzes zuverlässig vermeidet." (Autorenreferat)

[144-L] Pannenberg, Markus:

Individuelle Anspruchslöhne in Deutschland: eine aktuelle Bestandsaufnahme, in: Johannes Schwarze (Hrsg.) ; Jutta Rübiger (Hrsg.) ; Reinhold Thiede (Hrsg.) ; Christof Helberger (Adressat): Arbeitsmarkt- und Sozialpolitikforschung im Wandel : Festschrift für Christof Helberger zum 65. Geburtstag, Hamburg: Kovac, 2007, S. 63-79, ISBN: 978-3-8300-2413-2 (Standort: SUB Hamburg(18)-A/465462; www.helberger-festschrift.de/PDFs/05_pannenberg_web.pdf)

INHALT: Empirische Studien zu den Anreizen zur Arbeitsaufnahme in Deutschland legen zumeist Berechnungen zu den Lohnabständen, d.h. der Differenz von potenziellem Arbeitslohn (Tariflohn/mittlerer Effektivlohn) und möglicher staatlicher Unterstützungszahlung vor. Empirische Arbeiten, die direkt erhobene Anspruchslöhne analysieren, sind hingegen selten. Die vorliegende empirische Studie analysiert mit den Daten des Sozio-ökonomischen Panel (SOEP) individuelle erfragte Anspruchslöhne. Die erhobenen Informationen stammen aus dem Jahr 2004. Die Studie zeichnet somit ein Bild des Lohnanspruchsniveaus nicht erwerbstätiger arbeitssuchender Personen nach Beginn der Hartz-Reformen, aber vor Einführung des neuen Arbeitslosengeldes II zum 1.1.2005. Zwei zentrale Aspekte stehen im Mittelpunkt: (1) Eine Abschätzung, in welchem Umfang individuelle Anspruchslöhne auf eine Veränderung des Niveaus der staatlichen Unterstützungszahlungen reagieren, in dem die entsprechende Elastizität geschätzt wird. (2) Es wird anhand erstmals im Jahr 2004 im SOEP erhobener Informationen zur individuellen Risikoeinstellung getestet, ob die Konzessionsbereitschaft von Arbeitslosen mit individuellen Risikopräferenzen korreliert. Der wichtigste Befund ist: Individuelle Anspruchslöhne in Deutschland liegen im Jahr 2004 im Mittel gut doppelt so hoch wie kontemporär empfangene Unterstützungszahlungen durch den Staat. (ICA2)

[145-L] Pascal Krimmer, Pascal; Raffelhüschen, Bernd:

Grundsicherung in Deutschland - Analyse und Reformbedarf, (Diskussionsbeiträge / Forschungszentrum Generationenverträge, No. 14), Freiburg im Breisgau 2007, 30 S. (Graue Literatur; www.vwl.uni-freiburg.de/fakultaet/fiwi/publikationen/162.pdf)

INHALT: "Die Arbeit möchte einen Beitrag zur Betrachtung des Zusammenhangs zwischen sozialer Grundsicherung und Arbeitsmarkt liefern und dabei einerseits die Wirksamkeit der vergangenen Reformen analysieren und andererseits einen konsistenten Vorschlag für eine umfassende Reform, die die Mängel der bisherigen Reformen beheben kann und eine effiziente Bekämpfung der Arbeitslosigkeit möglich macht, liefern. Für dieses Ziel ist erstens eine adäquate Zielgruppenorientierung zu gewährleisten, damit nur im Falle erwerbsfähiger Hilfebedürftiger das Gebot der Hilfe zur Selbsthilfe umgesetzt wird. Zweitens sollten für diese Gruppe die Anreize so ausgestaltet werden, dass für sie eine Wiedereingliederung in den Arbeitsmarkt attraktiv ist. Drittens müssen vor allem im Niedriglohn-Sektor die notwendigen Arbeitsplätze geschaffen und durch einen effizienten Vermittlungsapparat zugänglich gemacht werden, damit die Arbeitslosen ihre Verpflichtung auch wahrnehmen können. Basierend auf diesen drei Aspekten ist die Struktur der Arbeit aufgebaut. Nach einer Eingrenzung des Begriffs der sozialen Grundsicherung im zweiten Abschnitt wird in Abschnitt 3.1 die Zielgruppenorientierung, in Abschnitt 3.2 die Anreize für die Arbeitsuchenden und in 3.3 schließlich der Vermittlungsapparat behandelt. Dabei werden nach einigen theoretischen Grundüberlegungen jeweils die Vorzüge und Probleme der jüngsten Arbeitsmarktreformen betrachtet. In Kapitel 4 wird dann vor diesem Hintergrund ein Reformvorschlag vorgestellt, der die verbleibenden Mängel der aktuellen Arbeitsmarktpolitik beheben kann. Kapitel 5 fasst die Ergebnisse zusammen." (Autorenreferat)

[146-L] Roth, Steffen J.:

Der Kölner Vorschlag der Gemeinnützigen Beschäftigung: Fördern durch Anerkennung und Beschäftigungschancen, nicht durch Subventionen, in: Zeitschrift für Wirtschaftspolitik, Jg. 55/2006, H. 2, S. 182-197 (Standort: USB Köln(38)-FHM Haa 01110; Kopie über den Literaturdienst erhältlich)

INHALT: Der Autor kritisiert, dass die Protagonisten der verschiedenen arbeitsmarktpolitischen Instrumente sich auf den Ansatz konzentrieren, es gäbe zu wenig finanzielle Anreize für die Aufnahme einer Arbeit im Niedriglohnsektor. Er betont, dass dieser Ansatz die Situation sehr vereinfacht darstellt und nicht zu einem angemessenen Verständnis der komplexen Realität beiträgt: Es gibt nicht-finanzielle Arbeitsanreize und auch langfristige Begründungen für die Annahme von Arbeitsangeboten, auch wenn damit die Arbeitnehmer kurzfristig ihr verfügbares Einkommen nicht erhöhen können. Das Kölner Modell der 'Gemeinnützigen Beschäftigung', eine Art kommunaler Dienstleitung, hat die Zielgruppe derjenigen Empfänger von Transferleistungen im Blick, die arbeiten wollen ohne weitere Zuschüsse zu erhalten, weil sie aus verschiedenen Gründen nach Gelegenheiten suchen, produktiv zu sein. Roth betont, dass es diese Menschen ganz besonders verdienen bei ihren Anstrengungen zur Selbsthilfe unterstützt zu werden. Wichtig ist darüber hinaus, dass die 'Gemeinnützige Beschäftigung' ohne die schwerwiegenden Nebenwirkungen der 'Ein-Euro-Jobs' funktioniert. (IAB)

[147-L] Schmitz, Hendrik; Steiner, Viktor:

Benefit-entitlement effects and the duration of unemployment: an ex-ante evaluation of recent labour market reforms in Germany, (Discussion Paper / Forschungsinstitut zur Zukunft der Arbeit GmbH, No. 2681), Bonn 2007, 39 S. (Graue Literatur; ftp.iza.org/dp2681.pdf)

INHALT: "We analyse benefit-entitlement effects and the likely impact of the recent reform of the unemployment compensation system on the duration of unemployment in Germany on the basis of a flexible discrete-time hazard rate model estimated on pre-reform data from the German Socioeconomic Panel (SOEP). We find (i) relatively strong benefit-entitlement effects for the unemployed who are eligible to means-tested unemployment assistance after the exhaustion of unemployment benefit, but not for those without such entitlement; (ii) nonmonotonic benefit-entitlement effects on hazard rates with pronounced spikes around the month of benefit-exhaustion; and (iii) relatively small marginal effects of the amount of unemployment compensation on the duration of unemployment. Our

simulation results show that the recent labour market reform is unlikely to have a major impact on the average duration of unemployment in the population as a whole, but will significantly reduce the level of long-term unemployment among older workers." (author's abstract)

[148-L] Schneider, Werner:

Geschichte der Krankenversicherungsbeiträge für Arbeitslose: gesetzliche Kassen müssen 2,2 Milliarden Euro für Hartz-IV-Empfänger draufzahlen, in: Soziale Sicherheit : Zeitschrift für Arbeit und Soziales, Jg. 57/2008, H. 6/7, S. 232-238 (Standort: USB Köln(38)-Haa1083; Kopie über den Literaturdienst erhältlich)

INHALT: "Seit 1995 ist der durchschnittliche Beitrag zur gesetzlichen Krankenversicherung (GKV) um rund 1,6 Beitragssatz-Punkte gestiegen. Eine der zentralen Ursachen hierfür waren Lastenverschiebungen zwischen Staat, Arbeitslosen- und Krankenversicherung. Mit den so genannten Hartz-Reformen wurden diese noch verschärft. Das Abwälzen finanzieller Probleme des Staates oder anderer Sozialversicherungszweige auf die Versicherten und Beitragszahler der GKV hat Tradition. Die Folge ist eine Destabilisierung des GKV-Finanzierungssystems. Sie befördert Zweifel an seiner Zukunftstauglichkeit und die politische Forderung nach Kopfpauschalen. Der folgende Beitrag dokumentiert am Beispiel der Kassen-Beiträge für Arbeitslose und Empfänger von staatlichen Fürsorgeleistungen, dass nicht das System, sondern die Politik versagte. Er zeigt auch Auswege innerhalb des einkommensbezogenen Finanzierungssystems auf." (Textauszug)

[149-L] Schrader, Klaus:

Korreferat zu Joachim Wilde: "Institutionelle Regelungen der sozialen Grundsicherung: Fortschritte und ungelöste Probleme durch Hartz IV", in: Herbert S. Buscher (Hrsg.) ; Christian Dreger (Hrsg.) ; Ulrich Walwei (Hrsg.): Institutionen und Arbeitsmarkt : Messkonzepte, Wirkungszusammenhänge und internationaler Vergleich, 2006, S. 245-256 (Standort: IAB; Graue Literatur)

INHALT: Eine der zentralen Fragestellungen im Zusammenhang mit der Ausgestaltung des Arbeitslosengelds II als Kernstück der Hartz-IV-Reformen ist, ob der Lohnabstand zwischen dem ALG II, unter Umständen durch Zusatzeinkommen ergänzt, und einem erzielbaren Erwerbseinkommen groß genug ist, um eine sozialversicherungspflichtige Tätigkeit der Arbeitslosigkeit vorzuziehen. Das Korreferat zu Joachim Wilde überprüft vor diesem Hintergrund auf empirischer Basis, welchen Gruppen von ALG II-Beziehern wegen eines zu geringen Lohnabstands die notwendigen Anreize fehlen, eine reguläre Beschäftigung anzustreben. Zu diesem Zwecke werden für charakteristische Haushaltstypen und Erwerbsmerkmale Lohnabstände im Rahmen alternativer Szenarien ermittelt, um den Kreis der Problemgruppen zu identifizieren. Es zeigt sich, dass kritische Lohnabstände, die eine Vollzeitbeschäftigung auf dem ersten Arbeitsmarkt wenig reizvoll erscheinen lassen, insbesondere bei ALG II-Beziehern bestehen, die eine geringe Qualifikation aufweisen, Kinder haben und deren Partner nicht erwerbstätig ist. Es werden Möglichkeiten der Lösung derartiger Anreizprobleme diskutiert, z.B. die Förderung von Niedriglohnarbeit durch Abgabentlastung und die Verbesserung der Rahmenbedingungen bei der Kinderbetreuung. (IAB)

[150-L] Seligmann, Michael:

Weder Sozialmissbrauch noch Leistungsexplosion: Expertise im Auftrag des Diakonischen Werkes der Evangelischen Kirche im Rheinland zur Unhaltbarkeit der These von der Kostenexplosion im SGB II und zum tatsächlichen Finanzspielraum für notwendige Hilfeleistungen, Düsseldorf 2006, 19 S. (Graue Literatur; www.flegel-g.de/Diakonie-studie.pdf)

INHALT: "In der Diskussion um die Grundsicherung für Arbeitsuchende im Sozialgesetzbuch II (SGB II) ist oft die Rede davon, die Leistung werde missbraucht, die Sanktionsregelungen seien zu weich, die materiellen Leistungen seien zu üppig ausgestattet und insgesamt würden die Kosten seit der Einführung 'explodieren'. In dieser Expertise wird den Gründen nachgegangen, wie es zu unrealistischen Vorstellungen über die Nutzung des neuen Leistungssystems SGB II kommen konnte, in welchem

Ausmaß ein Missbrauch der Leistungen nachgewiesen vorliegt, wo der finanzielle Gewinn des SGB II zu verorten ist und in welchem Maße die durchaus beeindruckenden Gesamtausgabemittel für eine Eingliederung in die Erwerbsgesellschaft ungenutzt bleiben." (Autorenreferat)

[151-L] Spermann, Alexander; Strotmann, Harald:

The Targeted Negative Income Tax (TNIT) in Germany: evidence from a quasi experiment, (Discussion Paper / Forschungsinstitut zur Zukunft der Arbeit GmbH, No. 2067), Bonn 2006, 47 S. (Graue Literatur; doku.iab.de/externe/2006/k060413f33.pdf; ftp.iza.org/dp2067.pdf)

INHALT: "We report empirical evidence from the first field experiments to be conducted in Germany with program and control groups between 1999 and 2002. The evaluated program called 'Targeted Negative Income Tax (TNIT)' is a time-restricted employee subsidy for means-tested welfare recipients. We focus on a unique data set on welfare recipients in Mannheim and estimate the treatment effect of TNIT on participation probability. The average treatment effect is significant and lies between 6.6 and 6.8 percentage points. Since January 1st, 2005, TNIT can be offered to all means-tested long-term unemployed people in Germany by public case managers." (author's abstract)

[152-L] Spindler, Helga; Trube, Achim; Buestrich, Michael:

Hartz IV: Reform der Reform ist ein Fanal, in: Neue Praxis : Zeitschrift für Sozialarbeit, Sozialpädagogik und Sozialpolitik, Jg. 36/2006, H. 3, S. 251-268 (Standort: USB Köln(38)-XG2744; Kopie über den Literaturdienst erhältlich)

INHALT: In dem 'Forum' des Heftes thematisieren drei Autoren kritisch die sozialpolitische Prämisse, 'nur den wirklich Betroffenen und dazu selbstverständlich unter immer engeren Vorgaben noch helfen zu wollen und stattdessen von ihnen Selbstverantwortung und Eigeninitiative zu fördern'. Spindler, Helga: Hartz IV: Ist das Existenzminimum für arme Familien zu hoch? Oder: wie Her Jörges vom Stern der raffinierten Verschwörung des Fürsorgestaats zugunsten von Familien auf die Schliche gekommen ist; Trube, Achim: Zynismus siegt? Zur Diffamierungskampagne gegen Langzeitarbeitslose und der Inszenierung eines 'Hartz IV-Finanzskandals'; Buestrich, Michael: Reform der Reform. Anmerkungen zu Begründungen eines 'Hartz IV-Fortentwicklungsgesetzes'. (IAB)

[153-L] Staiger, Martin:

Hartz IV oder Ungleich vor dem Gesetz, in: Blätter für deutsche und internationale Politik, Jg. 51/2006, H. 10, S. 1165-1168 (www.blaetter.de/archiv/jahrgaenge/2006/oktober/hartz-iv-oder-ungleich-vor-dem-gesetz)

INHALT: Der Beitrag beschäftigt sich mit den Folgen, die ein von den Bundesländern erarbeiteter Gesetzentwurf zur Abschaffung der Kostenfreiheit von Sozialgerichtsverfahren nach Verabschiedung durch den Bundestag für Hartz-IV-Bezieher haben könnte. Nach Meinung des Bundesrates sollen für Verfahren vor den Sozialgerichten in Zukunft 'sozialverträgliche Kosten' erhoben werden. Mit der Formulierung des Paragraphen 185 'In den Verfahren um Streitigkeiten in Angelegenheiten der Sozialhilfe werden Gerichtskosten nicht erhoben' suggeriert der Entwurf, dass auch Verfahren über Hartz-IV-Streitigkeiten kostenfrei seien. Der Beitrag führt aus, dass dies nicht so ist, da seit Anfang 2005 nur noch die Hilfe zum Lebensunterhalt für über 65jährige und 'voll Erwerbsgeminderte' Sozialhilfe heißt. An Beispielen wie der fehlerhaften Berechnung von Leistungen, der Anrechnung von Einkommen und der Festlegung von Mietobergrenzen, wird verdeutlicht, dass in vielen Fällen das Sozialgericht für Hartz-IV-Bezieher die letzte Hoffnung darstellt. Diese wird mit dem Gesetzentwurf zunichte gemacht, da der Bundesrat Pauschalgebühren von 75 Euro für Verfahren vor den örtlichen Sozialgerichten, 150 Euro für die Anrufung der Landessozialgerichte und 225 Euro für Verfahren vor dem Bundessozialgericht für 'sozialverträglich' hält. Zudem soll nach der Vorstellung des Bundesrates ohne Schutz des Existenzminimums und des Schonvermögens das in einem Rechtsstreit Erlangte voll zur Rückzahlung der Prozesskosten eingesetzt werden müssen. Sollte der Gesetzentwurf Gesetzeskraft erlangen, würde mittellosen Klägern nach Meinung des Autors voraussichtlich in vielen Fällen Prozesskostenhilfe verweigert werden. (IAB)

[154-L] Steck, Brigitte; Kossens, Michael:

Hartz IV wieder geändert - das SGB II-Fortentwicklungsgesetz, in: Neue Zeitschrift für Sozialrecht : Monatsschrift für die anwaltliche, betriebliche, behördliche und gerichtliche Praxis, Jg. 15/2006, H. 9, S. 462-466 (Standort: USB Köln(38)-M XF 00486; Kopie über den Literaturdienst erhältlich)

INHALT: "Nachdem das SGB II bereits seit seinem Inkrafttreten zum 1.1.2005 durch das Freibetragsneuregelungsgesetz sowie das Gesetz zur Änderung des SGB II und anderer Gesetze an wichtigen Stellen geändert wurde, ist nun durch das sog. Fortentwicklungsgesetz eine Vielzahl der Vorschriften des SGB II reformiert worden. Bereits im Koalitionsvertrag hatten sich Union und SPD auf Veränderungen am SGB II verständigt, die nun mit dem SGB II Fortentwicklungsgesetz die parlamentarischen Hürden genommen haben. Die jetzt beschlossenen Änderungen betreffen das Leistungsrecht, die Verwaltungspraxis und die Missbrauchsbekämpfung. Ziel des Fortentwicklungsgesetzes ist es, die steigenden Kosten für die Grundsicherung für Arbeitsuchende zu begrenzen. Insgesamt geht der Gesetzgeber davon aus, dass durch die verabschiedeten Maßnahmen Einsparungen von rund 1,5 Mrd. Euro jährlich zu realisieren sind, wobei 1,2 Mrd. Euro zu Gunsten des Bundes und rund 300 Mio. Euro zu Gunsten der Kommunen entfallen. Von den rund 60 Änderungen des SGB II-Fortentwicklungsgesetzes werden nachfolgend die für die Praxis relevantesten Änderungen dargestellt." (Autorenreferat)

[155-L] Uellenberg-van Dawen, Wolfgang (Interviewter); Girndt, Cornelia (Interviewer):

"Hartz IV, das ist Sozialtechnokratie", in: Die Mitbestimmung : Monatsschrift der Hans-Böckler-Stiftung, 2008, H. 4, S. 42-46 (Standort: UB Bonn(5)-4 Z60/2; USB Köln(38)-M XG00749; Kopie über den Literaturdienst erhältlich; www.boeckler.de/107_90398.html)

INHALT: "Der Kölner DGB-Vorsitzende Wolfgang Uellenberg van Dawen über das Unglück der Hartz-Reformen, das fatale Wirken von McKinsey-Beratern in der Bundesagentur und wie man eine missglückte Reform zum Besseren wenden könnte." (Autorenreferat)

[156-L] Wagner, Alexandra:

Zur angeblichen Kostenexplosion durch Hartz IV: die Fakten sagen Anderes, (MonApoli Monitor Arbeitsmarktpolitik), Düsseldorf 2006, 11 S. (Graue Literatur; doku.iab.de/externe/2006/k061129p06.pdf)

INHALT: "Die öffentliche Debatte zu den Wirkungen von Hartz IV wird derzeit vor allem durch zwei Argumente geprägt - die Thesen von einer angeblichen Explosion der Kosten durch den Systemwechsel und die Behauptung, dass zu einem großen Teil Missbrauchsfälle für diese Kostensteigerung ursächlich seien. Beide Argumente sollen eine stärkere Disziplinierung und Kontrolle der Hilfeberechtigten und eine (weitere) Kürzung der Leistungen begründen. Bei sachlicher Betrachtung der Fakten kann nicht nur keines der beiden Argumente belegt werden; vielmehr kommt man zu dem Schluss, dass sich die Kosten für Hartz IV schlicht aus dem Umfang der (wachsenden) Arbeitslosigkeit und den teilweise (zu) niedrigen Erwerbs- und Transfereinkommen ergeben. Diese Kosten wären auch ohne den Systemwechsel in etwa dem gleichen Umfang angefallen." (Autorenreferat)

[157-L] Walwei, Ulrich:

Zur Ökonomie der Arbeitslosenversicherung, in: Aus Politik und Zeitgeschichte : Beilage zur Wochenzeitung Das Parlament, 2009, H. 27, S. 27-33 (www.bpb.de/files/YYBZRI.pdf)

INHALT: Der Autor beschreibt zunächst die ökonomischen Funktionen der Arbeitslosenversicherung und gibt eine Übersicht über aktuelle Regelungen. Er diskutiert anschließend einige Gestaltungsparameter, die sich auf die Höhe der Lohnersatzleistung, die Bezugsdauer der Unterstützungsleistung, die Anwartschaftszeiten, die Zumutbarkeit und Verfügbarkeit sowie auf die bedürfnisabhängigen Leistungen beziehen. Er unterbreitet ferner einige Reformvorschläge und weist darauf hin, dass die Diskussion weitgehender Vorschläge zur Veränderung des Arbeitslosenversicherungssystems verdeutlicht hat, dass keiner der Ansätze den trilateralen Zielkonflikt zwischen Anreizkompatibilität, sozia-

ler Verträglichkeit und Finanzierbarkeit besser lösen kann als das bestehende System. Das heißt jedoch nicht, dass die Stoßrichtung der Ansätze ganz abzulehnen wäre. Dies gilt vor allem, wenn diese nicht als fundamentaler Systemwechsel verstanden werden. So könnte zum Beispiel ein partielles "experience rating" genauso ein stärker versicherungskonformes Verhalten unterstützen wie "symbolische Ansparkonten" als eine Kapitalversicherungskomponente in einem insgesamt als Risikoversicherung ausgestalteten System der Arbeitslosenversicherung. (ICI2)

[158-L] Walwei, Ulrich:

Aktuelle Herausforderungen für die Arbeitsmarkt- und Beschäftigungspolitik, in: Politische Bildung : Beiträge zur wissenschaftlichen Grundlegung und zur Unterrichtspraxis, Jg. 39/2006, H. 1, S. 45-71

INHALT: Der Beitrag geht der Frage nach, ob die Hartz-Reformen an den wirklichen Ursachen der Arbeitsmarktkrise ansetzen. Die Effizienz aktivierender Arbeitsmarktpolitik sowie einzelner wesentlicher Elemente der Hartz-Reformen zur Förderung der Rahmenbedingungen für Beschäftigung (Deregulierung des Arbeitsrechts, stärkere Anreize für Niedriglöhne) werden diskutiert. Der Autor kommt zu dem Schluss, dass eine Neuausrichtung der Arbeitsmarktpolitik hin zu einer konsequenten Aktivierung der Arbeitssuchenden auf gesamtwirtschaftlicher Ebene zu einem Rückgang der Arbeitslosigkeit beitragen kann. Die Beschäftigungseffekte der Hartz-Reform sollten jedoch nicht überschätzt werden, da sie nicht an den Hauptursachen der anhaltenden Arbeitslosigkeit ansetzen. "Die jüngsten Arbeitsmarktreformen können einen Beitrag zur Bewältigung der Beschäftigungskrise leisten, sind aber allein nicht geeignet, das wirtschaftliche Wachstum zu verstärken und die Arbeitskräftenachfrage entscheidend und nachhaltig zu erhöhen." Als Hauptursachen der Beschäftigungsmisere werden die anhaltende Wachstumsschwäche, wenig beschäftigungsfreundliche Tarifvereinbarungen, hohe Abgabenbelastung und die Regulierung der Märkte betrachtet. Umfassende Strukturreformen zur Förderung von Wirtschaftswachstum und Beschäftigungsdynamik stehen noch aus; die Chancen für ihre Umsetzung werden vom Autor jedoch als gering eingeschätzt. Vor allem Föderalismus und Tarifautonomie werden als hemmende Faktoren für die Anpassungsfähigkeit institutioneller Arrangements gesehen. (IAB2)

[159-L] Westerheide, Peter:

Die Chance nutzen - Reformen mutig voranbringen: das Jahresgutachten des Sachverständigenrates, in: Orientierungen zur Wirtschafts- und Gesellschaftspolitik, 2005, H. 106, S. 49-56 (Standort: USB Köln(38)-XG5963; Kopie über den Literaturdienst erhältlich)

INHALT: "Der Sachverständigenrat zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung analysiert in seinem aktuellen Jahresgutachten akribisch die Wachstumsschwäche der deutschen Wirtschaft. Wie in den Vorjahren lautet die Bilanz: rückläufige Binnennachfrage, zunehmende Staatsschulden und hohe Sockelarbeitslosigkeit. Wie in den Vorjahren lauten auch die Empfehlungen: Reformen am Arbeitsmarkt, im Steuersystem und bei der sozialen Sicherung." (Autorenreferat)

[160-L] Wilde, Joachim:

Institutionelle Regelungen der sozialen Grundsicherung: Fortschritte und ungelöste Probleme durch Hartz IV, in: Herbert S. Buscher (Hrsg.) ; Christian Dreger (Hrsg.) ; Ulrich Walwei (Hrsg.): Institutionen und Arbeitsmarkt : Messkonzepte, Wirkungszusammenhänge und internationaler Vergleich, 2006, S. 219-244 (Standort: IAB; Graue Literatur)

INHALT: "Die Zusammenlegung von Arbeitslosenhilfe und Sozialhilfe für Erwerbsfähige zum neuen Arbeitslosengeld II im Rahmen der Hartz IV Reform war mit der Erwartung einer Entlastung der öffentlichen Haushalte verbunden. Stattdessen sind jedoch Mehrausgaben zu verzeichnen, so dass die institutionelle Ausgestaltung der sozialen Grundsicherung möglicherweise noch nicht adäquat ist. Der Artikel vergleicht zunächst die institutionellen Regelungen für das Arbeitslosengeld II mit denen der bisherigen Sozialhilfe für Erwerbsfähige. Anschließend wird analysiert, inwieweit institutionelle Veränderungen oder das Unterlassen derselben den Anstieg der Empfängerzahlen begünstigt haben. Als Bewertungsmaßstab dienen dabei insbesondere die Ergebnisse empirischer Studien für erwerbs-

fähige Sozialhilfe empfänger. Dabei zeigt sich, dass die Reform nur partiell zu einer Verbesserung von Rahmenbedingungen und Anreizstrukturen beiträgt. Von Teilen der Reform bzw. deren Umsetzung gehen hingegen negative Effekte aus." (Autorenreferat)

[161-L] Zimmermann, Klaus F.; Eichhorst, Werner:

Die Agenda 2010 als Teil der rot-grünen Regierungspolitik, in: Vierteljahrshefte zur Wirtschaftsforschung / Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung, Jg. 77/2008, H. 1, S. 8-19 (Standort: USB Köln(38)-FHM Haa 00374; Kopie über den Literaturdienst erhältlich; www.diw.de/documents/publikationen/73/diw_01.c.82402.de/diw_vjh_08-1.pdf)

INHALT: "Die Agenda 2010 stellte eine historische Zäsur in der deutschen Arbeitsmarkt- und Sozialpolitik dar. Sie war nicht von langer Hand geplant, hat aber eine durchaus längere Vorgeschichte. Gesellschaftspolitisch stark umstritten, traf sie auf einen breiten, zustimmenden Konsens unter den deutschen Wirtschaftswissenschaftlern (Zimmermann 2003). Um die Formulierung der Agenda 2010 und ihre politischen Implikationen zu verstehen, empfiehlt es sich, sie in die Entwicklungslinie der gesamten Regierungspolitik der rot-grünen Bundesregierung (1998-2005) einzuordnen (Zohlhöfer 2004, Egle, Ostheim und Zohlhöfer 2003)." (Autorenreferat)

5 Internationale Vergleiche

[162-L] Apel, Helmut; Boockmann, Bernhard; Brussig, Martin; Jansen, Andreas; Knuth, Matthias; Thomsen, Stephan L.:

Employability - towards an empirical concept: paper for the conference "Activation policies on the fringes of society: a challenge for European welfare states", Nuremberg, May 15-16, 2008, Nürnberg 2008, 33 S. (Graue Literatur; www.otto-blume-institut.de/download/draft_employability_2008.pdf)

INHALT: "The paradigm of 'activation' is an important reference point for ongoing reforms of labour market and welfare policies in European countries. The conference aims to look at this paradigm and its consequences, particularly for benefit recipients who are 'on the fringes' of labour market and society (welfare recipients, long-term ill, refugees, long term unemployed and so on). The issue of activation will be approached from different angles: ideas and ideologies of activation; activation policies in Europe; the governance of activation; doing research on activation methodological issues; activation measures and their effects on different target groups; in the 'black box' - activation from an interaction perspective; activation and social inclusion/ exclusion. Following the last plenary session there will be the opportunity to discuss the formation of an international research network on activation." (author's abstract)

[163-L] Aust, Judith:

Langzeitarbeitslos in Europa, in: WSI Mitteilungen : Monatszeitschrift des Wirtschafts- und Sozialwissenschaftlichen Instituts in der Hans-Böckler-Stiftung, Jg. 59/2006, H. 8, S. 453-459

INHALT: "Der Beitrag diskutiert die finanziellen Konstruktionen und Dimensionen von Langzeitarbeitslosigkeit im europäischen Vergleich. Gefragt wird, ob und wie sich das finanzielle Niveau der Absicherung im Verlauf der Erwerbslosigkeit verändert und wie die langfristigen finanziellen Implikationen der sozialen Absicherung zu bewerten sind. Mit Hilfe der von der OECD ausgewiesenen Netto-lohnquoten kann gezeigt werden, dass insbesondere die Absicherung von Langzeitarbeitslosen in vielen Ländern der europäischen Union unzureichend ist. Problematisch ist dabei nicht nur der mit der Aussteuerung aus der Arbeitslosenversicherung verbundene finanzielle Abstieg. Kritisch zu bewerten sind auch die der selektiveren Ausgestaltung der bedarfsgeprüften Anschlussleistungen zugrunde liegenden Zumutbarkeitsklauseln und Bedürftigkeitsprüfungen." (Autorenreferat)

[164-L] Bundesvereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände e.V. (Urheber):

Mehr Beschäftigungschancen für gering Qualifizierte und Langzeitarbeitslose: zur Diskussion über die Wege zur Belebung des Niedriglohnssektors und der Weiterentwicklung des Kombi-Einkommens, Berlin 2006, 17 S. (Graue Literatur; www.akademie-welthandel.de/downloads/LangzeitAL.pdf)

INHALT: "Der internationale Vergleich zur Langzeitarbeitslosigkeit offenbart ein Kernproblem des deutschen Arbeitsmarktes: die hohe und strukturell verfestigte Arbeitslosigkeit von geringer Qualifizierten. Für die meisten Langzeitarbeitslosen und gering Qualifizierten dürfte der (Wieder-)Einstieg in den Arbeitsmarkt nur über eine einfache Tätigkeit gelingen. Die möglichen Beschäftigungspotenziale können nur dann zu tatsächlich angebotener Arbeit werden, wenn die Lohn- und Lohnzusatzkosten der Produktivität der Arbeitsplätze entsprechen und sich so wirtschaftlich rentieren. Für sehr einfache Tätigkeiten können deshalb auch nur sehr geringe Löhne gezahlt werden. Erwerbsfähige Hilfebedürftige müssen auch einfache Arbeiten annehmen, wenn sie nur so ihre Arbeitslosigkeit überwinden können. Gerade Arbeitnehmer mit kleinen Einkommen, die mit ihren Steuern zur Finanzierung der Fürsorgeleistung Arbeitslosengeld II beitragen, haben ein Recht darauf, dass jeder selbst den ihm möglichen Beitrag zu seinem eigenen Lebensunterhalt leistet. Umgekehrt haben aber auch alle diejenigen, die durch eigene Erwerbsarbeit ihren und den Lebensunterhalt ihrer Familie nicht vollständig verdienen können, einen Anspruch darauf, von der Solidargemeinschaft ergänzend unterstützt zu werden. Mit Hartz IV ist ein ausgewogenes System des Förderns und Forderns eingeführt worden, das konsequent umgesetzt werden muss. Das mit Hartz IV geschaffene Kombi-Einkommen

stellt jeden, der Arbeit aufnimmt besser als den, der nicht arbeitet. Jedes fortentwickelte oder alternative Modell für ein Kombi- Einkommen muss an das Kriterium der individuellen Hilfebedürftigkeit geknüpft bleiben. Staatliche Zuschüsse jenseits der Bedürftigkeit wären sinnlos und nicht zu vertreten. Auf keinen Fall darf es deshalb eine flächendeckende Subventionierung von Löhnen geben. Subventionen an Arbeitgeber sind strikt abzulehnen. Gesetzliche Mindestlöhne sind überflüssig, da schon das Arbeitslosengeld II Existenz sichernde Einkommen für jedermann darstellt. Umgerechnet auf eine Vollzeitstelle von 38 Stunden pro Woche gewährt es rechnerisch Mindeststundenlöhne für Alleinstehende von über fünf Euro und für Verheiratete mit zwei Kindern von mehr als 9,50 Euro. Von der individuellen Bedürftigkeit losgelöste und unabhängig von der Wertschöpfung einfacher Tätigkeiten politisch definierte Mindestlöhne dagegen würden einfache Arbeitsplätze nicht entstehen lassen bzw. vernichten, ins Ausland oder in Schwarzarbeit verdrängen. Das wäre auch sozialpolitisch nicht akzeptabel. Denn damit würden Einstiegschancen in den Arbeitsmarkt genommen, Teilhabe verwehrt und Möglichkeiten zu einem Kombi-Einkommen verschlossen. Der Mindestlohn würde gerade das verhindern, was zu fördern er vorgibt: einfache Arbeitsplätze für wenig Qualifizierte." (Autorenreferat)

[165-L] Buscher, Herbert S.; Dreger, Christian; Walwei, Ulrich (Hrsg.):

Institutionen und Arbeitsmarkt: Messkonzepte, Wirkungszusammenhänge und internationaler Vergleich, (Beiträge zur Arbeitsmarkt- und Berufsforschung (BeitrAB), 304), (Workshop "Arbeitsmarktinstitutionen und Beschäftigungsentwicklung", 2005), Nürnberg 2006, 265 S. (Standort: IAB; Graue Literatur)

INHALT: "Der vom Institut für Wirtschaftsforschung Halle (IWH) und dem Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung der Bundesagentur für Arbeit (IAB) am 14. und 15. November 2005 in Halle/Saale veranstaltete Workshop 'Arbeitsmarktinstitutionen und Beschäftigungsentwicklung' hat die institutionellen Bestimmungsgründe für die Lage am Arbeitsmarkt diskutiert. Neben allgemeinen Fragen zu Problemen der Messung sowie zur Wirkungsanalyse von Arbeitsmarktregulierungen stand der internationale Vergleich institutioneller Arrangements im Vordergrund. Hier wurden insbesondere deren Beschäftigungswirkungen analysiert. Die Referate spiegeln die Vielfalt der bestehenden Institutionen wider. So wurden die Effekte von Abfindungszahlungen und der betrieblichen Mitbestimmung ebenso diskutiert wie die Auswirkungen unterschiedlicher Tariflohnsysteme und der Ausgestaltung der sozialen Grundsicherung. Die Referate wurden durch einen Korreferenten kommentiert und anschließend im Plenum diskutiert. Bei den Beiträgen haben die wirtschaftspolitischen Implikationen einen wesentlichen Stellenwert eingenommen." (Textauszug). Inhaltsverzeichnis: Ulrich Walwei: Arbeitsmarktinstitutionen und Beschäftigungsentwicklung - eine Einführung (1-8); Wolfgang Ochel: Labour market institutions: concepts, required information and available data (9-38); Michael Thiel: On the relevance of labour market institutions - lessons from cross-country comparisons for Germany (39-83); Herbert S. Buscher: Comment on Michael Thiel: "On the relevance of labour market institutions - lessons from cross-country comparisons for Germany" (85-90); Herbert S. Buscher, Christian Dreger (corresponding author), Raul Ramos, Jordi Surinach: The impact of institutions on the employment performance in European labor markets (91-110); Michael Feil: Comment on Herbert S. Buscher, Christian Dreger (corresponding author), Raul Ramos, Jordi Surinach: "The impact of institutions on the employment performance in European labor markets" (111-116); Christian Grund: Abfindungszahlungen an entlassene Arbeitnehmer - eine empirische Untersuchung für Deutschland in den Jahren 1991 bis 2004 (117-129); Holger Bonin: Korreferat zu Christian Grund: "Abfindungszahlungen an entlassene Arbeitnehmer eine empirische Untersuchung für Deutschland in den Jahren 1991 bis 2004" (131-134); Holger Bonin: East German wages since unification: from collective to individual agreements (135-159); Heinz P. Galler: Comment an Holger Bonin: "East German wages since unification: from collective to individual agreements" (161-164); Franz Traxler: Tarifsysteme, Arbeitskostenentwicklung und Beschäftigung im internationalen Vergleich: Probleme und Befunde der Makroanalyse (165-182); Martin Dietz: Korreferat zu Franz Traxler: "Tarifsysteme, Arbeitskostenentwicklung und Beschäftigung im internationalen Vergleich: Probleme und Befunde der Makroanalyse" (183-188); Peter Ellguth: Betriebsräte und betriebliche Personalfuktuation (189-211); Birgit Schultz: Korreferat zu Peter Ellguth: "Betriebsräte und betriebliche Personalfuktuation" (213-217); Joachim Wilde: Institutionelle Regelungen der sozialen Grundsicherung: Fortschritte und ungelöste Probleme durch Hartz IV (219-244); Klaus Schrader: Korreferat zu Joachim Wilde: "Insti-

tutionelle Regelungen der sozialen Grundsicherung: Fortschritte und ungelöste Probleme durch Hartz IV" (245-256).

[166-L] Eichhorst, Werner; Sesselmeier, Werner:

Die Akzeptanz von Arbeitsmarktreformen am Beispiel von Hartz IV, (Gesprächskreis Arbeit und Qualifizierung), Bonn 2006, 44 S., ISBN: 3-89892-471-8 (Graue Literatur; library.fes.de/pdf-files/asfo/03910.pdf;doku.iab.de/externe/2006/k060912f13.pdf)

INHALT: "Die Expertise fragt danach, warum die Arbeitsmarktreform Hartz IV, die ja faktisch zu mehr Ausgaben und höheren Empfängerzahlen geführt hat, auf eine so geringe gesellschaftliche Akzeptanz gestoßen ist. Die Autoren belegen, dass die Wirkungen von Hartz IV je nach Haushaltstyp sehr differenziert beurteilt werden müssen. Nach einer analytischen Beschreibung der Voraussetzungen für die Akzeptanz von Arbeitsmarktreformen wird in einer Fallstudie zu Hartz IV die wechselvolle Geschichte der Hartz-Reformen nachgezeichnet. Die Autoren heben neben inhaltlichen Mängeln sowie den Implementationsproblemen von 'Fördern und Fordern' in der Praxis hervor, dass es der Regierung nicht gelungen ist, ein akzeptiertes normatives Leitbild für die Reformperspektive des aktivierenden Sozialstaates zu entwickeln, in die die konkrete Reformpolitik hätte eingebunden werden können. Am Beispiel Großbritanniens und Dänemarks wird deutlich, wie wichtig normative Grundprinzipien und eine stringente Vermittlung für die Akzeptanz von Reformmaßnahmen sind." (Autorenreferat)

[167-L] Fromm, Sabine; Spross, Cornelia:

Ein systematischer Review von Aktivierungsprogrammen für Wohlfahrtsempfänger: oder: was man tun kann, wenn eine statistische Metaanalyse nicht möglich ist, in: Sozialer Fortschritt : unabhängige Zeitschrift für Sozialpolitik, Jg. 57/2008, H. 10/11, S. 256-264 (dx.doi.org/10.3790/sfo.57.10-11.256)

INHALT: "Für die gegenwärtige Restrukturierung der europäischen Wohlfahrtsstaaten spielt das Paradigma der 'Aktivierung' eine zentrale Rolle. Mit dem Ziel, die 'Selbstverantwortung' von Wohlfahrtsempfängern zu stärken und deren Abhängigkeit von Sozialleistungen zu reduzieren, geht es dabei einerseits um die Umstrukturierung normativer Grundlagen, politischer Programme und rechtlicher wie administrativer Strukturen des Wohlfahrtsstaates, andererseits um die systematische Verknüpfung der Gewährung von staatlichen Leistungen mit Anforderungen an individuelles Verhalten zur Forcierung der Erwerbsintegration. Ein Vergleich von Aktivierungsprogrammen in den Niederlanden, Dänemark, Schweden und Großbritannien zeigt, dass, mit Ausnahme Großbritanniens, oftmals verlässliche empirische Evaluierungen fehlen. Jedoch gelang es mit der hier zusammengefassten systematischen Auswertung der vorliegenden Evaluationsstudien zu zeigen, dass zum einen die Zugänge zu den verschiedenen Programmelementen selektiv sind, zum anderen die Chancen auf den Abgang aus Leistungsbezug und den Übergang in Erwerbstätigkeit stark durch soziodemografische Merkmale der Programmteilnehmer beeinflusst werden." (Autorenreferat)

[168-L] Heer, Burkhard:

Should unemployment benefits be related to previous earnings?, in: FinanzArchiv, Vol. 62/2006, No. 4, S. 530-550

INHALT: In den meisten OECD-Ländern sind Leistungen an Arbeitslose an die jeweils vorhergehenden Einkommen gekoppelt. In der Studie wird die Progressivität dieser Bindung in einem kalibrierten Überlappende-Generationen-Gleichgewichtsmodell mit flexiblen Erwerbsquoten untersucht, wobei davon ausgegangen wird, dass die öffentlichen Ausgaben für die Arbeitslosenversicherung in den unterschiedlichen Szenarien konstant sind. Die Ergebnisse zeigen für eine stärkere Bindung der Leistungen an das vorhergehende Einkommen nur geringe quantitative Effekte auf die Leistungshöhe, auf die Beschäftigung, auf Einkommensverteilung und Wohlfahrt. Außerdem wird eine vorläufige Analyse der Hartz-Reform mit einer abrupten Leistungskürzung nach einem Jahr Arbeitslosigkeit vorgenommen. Hier zeigen sich positive aber geringe Auswirkungen. (IAB)

[169-L] Konle-Seidl, Regina; Eichhorst, Werner; Grienberger-Zingerle, Maria:

Activation policies in Germany: from status protection to basic income support, (IAB Discussion Paper: Beiträge zum wissenschaftlichen Dialog aus dem Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung, 06/2007), Nürnberg 2007, 76 S. (Graue Literatur; nbn-resolving.de/urn:nbn:de:0168-ssoar-319815)

INHALT: "This paper provides an overview of the sequential shift towards activating labour market and social policy in Germany. It not only shows the changes in the instruments of active and passive labour market policies but also analyzes the implications of this change for the political economy, the governance and the legal structure of a 'Bismarckian' welfare state. Our study points at the changes in Germany's status- and occupation-oriented unemployment benefit regime that has been relinquished for a larger share of dependent population. Unemployment insurance benefit duration is shorter now and newly created basic income support for needy persons is not earnings-related anymore. Pressure on unemployed to take up jobs has increased considerably while more persons than before have access to employment assistance. The paper also aims at a preliminary assessment of the effects of activating labour market policy on labour market as well as social outcomes and sets out probable paths of future adaptation." (author's abstract)

[170-L] Lohse, Tim:

Arbeitsverpflichtungen und ihre steuertheoretische Beurteilung, (Gabler Edition Wissenschaft), Wiesbaden: Gabler 2008, 291 S., ISBN: 978-3-8349-0884-1

INHALT: "In vielen westlichen Ländern wurden im vergangenen Jahrzehnt Sozialstaatsreformen umgesetzt, die auf eine Reduktion der Transferabhängigkeit Erwerbsloser zielten. Im Kern wurden Arbeitsverpflichtungen etabliert, d.h. die Gewährung eines Grundtransfers wurde abhängig gemacht von dem Ableisten einer gemeinnützigen Arbeit. Der Autor stellt die Sozialpolitik in verschiedenen Staaten unter besonderer Berücksichtigung von Arbeitsverpflichtungen dar, welche im anglo-amerikanischen Schrifttum als Workfare bezeichnet werden. Durch Variation des Steuertheoriemodells nach Mirrlees leitet er grundlegende Eigenschaften optimaler Steuer-Transfer-Systeme mit Arbeitsverpflichtungen her. Es zeigt sich, dass Arbeitsverpflichtungen durchaus Bestandteil solcher Systeme sein sollten, sofern die in ihrem Rahmen ausgeübten Tätigkeiten einen volkswirtschaftlichen Output generieren. Arbeitsverpflichtungen führen dann nicht nur zu einer Wohlfahrtssteigerung, sondern ermöglichen unter Umständen sogar eine Paretoverbesserung und sind zudem auch mit dem Konzept einer negativen Einkommensteuer (und damit letztlich eines Kombilohns) vereinbar. Die Grenzsteuersätze sind nicht-negativ, so dass sich aus steuertheoretischer Perspektive keine Rechtfertigung für den amerikanischen Earned Income Tax Credit ergibt." (Autorenreferat)

6 Situation einzelner Personengruppen

[171-L] Auth, Diana; Langfeldt, Bettina:

Re-Familialisierung durch Arbeitslosengeld II?: wohlfahrtsstaatliche Konzepte der (De-)Familialisierung, in: Clarissa Rudolph (Hrsg.) ; Renate Niekant (Hrsg.): Hartz IV : Zwischenbilanz und Perspektiven, Münster: Verl. Westfäl. Dampfboot, 2007, S. 135-155, ISBN: 978-3-89691-663-1

INHALT: "Die Hartz IV-Gesetzgebung ist aus der Geschlechterperspektive als eine eher familialistische Arbeitsmarktpolitik einzuschätzen, die die familialen Abhängigkeitsverhältnisse stärkt und die berufliche Partizipation und ökonomische Unabhängigkeit von Frauen hinten anstellt. Diana Auth und Bettina Langfeldt arbeiten dieses Argument mit einer feministischen Kritik an Esping-Anderssens Wohlfahrtstypologie aus und gehen den konkreten Phänomenen bei der Umsetzung des SGB II nach, die für das Geschlechterverhältnis bedeutsam sind: dem Konstrukt der Bedarfsgemeinschaften, den verschärften Anrechnungsmodalitäten, den Abdrängungen in prekäre Jobs, den Auswirkungen auf Alleinerziehende und auf Berufsrückkehrerinnen. Es sei ein 'expliziter Familialismus in der Arbeitsmarktpolitik' zu beobachten. Mit dem Konstrukt der Bedarfsgemeinschaften werde familiäre Solidarität erzwungen, die ambivalent zu beurteilen sei. Einerseits werden alle erwerbsfähigen Familienmitglieder gleich behandelt, d.h. kein Unterschied zwischen den Geschlechtern gemacht, andererseits verlieren bei der beruflichen Integration eines Familienmitgliedes die anderen ihre Ansprüche sofort und fallen aus den Fördermaßnahmen wieder heraus. Angesichts eines nach wie vor geschlechtssegregierten Arbeitsmarktes werden letztere wohl mehrheitlich Frauen sein. Geschlechtsspezifische Arbeitsteilung in der Familie und Rollenbilder haben Auswirkungen auf die Lebensführung: auf Berufswahl und Berufsverlauf (bei Frauen häufig unterbrochen durch eine Familienphase), auf die Verfügbarkeit von z.B. Alleinerziehenden für den Arbeitsmarkt. Für Frauen könnten die Wirkungen der Hartz IV-Gesetze schon positiver ausfallen, wenn Beratung und Training der JobCenter geschlechtersensibler werden und geschlechtsspezifische Problemlagen berücksichtigen würden. Abgesehen davon hängen die de- oder (re)familiarisierenden Effekte einer Arbeitsmarktpolitik stark davon ab, 'inwieweit es gelingt, genügend sozialversicherungspflichtige Arbeitsplätze zu schaffen.'" (Autorenreferat)

[172-L] Becker, Irene; Hauser, Richard:

Verteilungseffekte der Hartz-IV-Reform: Ergebnisse von Simulationsanalysen, (Forschung aus der Hans-Böckler-Stiftung, 69), Berlin: Ed. Sigma 2006, 111 S., ISBN: 3-8360-8669-7

INHALT: "Die Verabschiedung des Hartz-IV-Gesetzes ist auf heftige Proteste gestoßen. Ein Kernpunkt der Kritik bezieht sich auf die mit der Abschaffung der Arbeitslosenhilfe verbundenen Leistungskürzungen. Führt die Reform tatsächlich zu wesentlichen Einkommenseinbußen und zu der befürchteten Verarmung von Langzeitarbeitslosen? In welchem Ausmaß treten andererseits auch positive Effekte dadurch auf, dass für Teilgruppen das neue Arbeitslosengeld II (Alg II) höher als die frühere Arbeitslosenhilfe ausfällt? Diesen Fragen geht die Studie in methodisch differenzierter Weise nach. Ausgehend von den gesetzlichen Regelungen entwickeln Becker und Hauser ein Simulationsmodell, mit dem auf der Basis von alternativen Mikrodatenquellen (EVS und SOEP) für vormalige Arbeitslosenhilfebezieher geprüft wird, ob und gegebenenfalls in welcher Höhe ein Anspruch auf Alg II besteht. Im Ergebnis der Simulation zeigt sich: Es gibt Reformgewinner und -verlierer. Wer besser oder schlechter abschneidet, wird hier differenziert nach Ost- und Westdeutschland, Geschlecht, Haushaltstyp, Erwerbskonstellation im Haushalt und Altersgruppen dargestellt. Schließlich werden die reformbedingten Veränderungen der personellen Einkommensverteilung und insbesondere von Armutsquoten ermittelt." (Autorenreferat)

[173-L] Becker, Jens:

Scham und Beschämung im deutschen Sozialstaat, in: Stefan Selke (Hrsg.) ; Katja Maar (Hrsg.): Transformation der Tafeln in Deutschland : aktuelle Diskussionsbeiträge aus Theorie und Praxis der Tafelbewegung, 2011, S. 151-168, ISBN: 978-3-531-18012-0

INHALT: "Erkenntnisleitend ist die Frage, wie mit Armut in Form von Leistungstransfers und Niedrigeinkommen umgegangen wird. Anknüpfend an Neckels Überlegungen zu Status und Scham wird der Versuch unternommen, subjektive Verarbeitungsformen von Betroffenen in der neuen 'Kultur des Kapitalismus' (Richard Sennett) zu spiegeln und mit den sozialstaatlichen 'Reformen' der letzten Jahre zu konfrontieren. Dabei wird auf die Rolle der Tafeln eingegangen, die eine neue Komplementärfunktion im deutschen Sozialstaat übernommen haben, ohne dass diese rechtlich festgelegt worden wäre." (Autorenreferat)

[174-L] Betzelt, Sigrid:

Hartz IV aus Gender-Sicht: einige Befunde und viele offene Fragen, in: WSI Mitteilungen : Monatszeitschrift des Wirtschafts- und Sozialwissenschaftlichen Instituts in der Hans-Böckler-Stiftung, Jg. 60/2007, H. 6, S. 298-304

INHALT: "Inwieweit sind mittlerweile geschlechtsspezifische Wirkungen von 'Hartz IV' zu beobachten? Der Beitrag untersucht anhand sekundärstatistischer Analysen, ob sich die speziell für Frauen befürchteten materiellen Verschlechterungen nachweisen lassen und inwiefern Frauen im SGB II von aktiven Förderleistungen profitieren. Die vorläufigen Befunde verdeutlichen, dass sich durch den Systemwechsel zum SGB II bestehende geschlechtsspezifische Benachteiligungen eher verstärkt haben und der gesetzliche Gleichstellungsauftrag nur unzureichend erfüllt wird. Dies zeigt sich, mit Ost-West-Unterschieden, sowohl bei den Geld- als auch bei Eingliederungsleistungen, von denen arbeitsmarktpolitische Problemgruppen insgesamt und besonders gering qualifizierte Frauen weit unterdurchschnittlich profitieren. Die positiven Erwartungen im Hinblick auf eine bessere Förderung Alleinerziehender durch das SGB II werden durch einige Befunde in Frage gestellt. Angesichts der schwierigen Datenlage in der amtlichen Statistik müssen allerdings noch viele Fragen offen bleiben, was für eine gründliche gendersensible Revision der amtlichen Datenerfassung und -aufbereitung spricht." (Autorenreferat)

[175-L] Brussig, Martin; Dittmar, Vera:

Aktivierung von Kunden mit Migrationshintergrund durch die Grundsicherungsstellen, in: Matthias Knuth (Hrsg.): Arbeitsmarktintegration und Integrationspolitik - zur notwendigen Verknüpfung zweier Politikfelder : eine Untersuchung über SGB II-Leistungsbeziehende mit Migrationshintergrund, Baden-Baden: Nomos Verl.-Ges., 2010, S. 131-150, ISBN: 978-3-8329-5667-7

INHALT: Ein zentrales Versprechen des Sozialgesetzbuchs II ist eine qualitativ hochwertige Aktivierung, welche entscheidend für die Legitimität der Organisations- und Leistungsreform ist. Dies setzt nicht nur voraus, dass die Potenziale und Hemmnisse der migrantischen Leistungsbezieher betrachtet werden, sondern auch, dass das Personal, die Abläufe und Leitideen innerhalb der Grundsicherungsstellen auf ihre spezifischen Problemlagen eingehen. Gegenstand des vorliegenden Beitrags ist die Aktivierung von Leistungsbeziehern mit Migrationshintergrund durch die Grundsicherungsstellen. Die Autoren gehen dabei sowohl auf die binnenorganisatorischen Voraussetzungen - Organisationsleitbilder, interkulturelle Kompetenz und Personalpolitik - der Grundsicherungsstellen ein, als auch auf den Dienstleistungsprozess, wie er den Kunden gegenüber in Gestalt von Kontaktdichte, Eingliederungsvereinbarungen, Arbeitsangeboten, aber auch Sanktionen erbracht wird. Die Datengrundlage besteht zum einen aus systematischen Fallstudien in 16 Grundsicherungsstellen, zum anderen aus der so genannten Kundenbefragung von ALG II-Beziehern, welche mit einem Modul für Personen mit Migrationshintergrund ergänzt wurde. Deren Besonderheiten im Vermittlungs- und Aktivierungsprozess wurden durch einen wechselseitigen Bezug von Einstellungen, Erfahrungen und (berichteten) Handlungen sowohl der befragten Leistungsbezieher als auch der Mitarbeiter der Grundsicherungsstellen erfasst. (ICI2)

[176-L] Brussig, Martin; Kaltenborn, Bruno; Wielage, Nina:

Hartz IV-Empfänger/innen mit Migrationshintergrund: Definition und Struktur, in: Matthias Knuth (Hrsg.): Arbeitsmarktintegration und Integrationspolitik - zur notwendigen Verknüpfung zweier Politikfelder : eine Untersuchung über SGB II-Leistungsbeziehende mit Migrationshintergrund, Baden-Baden: Nomos Verl.-Ges., 2010, S. 43-59, ISBN: 978-3-8329-5667-7

INHALT: Bislang gibt es keine allgemein akzeptierte Definition des Begriffs "Migrationshintergrund" in Deutschland. Im Rahmen des Projekts "Wirkungen des SGB II auf Personen mit Migrationshintergrund" wurde eine Definition gewählt, die einerseits mit den zur Verfügung stehenden Datengrundlagen abbildbar war. Andererseits sollte sie zweckmäßig sein, um die zu untersuchenden Fragestellungen - insbesondere zur sozialen Lage, zu Aspekten der Erwerbsintegration und der rechtlichen Stellung von Migranten im SGB II - sinnvoll beantworten zu können. Da die Situation von Migranten je nach Herkunft sehr unterschiedlich sein kann, wurde im Rahmen des Projekts nach Möglichkeit auch nach Herkunftsregionen differenziert. Im ersten Abschnitt des vorliegenden Beitrags werden die Definitionen von Migrationshintergrund und Herkunftsgruppen dargestellt. Im darauf folgenden Abschnitt wird aufgezeigt, wie groß die Gruppe der SGB II-Bezieher mit Migrationshintergrund tatsächlich ist und wie sie sich strukturell zusammensetzt. Mit einem migrationspezifischen zusätzlichen Fragenmodul der Kundenbefragung aus dem Untersuchungsfeld 3 der Evaluierung nach Paragraph 6c SGB II konnten ferner verlässliche Angaben über die Anzahl und Struktur der (Spät-) Aussiedler gemacht werden, die bislang in Befragungs- und Prozessdaten kaum identifizierbar waren. (ICI2)

[177-L] Brussig, Martin:

Migrant/innen im ALG II-Bezug: Weniger fit für den Arbeitsmarkt?: Ressourcen und Restriktionen von Leistungsbezieher/innen mit Migrationshintergrund, in: Matthias Knuth (Hrsg.): Arbeitsmarktintegration und Integrationspolitik - zur notwendigen Verknüpfung zweier Politikfelder : eine Untersuchung über SGB II-Leistungsbeziehende mit Migrationshintergrund, Baden-Baden: Nomos Verl.-Ges., 2010, S. 111-129, ISBN: 978-3-8329-5667-7

INHALT: Ziel des vorliegenden Kapitels ist eine differenzierte Darstellung ausgewählter typischer Voraussetzungen und Problemlagen, auf die die Grundsicherungsträger im Arbeitslosengeld II-Bezug stoßen, wenn sie mit Personen mit Migrationshintergrund in Kontakt treten. Als potenzielle Ressourcen bzw. Vermittlungshemmnisse werden im Beitrag diskutiert (1) der Gesundheitszustand, (2) die Sprachkompetenzen, (3) die Qualifikationen und die Anerkennung ausländischer Abschlüsse, (4) die Möglichkeiten zur nahregionalen Mobilität, (5) die Konzessionsbereitschaft sowie (6) religiös motivierte Einschränkungen für eine Arbeitsaufnahme. Diese Auswahl begründet sich aus dem Interesse, den potenziellen Besonderheiten aufgrund der Migrationsgeschichte (z. B. Sprache, ausländische Abschlüsse) nachzugehen sowie eventuelle Besonderheiten von Leistungsbeziehern mit Migrationshintergrund in zentralen Dimensionen für eine Erwerbsaufnahme zu untersuchen (z. B. Gesundheit, Mobilität, Konzessionsbereitschaft). (ICI2)

[178-L] Butterwegge, Christoph:

Ein sozialpolitischer Pyrrhussieg?: das Urteil des Bundesverfassungsgerichts vom 9.2.2010 zu den Hartz-IV-Regelsätzen, in: Sozialmagazin : die Zeitschrift für Soziale Arbeit, Jg. 35/2010, H. 4, S. 30-33 (Standort: USB Köln(38)-XG3727; Kopie über den Literaturdienst erhältlich)

INHALT: Wenn die Bundesregierung an der Regelsatzhöhe wenig oder nichts verändert, bleiben die Hartz-Regelsätze ihre sozialpolitische Achillesferse, zumal das Karlsruher Urteil die allgemeine Pauschalierung der Transferleistungen nicht ausschließt, nur eine "Härtefallregelung" für Sonderbedarfe "in seltenen Fällen" verlangt und von einem "Ansparpotenzial" spricht, das in der Regelleistung enthalten sei. Gleichwohl besteht die Gefahr, dass am Ende eine Kürzung des Eckregelsatzes (für allein-stehende Erwachsene) herauskommt, die Bundesregierung das BVerfG-Urteil zum weiteren Abbau des Sozialstaates missbraucht und sich der juristische (Teil-) Erfolg der Klägerinnen und Kläger nicht als Weiterentwicklung des Grundgesetzes, vielmehr als sozialpolitischer Pyrrhussieg erweist. (ICF2)

[179-L] Clauss, Markus; Schnabel, Reinhold:

Distributional and behavioural effects of the German labour market reform, (Discussion Paper / Zentrum für Europäische Wirtschaftsforschung GmbH, 08-006), Mannheim 2008, 26 S. (Graue Literatur; doku.iab.de/externe/2008/k080225p02.pdf)

INHALT: "We estimate the effects of the reform of the German Unemployment Insurance that replaced the wage related Unemployment Assistance with an income maintenance program and stronger means testing. We model the tax-benefit system and use the Socio- Economic Panel. We estimate a discrete labour supply model and simulate the behavioural and distributional effects using the pseudo-distribution method. Poverty and inequality decline overall, since households with children and low income gain, while those who used to earn high wages and received high unemployment transfers lose most. The behavioural responses mitigate the redistributive impact of the reform." (author's abstract)

[180-L] Dietrich, Hans:

Moderne Dienstleistungen und Integrationsangebote für Jugendliche oder neue Unübersichtlichkeit, Doppelstrukturen und Warteschleifen?: ein Überblick über die Situation von Jugendlichen im SGB II, in: Ingo Kolf (Red.) ; Stefanie Gensler (Mitarb.): Jugendarbeitslosigkeit : Jugendliche und Hartz IV: Was macht das Fördern?, 2007, S. 7-9, S. 32-41 (Standort: IAB-96-210-22 BT 545; Graue Literatur; www.arbeitnehmerkammer.de/sozialpolitik/doku/01_aktuell/ticker/2007/2007_03_30_dgb_fes.pdf)

INHALT: Dargestellt wird die Ausbildungs- und Arbeitsmarktsituation von SGB II-Jugendlichen im Zusammenhang mit der Lage auf dem Ausbildungs- und Arbeitsmarkt Jugendlicher insgesamt. Diese ist gekennzeichnet durch eine Stagnation der Bildungsexpansion seit Mitte der 1980er Jahre, einen Anteil von 9 Prozent aller Jugendlichen, die das Schulsystem ohne Abschluss verlassen sowie von 20 Prozent "kompetenzarmen" Jugendlichen mit elementaren Lese-, Rechtschreib- und Rechenmängeln (PISA-Studie). Die Schüler sind unzureichend über Arbeitsmarkt und Beruf informiert und es fehlt eine systematische Debatte über geringer qualifizierte Jugendliche. Es folgen Befunde zur Struktur arbeitsloser Jugendlicher nach SGB II: Zurzeit sind ca. 1 Mio. Jugendliche im SGB II-Rechtskreis. Davon sind zwei Drittel nicht arbeitslos gemeldet. Diese Jugendlichen haben häufig keinen Schulabschluss, keine Berufsausbildung, sind Migranten und haben keine Berufserfahrung. Fazit: "Der Übergang von der Schule in Ausbildung und Beschäftigung gestaltet sich insbesondere für leistungsschwächere Jugendliche zunehmend schwieriger. Gleichzeitig wächst die Notwendigkeit berufliche Abschlüsse zu erwerben, auch wenn berufliche Abschlüsse immer weniger hinreichend sind, um den Übergang in Beschäftigung zu garantieren. In hohem Umfang wird versucht, kritische Übergänge maßnahmebasiert abzufedern; vielfach wird dabei der Weg in Ausbildung oder Beschäftigung verlängert. Daraus ergeben sich mehrere Perspektiven: den Anteil der Schulabgänger ohne Abschluss bzw. mit unzureichenden Kompetenzen deutlich reduzieren; für Jugendliche ausreichend Ausbildungsangebote bereitstellen; dazu ist auch über Alternativen zum dualen System nachzudenken; das Beschäftigungsangebot für Jugendliche erhöhen; das Maßnahmeangebot auf seine Wirksamkeit überprüfen und Maßnahmen gezielt einsetzen." (IAB2)

[181-L] Frings, Dorothee; Knuth, Matthias:

Weiterentwicklung des SGB II und seiner Organisationspraxis in integrationspolitischer Perspektive, in: Matthias Knuth (Hrsg.): Arbeitsmarktintegration und Integrationspolitik - zur notwendigen Verknüpfung zweier Politikfelder : eine Untersuchung über SGB II-Leistungsbeziehende mit Migrationshintergrund, Baden-Baden: Nomos Verl.-Ges., 2010, S. 213-234, ISBN: 978-3-8329-5667-7

INHALT: Die Konstruktion des SGB II als Leistungssystem für Erwerbsfähige, die mangels für ihre Bedarfsgemeinschaften existenzsichernder Erwerbsintegration oder mangels eines existenzsichernden Leistungsanspruchs an die Arbeitslosenversicherung hilfebedürftig sind, bringt es - auf Grund der ungünstigeren Positionierung von Migranten auf dem Arbeitsmarkt, der Konzentration ihrer Altersstruktur im Erwerbs- und Jugendalter, ihrer im Vergleich zu Einheimischen größeren Familien und ih-

rer teilweise traditionelleren Rollenverteilung in der Familie - geradezu zwangsläufig mit sich, dass sich in diesem System Personen mit Migrationshintergrund konzentrieren. Dieser Umstand hat jedoch in der Reformdiskussion und bei der Ausgestaltung des SGB II keine Berücksichtigung gefunden. Es ist deshalb nach Meinung der Autoren dringend notwendig, die Grundsicherung für Arbeitsuchende tauglich zu machen für die deutsche Realität als Einwanderungsgesellschaft. Hierzu muss die Grundsicherung als relevanter Bestandteil nationaler Integrationspolitik weiterentwickelt werden, anstatt sie lediglich als "Arbeitsmarktpolitik für Langzeitarbeitslose" zu betreiben. Gesetzliche Änderungen allgemeiner Art, wie die im vorliegenden Beitrag vorgeschlagene Ergänzung der Zielbestimmung des SGB II, können eine derartige Weiterentwicklung der Grundsicherung unterstützen. (ICI2)

[182-L] Grün, Corinna:

Fordern statt Fördern?: die Antworten des SGB II auf die Problematik der Jugendarbeitslosigkeit, in: Zentralblatt für Sozialversicherung, Sozialhilfe und Versorgung, Jg. 60/2006, H. 10, S. 289-296 (Standort: USB Köln(38)-Ja192; Kopie über den Literaturdienst erhältlich)

INHALT: "Der Beitrag setzt sich mit den besonderen Regelungen des SGB II zu der Personengruppe der 15- bis 25-Jährigen auseinander. Besonderer Schwerpunkt der Reform 'HARTZ IV' war und ist die Bekämpfung der Jugendarbeitslosigkeit. Der Beitrag dient der Sammlung der speziellen Normen und ihrer Bewertung im rechtspolitischen Kontext. Zunächst werden die einzelnen Normen in der Gesetzeschronologie dargestellt; hierbei wird deutlich, dass sich der Gedanke der Notwendigkeit, für diese Altersgruppe besondere Regelungen zu schaffen, durch einen Großteil des Gesetzes - angefangen bei den Leistungsgrundsätzen bis hin zu den Sanktionen - zieht; eine separate Bewertung der einzelnen Norm schließt sich jeweils an." (Autorenreferat)

[183-L] Henschel, Angelika:

Mit Hartz IV zum 'Aufbruch' ins Erwerbsleben?: Unterstützungsangebote für von Misshandlung betroffene Frauen, in: Zeitschrift für Frauenforschung und Geschlechterstudien, Jg. 26/2008, H. 1, S. 102-113 (Standort: USB Köln(38)-FHM XG6137; Kopie über den Literaturdienst erhältlich)

INHALT: "Aus Anlass der Einführung neuer gesetzlicher Regelungen (SGB II, SGB XII) und hiermit verbundener spezifischer Auswirkungen auf arbeitslose Frauen (ALG II, Hartz IV) bzw. Frauen im Sozialhilfebezug, werden Risiken und Chancen, die sich für Frauen mit multiplen Vermittlungshemmnissen ergeben, aufgezeigt. Anhand einer von der ARGE Lübeck finanzierten Maßnahme entwickelte der Verein Frauen helfen Frauen ein Programm, das das Ziel verfolgte, Frauen, die mit besonderen sozialen Problemen belastet sind (Gewalterfahrungen, Migration, alleinerziehend), in ihrem Selbstbewusstsein zu stärken, um ihre Chancen auf dem Arbeitsmarkt zu erhöhen. Frauen mit multiplen Vermittlungshemmnissen wurden nach dem Ansatz des Empowerment in einer eigens zugeschnittenen, 'Aufbruch' genannten Fördermaßnahme zur verbesserten beruflichen Teilhabe befähigt. Die vorliegende Evaluationsstudie überprüft durch eine Verlaufskontrolle in Form fortlaufender Selbsteinschätzungen der Teilnehmerinnen die Wirksamkeit dieser Maßnahme. Im Prä-Post-Vergleich wurde darüber hinaus der jeweilige Status der psychischen Befindlichkeit der durch mehrfach soziale Schwierigkeiten belasteten Frauen überprüft. Der Wert der Fördermaßnahme für die betroffenen Frauen und Konsequenzen für sozialpolitisches Handeln werden aufgezeigt und diskutiert." (Autorenreferat)

[184-L] Hinz, Silke K.B.:

Ausgewählte Möglichkeiten zum Abbau der Arbeitslosigkeit von gering qualifizierten Arbeitskräften in Deutschland unter besonderer Berücksichtigung der "Hartz"-Gesetze und der subjektiven Wahrnehmung von Betroffenen, Tönnig: Der Andere Verl. 2007, 400 S., ISBN: 978-3-89959-579-6

INHALT: Die Autorin geht davon aus, dass es vordringliches Ziel deutscher Arbeitsmarktpolitik sein muss, die Sockelarbeitslosigkeit und die Verfestigung von Arbeitslosigkeit zu durchbrechen. Entsprechend dieser Hauptproblematik untersucht die Arbeit Ansatzmöglichkeiten zur Verringerung der

Arbeitslosigkeit von gering qualifizierten Arbeitskräften. Dabei wird von der These ausgegangen, dass die subjektive Wahrnehmung von Arbeitslosigkeit eine wichtige Voraussetzung für eine den Bedürfnissen des Arbeitsmarktes angepasste Handlungsweise zur Verringerung der Arbeitslosigkeit ist. Unter dieser Zielsetzung werden das subjektive Empfinden der Arbeitslosigkeit, die Höhe des Arbeitslosengelds II, die Gründe der Arbeitslosigkeit sowie die Art und Weise der Suche nach einem neuen Arbeitsplatz thematisiert. Am Schluss der Arbeit stehen aus der wissenschaftlichen Analyse der bisherigen Erfahrungen herausgearbeitete Handlungsempfehlungen. Diese umfassen: 1. Änderung der bestehenden Regelungen der Minijobs (Verringerung der Aufspaltung sozialversicherungspflichtiger Beschäftigungen in Minijobs; nicht im Nebenerwerb; Beschränkung auf einen festgelegten Prozentsatz pro Arbeitgeber); 2. Einführung eines gesetzlichen Mindestlohns in Höhe von 1.400 bis 1.500 Euro brutto pro Monat für alle in Deutschland tätigen Arbeitnehmer; 3. Arbeitszeitverkürzung und Abbau von Überstunden; 4. Einführung eines 'Arbeitsanteile-Siegels'; 5. stärkere Berücksichtigung der Arbeitsnachfrageseite zum Abbau des Defizits an Beschäftigungsmöglichkeiten. (IAB)

[185-L] Knabe, Andreas:

Warum Zuverdienstregeln und Kinderzuschlag negative Arbeitsanreize setzen, in: ifo Dresden berichtet, Jg. 13/2006, H. 2, S. 10-15 (www.cesifo-group.de/link/ifodb_2006_2_10-15.pdf)

INHALT: "Der Artikel beschreibt, warum es nach der bisherigen Freibetragsregelung zu nicht beabsichtigten, 100% übersteigenden Transferentzugsraten kam und wie die Neuregelung dieses Problem vermeidet. Darüber hinaus wird das weiterhin bestehende Problem beim Kinderzuschlag dargestellt und es werden entsprechende Lösungsmöglichkeiten entwickelt." (Autorenreferat)

[186-L] Knabe, Andreas:

Erwerbstätigenfreibetrag und Kinderzuschlag: adverse Arbeitsanreize bei Hartz IV, in: Sozialer Fortschritt : unabhängige Zeitschrift für Sozialpolitik, Jg. 54/2005, H. 9, S. 220-226

INHALT: "Um höhere Arbeitsanreize für Hilfeempfänger zu schaffen, wurden bei der Zusammenlegung von Arbeitslosen- und Sozialhilfe zum Arbeitslosengeld II durch das Hartz IV-Gesetz auch die Anrechnungsregeln für Erwerbseinkommen verändert. Während dieses Ziel für weite Einkommensbereiche erfüllt wird und sich Mehrarbeit lohnt, entstehen entgegen der ursprünglichen Intention vor allem bei großen Bedarfsgemeinschaften gleichzeitig Einkommensbereiche, in denen der durch zusätzliche Arbeitsanstrengungen beim Hilfeempfänger verbleibende Zuverdienst gleich bleibt oder sogar fällt. Der ebenfalls im Zuge der Hartz-Reform eingeführte Kinderzuschlag, der eigentlich die Arbeitsanreize für Familien erhöhen soll, verschärft die negativen Wirkungen sogar noch. Dieser Artikel stellt die Freibetragsregeln des neuen Arbeitslosengelds II dar und analysiert Reformvorschläge, die die Regelungen transparenter machen und das Problem fallender Zuverdienste vermeiden." (Autorenreferat)

[187-L] Knuth, Matthias (Hrsg.):

Arbeitsmarktintegration und Integrationspolitik - zur notwendigen Verknüpfung zweier Politikfelder: eine Untersuchung über SGB II-Leistungsbeziehende mit Migrationshintergrund, Baden-Baden: Nomos Verl.-Ges. 2010, 237 S., ISBN: 978-3-8329-5667-7

INHALT: "Migranten bilden unter den Hartz-IV-Empfängern die größte Gruppe. Sie wurden jedoch bei der Konzipierung der Hartz-Reformen völlig vergessen. Der Sammelband beruht auf einer vom Bundesministerium für Arbeit und Soziales in Auftrag gegebenen Untersuchung. Auf der Grundlage einer repräsentativen Befragung von Hartz-IV-Empfängern, durch Auswertung von Geschäftsdaten der Bundesagentur für Arbeit und aufgrund von Fallstudien vermitteln die an der Untersuchung beteiligten Forscherinnen und Forscher ein facettenreiches Bild von Lebenslage und Potenzialen von Zuwanderern im Hartz-IV-Bezug, vom Umgang der Jobcenter mit ihnen, von der Realität des 'Förderns und Forderns' und von seinen begrenzten Wirkungen. Wenig geeignet zur Skandalisierung, geben die Befunde viel Stoff zum Nachdenken - z. B. über den Zusammenhang zwischen Personalpolitik in öf-

fentlichen Verwaltungen und den Versäumnissen der Integrationspolitik, oder über den Widerspruch zwischen der Förderung des männlichen Hauptnährermodells im Steuer- und Sozialversicherungssystem für den wirtschaftlich stärkeren Teil der Bevölkerung und der Forderung nach uneingeschränkter Erwerbsbereitschaft beider Partner im Falle von Bedürftigkeit." (Autorenreferat). Inhaltsverzeichnis: 1. Matthias Knuth: Einführung (13-21); 2. Dorothee Frings: Grundsicherung für Arbeitssuchende und Migration: Einschlüsse und Ausschlüsse nach der Staatsangehörigkeit und dem Aufenthaltsstatus (23-41); 3. Martin Brussig, Bruno Kaltenborn und Nina Wielage: Hartz IV-Empfänger/innen mit Migrationshintergrund: Definition und Struktur (43-59); 4. Martina Sauer: Migrantinnen und Migranten im Bildungssystem und auf dem Arbeitsmarkt: Erkenntnisse und Defizite in Literatur und Statistik (61-79); 5. Bruno Kaltenborn, Nina Wielage: Konsequenzen der Leistungsreform für Hilfebedürftige mit Migrationshintergrund (81-91); 6. Bruno Kaltenborn, Nina Wielage: Hartz IV: Haushaltsstrukturen und Lebensbedingungen (93-109); 7. Martin Brussig: Migrant/innen im ALG II-Bezug: Weniger fit für den Arbeitsmarkt? Ressourcen und Restriktionen von Leistungsbezieher/innen mit Migrationshintergrund (111-129); 8. Martin Brussig, Vera Dittmar: Aktivierung von Kunden mit Migrationshintergrund durch die Grundsicherungsstellen (131-150); 9. Martina Sauer: Was Migrant/innen mit Jobcentern erlebt haben: Fallstudien in Bedarfsgemeinschaften mit Migrationshintergrund (151-160); 10. Stephan Thomsen, Thomas Walter: Der Zugang zu arbeitsmarktpolitischen Maßnahmen in der Grundsicherung für Arbeitssuchende von Personen mit und ohne Migrationshintergrund im Vergleich (161-183); 11. Thorsten Schneider-Haase: Personen mit Migrationshintergrund in der Umfrageforschung - einige Anmerkungen zum Handwerk (185-196); 12. Karen Jaehrling, Matthias Knuth: Die Widerständigkeit von Geschlecht und Kultur im aktivierenden Sozialstaat (197-212); 13. Dorothee Frings, Matthias Knuth: Weiterentwicklung des SGB II und seiner Organisationspraxis in integrationspolitischer Perspektive (213-234).

[188-L] Kolf, Ingo (Redakteur); Gensler, Stefanie (Mitarbeiter):

Jugendarbeitslosigkeit: Jugendliche und Hartz IV: Was macht das Fördern?, Berlin 2007, 88 S. (Standort: IAB-96-210-22 BT 545; Graue Literatur;
www.arbeitnehmerkammer.de/sozialpolitik/doku/01_aktuell/ticker/2007/2007_03_30_dgb_fes.pdf)

INHALT: "Der Reader dokumentiert einen gemeinsam von Friedrich-Ebert-Stiftung und DGB Bundesvorstand durchgeführten Expertenworkshop am 20. November 2006 in Berlin. Der Übergang von Schule in Ausbildung und Beruf gestaltet sich insbesondere für leistungsschwächere Jugendliche zunehmend schwieriger. Gleichzeitig wächst die Notwendigkeit von schulischen und beruflichen Abschlüssen, obwohl sie in zunehmendem Maße keine hinreichende Bedingung mehr dafür darstellen, Arbeitslosigkeit zu vermeiden. Der Großteil gerade der sozial benachteiligten Jugendlichen befindet sich seit Einführung von Hartz IV im Januar 2005 im SGB II-Rechtskreis. Dort werden sie in einer der Organisationsformen (ARGE, Optionskommune als alleiniger SGB II-Träger oder getrennte Aufgabenwahrnehmung zwischen BA und Kommune) betreut. Gerade bei Jugendlichen gibt es durch vielfache Schnittstellen zwischen den für verschiedene Leistungen zuständigen Behörden (z.B. auch zur Jugendberufshilfe und zur Jugendsozialarbeit) große örtliche Unterschiede in der Betreuung und Eingliederung arbeitsloser Jugendlicher. Vor diesem Hintergrund stellte der Workshop 'Jugendliche und Hartz IV: Was macht das Fördern?' die Fragen, wie die praktische Arbeit mit Jugendlichen unter 25 im SGB II vor Ort aussieht und welche Verbesserungen sowohl auf der Ebene des Verwaltungshandelns als auch im Gesetz notwendig sein könnten." (Autorenreferat)

[189-L] Koulovatianos, Christos; Schmidt, Ulrich; Schröder, Carsten:

Arbeitslosengeld II: Arbeitsanreize und Verteilungsgerechtigkeit, (Kieler Arbeitspapiere / Institut für Weltwirtschaft an der Universität Kiel, No. 1390), Kiel 2007, 14 S. (Graue Literatur;
doku.iab.de/externe/2008/k080109n09.pdf)

INHALT: "Um die Arbeitsanreize und die Verteilungsgerechtigkeit des Arbeitslosengeldes II (ALG II) zu analysieren, ist eine Quantifizierung des Arbeitsleides und des Wertes der Haushaltsproduktion in verschiedenen Haushaltstypen notwendig. Da diese Größen nicht direkt beobachtbar sind, verwendet die Studie Befragungsdaten. Es zeigt sich, dass das ALG II zu zwei Grundproblemen führt: Zum einen sind die Arbeitsanreize gerade für kinderreiche Haushalte sehr gering, zum anderen werden

Mehrpersonenhaushalte, insbesondere Familien mit Kindern beim ALG II finanziell benachteiligt. Um diese Probleme zu mildern, sollten Maßnahmen vorangetrieben werden, die den Lebensstandard von Familien mit Kindern im Rahmen des ALG II erhöhen und gleichzeitig die Opportunitätskosten einer Arbeitsaufnahme senken. Geeignet erscheint hier insbesondere eine Ganztagsbetreuung von Kindern mit kostenfreien Mahlzeiten." (Autorenreferat)

[190-L] Lohmann, Sabine:

Ein-Euro-Job - Maßnahme zwischen Hilfe und Zwang, Frankfurt am Main: P. Lang 2007, 144 S., ISBN: 978-3-631-56217-8

INHALT: "Mit dem 'Vierten Gesetz für moderne Dienstleistungen am Arbeitsmarkt', besser bekannt unter dem Namen Hartz IV, hat der Gesetzgeber zum Jahreswechsel 2004/2005 die Situation von Arbeitslosen in Deutschland grundsätzlich verändert. Hartz IV sieht neben der Zusammenführung der Arbeitslosen- und Sozialhilfe zum Arbeitslosengeld (ALG) II auch so genannte 'Arbeitsgelegenheiten mit Mehraufwandsentschädigung' vor. Diese erregten als Ein-Euro-Jobs großes öffentliches Aufsehen. Die empirische Untersuchung thematisiert die Lebenssituation von ALG-II-Empfängern, die einer solchen Arbeitsgelegenheit nachgehen. Zu diesem Zweck wurden in der Zeit von Mai bis einschließlich Juli 2005 zehn 'Ein-Euro-Jobber' mit Hilfe qualitativer Leitfadeninterviews zu ihrer Situation befragt. Hinzu kamen Expertengespräche mit Vertretern der JobCenter, Trägerorganisationen und Einsatzstellen. Hieraus ergab sich ein äußerst differenziertes Bild von Ein-Euro-Jobs." (Autorenreferat)

[191-L] Maier, Friederike; Fiedler, Angela (Hrsg.):

Verfestigte Schieflagen: ökonomische Analysen zum Geschlechterverhältnis, Berlin: Ed. Sigma 2008, 259 S., ISBN: 978-3-89404-558-6

INHALT: Der Sammelband umfasst Beiträge der Tagung 2006 des Ökonominnennetzwerks 'efas' sowie weitere, auf dieser Tagung noch nicht präsentierte Arbeiten. Die unter vier Schwerpunkten (I. Aktuelle wirtschaftspolitische Kontroversen, II. Ökonominnen - Frauen in der Profession; III. Gleichstellungspolitik im Öffentlichen Sektor, IV. Ansatzpunkte in der Privatwirtschaft) zusammengefassten Beiträge zeigen, dass trotz vieler Jahre gleichstellungspolitischer Initiativen im Bereich der Wirtschafts- und Sozialpolitik sich grundlegende Dimensionen der Ungleichheit zwischen den Geschlechtern nicht nur nicht aufgelöst haben sondern durch verschiedene ökonomische und politische Entwicklungen der letzten Jahre noch verfestigt wurden. Die Beiträge beleuchten die 'Schieflagen' zwischen den Geschlechtern in einer Vielzahl von Bereichen (Entlohnung, Unterstützungsleistungen nach Hartz IV, Niedriglohnbereich, Arbeitsmarkt für Frauen mit Kindern, Beschäftigungssituation von Akademikerinnen) und ziehen eine Bilanz der Gleichstellungsbemühungen im öffentlichen und privaten Sektor. Die Autorinnen kommen zu dem Schluss, dass sich die Situation der Frauen in der Bundesrepublik Deutschland im bisherigen Verlauf des 21. Jahrhunderts nur geringfügig verbessert hat. (IAB) Inhaltsverzeichnis: Friederike Maier: Verfestigte Schieflagen - eine Einführung (9-14). I. Aktuelle wirtschaftspolitische Kontroversen - Claudia Weinkopf: Niedrig- und Mindestlöhne. Eine Analyse aus der Gender-Perspektive (17-35); Irene Becker: Geschlechtsspezifische Verteilungseffekte von Hartz IV (37-56); Miriam Beblo, Elke Wolf: Mit und ohne Kind. Einkommenspositionen und Einkommenseinbußen von Frauen im hypothetischen Paarvergleich (57-72). II. Ökonominnen: Frauen in der Profession - Franziska Schreyer: Viel Licht, aber auch Schatten. Zum Arbeitsmarkt von Akademikerinnen (75-94); Dorothea Schmidt: Die Lehre von der Wirtschaft und ihre Studierenden: Berlin 1900-2000 (95-122); Ulla Knapp: Nullpunkt. Volkswirtinnen an deutschen Hochschulen vor 1965 (123-168). III. Gleichstellungspolitik im öffentlichen Sektor - Elke Wiechmann: New Public Management und Gleichstellung. Fakten und Trends (171-194); Heike Welte: Soziale Positionierung von GleichstellungsakteurInnen. Am Beispiel von Gleichstellungsbeauftragten in öffentlichen Institutionen (195-217). IV. Ansatzpunkte in der Privatwirtschaft - Madeleine Janke: International Accounting, Corporate Communication und Gender (221-237); Ilona Ebberts: Geschlechterspezifische Wissens- und Chancengenerierung im Gründungskontext. Implikationen für eine Gründungsqualifizierung an Hochschulen (239-257).

[192-L] Martens, Rudolf:

Jedes siebte Kind lebt auf Sozialhilfe-Niveau: erste qualitative Bilanz nach Hartz IV, in: Soziale Sicherheit : Zeitschrift für Arbeit und Soziales, Jg. 54/2005, H. 9, S. 282-291 (Standort: USB Köln(38)-Haa1083; Kopie über den Literaturdienst erhältlich)

INHALT: "Die im neuen Sozialgesetzbuch II geregelte Grundsicherung für Arbeitsuchende besteht jetzt neun Monate. Der Paritätische Wohlfahrtsverband hat deshalb, im Sinne einer Eröffnungsschau, eine erste Bilanz der Auswirkungen des SGB II gezogen. Im Folgenden wird der Frage nachgegangen, welchen quantitativen Einfluss die Grundsicherung für Arbeitsuchende und die - durch das ebenfalls neue Sozialgesetzbuch XII - reformierte Sozialhilfe sowie der neue Kinderzuschlag auf die Arbeitsuchenden, ihre Familienangehörigen und insbesondere auf die Kinder haben." (Textauszug)

[193-L] Martens, Rudolf:

Kinder und Hartz IV: eine erste Bilanz der Auswirkungen des SGB II ; Expertise, Berlin 2005, 24 S. (Graue Literatur; doku.iab.de/externe/2005/k050919f01.pdf)

INHALT: Acht Monate nach Inkrafttreten untersucht das Gutachten die Auswirkungen der neuen Grundsicherung für Arbeitsuchende auf deren soziale Lage und die ihrer Familienangehörigen und insbesondere auf die soziale Lage ihrer Kinder. Fazit: In 3,6 Millionen Bedarfsgemeinschaften leben deutschlandweit 6,5 Millionen Leistungsempfänger unter denen 1,6 Millionen Kinder unter 15 Jahren zu finden sind, damit erhalten über 13 Prozent der Kinder unter 15 Jahren Sozialgeld. In Westdeutschland sind das über 11 Prozent - und damit jedes 9. Kind; in Ostdeutschland erhält etwa jedes 4. Kind Sozialgeld, der Prozentanteil beträgt hier über 24 Prozent. Um eine vollständige Sozialbilanz zu erhalten, werden alle Sozialleistungen betrachtet, die - wie z.B. die Ein-Euro-Jobs - das sozialpolitische Bild verändern, hierzu gehört auch die quantitative Bestimmung der Dunkelziffer der Personen, die ihre sozialstaatlichen Ansprüche nicht wahrnehmen. Arbeitsgelegenheiten und der befristete Zuschlag im Arbeitslosengeld II senken den Anteil der Menschen, die auf Sozialhilfeniveau leben müssen. Dies wird aber vollständig kompensiert durch Personen bzw. Kinder in der Sozialhilfe und der Kinder bzw. Personen aus der Dunkelziffer. (IAB)

[194-L] Mayer, Udo R.:

Fordern statt Fördern: ältere Arbeitslose unter Hartz IV, in: Neue Zeitschrift für Sozialrecht : Monatsschrift für die anwaltliche, betriebliche, behördliche und gerichtliche Praxis, Jg. 14/2005, H. 11, S. 568-573 (Standort: USB Köln(38)-M XF 00486; Kopie über den Literaturdienst erhältlich)

INHALT: "Mit dem Vierten Gesetz für moderne Dienstleistungen am Arbeitsmarkt (Hartz IV) wurde die bisherige Arbeitslosenhilfe durch das Arbeitslosengeld II abgelöst. Von dieser Umstellung sind vor allem ältere Arbeitslose betroffen, die von den Sonderregelungen der Paragraphen 428 SGB III und 65 SGB II Gebrauch gemacht haben. Damit sind die Zeiträume wesentlich länger geworden, in denen ältere Arbeitslose ALG II erhalten, bis eine abschlagsfreie Altersrente möglich wird. Die Kürzung des betragsbezogenen Arbeitslosenhilfe-Anspruchs durch das neue ALG II greift in erworbene Rechte ein, die dem Eigentumsschutz nach Art. 14 unterliegen." (Autorenreferat)

[195-L] Mehlich, Michael:

Langzeitarbeitslosigkeit: individuelle Bewältigung im gesellschaftlichen Kontext, (Nomos Universitätsschriften : Soziologie, Bd. 6), Baden-Baden: Nomos Verl.-Ges. 2005, 296 S., ISBN: 3-8329-1517-6

INHALT: Seit Mitte der 80er Jahre ist konstant ein Drittel aller registrierten Arbeitslosen ein Jahr und länger arbeitslos. Ausgehend von dieser Tatsache widmet sich die Untersuchung sowohl den unmittelbaren subjektiven Erfahrungen als auch dem gesellschaftlichen Umgang mit Langzeitarbeitslosigkeit. Im ersten Kapitel 'Gesellschaftsanalyse' wird mit Hilfe der Figurationstheorie von Elias der theoretische Rahmen für die Untersuchung geschaffen, indem die Trennung von Individuum und Gesellschaft aufgehoben wird. Im folgenden Kapitel werden die wesentlichen gesellschaftlichen Wand-

lungsprozesse, die das Phänomen Langzeitarbeitslosigkeit betreffen, analysiert. Für die empirische Untersuchung wurden zwei lokale Arbeitslosenprojekte ausgewählt: Das Moerser Arbeitslosenzentrum e.V. (MALZ) und der Volksverein Mönchengladbach (VV). Im Rahmen der Untersuchung wurden Dokumente beider Projekte ausgewertet und Verantwortliche sowie betroffene Langzeitarbeitslose befragt. Insgesamt wurden mit jeweils zwei Männern und einer Frau aus jedem Projekt problemzentrierte Interviews geführt. Diese belegen die herausragende Bedeutung von Verlust und Erhalt der Tagesstruktur und die allmähliche Zerstörung des sozialen Netzes durch Langzeitarbeitslosigkeit. Diese kann zu einer zunehmend subjektiv verzerrten Wahrnehmung der eigenen Lebenssituation angesichts der gesellschaftlichen Realitäten führen. Die Erfahrung der Vergeblichkeit und Nutzlosigkeit eigenen Handelns ist grundlegend. 'Hinzu kommt ein gesellschaftliches Klima von individuellen Schuldzuweisungen in der Öffentlichkeit, in der politischen Gestaltung, in den Institutionen bis zu den Experten der Arbeitslosenprojekte.' (IAB)

[196-L] Mezger, Erika:

Hartz-Reformen: Gewinner und Verlierer, in: Die Mitbestimmung : Monatsschrift der Hans-Böckler-Stiftung, 2006, H. 12, S. 50-53 (Standort: UB Bonn(5)-4 Z60/2; USB Köln(38)-M XG00749; Kopie über den Literaturdienst erhältlich;
www.boeckler.de/cps/rde/xchg/SID-3D0AB75D-608DB46F/hbs/hs.xsl/163_84602.html)

INHALT: Die Autorin geht der Frage nach, ob die Hartz-Reformen die Armut in Deutschland forciert hat. Sie verweist auf die zahlreichen Verknüpfungen zwischen der Reform und etwa der wirtschaftlichen Entwicklung. Sie kommt zu dem Schluss, dass die Hartz-Reformen die prekären Lebenslagen sichtbar gemacht haben, dieser Tatbestand jedoch nicht den Hartz-Reformen zur Last gelegt werden kann. (IAB)

[197-L] Notz, Gisela:

Better a low-paid job than no job?: Hartz IV und die Auswirkungen auf Frauenerwerbstätigkeit, in: Sozialer Fortschritt : unabhängige Zeitschrift für Sozialpolitik, Jg. 55/2006, H. 7, S. 178-184

INHALT: "Viele Frauen sind in doppelter Weise von den aktuellen Umstrukturierungen des Arbeitsmarktes betroffen, weil die bundesrepublikanische Arbeitsmarkt- und Sozialpolitik sie verstärkt in die Rolle der Zuverdienerin drängt und ihnen das Recht auf eigenständige Existenzsicherung abspricht. Menschen, die in einer 'Bedarfsgemeinschaft' leben, haben nach ALG II keinen von ihren MitbewohnerInnen unabhängigen Anspruch auf Leistungen. Erst wenn das (gemeinsame) Einkommen nicht ausreicht, wird staatlich 'mitfinanziert'. Betroffen sind vor allem Frauen, die in Abhängigkeit vom Partner geraten. Bereits die Propagierung und staatliche Finanzierung von 'Mini-Jobs' und die Einführung der Arbeitsgelegenheiten hat auf Frauenarbeitsplätze negative Auswirkungen; sie sind es mehrheitlich, die in prekäre Arbeitsverhältnisse gedrängt werden." (Autorenreferat)

[198-L] Ostendorf, Helga:

Arbeitsmarktreformen: Kommodifizierung, Familialisierung und Stratifizierung, in: Ursula Degener (Hrsg.) ; Beate Rosenzweig (Hrsg.): Die Neuverhandlung sozialer Gerechtigkeit : feministische Analysen und Perspektiven, Wiesbaden: VS Verl. für Sozialwiss., 2006, S. 259-280, ISBN: 3-531-15055-3 (Standort: USB Köln(38)-34A2102)

INHALT: Die in dem Beitrag vorgenommene Analyse der neuen Arbeitsmarktpolitik unter dem Blickwinkel der 'Kategorie Beruf' problematisiert die wachsenden Qualifikationsanforderungen, die von den bestehenden Qualifizierungs- und Beratungsangeboten nicht angemessen berücksichtigt werden. Die Autorin diagnostiziert, dass die geschlechtsspezifische Segmentation der Berufe für Frauen zunehmend zu einem Risiko wird, da diese vor allem für solche Berufe qualifiziert sind, in denen Beschäftigung eher abgebaut wird, wie beispielsweise im frauendominierten Handel. Hinzukommen Substitutionseffekte, die besonders in frauenspezifischen Berufen die Chancen auf Erhalt eines regulären Arbeitsplatzes verringern. So werden typische Frauenberufe wie personen- und haushaltsnahe Dienstleistungen immer mehr als Mini- oder Midijobs oder über Ich-AGs ausgeübt. Ein Beispiel für

die Vernachlässigung der Bereiche Qualifizierung, Weiterbildung und Berufsberatung durch die Hartz-Reformen ist nach Auffassung der Autorin, dass die Qualifikation derzeit auch mittelbar über die Behandlung durch die Arbeitsagentur entscheidet. Während gering qualifizierte Frauen am ehesten zu Ein-Euro-Jobs verpflichtet werden und Frauen mit nachgefragter Qualifikation nur mit einer kurzen Zeit der Arbeitslosigkeit zu rechnen haben, werden Frauen mit gut verdienenden Partnern durch die Anrechnungspraxis Reintegrations- und Weiterbildungsmaßnahmen verweigert. Damit werden gerade Frauen in die Abhängigkeit vom Ehemann verwiesen, die als hoch qualifizierte Arbeitskräfte am ehesten in den Arbeitsmarkt zu integrieren wären. Wollen und sollen Frauen nicht länger abhängig sein, müssen Benachteiligungen beseitigt und die Gleichheit auf Teilhabechancen hergestellt werden. Die Autorin plädiert dafür, dass Frauen, ob gegenwärtig arbeitslos gemeldet oder nicht, in Berufen qualifiziert werden, die ihnen jetzt und zukünftig Perspektiven auf dem Arbeitsmarkt eröffnen. (IAB)

[199-L] Papenroth, Christiane:

Leistungen zur Eingliederung an erwerbsfähige Hilfebedürftige: Einsatz von Arbeitsgelegenheiten 2005, Nürnberg 2006, 22 S. (Graue Literatur; doku.iab.de/externe/2006/k060505f10.pdf)

INHALT: Mit dem 'Vierten Gesetz für moderne Dienstleistungen am Arbeitsmarkt (Hartz IV)' wurde mit Wirkung zum 1. Januar 2005 die bisherige Arbeitslosen- und Sozialhilfe für Erwerbsfähige durch eine einheitliche Grundsicherung für Arbeitsuchende abgelöst. Anspruch auf die neue Leistung haben alle erwerbsfähigen Hilfebedürftigen zwischen 15 und 65 Jahren sowie die mit ihnen in einer Bedarfsgemeinschaft lebenden Angehörigen. Neben der Erbringung von Leistungen zur Sicherung des Lebensunterhaltes unterstützen die Träger der Grundsicherung erwerbsfähige Hilfebedürftige umfassend mit dem Ziel der Eingliederung in Arbeit. Dazu können Leistungen zur Eingliederung erbracht werden. Eine dieser Leistungen ist die Schaffung von Arbeitsgelegenheiten für erwerbsfähige Hilfebedürftige nach Paragraph 16 Absatz 3 SGB II. Dem Sonderbericht liegen die endgültigen Ergebnisse der BA-Förderstatistik mit Datenstand zum Zähltag des Monats März 2006 zu Grunde. Er gibt einen Überblick über die Entwicklung von Eintritten und Beständen im Jahresverlauf 2005, aufgeteilt nach 'Initiative für Arbeitslosenhilfeempfänger' und 'Arbeitsgelegenheiten nach Paragraph 16 Absatz 3 SGB II', regionalen Unterschiede, Strukturen der Teilnehmer bei Eintritt und Strukturen der Maßnahmen. Im Berichtszeitraum gab es insgesamt 630.000 Eintritte in Arbeitsgelegenheiten, der Frauenanteil liegt bei 39,3 Prozent, 25 Prozent aller Eintritte sind Jüngere unter 25 Jahren und die Stellen für Arbeitsgelegenheiten konzentrieren sich auf die Bereiche Gesundheits-, Sozialwesen, Erziehung und Unterricht und Erbringung von Dienstleistungen. Auf 100 SGB II-Arbeitslose kamen durchschnittlich 11 Teilnehmer in Arbeitsgelegenheiten. (IAB)

[200-L] Rudolph, Clarissa:

Gleichstellungspolitik als Luxus: Wandel und Persistenz von Geschlechterverhältnissen bei der Hartz IV-Umsetzung, in: Clarissa Rudolph (Hrsg.) ; Renate Niekant (Hrsg.): Hartz IV : Zwischenbilanz und Perspektiven, Münster: Verl. Westfäl. Dampfboot, 2007, S. 110-134, ISBN: 978-3-89691-663-1

INHALT: "Clarissa Rudolph zeigt, dass die aktuelle Arbeitsmarktpolitik noch immer keine überzeugende Verknüpfung zur Gleichstellungspolitik herstellen kann. In alter Manier ist Gleichstellungspolitik im Rahmen der Hartz-Gesetzgebung ein Luxus, den sie sich nicht leisten will. Dabei zeigen gerade die Erfahrungen der skandinavischen Länder die Bedeutung aktiver Arbeitsmarktpolitik für die Herstellung von Geschlechtergerechtigkeit. In Deutschland dagegen seien Gleichstellungspolitik und Gender Mainstreaming weder 'integraler Bestandteil der Arbeitsmarktreformen' noch seien sie 'personell oder organisatorisch bei den Grundsicherungsträgern vorgesehen'. Auf der Grundlage eines Forschungsprojektes bei GendA - Forschungs- und Kooperationsstelle am Institut für Politikwissenschaft der Universität Marburg analysiert Rudolph die geschlechterpolitischen Folgen der Umsetzung des SGB II. Die Reformen beinhalten eine Individualisierungspolitik, die zu einer Privatisierung gesellschaftlicher Solidarität führe. Ihre Leitbilder und Konzepte ergeben ein ambivalentes Bild. Frauen der bisherigen 'stillen Reserve', werden sichtbarer und ihnen werden Förderinstrumente zugänglich gemacht. Dies treffe aber auf nach wie vor vorhandene Ungleichheiten einer 'geschlechtsstrukturierter Realität', was sich sowohl im Umgang der AIG II-EmpfängerInnen mit der Arbeitslosigkeit zeigt

wie auch in der Einschätzung von arbeitsmarktpolitischen ExpertInnen. Die Einschätzung, dass Frauen Arbeitslosigkeit weniger treffe, da sie Ausweichmöglichkeiten in der unbezahlten Haus- und Familienarbeit hätten, werde von den geschlechtsneutral gehaltenen Konzepten des Fallmanagements und des Aktivierungsprozesses nicht nur nicht aufgefangen, sondern sogar mit Argumenten eines falsch verstandenen Gender Mainstreaming u.U. verstärkt. Eine Arbeitsmarktpolitik auf dem Niveau eines tatsächlich anspruchsvollen Gender Mainstreaming dagegen würde aktive Politikgestaltung bedeuten und zu sozialer Gerechtigkeit und Geschlechterdemokratie beitragen können." (Autorenreferat)

[201-L] Staiger, Martin:

Die Hartz-IV-Republik: Demütigung statt Förderung, in: Blätter für deutsche und internationale Politik, Jg. 52/2007, H. 10, S. 1199-1207
(www.blaetter.de/archiv/jahrgaenge/2007/oktober/die-hartz-iv-republik)

INHALT: Trotz einer gegenwärtig deutlich sinkenden Zahl von Langzeitarbeitslosen stagniert die Zahl der auf ALG II angewiesenen Menschen in Haushalten mit zwei Personen, während sie ab drei Personen sogar deutlich steigt. Dies liegt nach Einschätzung des Autors in erster Linie an den geringen Löhnen, die ehemals Langzeitarbeitslose erzielen, wenn sie eine Arbeitsstelle gefunden haben. Die Löhne für eine Vollzeitbeschäftigung bei einer Zeitarbeitsfirma oder für andere entsprechend bezahlte Stellen reichen in der Regel aus, um als von Hartz IV unabhängig zu gelten - vorausgesetzt, es handelt sich um einen Alleinstehenden und auch noch zusätzlich um ein Kind. Wer einen nicht erwerbstätigen Partner oder mehrere Kinder hat, ist dagegen bei einem Niedriglohnjob oft auf ein aufstockendes ALG II angewiesen. Das Ausmaß des in den letzten Jahren stark angewachsenen Niedriglohnsektors lässt jedoch nach Ansicht des Autors vermuten, dass viele Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer - obwohl sie ein Anrecht auf aufstockendes ALG II haben - keinen entsprechenden Antrag gestellt haben. Das bedeutet, dass sogar noch wesentlich mehr als 7,4 Millionen Menschen einen Anspruch auf ALG II besitzen. Diese Zahl zeigt, dass das Ziel des zweiten Sozialgesetzbuches (SGB II) bislang verfehlt wurde, wie der Autor in seinem Beitrag näher zeigt. (ICI2)

[202-L] Veenhuis, Reni:

Hart(z) für Frauen, Berlin 2005, 48 S. (Standort: IAB-43200 BR 372; Graue Literatur)

INHALT: Die Broschüre informiert über die Möglichkeiten der Hartz-Gesetze für Frauen: 1. Was tun, wenn der Bescheid kommt? 2. Warum soll ich eine eigene Eingliederungsvereinbarung abschließen? 3. Macht es Sinn, sich auch als Nichtleistungsbezieherin bei der Arbeitsagentur zu melden? 4. Soll ich einen "Mini-Job" annehmen? 5. Worauf muss ich als allein Erziehende achten? 6. Was ist, wenn ich in schwierige und belastende Lebenssituationen komme (z.B. Trennung, Frauenhaus, Wegweisung des Partners)? 7. Weitere Informationen. (IAB2)

[203-L] Wersig, Maria; Künzel, Annegret; Berghahn, Sabine:

Ehezentrierung statt staatsbürgerlicher Solidarität der Geschlechter: wohin führen die Reformen im deutschen System der Existenzsicherung?, in: Ursula Degener (Hrsg.) ; Beate Rosenzweig (Hrsg.): Die Neuverhandlung sozialer Gerechtigkeit : feministische Analysen und Perspektiven, Wiesbaden: VS Verl. für Sozialwiss., 2006, S. 301-319, ISBN: 3-531-15055-3 (Standort: USB Köln(38)-34A2102)

INHALT: Im Mittelpunkt des Beitrags steht die Analyse des deutschen Unterhaltsrechts am Beispiel der Einforderung der solidarischen Einkommensteilung in Partnerschaften bei der Berechnung des Arbeitslosengeldes II. Diesem Prinzip der Ehegattensubstanz liegt das Modell des männlichen Ernährers zugrunde; die Subsidiaritätsregeln gelten dabei nicht nur für Eheleute, sondern auch für 'eheähnliche' Paare. Die Autorinnen kommen zu dem Schluss, dass die Risiken dieser Form von Ehegattensubstanz die Chancen überwiegen, indem die Gleichstellungseffekte der Erwerbsanreize für Frauen durch die gravierende Retraditionalisierung der Familienverhältnisse übertroffen werden. Die nur beschränkt einklagbare Unterhaltspflicht in Bedarfsgemeinschaften produziert neue Abhängigkeiten zumal bei Wiedereingliederungsmaßnahmen der Arbeitsagenturen Erwerbslose mit besser verdienen-

den PartnerInnen unterprivilegiert werden. Eine empirisch-qualitative Studie zur Empfindung der Abhängigkeit betroffener Partner zeigt, dass es zwar sehr unterschiedliche Bewältigungsweisen für die neuen Abhängigkeiten gibt, dass aber mehrheitlich die Anrechnung des Einkommens der Partner als schädlich für die Partnerschaft interpretiert wird. Die Autorinnen ziehen das Fazit, dass die den Reformen zugrunde liegende Annahme der partnerschaftlich-solidarischen Einkommensteilung im Widerspruch steht zu individuellen Rechten und staatsbürgerlicher Gleichheit. (IAB)

[204-L] Wolff, Joachim; Jozwiak, Eva:

Does short-term training activate means-tested unemployment benefit recipients in Germany?, (IAB Discussion Paper: Beiträge zum wissenschaftlichen Dialog aus dem Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung, 29/2007), Nürnberg 2007, 64 S. (Graue Literatur; nbn-resolving.de/urn:nbn:de:0168-ss0ar-320314)

INHALT: Die Untersuchung bewertet für eine Stichprobe von Arbeitslosengeld II-Empfängern die Auswirkungen ihrer Beteiligung an kurzzeitigen Trainingsmaßnahmen in Deutschland. Die Autoren verwenden die Methode des Propensity Score Matching und amtliche Daten über Maßnahmeteilnehmer und für eine Kontrollgruppe, die im Gegensatz zu anderen Evaluationsstudien auch Informationen über die Haushaltsmitglieder enthalten. Betrachtet wird der Zeitraum nach der Einführung der Hartz IV-Reform zu Beginn des Jahres 2005, deren Ziel die Aktivierung erwerbsfähiger Arbeitsloser aus bedürftigen Haushalten war. Kurzzeitige Trainingsmaßnahmen waren vor allem auf diese Zielgruppe gerichtet. Die Autoren untersuchen, ob diese Programme einen Einfluss auf die Erwerbsquote der Teilnehmer haben. Weiterhin wird analysiert, ob die Quote der Arbeitssuchenden und der Arbeitslosengeld II-Empfänger durch die Maßnahmen reduziert wird. Dabei wird zwischen schulischen und betrieblichen Trainingsmaßnahmen unterschieden. Im Ergebnis erweisen sich die betrieblichen Maßnahmen als erfolgreicher, da der Kontakt zu potentiellen Arbeitgebern einen großen Einfluss auf die Beschäftigungschancen der Teilnehmer hat. Die Auswirkungen auf andere Ergebnisvariablen war geringer. Die Analyse betrachtet die Heterogenität der Auswirkungen, wobei zwischen Männern und Frauen in Ost- und Westdeutschland unterschieden wird. Andere Unterscheidungsfaktoren sind das Lebensalter, Migrationshintergrund, Qualifikation, Arbeitslosenquote, Familienstand/Kinder und der Zeitraum seit der letzten Beschäftigung. Beide Programme sind weniger effektiv für junge Menschen unter 25 Jahren. Dies kann bedeuten, dass diese Programme auch verhindern, dass junge Erwachsene länger als drei Monate als Arbeitslose registriert werden. (IAB)

[205-L] Wrohlich, Katharina:

Die Wirkung ausgewählter familienpolitischer Instrumente auf das Arbeitsangebot von Eltern: Expertise für den Familienbericht der Bundesregierung, (DIW Berlin: Politikberatung kompakt, 16), Berlin 2006, 44 S., ISBN: 3-938762-05-5 (Graue Literatur; www.diw.de/deutsch/produkte/publikationen/diwkompakt/docs/diwkompakt_2006-016.pdf)

INHALT: "Familienpolitische Maßnahmen werden meist unter verteilungspolitischen Gesichtspunkten diskutiert. Die am häufigsten genannten Motive für familienpolitische Leistungen, wie z.B. das Kindergeld oder den Kinderfreibetrag, sind Argumente für horizontale oder vertikale Umverteilung. Neben der Wirkung auf die relative Einkommensposition der begünstigten Haushalte ergeben sich jedoch auch Effekte auf das Arbeitsangebot. Das Ziel der vorliegenden Expertise ist es, die Auswirkungen ausgewählter familienpolitischer Instrumente auf das Arbeitsangebot von Eltern zu bewerten. Von der Expertenkommission für den Familienbericht der Bundesregierung wurden vier Reformvorschläge vorgegeben: 1. der 'Karlsruher Entwurf zur Reform des Einkommensteuergesetzes', 2. die 'Gesetze für moderne Dienstleistungen am Arbeitsmarkt' ('Hartz-Gesetze') 3. der Kinderzuschlag, der Teil des Vierten Gesetzes für moderne Dienstleistungen am Arbeitsmarkt ist, und 4. zwei Alternativen zum gegenwärtigen Ehegattensplitting, nämlich das 'beschränkte Realsplitting' und das 'Familiensplitting' nach französischem Vorbild. Im folgenden Abschnitt werden zunächst diese Reformvorschläge insbesondere hinsichtlich ihrer potenziellen finanziellen Anreize auf das Arbeitsangebot dargestellt. Im Anschluss daran wird in Abschnitt 3 ein Überblick über die ökonomische Theorie des Arbeitsangebots gegeben. Neben dem Grundmodell der mikroökonomischen Theorie der individuellen Arbeitsangebotsentscheidung werden für die Wirkungsanalyse familienpolitischer Entscheidungen

gen wichtige Erweiterungen dargestellt. Diese betreffen die Wirkungen von Steuern und Transfers, Arbeitsangebotsentscheidungen im Haushaltszusammenhang, die Berücksichtigung von Kindern bei der Arbeitsangebotsentscheidung sowie allgemeinere Modelle der Zeitallokation im Haushalt und Arbeitsangebotsentscheidungen im Lebenszyklus. Ein wichtiges Ergebnis dieser Analyse ist, dass die Arbeitsangebotseffekte familienpolitischer Maßnahmen bereits im Grundmodell theoretisch nicht eindeutig bestimmt werden können und sich bei Berücksichtigung der erwähnten Erweiterungen aus der Theorie auch keine eindeutigen Aussagen über die Wirkungsrichtung der Arbeitsangebotseffekte ergeben. Aus diesem Grunde und weil für familienpolitische Entscheidungen vor allem die Größenordnung der zu erwartenden Arbeitsangebotseffekte von entscheidender Bedeutung ist, sind empirische Untersuchungen unentbehrlich. In Abschnitt 4 werden die Ergebnisse empirischer Studien zu den Arbeitsangebotseffekten der hier untersuchten familienpolitischen Instrumente zusammengefasst. Da ex post Analysen zu der erst kürzlich oder bisher noch nicht umgesetzten Reformen zur Zeit naturgemäß noch nicht vorliegen, kann die Abschätzung der zu erwartenden Arbeitsangebotseffekte dieser Reformen zur Zeit nur mittels ex ante Simulationsmodellen erfolgen. Auf der Basis der Ergebnisse dieser Simulationsstudien, partiell ergänzt durch die ausländische Erfahrung mit vergleichbaren Reformen, erfolgt in Abschnitt 5 eine abschließende Bewertung der hier untersuchten familienpolitischen Instrumente im Hinblick auf das Arbeitsangebot von Eltern." (Autorenreferat)

[206-L] Wülffing, Gisela (Redakteur):

Bleibt Armut weiblich?: Chancen für Frauen im Arbeitsmarktreform-Prozess ; Dokumentation der Fachtagung am 15. November 2006 in Frankfurt, Wiesbaden 2007, 47 S., ISBN: 3-89277-261-4
(Standort: Hess. LB Wiesbaden(43)-0043; Graue Literatur)

INHALT: Inhaltsverzeichnis: Einführung in die Tagung und Grußwort (3-5); Juliane Achatz: Lebensumstände und Arbeitsmarktperspektiven von Frauen im Rechtskreis SGB II (6-15); Clarissa Rudolph: Perspektiven geschlechtergerechter Arbeitsmarktpolitik (16-27); Dagmar Zeiß: Aktionslandkarte für Chancengleichheit am Arbeitsmarkt (28-30); Christel Steylaers: Auf dem Weg zur Arbeitsmarktreife (31-32); Andrea Mohr: Kundinnen zweiter Klasse im SGB III? (33-34); Brunhilde Krüger-Ditsch: Die Kombimaßnahme 'Rückkehr in den Beruf' in Frankfurt (35-36); Bettina Eichhorn: Zusammenfassung der Diskussionsergebnisse zu "Kundinnen zweiter Klasse im SGB III? (37-38); Siglinde Bohrke-Petrovic: Potenziale erkennen, Qualifikationen bewerten (39-44); Rolf Keil, Leiter des Referats Beschäftigungs-, Wirtschafts- und Arbeitsmarktpolitik im Hessischen Sozialministerium, im Gespräch (45-47).

Personenregister**A**

Achatz, Juliane 76
Adamy, Wilhelm 77
Apel, Helmut 162
Arntz, Melanie 25
Aust, Judith 1, 163
Auth, Diana 171

B

Bach, Heinz W. 26, 116
Bäcker, Gerhard 27
Baethge-Kinsky, Volker 1, 78
Bartelheimer, Peter 78
Baumeister, Hella 79
Becker, Irene 80, 172
Becker, Jens 81, 93, 173
Becker, Raimund 38
Bender, Stefan 117
Berchem, Sascha von 28
Berghahn, Sabine 118, 203
Berlit, Uwe 2
Betzelt, Sigrid 174
Boockmann, Bernhard 162
Booth, Melanie 111
Boss, Alfred 82, 83, 119, 120
Bothfeld, Silke 121
Bruckmeier, Kerstin 84, 85
Brussig, Martin 162, 175, 176, 177
Bucerius, Angelika 139
Büchner, Christiane 29
Buestrich, Michael 152
Buhr, Petra 86
Buscher, Herbert S. 165
Butterwegge, Christoph 122, 123, 178

C

Caliendo, Marco 32
Christensen, Björn 82
Clauss, Markus 25, 130, 179
Czommer, Lars 33, 34, 35

D

Deeke, Axel 5
Diener, Katharina 90
Dietrich, Hans 5, 180
Dittmar, Vera 175
Dovern, Jonas 119
Dreger, Christian 165

E

Eekhoff, Johann 91
Eggert, Rolf 126

Eicher, Wolfgang 10
Eichhorst, Werner 5, 37, 67, 92, 127, 128, 161,
166, 169
Eilfort, Michael 38
Elendner, Thomas 83
Emmerich, Knut 5

F

Faik, Jürgen 93
Fehr, Sonja 94
Feil, Michael 5
Feldhaus, Michael 90
Fiedler, Angela 191
Fitzenberger, Bernd 129
Franz, Wolfgang 130, 131
Freytag, Andreas 39
Frings, Dorothee 181
Fromm, Sabine 167
Futter, Elena 132

G

Geiger, Andreas 95
Gensler, Stefanie 188
Gerhardt, Klaus-Uwe 96
Gerlach, Knut 108
Gießelmann, Marco 97
Girndt, Cornelia 155
Gransee, Ulrich 79
Grell, Britta 40
Grienberger-Zingerle, Maria 92, 169
Grühn, Corinna 182
Gründel, Olaf 29
Grundig, Beate 133
Gulyas, Jennifer 81
Gürtzgen, Nicole 130

H

Hartmann, Michael 41, 98
Hase, Friedhelm 134
Haubner, Dominik 135
Hauser, Richard 172
Heer, Burkhard 168
Henneke, Hans-Günter 38
Henschel, Angelika 183
Herrmann, Ulrike 99
Hinz, Silke K.B. 184
Holzner, Christian 100
Hönke, Jana 132

J

Jaenichen, Ursula 5
Jahn, Elke 5

Jansen, Andreas 162
 Jozwiak, Eva 136, 204

K

Kaiser, Lutz 127
 Kaltenborn, Bruno 45, 46, 101, 102, 103, 137,
 138, 176
 Kannengießer, Christoph 139
 Kaps, Petra 47
 Kirchmann, Andrea 48, 49, 50
 Klee, Günther 48, 49, 50
 Knabe, Andreas 51, 185, 186
 Knerr, Petra 45
 Knuth, Matthias 11, 33, 34, 52, 140, 162, 181,
 187
 Koch, Frank 52
 Koch, Susanne 5, 53, 104, 117, 141
 Kolf, Ingo 188
 Koller, Lena 5
 Konle-Seidl, Regina 5, 92, 169
 Kossens, Michael 154
 Koulovatianos, Christos 189
 Kraus, Margit 25
 Kress, Ulrike 5
 Krimmer, Pascal 54
 Künzel, Annegret 203
 Kupka, Peter 53

L

Langfeldt, Bettina 171
 Lehnert, Katrin 105
 Lohmann, Sabine 190
 Lohr, Karin 55
 Lohse, Tim 12, 13, 56, 170
 Lorenz, Wilhelm 106
 Lutz, Peter F. 56

M

Mackscheidt, Klaus 91
 Maier, Friederike 191
 Marquardsen, Kai 107
 Martens, Rudolf 95, 142, 143, 192, 193
 Mayer, Udo R. 194
 Mehlich, Michael 195
 Meier, Carsten-Patrick 119
 Mempel, Markus 57
 Meßmann, Susanne 117
 Meyer, Wolfgang 108
 Mezger, Erika 196
 Müller, Kai-Uwe 62
 Müller-Schoell, Till 1
 Münder, Johannes 14

N

Neubauer, Jennifer 27
 Nickel, Thomas 58
 Nivorozhkin, Anton 60

Noe, Torsten 59
 Noll, Susanne 60
 Notz, Gisela 197

O

Ochel, Wolfgang 15
 Oshmiansky, Frank 62
 Oskamp, Frank 119
 Ostendorf, Helga 198

P

Pannenberg, Markus 144
 Papenroth, Christiane 199
 Pascal Krimmer, Pascal 145
 Peschke, Robert 63
 Popp, Sandra 5

R

Raffelhüschen, Bernd 54, 145
 Rauch, Angela 5
 Renaud, Simon 39
 Rexin, Burkhard 64, 65
 Röbenack, Silke 107
 Rosemann, Martin 48
 Roth, Steffen J. 146
 Rudolph, Clarissa 109, 200

S

Sammet, Kornelia 110
 Schäfer, Holger 18, 66
 Scheibe, Birgit 95
 Scheide, Joachim 119
 Scherschel, Karin 111
 Schiwarov, Juliana 45, 101, 102, 103, 137,
 138
 Schmidt, Ulrich 189
 Schmitz, Hendrik 147
 Schnabel, Reinhold 25, 179
 Schneider, Hilmar 67
 Schneider, Werner 148
 Schnitzlein, Daniel 84
 Schnitzlein, Daniel D. 85
 Schöb, Ronnie 51
 Scholz, Olaf 38
 Schrader, Klaus 82, 149
 Schröder, Carsten 189
 Schubert, Stefanie 130
 Schweer, Oliver 33, 34, 35, 52
 Segbers, Franz 112
 Seiler, Stephan 54
 Seligmann, Michael 150
 Sesselmeier, Werner 68, 166
 Spellbrink, Wolfgang 10
 Spermann, Alexander 25, 151
 Spindler, Helga 152
 Spross, Cornelia 167
 Staiger, Martin 19, 69, 113, 153, 201

Steck, Brigitte 154
Steiner, Viktor 20, 32, 147
Steinke, Joß 70
Steinmeyer, Horst 21
Strotmann, Harald 38, 151
Suntum, Ulrich van 114

T

Tänzer, Jörg 95
Thomsen, Stephan L. 162
Trube, Achim 152

U

Uellenberg-van Dawen, Wolfgang 155

V

Veenhuis, Reni 202
Vobruba, Georg 94

W

Wagner, Alexandra 1, 78, 156
Wagner, Petra 5
Walwei, Ulrich 5, 71, 72, 104, 117, 141, 157,
158, 165
Weimann, Joachim 51
Weißmann, Marliese 110
Wenner, Ulrich 22, 23
Wenzig, Claudia 76
Wersig, Maria 203
Westerheide, Peter 159
Wielage, Nina 176
Wiemers, Jürgen 25
Wilde, Joachim 24, 115, 160
Windhövel, Kerstin 5
Winkler, Daniela 73
Wolff, Joachim 60, 136, 204
Wrohlich, Katharina 205
Wülffing, Gisela 206

Y

Yollu-Tok, Aysel 68

Z

Zimmermann, Klaus-Dieter 79
Zimmermann, Klaus F. 67, 161

Sachregister

- A**
- Abfindung 165
- abhängig Beschäftigter 79, 88
- Ablauforganisation 52
- Akademiker 191
- aktivierende Arbeitsmarktpolitik 3, 7, 10, 12, 14, 15, 34, 37, 42, 53, 63, 71, 72, 76, 79, 92, 100, 111, 115, 121, 127, 128, 129, 141, 157, 158, 162, 164, 166, 167, 169, 180, 188, 206
- allein erziehender Elternteil 66, 115, 174, 183
- Alleinstehender 66
- Allgemeinbildung 128
- Alltag 184, 195
- alte Bundesländer 60, 65, 98, 136, 172, 174, 192, 193, 204
- älterer Arbeitnehmer 7, 18, 30, 63, 65, 87, 126, 129, 139, 147, 194
- Altersgrenze 194
- Altersstruktur 87, 98, 199
- Altersteilzeit 120, 139
- Altersversorgung 7, 154
- amtliche Statistik 45, 78, 99, 102, 103, 150, 174
- Anreizsystem 12, 14, 16, 19, 20, 24, 37, 39, 51, 54, 56, 68, 71, 82, 83, 100, 113, 115, 120, 126, 129, 130, 131, 133, 139, 141, 145, 146, 149, 151, 160, 164, 165, 182, 184, 185, 189, 190, 205
- Anspruchsniveau 144
- Arbeit 12, 14, 16, 19, 20, 24, 39, 54, 56, 71, 83, 96, 100, 113, 115, 126, 130, 131, 133, 141, 145, 146, 149, 151, 160, 162, 164, 170, 184, 185, 189, 205
- Arbeitgeber 28, 120
- Arbeitnehmer 21, 22, 28, 49, 50, 55, 126, 141
- Arbeitsagentur 1, 26, 27, 33, 34, 35, 36, 59, 62, 72, 92, 116, 169, 202, 206
- Arbeitsamt 73
- Arbeitsbedingungen 33
- Arbeitsberatung 15, 27, 32, 35, 42
- Arbeitsbeschaffung 71
- Arbeitsbeschaffungsmaßnahme 5, 32, 120, 139
- Arbeitsbeziehungen 33
- Arbeitsförderung 1, 3, 8, 9, 10, 15, 22, 28, 55, 74, 87, 125, 129, 134, 139, 194, 206
- Arbeitsgelegenheit 3, 4, 5, 9, 18, 27, 30, 34, 35, 45, 53, 54, 56, 64, 71, 82, 83, 88, 95, 106, 114, 120, 127, 131, 146, 164, 170, 190, 193, 198, 199
- Arbeitskosten 119, 165
- Arbeitskräfteangebot 17, 25, 56, 96, 130, 159, 205
- Arbeitskräftenachfrage 17, 51, 96, 158, 159
- Arbeitslosengeld 2, 11, 13, 22, 28, 29, 37, 40, 62, 66, 80, 81, 93, 105, 111, 117, 120, 124, 125, 128, 129, 139, 144, 157, 161, 163, 168, 172, 174, 178, 202
- Arbeitslosengeld II 1, 3, 4, 5, 6, 7, 8, 9, 10, 11, 12, 13, 14, 15, 16, 17, 18, 19, 20, 21, 23, 24, 25, 26, 27, 28, 29, 30, 31, 32, 33, 34, 35, 36, 37, 38, 39, 41, 42, 43, 44, 45, 46, 47, 48, 49, 50, 51, 52, 53, 54, 55, 56, 57, 58, 59, 60, 61, 63, 64, 65, 66, 67, 68, 69, 70, 71, 72, 73, 74, 75, 76, 77, 78, 79, 80, 82, 83, 84, 85, 86, 87, 88, 89, 90, 91, 92, 93, 94, 95, 96, 97, 98, 99, 100, 101, 102, 103, 104, 105, 106, 107, 108, 109, 110, 111, 112, 113, 114, 115, 116, 118, 119, 120, 121, 122, 123, 124, 126, 127, 129, 130, 131, 132, 133, 134, 135, 136, 137, 138, 140, 141, 142, 143, 145, 146, 147, 148, 149, 150, 151, 152, 153, 154, 155, 156, 158, 159, 160, 161, 162, 163, 164, 165, 166, 167, 168, 169, 170, 171, 173, 174, 175, 176, 177, 178, 179, 180, 181, 182, 183, 184, 185, 186, 187, 188, 189, 190, 191, 192, 193, 194, 195, 196, 197, 198, 199, 200, 201, 202, 203, 204, 205, 206
- Arbeitslosenunterstützung 2, 28, 29, 41, 58, 80, 82, 84, 85, 92, 97, 99, 102, 103, 108, 110, 123, 137, 138, 140, 147, 150, 152, 157, 163, 167, 169, 172, 190, 194, 201
- Arbeitslosenversicherung 22, 28, 39, 67, 111, 121, 124, 128, 134, 147, 157, 163, 168
- Arbeitsloser 4, 6, 10, 24, 26, 27, 30, 37, 41, 44, 45, 46, 51, 54, 56, 71, 76, 78, 79, 84, 87, 89, 92, 93, 94, 102, 103, 105, 110, 114, 116, 117, 120, 121, 132, 136, 139, 144, 145, 146, 148, 150, 162, 167, 169, 170, 172, 175, 176, 177, 179, 180, 181, 182, 184, 187, 188, 190, 194, 201, 204, 206
- Arbeitslosigkeit 1, 2, 15, 17, 18, 27, 28, 32, 43, 48, 49, 50, 55, 62, 63, 66, 67, 71, 72, 74, 75, 78, 80, 85, 86, 87, 94, 96, 98, 107, 111, 117, 125, 126, 127, 128, 129, 131, 132, 136, 139, 147, 155, 157, 159, 160, 164, 174, 180, 182, 183, 184, 188, 190, 195, 200, 204
- Arbeitsmarkt 29, 43, 48, 49, 50, 55, 76, 78, 127, 128, 158, 171, 187, 190, 195

- Arbeitsmarktentwicklung 2, 17, 55, 72, 87,
119, 126, 127, 128, 159, 165, 191
- Arbeitsmarktforschung 32, 78, 165
- Arbeitsmarktpolitik 1, 2, 4, 5, 9, 11, 17, 18,
26, 27, 29, 32, 37, 39, 45, 47, 51, 57, 59,
64, 66, 67, 71, 74, 75, 78, 79, 90, 92, 94,
96, 97, 104, 109, 110, 111, 112, 114,
116, 118, 124, 125, 126, 127, 128, 129,
132, 135, 136, 139, 140, 149, 155, 158,
159, 161, 166, 167, 169, 170, 171, 174,
179, 183, 184, 195, 197, 198, 200, 202,
204, 206
- Arbeitsmarktsegmentation 184, 197, 198
- Arbeitsmarkttheorie 63, 96, 184
- Arbeitsökonomie 129
- Arbeitsorganisation 33, 44
- Arbeitspflicht 21, 140, 170
- Arbeitsplatz 106, 198
- Arbeitsplatzsicherung 18
- Arbeitspolitik 97
- Arbeitsrecht 18, 71, 121, 158, 161
- Arbeitsituation 55
- Arbeitsstatistik 41, 98, 199
- Arbeitsuche 140, 162, 179
- Arbeitsuchender 3, 6, 10, 14, 27, 35, 37, 41,
53, 54, 61, 179, 192, 193
- Arbeitsvermittlung 1, 3, 4, 7, 15, 18, 26, 27,
32, 33, 34, 35, 42, 45, 52, 54, 62, 64, 67,
72, 92, 116, 129, 135, 145, 155, 169,
177, 181, 183, 206
- Arbeitsverwaltung 44, 57, 72, 92, 124, 155,
169, 195, 196
- Arbeitsvolumen 77, 119
- Arbeitszeit 77, 100, 119, 121
- Armut 2, 71, 77, 80, 81, 86, 92, 95, 97, 105,
112, 123, 140, 169, 173, 178, 179, 191,
193, 196, 206
- Armutsbekämpfung 2, 86, 123
- Auftragsforschung 78
- Auftragsvergabe 78
- Ausbildungsförderung 9, 74
- Ausbildungsplatz 5, 180
- Ausbildungsstellenvermittlung 9
- Ausgaben 102, 124
- Ausländer 180, 187
- ausländischer Arbeitnehmer 7, 126
- Außenhandel 17, 159
- Australien 26, 116
- Auszubildender 7
- B**
- Baden-Württemberg 151
- Bedarfsgemeinschaft 43, 48, 49, 50, 74, 75,
76, 77, 136, 171, 204
- Bedürftigkeit 14, 41, 48, 49, 50, 54, 81, 145,
173
- befristetes Arbeitsverhältnis 158
- Behinderter 7
- Behinderung 7, 8
- Beitragssatz 22, 28, 148
- Benachteiligtenförderung 180, 183, 188
- Benachteiligung 180, 188, 189, 191
- Beobachtung 43, 74
- Berlin 190
- Beruf 1, 162
- berufliche Integration 2, 4, 5, 7, 9, 10, 32, 37,
44, 46, 55, 67, 72, 87, 120, 139, 150,
164, 176, 177, 181, 182, 187
- beruflicher Aufstieg 191
- berufliche Reintegration 4, 6, 14, 15, 24, 27,
30, 43, 44, 51, 56, 65, 74, 75, 82, 114,
115, 120, 130, 136, 139, 145, 146, 149,
150, 151, 154, 160, 162, 164, 171, 204,
206
- berufliche Selbständigkeit 32, 60
- berufliche Weiterbildung 32, 52, 128, 129,
139, 198
- Berufsanfänger 97
- Berufsaussicht 7, 16, 27, 71, 162, 191, 206
- Berufsausstieg 139
- Berufsberatung 9, 26, 116
- Berufsbildung 128
- Berufsbildungspolitik 5
- Berufseinmündung 180, 188
- Berufsfreiheit 92, 169
- Berufsmobilität 16, 128, 165
- berufstätige Frau 191
- Berufsunterbrechung 197
- Berufsverlauf 55, 171
- Berufswahl 92, 169, 171
- Beschäftigung 117
- Beschäftigungseffekt 12, 13, 15, 16, 20, 26,
39, 44, 51, 53, 54, 55, 67, 83, 100, 106,
108, 116, 120, 130, 136, 145, 147, 151,
158, 161, 165, 166, 168, 179, 184, 189,
204, 205
- Beschäftigungsentwicklung 63, 65, 108, 128,
165, 191
- Beschäftigungsfähigkeit 30, 44, 111, 129, 146,
162, 190
- Beschäftigungsförderung 4, 16, 17, 20, 30, 32,
33, 54, 55, 63, 125, 129, 159, 190, 206
- Beschäftigungspolitik 5, 18, 56, 78, 96, 124,
125, 144, 158, 164
- Beschäftigungssystem 121, 128
- Best Practice 26, 116
- Betreuung 9, 42, 115, 149, 189, 205, 206
- Betrieb 52, 55, 204
- Betriebsgründung 32
- Betriebsrat 165
- Betriebsverfassungsgesetz 121
- Bevölkerungsentwicklung 139
- Bilanz 44, 87
- Bildungsabschluss 115

- Bildungsgutschein 129
 Bildungsinvestition 128
 Bildungsökonomie 63, 184
 Bildungspolitik 128, 161
 Bildungswesen 199
 Brandenburg 29
 Bremen 79
 Budget 4
 Bundesagentur für Arbeit 3, 5, 9, 18, 29, 31,
 46, 57, 63, 67, 72, 78, 79, 101, 114, 124,
 125, 129, 134, 137, 138, 156, 175, 187
 Bundesanstalt für Arbeit 135
 Bundesausbildungsförderungsgesetz 9, 64
 Bundeskompetenz 57, 137, 138
 Bundesland 87
 Bundesregierung 47, 123, 161
 Bundessozialgericht 194
 Bundessozialhilfegesetz 120, 190
 Bundesverfassungsgericht 73, 178, 194
 Bündnis 90/ Die Grünen 47, 135
 Bündnis für Arbeit 18
 Bürokratie 155
- C**
- Case Management 24, 26, 27, 30, 33, 34, 35,
 38, 42, 48, 52, 74, 75, 87, 116, 162, 188,
 206
 Chancengleichheit 55, 191, 206
 Controlling 43, 64, 67, 74
 Coping-Verhalten 107, 195
- D**
- Dänemark 166, 167, 170
 Datenschutz 7, 10, 14
 Datenverarbeitung 7, 14
 Dauerarbeitslosigkeit 7, 15, 16, 26, 27, 30,
 46, 64, 65, 67, 71, 72, 87, 115, 116, 131,
 147, 150, 151, 162, 163, 164, 174, 184,
 195, 201
 demographische Faktoren 139
 Demokratie 112
 Deregulierung 18, 28, 97, 119, 158
 Dezentralisation 119, 155
 DGB 9, 125
 Die Grünen 161
 Diskriminierung 69, 109, 198, 203
- E**
- Ehe 203
 Ehefrau 109, 198, 203
 Ehemann 203
 Ehepaar 203, 205
 Ehepartner 203
 Ehrenamt 7
 Eigentum 92, 169
 Eignungsdiagnostik 4, 27, 45
 Einfacharbeit 164
 Einfluss 90
 Einkommen 27, 66, 68, 71, 82, 90, 97, 133,
 142, 143, 168, 179, 185, 186, 189
 Einkommenseffekt 84, 88, 106, 133, 168, 172,
 179, 185
 Einkommenspolitik 77
 Einkommensteuer 66, 205
 Einstellung 76, 93, 113, 152, 166
 Einwanderung 87
 Eltern 149, 205
 Elternurlaub 121
 Emotionalität 81
 empirische Forschung 162
 empirische Sozialforschung 78
 Energieverbrauch 7
 Entbürokratisierung 61
 Entscheidungsfindung 68
 Entscheidungsprozess 90
 Entwicklungsland 26, 116
 Erfolg-Misserfolg 183
 Erfolgskontrolle 1, 27, 32, 42, 43, 44, 48, 49,
 50, 52, 53, 60, 65, 67, 74, 75, 78, 83, 87,
 92, 100, 104, 106, 114, 115, 127, 129,
 131, 136, 145, 147, 162, 165, 169, 170,
 180, 185, 188, 199, 204
 Erwachsener 95
 Erwerbsarbeit 96, 117, 183, 195
 Erwerbsbeteiligung 111, 117, 139, 179
 Erwerbsbevölkerung 139
 Erwerbslosigkeit 111
 Erwerbstätiger 19, 125, 191
 Erwerbstätigkeit 19, 72, 77, 85, 94, 127, 139,
 167, 183, 185, 189
 Erwerbsunfähigkeit 13, 92, 145, 169
 Erwerbsverhalten 179, 205
 Ethik 24
 EU 29, 165
 Europa 170
 europäische Integration 121
 EU-Staat 163
 Evaluation 32, 55
 Existenzminimum 7, 28, 77, 92, 95, 113, 142,
 143, 152, 169
 Exklusion 69, 95, 173, 178, 195, 200
 Experiment 47
- F**
- Familie 90, 95, 110, 115, 152, 171, 189, 192
 Familie-Beruf 189, 205
 Familienangehöriger 110
 Familienarbeit 96
 Familieneinkommen 66, 109, 179, 185, 192,
 203
 Familiengründung 90
 Familienpolitik 178, 205
 Familienrecht 23, 118
 finanzielle Situation 85

Finanzierung 46, 120, 134, 137, 138, 148, 157
 Finanzpolitik 17, 137, 138, 159
 Firmentarifvertrag 18
 Flexicurity 163
 Föderalismus 17, 137, 138, 158, 159
 Förderungsmaßnahme 7, 33, 171, 180, 188, 199
 Förderungsprogramm 115, 183
 Forschung 53, 78, 162
 Forschungsansatz 165
 Forschungseinrichtung 78
 Forschungsergebnis 32
 Forschungsprojekt 59
 Forschungsstand 59, 85, 94
 Frankreich 16
 Frau 87, 109, 125, 136, 171, 174, 183, 198, 200, 202, 203, 204, 206
 Frauenbeauftragte 191
 Frauenberuf 198
 Frauenerwerbstätigkeit 197, 198
 Frauenhaus 183
 Frauenpolitik 125, 191, 200
 Freiheit 112
 Freiwilligkeit 9, 22, 63, 146
 Fürsorge 40, 140

G

Geldleistung 174
 Geldpolitik 17, 159
 Gemeinde 29, 31, 40, 59
 gemeinnützige Arbeit 96, 146, 170
 Gemeinschaft 110
 Gender Mainstreaming 191, 200, 206
 geringfügige Beschäftigung 3, 15, 16, 17, 20, 28, 51, 54, 56, 63, 72, 79, 96, 100, 109, 120, 127, 129, 158, 159, 184, 198, 205
 Geschlecht 85, 172
 Geschlechterforschung 200
 Geschlechterverhältnis 109, 171, 191, 203
 Geschlechterverteilung 87, 191, 199
 Geschlechtsrolle 109
 geschlechtsspezifische Faktoren 109, 174, 191, 197, 204, 206
 Gesellschaft 113, 152, 166, 168
 Gesellschaftspolitik 161
 Gesellschaftstheorie 195
 Gesetz 76, 97, 132
 Gesetzentwurf 6, 8
 Gesetzgebung 142, 143, 171, 200
 gesetzliche Krankenversicherung 64, 148
 gesetzliche Regelung 2, 47, 76, 118, 122, 132, 157, 177, 181
 Gesundheitspolitik 161
 Gesundheitswesen 199
 Gesundheitszustand 162
 Gewalt 183

Gewerkschaft 121
 Gewerkschaftspolitik 79, 108
 Gleichbehandlung 22, 125, 191
 Gleichstellung 200
 Globalisierung 63
 Governance 47, 59
 Großbritannien 16, 166, 167, 170
 Grundgesetz 112
 Grundsicherung 1, 2, 6, 7, 8, 9, 11, 23, 33, 37, 38, 42, 43, 44, 46, 48, 49, 50, 52, 64, 66, 73, 74, 75, 78, 85, 87, 92, 95, 101, 113, 115, 130, 134, 140, 141, 145, 150, 154, 156, 160, 162, 166, 169, 175, 181, 190, 197, 201
 Gütermarkt 158

H

Handelsbilanz 17, 159
 Handlungsfähigkeit 195
 Handlungstheorie 68
 Hartz-Reform 1, 2, 3, 4, 5, 6, 7, 8, 9, 10, 11, 12, 13, 14, 15, 16, 17, 18, 19, 20, 21, 22, 23, 24, 25, 26, 27, 28, 29, 30, 31, 32, 33, 34, 35, 36, 37, 38, 39, 40, 41, 42, 43, 44, 45, 46, 47, 48, 49, 50, 51, 52, 53, 54, 55, 56, 57, 58, 59, 60, 61, 62, 63, 64, 65, 66, 67, 68, 69, 70, 71, 72, 73, 74, 75, 76, 77, 78, 79, 80, 81, 82, 83, 84, 85, 86, 87, 88, 89, 90, 91, 92, 93, 94, 95, 96, 97, 98, 99, 100, 101, 102, 103, 104, 105, 106, 107, 108, 109, 110, 111, 112, 113, 114, 115, 116, 117, 118, 119, 120, 121, 122, 123, 124, 125, 126, 127, 128, 129, 130, 131, 132, 133, 134, 135, 136, 137, 138, 139, 140, 141, 142, 143, 144, 145, 146, 147, 148, 149, 150, 151, 152, 153, 154, 155, 156, 157, 158, 159, 160, 161, 162, 163, 164, 165, 166, 167, 168, 169, 170, 171, 172, 173, 174, 175, 176, 177, 178, 179, 180, 181, 182, 183, 184, 185, 186, 187, 188, 189, 190, 191, 192, 193, 194, 195, 196, 197, 198, 199, 200, 201, 202, 203, 204, 205, 206
 Hausarbeit 189
 Haushaltseinkommen 9, 117, 133
 Haushaltsgröße 117
 Haushaltskonsolidierung 17, 159
 Haushaltsplan 148
 häusliche Gewalt 118
 Hessen 52, 59, 206
 Hilfeleistung 107
 Hilfsbedürftigkeit 40, 43, 48, 49, 50, 75, 77
 Hinzuverdienst 16, 19, 20, 51, 100, 115, 120, 131, 141, 145, 155, 185
 hoch Qualifizierter 130, 198
 Humankapital 63, 184

I

IAB 53, 78
Ich-AG 3, 15, 18, 26, 28, 32, 63, 67, 109,
116, 127, 129, 132, 198
ILO 78
Image 105
Implementation 59
Indikatorenbildung 46
Individualisierung 195, 200
Individuum 195
informelle Kommunikation 33
institutionelle Faktoren 17, 28, 45, 59, 63, 97,
115, 119, 121, 127, 129, 159, 165, 195
Integrationspolitik 181, 187
internationale Arbeitsteilung 119
internationaler Vergleich 16, 17, 26, 32, 116,
159, 165, 166, 167, 170
internationaler Wettbewerb 119, 126
Investition 119
Investitionspolitik 96
Investitionsquote 17, 159

J

Jugendhilfe 188
Jugendlicher 5, 7, 18, 30, 46, 63, 74, 87, 173,
180, 182, 188
Jugendsozialarbeit 188
junger Erwachsener 7, 9, 42, 182

K

Kapitalismus 173
Keynesianismus 63, 184
Kind 9, 23, 42, 95, 115, 149, 173, 189, 192,
193, 205, 206
Kindergeld 186, 205
Kinderzahl 189
Koalition 123
Kombilohn 16, 19, 20, 51, 60, 64, 66, 114,
120, 129, 140, 141, 146, 155, 164, 184
Kommentar 14
kommunale Selbstverwaltung 57, 73
Kommunalpolitik 36, 40, 155, 195
Kommunalrecht 73
Kommunalverwaltung 31, 36, 54, 57, 73, 101,
137, 138
Kompetenzverteilung 9, 33, 36, 46, 57, 61,
64, 72, 78, 92, 104, 114, 137, 138, 155,
169
Konjunktur 17, 63, 159
Konjunkturaufschwung 126
Kontrakttheorie 63
Kooperationsbereitschaft 24
Kosten 37, 142, 143, 153, 156
Kostenentwicklung 89, 150, 156
Kosten-Nutzen-Analyse 71, 78, 150
Kostenrechnung 150
Kostensenkung 23, 91, 152, 154

Krankenversicherung 61, 148
Kunde 175
Kundenorientierung 3, 18, 33, 35, 42, 44, 52,
67, 125
Kündigung 21
Kündigungsschutz 5, 18, 97, 121, 158, 165
Kurzarbeit 120

L

Länderkompetenz 57, 137, 138
Landkreis 29, 57
Lebensalter 63, 172
Lebensarbeitszeit 119
Lebensbedingungen 201
Lebenshaltung 142, 143
lebenslanges Lernen 1
Lebensplanung 195
Lebenssituation 55, 93, 95, 184, 190
Lebensstandard 189
Lebensunterhalt 76
Legitimation 166
Leichtlohngruppe 12, 16, 19, 20, 54, 77, 113,
126, 130, 131, 145, 164, 191
Leiharbeit 17, 100, 126, 129, 158, 159
Leistungsanreiz 10
Leistungsanspruch 8, 10, 14, 18, 21, 27, 28,
68, 85, 89, 92, 95, 99, 115, 125, 128,
147, 154, 156, 169, 177, 182, 194, 198,
202, 203
Leistungsbezug 6, 24, 27, 28, 30, 37, 41, 45,
46, 53, 68, 71, 77, 78, 84, 89, 92, 95, 98,
99, 101, 102, 103, 111, 115, 125, 139,
147, 148, 149, 150, 160, 166, 167, 169,
175, 177, 181, 187, 192, 193, 194
Leistungskürzung 68
Leistungsorientierung 105
Leistungsprinzip 14, 54
Leitbild 200
Lernort 204
Lohn 17, 20, 51, 54, 63, 77, 83, 88, 96, 108,
117, 120, 126, 129, 151, 159, 164, 165
Lohnfindung 165
Lohnhöhe 39, 77, 144, 199
Lohnkosten 77, 87, 120
Lohnpolitik 17, 18, 19, 20, 39, 64, 77, 126,
127, 131, 159, 164
Lohnunterschied 18, 54, 82, 108, 130, 131,
144, 145, 149, 160, 165, 191

M

Mann 136, 174, 191, 204
Marginalität 86
Massenarbeitslosigkeit 56, 125
Mediation 61
Mediengesellschaft 135
Meldepflicht 5, 10, 14, 21
Mensch 132

- Menschenbild 132
 Menschenrechte 95, 113
 Menschenwürde 112
 Methodologie 165
 Migrant 173, 175, 176, 177, 181, 187
 Mikroökonomie 32
 Mindesteinkommen 1, 3, 10, 12, 14, 24, 41, 53, 54, 83, 96, 145
 Mindestlohn 16, 19, 20, 54, 64, 66, 120, 140, 164, 184
 Missbrauch 6, 8, 14, 89, 95, 99, 113, 150, 152, 154
 Mitbestimmung 121
 Mitgliedschaft 121
 Mitnahmeeffekt 20
 Mobilität 4, 120
 Mobilitätsbarriere 191
 Modellvergleich 94
 Modellversuch 120
 Moral 24, 146
 Motivation 146, 162
 multivariate Analyse 85, 94
 Mutter 205, 206
 Mutterschutz 121
- N**
- Nachfrageentwicklung 108, 158
 nachfrageorientierte Wirtschaftspolitik 96
 nachhaltige Entwicklung 39, 46
 Nebenbeschäftigung 120
 negative Einkommensteuer 96, 164, 170, 184
 neoklassische Theorie 63, 184
 Neoliberalismus 105
 Nettolohn 83
 neue Bundesländer 33, 60, 65, 98, 136, 172, 174, 192, 193, 204
 nichteheliche Lebensgemeinschaft 23, 61, 186, 203
 Niederlande 167, 170
 Niedersachsen 58, 79
 Niedrigeinkommen 32, 77, 149, 192
 Niedriglohn 18, 37, 71, 77, 79, 81, 97, 106, 108, 109, 120, 140, 155, 158, 173, 195
 niedrig Qualifizierter 16, 17, 20, 51, 56, 71, 106, 120, 126, 130, 131, 145, 149, 159, 164, 174, 184, 198
 Nordamerika 16, 170
 Nordrhein-Westfalen 27, 66
 Norwegen 170
- O**
- Obdachlosigkeit 69
 Oberschicht 198
 OECD 165
 öffentliche Aufgaben 28, 57, 101, 134
 öffentliche Ausgaben 4, 23, 87, 89, 92, 98, 99, 101, 102, 113, 124, 152, 156, 169
 öffentliche Dienstleistung 199
 öffentliche Förderung 32
 öffentliche Leistung 40, 201
 öffentliche Meinung 113, 152, 166
 öffentlicher Dienst 191
 öffentlicher Haushalt 124
 öffentliches Interesse 190
 öffentliche Verwaltung 57
 ökonomische Faktoren 157, 166, 191
 ökonomisches Verhalten 68
 ökonomische Theorie 205
 Organisationsentwicklung 33, 35, 52, 67
 Organisationsmodell 43, 48, 74, 75
 Organisationsstruktur 30, 33, 42, 64, 74, 79
 Organisationstheorie 59
 organisatorischer Wandel 18, 59, 92, 169
 Ozeanien 26, 116
- P**
- Paradigma 76
 Partnerbeziehung 90, 110
 Partnerschaft 7, 90
 Pazifischer Raum 26, 116
 Persistenz 56, 72
 Personalbestand 30, 33, 165
 Personaleinsatz 34
 Personaleinstellung 4, 120
 Personalentwicklung 30, 33, 35, 42, 52, 87
 Personalrat 33
 Personal-Service-Agentur 3, 4, 15, 18, 26, 28, 54, 63, 67, 72, 79, 96, 114, 116, 127, 129
 Personalwirtschaft 74
 personenbezogene Dienstleistung 175
 Personendaten 7
 Politikberatung 78
 Politikumsetzung 31, 92, 169, 171
 politische Agenda 135
 politische Folgen 79
 politische Ökonomie 39
 politischer Wandel 92, 97, 169
 politisches Programm 135, 167
 Preis 17, 142, 143, 159
 Preisniveau 142, 143
 Prekariat 171
 Prekarisierung 111
 privater Sektor 26, 42, 72, 116, 129
 private Vorsorge 28
 Privathaushalt 85
 Privatsphäre 118
 Privatwirtschaft 191
 Produktion 119
 Produktivität 170
 Programm 53
 Protestbewegung 79
 psychische Situation 183

Q

Qualifikation 1, 7, 30, 45, 54, 63, 87, 120,
129, 162, 177
Qualifikationserwerb 55
Qualifikationsniveau 162
Qualifikationsstruktur 184
Qualitätssicherung 87

R

Rahmenbedingung 59, 97
Randgruppe 97
Recht 18, 28, 118, 121, 148, 158, 165
Rechtsgrundlage 190
Rechtsprechung 10
Rechtsschutz 10
Rechtsstaat 112
Rechtsstellung 35
Reform 3, 5, 12, 16, 39, 57, 63, 66, 73, 76,
79, 85, 97, 130, 135, 161, 173, 186, 192,
200
Reformpolitik 1, 7, 17, 28, 37, 39, 71, 78, 92,
122, 126, 127, 135, 158, 159, 161, 166,
169, 170, 179
Regierung 122
Region 46, 48, 49, 50, 85, 195
Regionaldirektion 175
regionale Mobilität 69, 91
regionaler Unterschied 62, 65, 193
regionaler Vergleich 43, 44, 48, 49, 50, 87,
136, 192, 204
regionale Verflechtung 42, 188
regionale Verteilung 41, 98, 141, 199
Regionalpolitik 79
Regulierung 118, 121, 158, 165
Rehabilitand 74
Rehabilitation 26, 116
Rente 88, 194
Rentenalter 194
Rentenanpassung 88
Rentenversicherung 161
Reproduktionsmedizin 118
Reziprozität 68
Rheinland-Pfalz 68
Rollenverständnis 109
Ruhrgebiet 27

S

Sachsen-Anhalt 79
Saisonschwankung 63
Sanktion 9, 23, 42, 44, 62, 68, 87, 92, 93,
100, 145, 154, 169, 182, 190
Scham 81, 173
Schichtzugehörigkeit 198
Schleswig-Holstein 183
Schule 204
Schwangerschaft 95
Schwangerschaftsabbruch 118

Schweden 167
Schwerbehinderung 5, 61
Segregation 69
sektorale Verteilung 16, 141
Selbständiger 22
Selbstbestimmungsrecht 6
Selbstbeteiligung 3
Selbstbewusstsein 183
Selbsteinschätzung 55, 117
Selbsthilfe 28, 54, 146
Selbstverantwortung 3, 12, 132, 167
Selbstverwaltung 155
SOEP 94, 97, 130, 147
Solidarität 171, 203
Sonderforschungsbereich 53
Sozialabbau 12, 122, 123, 152, 166
Sozialabgaben 18, 28, 119, 120, 127, 158
Sozialausgaben 150
Sozialbudget 150
soziale Beziehungen 90, 107, 203
soziale Dienste 42
soziale Faktoren 177
soziale Gerechtigkeit 2, 109, 122, 128, 153,
161, 166, 179, 198, 203
soziale Herkunft 176
soziale Integration 42, 55
soziale Lage 27, 80, 176, 184, 189, 192, 193,
195, 206
soziale Partizipation 53
sozialer Abstieg 81
sozialer Mindeststandard 145
sozialer Wandel 195
soziale Schicht 198
soziale Schließung 86
soziale Sicherung 1, 2, 6, 28, 29, 40, 47, 53,
77, 78, 80, 86, 105, 112, 122, 125, 134,
163, 195, 201
soziales Lernen 183
soziales Netzwerk 107
soziales Problem 201
soziales System 3, 63, 179
soziales Verhalten 184
soziale Umwelt 162
soziale Ungleichheit 55, 80, 86, 105, 173, 200
soziale Unterstützung 24, 162
soziale Verantwortung 2
soziale Wahrnehmung 113
Sozialgericht 112, 153
Sozialgerichtsbarkeit 153
Sozialgesetzbuch 1, 2, 3, 7, 8, 9, 10, 14, 22,
23, 26, 27, 30, 31, 34, 40, 41, 43, 53, 54,
56, 59, 60, 61, 63, 64, 65, 66, 69, 74, 75,
76, 84, 85, 87, 95, 98, 115, 116, 122,
125, 132, 134, 140, 141, 152, 154, 166,
171, 174, 180, 181, 182, 185, 187, 188,
192, 193, 194, 200, 206
Sozialhilfe 1, 2, 12, 13, 18, 28, 29, 40, 41, 54,

- 58, 59, 82, 85, 86, 102, 103, 108, 115,
130, 137, 138, 140, 142, 143, 144, 145,
149, 150, 160, 165, 178, 190, 195
- Sozialhilfeempfänger 2, 15, 51, 57, 85, 102,
103, 120, 148, 153, 175, 176, 177, 181,
183, 187
- Sozialkapital 107
- Sozialleistung 1, 2, 6, 8, 13, 14, 28, 37, 70,
71, 78, 89, 91, 92, 95, 99, 106, 113, 119,
122, 123, 126, 142, 143, 150, 152, 154,
161, 167, 169, 179
- Sozialrecht 73, 129, 142, 143, 154, 161, 194
- Sozialstaat 12, 13, 105, 112, 170, 173
- Sozialstatistik 41, 102, 103, 142, 143, 150
- Sozialstruktur 16, 53, 176
- Sozialversicherung 17, 111, 124, 159
- Sozialversicherungspflicht 49, 50, 126, 141
- Sozialverwaltung 154, 195
- Sozialwesen 199
- Sparen 28
- Spätaussiedler 173, 176
- SPD 47, 135, 161
- staatliche Einflussnahme 118
- Staatstätigkeit 124
- Standortfaktoren 119
- Statistik 142, 143
- Statusunsicherheit 81
- Steuerbelastung 83, 119
- Steuern 127
- Steuerpolitik 17, 153, 159, 165, 170, 205
- Steuerrecht 23
- Stigmatisierung 152
- stille Reserve 78
- Strafrecht 118
- strukturelle Arbeitslosigkeit 17, 63, 126, 159,
164
- Strukturförderung 5, 139
- Strukturverbesserung 158
- Student 191
- Subsidiarität 145
- Subvention 20, 32, 51, 54, 77, 87, 96, 120,
126, 129, 151, 164
- Subventionspolitik 77
- Szenario 34
- T**
- Tarifautonomie 39, 158
- Tariflohn 165
- Tarifpolitik 17, 39, 108, 126, 127, 158, 159
- Tarifrecht 121
- Tarifverhandlung 119, 121, 127
- Tarifvertrag 33
- Tätigkeitsfeld 199
- Teilzeitarbeit 51
- Trägerschaft 10, 14, 30, 31, 33, 36, 38, 45,
52, 57
- Transferleistung 5, 13, 22, 27, 28, 71, 92, 94,
104, 106, 108, 113, 115, 119, 124, 128,
142, 143, 144, 147, 149, 152, 158, 160,
165, 166, 168, 169, 170, 173, 182
- Typologie 63, 107
- U**
- Übergangsarbeitsmarkt 128
- Umschulung 32, 198
- Umverteilung 28, 179
- Ungeleiteter 16, 184
- Ungleichheit 200
- Unterhalt 23
- Unterhaltspflicht 203
- Unternehmensgründung 20, 26, 32, 67, 72, 96,
116, 120, 161, 191
- Unterschicht 198
- Urteil 178
- USA 16, 66, 170
- V**
- Verantwortung 105, 132
- Verdrängung 20, 146
- Verfassung 47
- Verfassungsmäßigkeit 23, 38, 57, 134
- Verfassungsrecht 73
- verfügbares Einkommen 83, 185
- vergleichende Forschung 59, 94
- Verhaltensänderung 68, 91
- Verhaltenstheorie 68
- Verrechtlichung 118
- Verschuldung 9
- Versicherung 148
- Versicherungsbeitrag 22, 148
- Versicherungsprinzip 28, 125
- Versorgung 112
- Verteilungseffekt 25, 172, 179, 191
- Verteilungsgerechtigkeit 189
- Vertrauen 24
- Verwaltung 2, 8
- Verwaltungsrecht 57
- Verwaltungsverfahren 2
- volkswirtschaftliche Gesamtrechnung 88
- Vorschulerziehung 128
- Vorurteil 113
- W**
- Weiterbildung 1, 4, 67, 125, 126
- Weltwirtschaft 17, 159
- Wert 146
- Wertorientierung 24
- Wettbewerbsbedingungen 119
- Wettbewerbsfähigkeit 126
- Wirkungsforschung 59
- wirtschaftliche Abhängigkeit 203
- wirtschaftliche Integration 167
- Wirtschaftlichkeit 67
- Wirtschaftsentwicklung 17, 159

Wirtschaftsförderung 42
Wirtschaftspolitik 17, 125, 158, 159, 191
Wirtschaftswachstum 119, 125, 158
Wirtschaftswissenschaft 191
Wirtschaftswissenschaftler 191
Wochenarbeitszeit 199
Wohlfahrt 168
Wohlfahrtsökonomie 170
Wohlfahrtsstaat 86, 92, 167, 169
Wohlstand 93, 123
Wohnen 156
Wohngeld 36, 54, 101, 102, 137, 138, 145
Wohnung 110
Wohnungswesen 91
Wohnverhalten 91
Wohnverhältnisse 27, 61, 69, 91
Workfare 24, 66, 106, 129, 140, 170

Z

Zeitarbeit 119
Zeitbudget 189
Zielgruppe 42, 46, 52, 76, 92, 145, 169
Zielvereinbarung 46, 67, 74, 87
Zufriedenheit 27, 93, 144, 190
Zukunft 96
Zukunftsperspektive 34
Zumutbarkeit 3, 10, 12, 13, 14, 18, 28, 53, 63,
68, 100, 111, 115, 129, 160, 166
Zuschuss 4, 7, 60, 67, 72, 120, 129, 139, 151,
164, 184
zweiter Arbeitsmarkt 64, 195

ANHANG

Hinweise zur Originalbeschaffung von Literatur

Die in der Datenbank SOLIS nachgewiesene Graue Literatur enthält nahezu vollständig einen Bibliotheksstandort zur Erleichterung der Ausleihe; dies gilt auch für einen Teil (40%) der nachgewiesenen Verlagsliteratur. In SOLIS nachgewiesene Zeitschriftenaufsätze sind zu über 60% mit einem Standortvermerk versehen.

Beschaffung von Literatur über den Deutschen Leihverkehr

Die Standortvermerke in SOLIS (Kürzel, Ort und Sigel der besitzenden Bibliothek sowie Signatur der Arbeit) beziehen sich auf Bibliotheken, die dem normalen Fernleihverkehr angeschlossen sind. Sollte die gewünschte Arbeit bei Ihrer örtlichen Bibliothek nicht vorhanden sein, ersparen Ihnen die Standortvermerke für die Fernleihe („Direktbestellung“) den u.U. sehr zeitraubenden Weg über das Bibliothekensystem. Elektronische Bestellungen sind ebenfalls möglich, z.B. über subito - einen bundesweiten Dokumentlieferdienst der deutschen Bibliotheken für Aufsätze und Bücher.

Literaturdienst der Universitäts- und Stadtbibliothek Köln

Aufsätze aus Zeitschriften, die für SOLIS ausgewertet werden und in der Universitäts- und Stadtbibliothek Köln vorhanden sind, können über den Kölner Literaturdienst (KÖLI) als Kopie bestellt werden. Diese Aufsätze enthalten den Standortvermerk „UuStB Koeln(38) - Signatur der Zeitschrift“ sowie einen Hinweis auf den Kopierdienst. Die Bestellung kann mit gelber Post, per Fax oder elektronisch erfolgen. Kosten für den Postversand bis zu je 20 Kopien pro Aufsatz betragen 8,- Euro, für Hochschulangehörige 4,- Euro (bei „Normalbestellung“ mit einer Lieferzeit von i.d.R. sieben Tagen); gegen Aufpreis ist eine „Eilbestellung“ (Bearbeitungszeit: ein Arbeitstag) oder auch eine Lieferung per Fax möglich.

Zur Benutzung der Forschungsnachweise

Die Inhalte der Forschungsnachweise beruhen auf den Angaben der Forscher selbst. Richten Sie deshalb bitte Anfragen jeglicher Art direkt an die genannte Forschungseinrichtung oder an den/die Wissenschaftler(in). Das gilt auch für Anfragen wegen veröffentlichter oder unveröffentlichter Literatur, die im Forschungsnachweis genannt ist.

Dienstleistungsangebot der Abteilung „Fachinformation für Sozialwissenschaften“

Das Dienstleistungsangebot der Abteilung Fachinformation dient der Verbreitung, Förderung und Fundierung sozialwissenschaftlicher Forschungsergebnisse sowie dem Wissensaustausch auf nationaler wie internationaler Ebene. Gleichzeitig macht die Fachinformation die sozialwissenschaftliche Forschung des deutschsprachigen Raumes international sichtbar.

Zentrale Aktivitäten sind Aufbereitung, Bereitstellung und Transfer von Wissen durch:

- Konzeption, Aufbau und Pflege von Datenbanken und Serviceangeboten zu Forschungsstrukturen, -aktivitäten und -ergebnissen in den Sozialwissenschaften im deutschsprachigen und östlichen europäischen Forschungsraum und zu wissenschaftsbezogenen chancengleichheitsrelevanten Themen im deutschsprachigen, europäischen und internationalen Rahmen
- Aufbau von und Beteiligung an kooperativen Informationssystemen (Portalen, Themenschwerpunkten, Kommunikationsplattformen und Netzwerken) zur Unterstützung der Wissenschaftskommunikation und zu wissenschaftsbezogenen chancengleichheitsrelevanten Themen
- Kontinuierlicher Ausbau der Vernetzung von Informationsangeboten und Services durch Erweiterung und Einbeziehung kompetenter Partner auf nationaler wie internationaler Ebene
- Erstellung servicebasierter Publikationen und Informationsdienste zu ausgewählten Themen in Kooperation mit der Wissenschaft
- Nationales Referenzzentrum für das Politikfeld „Gleichstellung in der Wissenschaft“ gegenüber Wissenschaftsorganisationen, Bundes- und Landesministerien, Politik und Medien in Bezug auf Konzept- und Programmentwicklung, Monitoring und Evaluation von Politiken und Maßnahmen

Basisprodukte der Abteilung sind Informationen über Forschungsstrukturen, -aktivitäten und -ergebnisse, die in Datenbanken aufbereitet und zur Verfügung gestellt werden. Neben den nachfolgend skizzierten Datenbanken zu sozialwissenschaftlichen Forschungsprojekten und Publikationen werden Datenbanken mit Informationen zu nationalen und internationalen sozialwissenschaftlichen Forschungseinrichtungen, Zeitschriften, Netzwerken, Veranstaltungen und Internetquellen aufgebaut und gepflegt. Sie sind Bestandteil einer von GESIS entwickelten und zur Verfügung gestellten integrierten Suche, die weitere internationale Informationssammlungen und solche externer Partner mit einbezieht.

SOFIS (Forschungsinformationssystem Sozialwissenschaften)

Inhalt: SOFIS informiert über laufende, geplante und abgeschlossene Forschungsarbeiten der letzten zehn Jahre aus der Bundesrepublik Deutschland, aus Österreich und der Schweiz. Die Datenbank enthält Angaben zum Inhalt, zum methodischen Vorgehen und zu Datengewinnungsverfahren sowie zu ersten Berichten und Veröffentlichungen. Die Namen der am Projekt beteiligten Forscher und die Institutsadresse erleichtern die Kontaktaufnahme.

Fachgebiete: Soziologie, Politikwissenschaft, Sozialpolitik, Sozialpsychologie, Psychologie, Bildungsforschung, Erziehungswissenschaft, Kommunikationswissenschaften, Wirtschaftswissenschaften, Demographie, Ethnologie, historische Sozialforschung, Sozialgeschichte, Methoden der Sozialforschung, Arbeitsmarkt- und Berufsforschung sowie weitere interdisziplinäre Gebiete der Sozialwissenschaften wie Frauenforschung, Freizeitforschung, Gerontologie, Sozialwesen oder Kriminologie.

Bestand der letzten 10 Jahre: rund 50.000 Forschungsprojektbeschreibungen

Quellen: Erhebungen bei Institutionen, die sozialwissenschaftliche Forschung betreiben. In Deutschland wird die Erhebung von GESIS durchgeführt, in der Schweiz von FORS - der Schweizer Stiftung für die Forschung in den Sozialwissenschaften. Für Österreich hatte bis 2001 die Universitätsbi-

bibliothek der Wirtschaftsuniversität Wien diese Aufgabe inne; ab 2006/07 wurde diese vom Wiener Institut für Sozialwissenschaftliche Dokumentation und Methodik - WISDOM - übernommen. Die Ergebnisse der GESIS-Erhebung werden ergänzt durch sozialwissenschaftliche Informationen fachlich spezialisierter IuD-Einrichtungen sowie von Forschungsförderern; ein nicht unerheblicher Teil an Ergänzungen wird schließlich durch Auswertung von Internetquellen sozialwissenschaftlicher Forschungsinstitute gewonnen.

SOLIS (Sozialwissenschaftliches Literaturinformationssystem)

Inhalt: SOLIS informiert über die deutschsprachige fachwissenschaftliche Literatur ab 1945, d.h. Aufsätze in Zeitschriften, Beiträge in Sammelwerken, Monographien und Graue Literatur (Forschungsberichte, Kongressberichte), die in der Bundesrepublik Deutschland, Österreich oder der Schweiz erscheinen. Bei Aufsätzen aus Online-Zeitschriften und bei Grauer Literatur ist im Standortvermerk zunehmend ein Link zum Volltext im Internet vorhanden.

Fachgebiete: Soziologie, Politikwissenschaft, Sozialpolitik, Sozialpsychologie, Bildungsforschung, Kommunikationswissenschaften, Demographie, Ethnologie, historische Sozialforschung, Methoden der Sozialforschung, Arbeitsmarkt- und Berufsforschung sowie weitere interdisziplinäre Gebiete der Sozialwissenschaften wie Frauenforschung, Freizeitforschung, Gerontologie oder Sozialwesen.

Bestand: Anfang 2012 ca. 430.000 Literaturnachweise

Jährlicher Zuwachs: ca. 16.000 bis 18.000 Dokumente

Quellen: Zeitschriften, Monographien einschließlich Beiträgen in Sammelwerken sowie Graue Literatur. SOLIS wird von GESIS in Kooperation mit dem Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung der Bundesagentur für Arbeit in Nürnberg, den Herausgebern der Zeitschrift für Politikwissenschaft und dem Wissenschaftszentrum Berlin für Sozialforschung hergestellt. Absprachen über einen regelmäßigen Datenaustausch bestehen darüber hinaus mit dem Zentrum für Psychologische Information und Dokumentation in Trier und mit dem Deutschen Institut für Internationale Pädagogische Forschung in Frankfurt/Main.

Zugang zu den Datenbanken

An nahezu allen Hochschulstandorten sowohl in Deutschland als auch in Österreich und der Schweiz sind SOLIS und SOFIS in der Bibliothek oder über Institutsrechner für die Hochschulangehörigen frei zugänglich.

www.gesis.org/sowiport

SOLIS und SOFIS können im sozialwissenschaftlichen Fachportal sowiport einzeln oder gemeinsam mit 18 weiteren Datenbanken durchsucht werden. sowiport enthält zurzeit folgende Datenbanken:

- Sozialwissenschaftliches Literaturinformationssystem SOLIS
- Sozialwissenschaftliches Forschungsinformationssystem SOFIS
- Social Science Open Access Repository SSOAR
- Datenbestandskatalog DBK
- Literaturdatenbank DZI SoLit des Deutschen Zentralinstituts für soziale Fragen
- Katalog der Bibliothek der Friedrich-Ebert-Stiftung
- Katalog des Sondersammelgebietes Sozialwissenschaften der Universitäts- und Stadtbibliothek Köln
- Katalog der Bibliothek des Wissenschaftszentrums Berlin für Sozialforschung
- Datenbank GeroLit des Deutschen Zentrums für Altersfragen
- FIS Bildung Literaturdatenbank
- Publikationen der Bertelsmann Stiftung
- ProQuest-CSA-Datenbanken (im Rahmen von DFG-Nationallizenzen): Sociological Abstracts, Social Services Abstracts, Applied Social Sciences Index and Abstracts, PAIS International, Worldwide Political Science Abstracts, Physical Education Index
- Fachinformationsführer SocioGuide mit Informationen zu Institutionen, Fachzeitschriften, Sammlungen, Netzwerken und Veranstaltungen

Insgesamt sind in und über sowiport mehr als 7 Millionen Quellen zu Literatur, Forschungsprojekten, Institutionen, Zeitschriften, Veranstaltungen sowie Themenschwerpunkte und Links zu Portalen erreichbar.

Auftragsrecherchen und Beratung bei der Datenbank-Nutzung

In Ihrem Auftrag und nach Ihren Wünschen führt GESIS kostengünstig Recherchen in den Datenbanken SOFIS und SOLIS durch. Darüber hinaus werden Informationen aus weiteren nationalen und internationalen Datenbanken zu sozialwissenschaftlichen und/oder fachübergreifenden Themengebieten zusammengestellt.

Zur Unterstützung Ihrer eigenen Suche beraten wir Sie selbstverständlich jederzeit bei der Umsetzung sozialwissenschaftlicher Fragestellungen in effektive Suchstrategien in unseren Datenbanken.

Recherche Spezial und sowiport Themen-Feeds: aktuelle Themen im Internet

Zu gesellschaftlich relevanten Themen in der aktuellen Diskussion werden in der Reihe „Recherche Spezial“ Informationen über sozialwissenschaftliche Forschungsprojekte und Veröffentlichungen zusammengestellt und nach spezifischen Teilaspekten eines Themas gegliedert. Verschaffen Sie sich einen raschen Überblick über die sozialwissenschaftliche Forschungslandschaft.

Die „sowiport Themen-Feeds“ präsentieren die neuesten Publikationen und Forschungsprojekte zu aktuellen Forschungsthemen in den Sozialwissenschaften. Aus den sowiport-Datenbanken werden mit definierten Suchanfragen Trefferlisten generiert und nach Aktualität sortiert. In der Standardeinstellung werden die aktuellsten Dokumente der letzten sechs Monate angezeigt, andere Zeiträume können ausgewählt werden. Die in übersichtlichen Trefferlisten angezeigten Dokumente lassen sich weiterverarbeiten und können in einem individuell gestaltbaren Ordnersystem abgespeichert und verwaltet werden. Die Nachweise lassen sich mit allen bibliographischen Angaben in gängige Literaturverwaltungsprogramme exportieren oder per E-Mail an jede beliebige Mailadresse versenden. Die Reihe der Themen-Feeds wird kontinuierlich erweitert. Eigene Themenvorschläge können per E-Mail an die GESIS gerichtet werden.

www.gesis.org/sowiport/themen-feeds

Kompetenzzentrum Frauen in Wissenschaft und Forschung – CEWS

Als integraler Bestandteil der Fachinformation bietet CEWS disziplinenübergreifend Zugänge zu Themen, Informationen und aktuellen Fragen der Gleichstellung in der Wissenschaft. Durch das Sichtbarmachen des Potentials hoch qualifizierter Wissenschaftlerinnen unterstützt die Datenbank FemConsult die Erhöhung des Frauenanteils bei der Neubesetzung von Professuren und Führungspositionen in Wissenschaft und Forschung und die Förderung von Nachwuchswissenschaftlerinnen. Das CEWS-Themenportal (zu finden unter www.gesis.org/cews) integriert Informationen zu allen gleichstellungsrelevanten Themen im Bereich Wissenschaft und Forschung (z.B. Statistik und Gleichstellungsrecht an Hochschulen und außeruniversitären Forschungseinrichtungen).

Internet-Service der GESIS

Umfassende Informationen zu GESIS und zum Angebot an Dienstleistungen finden Sie unter

www.gesis.org

**GESIS – Leibniz-Institut für Sozialwissenschaften
Abteilung Fachinformation für Sozialwissenschaften**

Unter Sachsenhausen 6-8

50667 Köln

Tel.: +49(0)221-47694-0

E-Mail: info@gesis.org

